

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

F 57 297
1989
November

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 2. November 1989

Blatt 2436

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

60. Geburtstag von Leopold Gratz (2444/2445)

Kommunal/Lokal:

Von der Beleuchtung durch Stadtgas zum Heizen mit Erdgas (2437/FS: 31.10.)

OAR Pecka wurde Regierungsrat (2438/FS: 31.10.)

Bilder vom Donauturm (2440/FS: 1.11.)

Gesteinsmehl als „Wundermittel“ zur Einnahme verboten (2441/FS: 1.11.)

Gesetze zur Einsichtnahme aufgelegt (2442)

Weihnachtsbaum am Rathausplatz kommt heuer aus Oberösterreich (2443)

Wiener Radwegenetz wieder erweitert (2446)

Budget 90: Mehr Investitionen, weniger Schulden (2447/2448)

Kultur:

Ehrung für Verleger Dr. Fleissner (2439/FS: 31.10.)

Von der Beleuchtung durch Stadtgas zum Heizen mit Erdgas

90 Jahre kommunale Gasversorgung

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Ein Meilenstein des kommunalen Wiens wurde Dienstag in den Gaswerken Leopoldau und Simmering gefeiert: 90 Jahre kommunale Gasversorgung. Nach einem Festakt im Gaswerk Leopoldau fuhr eine historische Postkutsche mit Glückwunschdepeschen an Bord, gelenkt vom Europameister im Gespannfahren Leopold HEWERA, zum Gaswerk Simmering, wo die Ausstellung „90 Jahre kommunale Gasversorgung“ von Energiestadtrat Johann HATZL eröffnet wurde.

Stadtrat Hatzl wies dabei auf die Möglichkeit eines direkten Vergleiches zwischen privater und kommunaler Versorgung hin. Im vergangenen Jahrhundert war die Gasversorgung, damals hauptsächlich zu Beleuchtungszwecken, in Händen privater, großteils ausländischer Gesellschaften. Es gab Probleme über Probleme: Die Preise wurden willkürlich festgesetzt, die Versorgung klappte oft nicht, es blieb dunkel, notwendige Wartungsarbeiten wurden nicht durchgeführt. Das zeige, so Hatzl, wie wichtig es sei, daß die Energieversorgung von der öffentlichen Hand durchgeführt werde.

Interessant sei auch die Entwicklung des Gases in Wien, sagte Hatzl: Einerseits bezüglich der Herstellung — vom aus Kohle destillierten „Stadtgas“ zum umweltfreundlichen Erdgas, andererseits vom Verwendungszweck her, von der Beleuchtung über das Kochen bis zum Heizen. Heute ist, konnte Stadtrat Hatzl feststellen, die Gasheizung einer der wichtigsten Faktoren für die Luftqualität in Wien. Sie verursacht — im Gegensatz zu festen und flüssigen Brennstoffen — praktisch keine Emissionen und stellt gleichzeitig eine der billigsten und komfortablesten Heizarten dar.

Abschließend verwies Stadtrat Hatzl darauf, daß es ohne das hohe technische Können und den großen Einsatz aller Mitarbeiter der Gaswerke nicht möglich gewesen wäre, heute eines der dichtesten und auch der sichersten Gasrohrnetze der Welt zu haben.

Die Ausstellung „90 Jahre kommunale Gasversorgung“ im Gaswerk Simmering (11, Eyzinggasse 12) kann von Montag bis Freitag von 7.30 bis 15 Uhr gegen Voranmeldung (Tel. 74 16 31/551) besichtigt werden. (Schluß)
roh/bs

Bereits am 31. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet

OAR Pecka wurde Regierungsrat

Wien, 31.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR überreichte Dienstag nachmittag Oberamtsrat Erich PECKA das Dekret zum Berufstitel Regierungsrat. Regierungsrat Pecka, Jahrgang 1939, ist innerhalb der Finanzverwaltung Leiter des Referates „Anleihen, Banken- und Zahlungsverkehr, Darlehen, Haftbriefe, Beteiligungen und Versicherungen“. Er war maßgeblich daran beteiligt, daß Wien ab Mitte der 70er Jahre auf ausländische Kapitalmärkte ging und heute Finanzierungen wie z.B. die Durchführung von SWAP-Transaktionen bereits zum ständigen „Handwerkszeug“ der Finanzverwaltung gehören. (Schluß) sei/bs

Bereits am 31. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrung für Verleger Dr. Fleissner

Bereits am 31. Oktober 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 31.10. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus dem Verleger Dr. Herbert FLEISSNER das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Auch Dr. Ferdinand MÜHLEDER und Doz. Dr. Adam ZWASS wurden mit Silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Dr. Herbert Fleissner hat im Amalthea-Verlag und im Münchner Verlag Langen-Müller wichtige Werke der österreichischen Literatur herausgebracht.

Dr. Ferdinand Mühleder hat sich mit der langjährigen Ausrichtung der Bezirksfestwochen und anderer Veranstaltungen in Währing große Verdienste um die Bezirkskultur erworben.

Doz. Dr. Adam Zwass hat mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten über die Währungs Kooperation zwischen den Staaten des Ostens und des Westens internationale Anerkennung gewonnen. (Schluß) gab/bs

Bilder vom Donauraum

Fotoausstellung in der Stadtinformation

Wien, 1.11. (RK-KOMMUNAL) Die vielfältigen Gesichter des Wiener Donauraumes hat die Fotogruppe der Naturfreunde Wien — Brigittenau in Bildern festgehalten. Die über 50 Mitglieder haben sich ein halbes Jahr lang auf ihre Sonderausstellung zum 60-Jahr-Jubiläum vorbereitet und präsentieren derzeit in der Stadtinformation eine Auswahl der Aufnahmen aus dieser Zeit.

Die Ausstellung in der Schmidt-Halle des Rathauses ist bis 24. November (ausgenommen an Wochenenden) von 7.30 bis 18 Uhr zu besichtigen. (Schluß) red/rr

Bereits am 1. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Gesteinsmehl als „Wundermittel“ zur Einnahme verboten

Bereits am 1. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 1.11. (RK-KOMMUNAL) Teuer und gerne wird Gesteinsmehl als „Wundermittel“ angepriesen, sogar per Postversand aus dem Ausland ist das Mineralienmehl erhältlich. Verunsicherte KonsumentInnen wandten sich in diesem Zusammenhang an die Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Tel.: 78 74 17, um zu erfahren, was es mit dem angeblichen Wundermittel auf sich hat. Die kurze, schmerzlose und — im Gegensatz zu dem Mittel — kostenlose Auskunft: das Gesteinsmehl darf in Österreich laut Auskunft des Gesundheitsministeriums zum Zweck der Einnahme durch Menschen (egal, ob als in Flüssigkeit aufzulösendes Pulver oder sozusagen „zum Essen“) gar nicht in Verkehr gebracht werden, auch hat keine Firma eine Genehmigung dazu. Darauf wies Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ hin.

Gesteinsmehl, das zur Anwendung am/im menschlichen Körper bestimmt ist, wäre nach dem Arzneimittelgesetz einzustufen und dürfte erst nach erfolgter — aber doch nur theoretisch möglicher — Zulassung im Inland abgegeben werden. Diese Zulassung aber gibt es nicht, das Inverkehrbringen von Gesteinsmehl zum Zweck der Einnahme durch Menschen ist damit, wie das Gesundheitsministerium bestätigt, nicht zulässig.

Gesteinsmehle mit ihrer angeblich heilenden oder verjüngenden Wirkung wurden bereits vor einigen Jahren vorgestellt und schon damals als Arzneimittel bzw. als Verzehrprodukt als unwirksam beurteilt und nicht zugelassen.

Am besten also Hände weg von angeblichen Wundermitteln! (Schluß)
hrs/bs

Gesetze zur Einsichtnahme aufgelegt

Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz zur Einsichtnahme aufgelegt

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Die 15. Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz liegt bis 24. November zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die Einsichtnahme ist Montag bis Freitag, von 8 bis 15.30 Uhr, an Donnerstagen bis 17.30 Uhr, in den Magistratischen Bezirksämtern möglich. Zum Gesetzentwurf können bei den Magistratischen Bezirksämtern auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

Novelle zur Besoldungsordnung zur Einsichtnahme aufgelegt

Die 31. Novelle zur Besoldungsordnung liegt ebenfalls bis 24. November in den Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Entwurf mit den erläuternden Bemerkungen kann von Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, an Donnerstagen bis 17.30 Uhr eingesehen werden. Zum Gesetzentwurf können bei den Magistratischen Bezirksämtern auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß) red/gg

Weihnachtsbaum am Rathausplatz kommt heuer aus Oberösterreich

Wien, 2.11. (RK-LOKAL) Der traditionell jedes Jahr aus einem anderen Bundesland stammende Weihnachtsbaum, der in der Vorweihnachtszeit den Wiener Rathausplatz schmückt, kommt heuer aus Oberösterreich. Es ist eine 95 Jahre alte und 27 Meter hohe Fichte aus der Region Schörfling im Salzkammergut. Der Weihnachtsbaum wird am Montag, dem 6. November, in Wien eintreffen.

Er wird gegen 13 Uhr beim Auhof erwartet und anschließend zum Rathausplatz gebracht, wo er aufgestellt wird. Der relativ frühe Termin hängt mit den Vorbereitungen für den Christkindlmarkt zusammen, der am 18. November eröffnet wird. Die Illuminierung des Weihnachtsbaumes ist für Samstag, 2. Dezember, 17 Uhr, vorgesehen. (Schluß) ull/bs

60. Geburtstag von Leopold Gratz

Wien, 2.11. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Leopold Gratz wurde am 4. November 1929 in Wien-Ottakring als Sohn eines Bankbeamten geboren. Nach Volksschule und Realgymnasium studierte er an der Universität Wien Rechtswissenschaften und schloß mit der dritten Staatsprüfung ab. 1952/53 war er als Vertragsbediensteter beim Landesarbeitsamt Wien tätig und arbeitete von Mai 1953 bis Dezember 1954 als Angestellter des Klubs der Sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte, ab 1. Jänner 1955 als Parlamentsbediensteter.



Foto: PID/Landesbildstelle

Parallel zum beruflichen Werdegang verlief auch Gratz' politische Karriere: Aus einer traditionell sozialdemokratischen Familie stammend, trat er schon während seines Jus-Studiums dem Verband Sozialistischer Studenten bei, wechselte dann zur Sozialistischen Jugend über und wurde dort Auslandssekretär.

1963 wurde Leopold Gratz Zentralsekretär der SPÖ und am 25. Oktober des gleichen Jahres in den Bundesrat entsandt, dem er bis 6. März 1966 angehörte. Als Zentralsekretär arbeitete Gratz an der Statutenreform der SPÖ mit und widmete sich als Obmann der Jungen Generation intensiv deren Ausbau.

Als Nachfolger Franz Olahs zum Bezirksparteiobmann von Wien-Hernals gewählt, zog er als solcher am 30. März 1966 als Abgeordneter in den Nationalrat ein, dem er vorerst bis zum 15. Juni 1973 angehören sollte. Nach der Etablierung der Minderheitsregierung Kreisky I gehörte ihm Leopold Gratz ab dem 21. April 1970 bis zum 4. November 1971 als Bundesminister für Unterricht und Kunst an; in diese Zeit fallen vor allem die Bundestheaterreform, die Sistierung der Aufnahmeprüfung an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen und die wesentliche Ausweitung der Schulversuche.

Im Zeitraum vom 4. November 1971 bis zum 18. Juni 1973 fungierte Leopold Gratz als Geschäftsführender Klubobmann des Klubs der Sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte, bis er als Nachfolger von Felix Slavik zum Wiener Bürgermeister gewählt wurde.

Zu den großen kommunalen Leistungen und Reformen während seiner Amtszeit zählen — um nur Beispiele zu nennen — die Neugestaltung des Donaubereiches, die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes, die Revitalisierung der Inneren Stadt mit der Schaffung der großen Fußgängerzonen, die Wende zur Stadterneuerung, der Aufbau der sozialen Dienste und des Bürgerdienstes, die Einleitung der Dezentralisierung sowie die Reform der Stadtverfassung (Volksbefragung etc.).

Am 10. September 1984 folgte Leopold Gratz als Nachfolger von Erwin Lanc einer Berufung als Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in das Kabinett Sinowatz. Diesem Kabinett gehörte er bis 16. Juni 1986 an.

Ab dem 17. Dezember 1986 gehörte Leopold Gratz wieder dem Nationalrat an, zu dessen Ersten Präsidenten er bald nach diesem Datum gewählt wurde. Im Februar 1989 trat Leopold Gratz von diesen politischen Funktionen zurück. (Schluß) red/rr

Wiener Radwegenetz wieder erweitert

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des seinerzeit über Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begonnenen und durch Verkehrsstadtrat Johann HATZL laufend forcierten Ausbaues des Wiener Radwegenetzes hat dessen Umfang mit der Monatswende Oktober/November wieder um 2,5 Kilometer zugenommen. Es wurde auf folgende Bereiche ausgedehnt:

- 2./20. Bezirk: Radweg Obere Donaustraße zwischen Scholzgasse und Gaußplatz; dieser Radweg bildet einen Teil des „Augartenweges“.
- 11. Bezirk: Geh- und Radweg Etrichstraße zwischen Kaiser-Ebersdorfer Straße und Sängergasse mit Verbindung zur Csokorgasse.
- 13. Bezirk: Radfahrstreifen in der Pallenberggasse zwischen Hermesstraße und Friedenszeile sowie in der Friedenszeile zwischen Pallenberggasse und Großer Ring. Diese beiden Radstreifen ergänzen den bestehenden Geh- und Radweg in der Hermesstraße.
- 13. Bezirk: Radfahrstreifen (gegen die Einbahnführung) in der Diabelligasse. Dieser Radstreifen verknüpft den Kernbereich von Unter-St-Veit mit der Radroute „Wientalweg“.
- 15. Bezirk: Radweg Sechshauser Straße zwischen Jheringgasse und Winckelmannstraße.

(Schluß) pz/bs

Budget 90: Mehr Investitionen, weniger Schulden

Wien, 2.11. (RK-KOMMUNAL) Mehr Investitionen und weniger Schulden – das ist eine der Kernaussagen, mit denen Vizebürgermeister Hans MAYR den Voranschlagsentwurf 1990 der Bundeshauptstadt Wien Donnerstag bei einem Pressegespräch am Rande der SPÖ-Klubklausur in Rust vorstellte. Insgesamt sieht das Wiener Budget 1990 Einnahmen von 81,8 Milliarden und Ausgaben von 88,4 Milliarden bei einem Abgang von 6,6 Milliarden vor. Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent, die Ausgaben um 1,8 Prozent.

Für das Wiener Budget 1990 sind kennzeichnend:

- Mehr (13,8 Milliarden, plus 5,1 Prozent) und breiter gestreutere Investitionen.
- Starker Anstieg bei den Instandhaltungen (plus 14,4 Prozent).
- 27,4 Milliarden an nachfragewirksamen Ausgaben (plus 1,9 Milliarden).
- Trotz umstellungsbedingtem Rückgang der Wohnbauförderungsmittel wird die Neubauleistung (rund 4.000 Wohnungen) gehalten, bei der Wohnhaussanierung liegt das ausgelöste Bauvolumen mit 4 Milliarden weit über den Werten der Vergangenheit.
- Arbeit — steigende Investitionen, mehr Geld für die Instandhaltung und gute Dotierung der Wirtschaftsförderung (1.330 Millionen).
- Ver- und Entsorgung — hohe Aufwendungen für die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und die Müllbeseitigung.
- Verkehr — Mehr als 3,7 Milliarden als Zuschuß für die Verkehrsbetriebe, fast 5,5 Milliarden für den U-Bahn-Bau.
- Gesundheit — Ausgabensteigerung um 10,6 Prozent auf 17,8 Milliarden, 1.895 zusätzliche Dienstposten in den Spitälern, plus 12,2 Prozent bei Spitalsinvestitionen.
- Soziales — Ausweitung des Sozialbudgets um 16,3 Prozent auf 4.669 Millionen.
- Kultur — Ausweitung um rund 300 Millionen auf 1.465 Millionen.
- Schuldenstand — die Ausgangslage hat sich verbessert, der Schuldenstand konnte im Laufe des Budgetvollzugs 1989 um 2,8 Milliarden auf 40,2 Milliarden verringert werden.

Mehr und breiter gestreutere Investitionen

Die Investitionen haben mit einem Plus von 5,1 Prozent nicht nur ein wesentlich über dem Ausgabendurchschnitt liegendes Wachstum, sie sind auch breiter gestreut als in den Vorjahren. Insgesamt sollen 1990 13,8 Milliarden (plus 670 Millionen) investiert werden. Zu diesem Plus von 670 Millionen kommt jedoch hinzu, daß für U-Bahn-Bau, Neubau AKH und Wohnbau um rund 470 Millionen weniger erforderlich sind als 1989 — die übrigen Investitionen erfahren somit eine bedeutende Ausweitung um mehr als 1,1 Milliarden.

Diese Tendenz ist fast überall erkennbar, ein Beispiel dazu aus dem Spitalsbereich: Neben dem gut dotierten Neubau des AKH (1.400 Millionen als 50prozentiger Stadt-Wien-Anteil) und neben dem gut dotierten Neubau des SMZ-Ost (730 Millionen) stehen den Wiener Spitälern für sonstige Investitionen um 338 Millionen mehr zur Verfügung als 1989.

Plus 14,4 Prozent bei der Instandhaltung

Noch stärker als die Investitionen steigen die Geldmittel für die Instandhaltung städtischer Gebäude und Einrichtungen. Dafür sind im Voranschlagsentwurf 3.709 Millionen enthalten, um 467 Millionen oder 14,4 Prozent mehr als 1989.

27,4 Milliarden an nachfragewirksamen Ausgaben

Die höheren Mittel für die Investitionen und die Instandhaltung schlagen sich natürlich bei den nachfragewirksamen Ausgaben nieder. Diese sind

im Voranschlag mit 27,4 Milliarden zu veranschlagen — um 1,9 Milliarden mehr als 1989.

Zur Erklärung: Unter den nachfragewirksamen Ausgaben sind alle Gelder zu verstehen, die über Aufträge der Stadt Wien an die Wirtschaft gehen. Darunter fallen die Ausgaben für die Investitionen, für die Instandhaltung, für Verbrauchsgüter, für Strom, Gas und Wärme, für Miete und Pacht und schließlich für Leistungen von Firmen oder Einzelpersonen.

Wohnbauförderung

Die Ausgaben für die Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung bedürfen eines Kommentars: sie gehen nämlich um 895 Millionen oder 13 Prozent auf 6.007 Millionen zurück. Ursache dafür ist die Umstellung der Wohnbauförderung von Förderungsdarlehen auf Annuitätzuschüsse. Für Förderungsdarlehen sind im Budget nur noch Restzahlungen vorgesehen, die Umstellung auf Annuitätzuschüsse wird sich erst mittelfristig in erhöhten Aufwendungen im Budget niederschlagen.

Dem Rückgang der Förderungsmittel steht eine Ausweitung des Bauvolumens gegenüber:

Bei den Neubauten werden 1990 wieder rund 4.000 Wohnungen gefördert werden können, bei der Wohnhaussanierung wird das ausgelöste Bauvolumen mit annähernd 4 Milliarden sogar weit über den Werten der Vergangenheit liegen.

Weitere Details/Arbeit, Umwelt, Verkehr, Gesundheit, Soziales, Kultur

In vielen weiteren Bereichen ermöglicht der Voranschlagsentwurf erhebliche Leistungen:

- **Arbeit:** Gute Dotierung der Investitionen, der Instandhaltung und der Wirtschaftsförderung (1.330 Millionen).
- **Umwelt:** Große Ausgaben für die Wasserversorgung (1.424 Millionen), die Abwasserbeseitigung (1.780 Millionen) und die Müllbeseitigung (1.677 Millionen). Neben den Maßnahmen für Parks, Wohnstraßen etc. sind vor allem die außerhalb des Wiener Budgets gelegenen Bereiche im Rahmen der Wiener Holding (EBS), der Heizbetriebe Wien (Müllverbrennung und Fernwärme) sowie die Maßnahmen bei den Wiener Stadtwerken zu nennen (öffentlicher Verkehr, Spartarif).
- **Verkehr:** Hohe Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr — 5.494 Millionen für den U-Bahn-Bau, 2.742 Millionen für die Abgangsdeckung der Wiener Verkehrsbetriebe, netto 1.026 Millionen Pensionszahlungen für die Wiener Verkehrsbetriebe.
- **Gesundheit:** Die Ausgaben steigen um 1.705 Millionen oder 10,6 Prozent auf 17.766 Millionen.
Den Wiener Spitälern wurden 1.895 neue zusätzliche Dienstposten zur Verfügung gestellt. Wesentliche Steigerung bei den Spitalinvestitionen (plus 12,2 Prozent) und bei der Instandhaltung der Spitäler (plus 19,5 Prozent).
- **Soziales:** Das Sozialbudget wurde um 653 Millionen oder 16,3 Prozent auf 4.669 Millionen erhöht. Für sozialtherapeutische Maßnahmen für Obdachlose stehen 31 Millionen zur Verfügung.
- **Kultur:** Die Ausgaben für Kunst, Kultur und Kultus wurden um rund 300 Millionen oder 25,8 Prozent auf 1.465 Millionen angehoben.

Schuldenstand

Der Wiener Voranschlagsentwurf 1990, der von einer Reihe von Verbesserungen gekennzeichnet ist, baut auf einer soliden finanziellen Basis auf.

Vor einem Jahr, Ende 1988, betrug der Wiener Schuldenstand 43 Milliarden. Im Laufe des Budgetvollzugs 1989 gelang es, den Wiener Schuldenstand auf sich nun für Ende 1989 abzeichnende 40,2 Milliarden Schilling (minus 2,8 Milliarden) zu verringern. Für Ende 1990 könnte der Wiener Schuldenstand — allerdings ohne Abgangsdeckung — 39,7 Milliarden betragen. (Forts. mgl.) sei/gg/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 3. November 1989

Blatt 2449

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Dr. Kostelka neuer Wiener SP-Landesparteiensekretär (2450/FS: 2.11.)

Kommunal/Lokal:

Straßenumbau der Ausstellungsstraße (2451)

Belagererneuerung in der Adalbert-Stifter-Straße (2451)

Passage West im Bahnhof Wien-Mitte wird eröffnet (2452)

Wiener Spitäler sind umweltbewußt (2453)

Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien 1988 (2454)

Terminvorschau von 6. bis 17. November (2455/2456)

Hatzl: Keine sachlichen Angriffspunkte gegen Müllverbrennungsanlagen mehr zu finden (2458)

Kultur:

Ausstellungsgestalter führt durch „Moskau — Wien — New York“ (2457)

Dr. Kostelka neuer Wiener SP-Landespartelsekretär

Wien, 2.11. (RK-POLITIK) Vizebürgermeister Hans MAYR gab Donnerstag bei einem Pressegespräch in Rust personelle Entscheidungen der Wiener SPÖ bekannt.

Nachfolger des designierten Gesundheitsstadtrats Dr. Sepp RIEDER als Wiener SPÖ-Landespartelsekretär wird der 42jährige Dr. Peter KOSTELKA.

Rieders Nationalratsmandat übernimmt die 37jährige, bisherige Bundesrätin Dr. Elisabeth HLAWAC.

Neu in den Gemeinderat ziehen die 37jährige Hermine MOSPOINTNER und die 41jährige Renate WINKLBAUER.

Neu in den Bundesrat wird der 47jährige Dr. Leopold SIMPERL entsandt. (Schluß) sei/bs

Bereits am 2. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Straßenumbau der Ausstellungsstraße

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Im 2. Bezirk wird kommenden Montag, 6. November, in der Ausstellungsstraße zwischen Praterstern und Engerthstraße mit einem kompletten Straßenumbau der Hauptfahrbahn begonnen, der auch die Unterlagsschichten bis etwa 60 Zentimeter Tiefe umfaßt. Diese umfangreichen Arbeiten werden voraussichtlich bis zur Jahreswende laufen, im Frühjahr 1990 sollen die beiden Nebenfahrbahnen erneuert werden. In der kommende Woche beginnenden ersten Bauphase wird der Verkehr in beiden Richtungen vorwiegend über die Nebenfahrbahnen geführt. (Schluß) pz/bs

Belagserneuerung in der Adalbert-Stifter-Straße

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Im 20. Bezirk muß in der Adalbert-Stifter-Straße im Abschnitt zwischen der Dresdner Straße und der Floridsdorfer Brücke eine komplette Erneuerung des Fahrbahnbelages vorgenommen werden. Die Arbeiten werden kommenden Montag, 6. November, beginnen und voraussichtlich bis 22. Dezember dauern, wobei der Verkehr in beiden Fahrtrichtungen auf jeweils einer Fahrspur — der derzeitigen Parkspur — aufrechterhalten wird. Bei den Kreuzungen wird es allerdings dem jeweiligen Bauzustand entsprechende Änderungen der Abbiegemöglichkeiten geben. (Schluß) pz/rr

Passage West im Bahnhof Wien-Mitte wird eröffnet

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem 6. November, wird um 9.30 Uhr die bereits jetzt, eineinhalb Jahre vor der Inbetriebnahme der U3, fertiggestellte neue U-Bahn-Passage „West“ im Bahnhof Wien-Mitte zwischen der U 4 und der Schnellbahnstation durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL und Bundesbahn-Generaldirektor Dr. Heinrich ÜBLEIS eröffnet.

Bisher mußte der Weg über die Kassenhalle gewählt werden. Drei Aufzüge und zwei Rolltreppen erleichtern die Benützung des neuen Verbindungsweges wesentlich. Nach ihrer Inbetriebnahme am 31. März 1991 wird auch die Station der neuen U-Bahn-Linie U3 über die „Passage West“ erreichbar sein. (Schluß) roh/rr

Wiener Spitäler sind umweltbewußt

Stacher setzte Arbeitskreis zur Vermeidung von PVC ein

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Auf Anordnung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER beschäftigt sich jetzt ein Arbeitskreis im Wiener Anstaltenamt mit der Verringerung von PVC (Polyvinylchlorid) im Abfall der städtischen Krankenhäuser. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, so der Gesundheitsstadtrat, PVC vor allem in medizinischen Einmalartikeln zu vermeiden und durch umweltfreundliche Materialien zu ersetzen. Dabei geht es zum Beispiel um den Verzicht von PVC im Verpackungsmaterial, den Ersatz von PVC-Infusionsbeuteln, Einschränkungen bei den Überschuhen oder Ersatz von PVC-Einmalhandschuhen etwa durch Latexhandschuhe.

Der Arbeitskreis wird zuerst eine Liste sämtlicher medizinischer Artikel aus Kunststoff erstellen — nach Artikeltyp, Hersteller- oder Vertriebsfirma und Kosten. Auf Grund dieser Liste soll mit den Firmen Kontakt aufgenommen werden, um die aus PVC bestehenden Artikel sowie mögliche Alternativen zu ermitteln. Schließlich sollen die anderen Materialien auf ihre Wirtschaftlichkeit sowie im Hinblick auf sicherheitstechnische und anwenderspezifische Erfordernisse überprüft werden. Die Teilnehmer des Arbeitskreises werden einmal im Monat zusammentreffen, um möglichst rasch zu Ergebnissen zu kommen. (Schluß) sc/bs

Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien 1988

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1988 ist erschienen. Das Taschenbuch ist zum Preis von 70 Schilling im Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, 1016 Wien, Vorgartenstraße 3, Tel. 42 800/3204 DW oder beim Verlag Jugend & Volk, 1150 Wien, Anschützstraße 1, erhältlich.

Das Statistische Taschenbuch enthält Daten und Zahlen zu folgenden Kapiteln: Stadtgebiet, Umwelt, Bevölkerung, Sozial- und Gesundheitswesen, Bau- und Wohnungswesen, Ver- und Entsorgung, Verkehr und Fremdenverkehr, Geld und Versicherung, Gewerbe, Industrie und Handel, Preise und Löhne, Landwirtschaft, Ernährung, Bildung, Kultur und Information, Religion, Freizeit und Sport, Rechtswesen, Stadtverwaltung, Wahlen.

Zusätzlich bietet das Taschenbuch Informationen zu den Themen: Wien im Vergleich österreichischer Städte, Stellung Wiens in der Ostregion, Stellung Wiens in Österreich, Wien im internationalen Vergleich europäischer Städte. (Schluß) fk/gg

Terminvorschau vom 6. bis 17. November

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 6. bis 17. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 6. NOVEMBER:

9.30 Uhr, Eröffnung der Umsteigerelation zwischen der U-Bahn-Linie U 4 und Schnellbahn über die neue Passage der U-Bahn-Station Landstraße durch Bgm. Zilk, StR. Hatzl und Gen.-Dior. Übleis (Treffpunkt: 3, Bahnhof Wien-Mitte, Kassenhalle)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Franz ANNERL, Komm.-Rat Heinz APENZELLER, Josefa BUTZ, Emilie DOROTIC, Wladimir HOFIREK, Walter KARPELES, Stanislaus KUDLIK, Johann KUDRNA, Josef LANDGRAF, Johann MICHEROLI, Franz NEUWERTH, Alice RUSZ, Eva STEUER und posthum an Franz DUSEK und Oskar MRAS (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

18.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ (Rathauskeller)

DIENSTAG, 7. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Irenäus EIBL-EIBESFELDT (Arb.-Zi, Bgm.)

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Weinhauer anl. der Wiener Weintaufe 1989 (Restaurant Isola am Fuße des Donauturmes)

MITTWOCH, 8. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Stadtbaudior i. R. Dipl.-Ing. Ernst FILZ (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Abschlußveranstaltung der Aktion „Minus 10 Prozent“ für das Aktionsjahr 1988/89 / StR. Hatzl (Wappensaal, Rathaus)

14.30 Uhr, Benennung der städtischen Wohnhausanlage 10, Sonnwendgasse 24 in „Ernst-Kirchweg-Hof“, StR. Edlinger

15.00 Uhr, Eröffnung Tagesheim für Behinderte, Jugend am Werk (Vbgm. Smejkal; 2., Im Werd 19)

ab 16.00 Uhr, Podiumsdiskussion anl. der Nutzungsenquête Schloß Neugebäude mit StR. Pasterk und StR. Swoboda (Austria-Center)

DONNERSTAG, 9. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk/StR. Pasterk „Tanz 90“ (PID)

10.30 Uhr, Inbetriebnahme 300. Radwege-Kilometer (10, Bischofsplatz)

FREITAG, 10. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Prof. Fritz Janschka (Rathaus, Steinerne Saal I)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl

11.00 Uhr, Enthüllung einer Gedenktafel anl. des 10. Todestages von Friedrich Torberg (Wasagymnasium, 9, Wasagasse 10)

MONTAG, 13. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

MONTAG, 13. NOVEMBER (Forts.):

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Hofrat Dr. Friedrich Kaiser, Kammerrat Johann Schmölz (Abg. z. NR) und Gen.-Dior. Dr. Leopold Vavra (Roter Salon, Rathaus)

DIENSTAG, 14. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Erich Feigl (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 15. NOVEMBER:

10.30 Uhr, Pressekonferenz „Club Menü Service“ — Wiener Holding — WIGAST (Club Menü Gesellschaft, 3, Henneberggasse 6)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Landeshauptmann Dr. Zilk an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. Ludwig ADAMOVIČ sowie an die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes Dr. Peter FESSLER, Dr. Peter JANN, Dr. Karl KORINEK, Dr. Karl PISKA, Dr. Dietrich ROESSLER und an Dr. Christine KELLER (Arb.-Zi, Bgm.)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Erwin FISCHER (Arb.-Zi, Bgm.)

DONNERSTAG, 16. NOVEMBER:

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa“ (Thermenrestaurant im Kurzentrum Oberlaa, 10, Kurbadstr. 10)

FREITAG, 17. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Mayr u. Präs. Dittrich „Wiener Adventzauber“ (Burgtheater)

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2455

Ausstellungsgestalter führt durch „Moskau - Wien - New York“

Wien, 3.11. (RK-KULTUR) Die Festwochen-Ausstellung „Moskau — Wien — New York“ im Wiener Messepalast (Halle H) findet großes Interesse beim Publikum, wirft aber gleichzeitig viele Fragen bei den Besuchern auf. Deshalb hat sich der Gestalter dieser „Drei-Städte-Schau“, Hubert Winter, entschlossen, selbst durch die Ausstellung zu führen, um Zusammenhänge und Widersprüche besser bewußt machen zu können. Die kostenlosen Führungen finden ab kommendem Wochenende, jeweils Sonntag, 10 Uhr, und Donnerstag, 17 Uhr, statt. Die Ausstellung dauert bis 17. Dezember. Sie ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, donnerstags von 10 bis 19 Uhr. (Schluß) red/gg

Hatzl: Keine sachlichen Angriffspunkte gegen Müllverbrennungsanlagen mehr zu finden

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) „Müllvermeidung und Mülltrennung müssen absoluten Vorrang haben“, sagte Energiestadtrat Johann HATZL Freitag zu einer Pressekonferenz der Grünen Alternative. „Unbestritten ist aber auch, daß wir derzeit ohne Müllverbrennung noch im eigenen Müll ersticken würden. Wir werden jedenfalls sowohl am Flötzersteig wie auch in der Spittelau alle Werte des strengsten Luftreinhaltegesetzes der Welt innerhalb der gesetzlichen Fristen einhalten. Das ist das Entscheidende, und nicht die Frage, ob die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ein Gewerbebetrieb ist oder nicht.“

Die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sei bereits 22 Jahre vor der Anpachtung durch die HBW von der Stadt Wien betrieben worden, diese, der 1985 erfolgte Einbau einer damals am letzten technischen Stand befindlichen Rauchgaswäsche, der Ausbau des Fernwärmenetzes sowie die nun erfolgende Sanierung nach dem seit 1.1.1989 gültigen Luftreinhaltegesetz erforderten nun keine neuen Maßnahmen, sagte Hatzl. Dieser Vorstoß der Grünen Alternative dürfte nur deshalb erfolgen, weil sie nun, vor der Sanierung nach den strengen Grenzwerten des Luftreinhaltegesetzes, keine sachlichen Angriffspunkte mehr finden, erklärte der Energiestadtrat. Zur Stilllegung der Müllverbrennungsanlage Florenz stellte Hatzl fest, diese erfolge keineswegs aufgrund von Bodenmessungen, sondern aus ökonomischen Gründen. Die Behauptungen der Grünalternativen dazu bezeichnete Hatzl als glatte Irreführung. (Schluß) roh/rr

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Kriegel, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 6. November 1989

Blatt 2459

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Müll- und Wassergebühren nicht kostendeckend (2460/FS: 3.11.)
- Wien „verbraucht“ 114 Millionen Kilogramm Fleisch im Jahr (2461/FS: 4.11.)
- Information über „U 6 durch die Brigittenau“ (2465)
- Müll und Wasser: Monatliche Mehrbelastungen zwischen 14 und 30 Schilling (2466)
- Wie kaufen die Wiener ein? (2469)
- ÖVP lehnt Wiener Budget für 1990 ab (2470)
- Beim Rauchen eingeschlafen (nur FS/5.11.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 43 Millionen für Altstadterhaltung (2462/FS: 5.11.)
- 10. Todestag von Friedrich Torberg (2463/2464)
- Konzerte im Wappensaal des Wiener Rathauses (2467)
- Wiener Vorlesungen: Humor bei Freud (2468)

Müll- und Wassergebühren nicht kostendeckend

1 Liter Wasser wird um 1 Groschen teurer

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) Die Müll- und die Wassergebühren in Wien sind derzeit nicht kostendeckend, erklärten Vizebürgermeister Hans MAYR und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL zur Oppositionskritik an den geplanten Erhöhungen. Nach der vom Rechnungshof angeregten und vom Wiener Kontrollamt geprüften Berechnung erreichen die Müllgebühren einen Kostendeckungsgrad von 90,7 Prozent, die Wassergebühren von 90,1 Prozent. Von Gewinnen kann daher keine Rede sein, die geplanten Erhöhungen dienen der ausgezeichneten Versorgung der Wiener Bevölkerung mit hochwertigem Trinkwasser und den entsprechenden Investitionen. Durch die geplante Erhöhung kommt in Zukunft ein Liter Trinkwasser auf 1,2 Groschen zu stehen, gegenüber bisher 1,1 Groschen. Eine Erhöhung um einen Groschen pro Liter Wasser sei vertretbar, erklärte Mayr und Häupl abschließend. (Schluß) sei/bs

Bereits am 3. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien „verbraucht“ 114 Millionen Kilogramm Fleisch im Jahr

Überregionale Bedeutung des Schlachthofs St. Marx

Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Die Zahlen des Veterinärberichts 1988, der jetzt fertiggestellt wurde, zeigen deutlich die überregionale Bedeutung des kommunalen Schlachthofs St. Marx: Die sogenannte „Gesamtfleischaufbringung“ in Wien (berechnet aus den Untersuchungszahlen der Schlachtier- und Fleischuntersuchung, der Kontrolluntersuchungen und der Auslandsfleischuntersuchung) betrug im Jahr 1988 148,5 Millionen Kilogramm. Die rund 1,5 Millionen WienerInnen verbrauchen im Jahr allerdings laut Ernährungsbilanz des Statistischen Zentralamtes „nur“ 114,5 Millionen Kilogramm Fleisch (76 Kilogramm, ohne Geflügel und Wild, pro Kopf). Der Unterschied zeigt die Bedeutung, die St. Marx für die gesamte Ostregion hat — große Fleischmengen werden aus Wien ausgeführt und bedeutende Schlachtungen für den Export durchgeführt. Von den 148,5 Kilogramm inländischer und ausländischer Fleischzufuhren bzw. Wiener Schlachtungen wurden 122,7 Millionen Kilogramm, also über 82 Prozent der Gesamtmenge, im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx „erschlachtet“, so der Fachausdruck, umgesetzt oder untersucht.

Ein weiteres Ergebnis aus der Arbeit der MA 60 — Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx: Von den genau 21.271.856 Kilogramm Fleisch, die in Wien im vergangenen Jahr „erschlachtet“ wurden, gab es bei 0,77 Prozent Beanstandungen. Und bei den Rückstandsuntersuchungen auf Hormone, Antibiotika, Hemmstoffe, Sulfonamide usw. waren bei sämtlichen Proben Rückstände nicht nachweisbar oder keine Grenzwertüberschreitungen feststellbar.

Zu den Aufgaben der MA 60 gehören aber u. a. auch Revisionen in Schlachtbetrieben, fleischverarbeitenden oder Wildzerlege- bzw. -verarbeitenden Betrieben usw., Hygienekontrollen nach dem Fleischuntersuchungsgesetz und natürlich die Lebensmitteluntersuchungen, die von der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt durchgeführt werden.

Tierseuchenbekämpfung, amtstierärztliche Untersuchungen, die Überwachung der tierschutzrechtlichen Vorschriften durch die AmtstierärztInnen der MA 60, aber auch die veterinärbehördliche Überwachung von Veranstaltungen, bei denen Tiere auftreten, zählen neben der Führung des Markt- und Schlachtbetriebs St. Marx und den Fleischkontrollen ebenfalls zu den Aufgaben der MA 60.

Und schließlich übernehmen die Amtstierärzte auch die Kontrolle jener Betriebe, in denen Rinder, Schweine und Geflügel gehalten werden, auf den höchstzulässigen Gesamtbestand. Immerhin gab es in Wien laut Viehzählung (Stichprobenerhebung) 1988 rund 1.300 Pferde bei 36 Tierhaltern, 120 Rinder in 14 Betrieben, 1.838 Schweine in 50 Betrieben, 242 Schafe in 13 und 31 Ziegen in ebenfalls 13 Betrieben. Rund 4.000 Hühner wurden von 159 Tierhaltern gehegt und gepflegt. 37 Gänse, 179 Enten, drei Truthühner und fast 6.000 Bienenvölker zählt die Statistik außerdem auf.

Die Zahl der angemeldeten Hunde, also jener, für die Steuer bezahlt wird, betrug laut Angaben des Rechnungsamtes im Jahr 1988 54.256. Der größte Wiener Bezirk, Favoriten, ist mit 4.820 bellenden Vierbeinern auch der hundereichste, die wenigsten Hunde, nämlich 657, gab es in der Josefstadt. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 4. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

43 Millionen für Altstadterhaltung

Wien, 5.11. (RK-KULTUR) Der Altstadterhaltungsbeirat genehmigte Förderungen für denkmalgerechte Restaurierungen in der Gesamthöhe von 43 Millionen Schilling. Zu den geförderten Objekten zählen Wohnbauten im Stadtzentrum ebenso wie Gebäude in den dörflichen Ensembles am Stadtrand.

Mit der Pfarrkirche Breitenfeld auf dem Uhlplatz in der Josefstadt und der Pfarrkirche auf den Marschallplatz in Meidling werden auch Sakralbauten mit Hilfe des Altstadterhaltungsfonds renoviert. (Schluß) gab/gg

Bereits am 5. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

10. Todestag von Friedrich Torberg

Wien, 6.11. (RK-KULTUR) Am 10. November jährt sich zum zehnten Mal der Todestag von Friedrich Torberg.

Friedrich Torberg (recte: Friedrich Kantor-Berg) wurde am 16. September 1908 in Wien geboren. Nach der Mittelschulzeit, die er ab 1922 in Prag verbrachte, inskribierte er an der Wiener Universität und trat — nachdem er bereits während seiner Schülerjahre eine Reihe kleinerer Arbeiten veröffentlichten konnte — als Zweiundzwanzigjähriger im Jahre 1930 mit seinem ersten größeren, auf eigenen Erlebnissen beruhenden Roman „Der Schüler Gerber hat absolviert“ hervor. Sein zweiter Roman „... und glauben, es wäre die Liebe“ (1932) setzt die im „Schüler Gerber“ angerissenen Probleme weiter fort, und in seinem dritten Roman „Die Mannschaft“ (1935), einem Sportroman, verarbeitet der Autor wieder eigene Erlebnisse, diesmal des bekannten jüdischen Sportvereins „Hakoah“. 1938 ging Torberg in die Emigration, und zwar zuerst in die Schweiz, später nach Amerika, wo er sich ebenfalls als Schriftsteller durchsetzen konnte. Die beiden bekanntesten Romane aus dieser Zeit sind „Mein ist die Rache“ (1943) und „Hier bin ich, mein Vater“ (1948).

Während des Zweiten Weltkrieges diente der Autor sowohl in der französischen als auch in der amerikanischen Armee; 1951 kehrte er wieder nach Wien zurück, wo er als Kritiker, Kommentator und Herausgeber tätig war und eine weit über die Grenzen Österreichs hinausgehende Anerkennung fand.

Gleich nach der Gründung der kulturpolitischen Zeitschrift „Forum“ wurde er deren Redakteur, und von 1954 bis zur Einstellung im Jahre 1965 bekleidete er die Funktion des Chefredakteurs. Er selbst veröffentlichte in dieser Zeitschrift eine große Anzahl essayistischer und kritischer Arbeiten und war einer der einflußreichsten Theaterkritiker Wiens. Als solcher hat er auch zwei Sammelbände von Theaterkritiken herausgebracht (1964 „PPP Pamphlete, Parodien, Post-Scripta“, 1966-1967 „Das fünfte Rad am Thespiskarren“). An Romanen hat Torberg nach seiner Rückkehr 1950 „Die zweite Begegnung“ (Behandlung der Zeit nach dem kommunistischen Staatsstreich in Prag), und 1972 „Süßkind von Trimberg“, die Lebensgeschichte eines jüdischen Spruchdichters aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, veröffentlicht.

Großen Erfolg hatte Torberg 1975 mit seiner „Tante Jolesch“.

Verdienstvoll war Torbergs Tätigkeit als Editor der Werke von Fritz von Herzmanovsky-Orlando (1957-1963), von Peter Hammerschlag (1972) und von Franz Mittler (1969). Seine Übersetzungen der Werke von Ephraim Kishon haben dessen Satiren im deutschen Sprachgebiet weiteste Verbreitung gesichert. Daneben hat er auch Werke Molnars, Georg Mikes, Elmer Rices, Karl Capeks und Gabriel Laubes übertragen.

Für sein dichterisches Schaffen hat Torberg zahlreiche Preise erhalten: 1933 den Julius-Reich-Preis der Universität Wien, 1966 den Würdigungspreis der Stadt Wien für Literatur, 1968 das Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse und das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 1974 die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold und im gleichen Jahr die „Richard-Meister-Medaille“ des Universitätsbundes Alma Mater Rudolphina, 1976 das Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst und 1979 den „Großen österreichischen Staatspreis“.

Wenige Wochen später, am 10. November 1979, ist Friedrich Torberg einem Gefäßleiden erlegen. Er wurde in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien beigesetzt.

Den größten Teil seines literarischen Nachlasses hat er der Stadt Wien, vertreten durch die MA 9, vermacht. Dieser Nachlaß ist für die Geistesge-

schichte Wiens von eminenter Bedeutung und repräsentiert darüber hinaus einen nicht unbeträchtlichen materiellen Wert.

Im 14. Bezirk wurde eine Gasse nach Friedrich Torberg benannt. Aus Anlaß des 10. Todestages wird am Wasagymnasium, 9, Wasagasse 10, am kommenden Freitag eine Gedenktafel zu Ehren Friedrich Torbergs enthüllt. Die Festrede hält der Schriftsteller Milo DOR, die Gedenktafel wird von Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK enthüllt werden. (Schluß)
red/gg

Forts. von Blatt 2463

Information über „U 6 durch die Brigittenau“

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) In den nächsten Tagen werden zwei Informationsabende abgehalten, die sich mit der Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 durch die Brigittenau beschäftigen. Über das Thema „U 6 durch die Brigittenau“ sprechen am Donnerstag, dem 9. November, um 19 Uhr, Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Karl LACINA in der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, Brigittenau, Adalbert-Stifter-Straße 65-67; am 16. November findet um 19 Uhr im Haus der Begegnung Brigittenau, Raffaelgasse 11, ein weiterer Informationsabend statt. Neben Stadtrat Swoboda und Bezirksvorsteher Lacina wird an dieser Veranstaltung auch Verkehrsstadtrat Johann HATZL teilnehmen. (Schluß) ull/bs

Müll und Wasser: Monatliche Mehrbelastungen zwischen 14 und 30 Schilling

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) Die mit 1. Jänner 1990 geplante Erhöhung der Wassergebühr und der Müllabfuhrabgabe führt — je nach Wohnungsgröße — zu monatlichen Mehrbelastungen zwischen rund 14 und 30 Schilling, die täglichen Mehrkosten liegen unter einem Schilling. Das ergaben Berechnungen der städtischen Finanzverwaltung.

Bei der Wassergebühr ist eine Anhebung pro Kubikmeter von derzeit 11 Schilling auf 12 Schilling vorgesehen. Dadurch würde sich der Kostendeckungsgrad von derzeit 90,1 Prozent auf 99,7 Prozent erhöhen. Auf die einzelnen Haushalte würde sich diese Erhöhung so auswirken:

	monatl. Mehrbel.	tägl. Mehrbel.
Substandardwohnung	3,04 S	0,10 S
Mittelwohnung	10,64 S	0,35 S
Einfamilienhaus	18,25 S	0,60 S

Durch die Anhebung der Müllabfuhrabgabe um rund 10 Prozent würde sich der Kostendeckungsgrad von derzeit 90,7 Prozent auf 99,8 Prozent erhöhen. Im Durchschnitt fallen pro Haushalt im Jahr 52 Entleerungen eines 110 Liter Gefäßes an. Dabei würde sich eine monatliche Mehrbelastung von 11,50 Schilling ergeben, die tägliche Mehrbelastung schlägt mit 0,38 Schilling zu Buche.

Nimmt man beide Erhöhungen zusammen, ergeben sich monatliche Mehrbelastungen zwischen 13,54 Schilling bei einer Substandardwohnung 22, 14 Schilling bei einer Mittelwohnung und 29,75 Schilling bei einem Einfamilienhaus. Die täglichen Mehrausgaben schwanken zwischen 0,48 Schilling, 0,73 Schilling und 0,98 Schilling. (Schluß) sei/bs

Konzerte im Wappensaal des Wiener Rathauses

Wien, 6.11. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Pasticcio mit Joseph und Michael Haydn und einigen ihrer Zeitgenossen“ finden — beginnend mit 20. November — vier Konzerte mit dem „Concilium Musicum“ im Wappensaal des Wiener Rathauses statt. Die Reihe wird von der Haydn-Gesellschaft Wien in Zusammenarbeit mit dem Musikreferat der Kulturabteilung der Stadt Wien veranstaltet.

Folgende Konzerte stehen auf dem Programm:

1. KONZERT: MONTAG, 20. NOVEMBER 1989

Joseph Haydn

Cassatio A-dur für zwei Violinen, Viola und Basso; Hob. III:7

Ludwig van Beethoven

Sextett Es-dur op. 81 b für zwei Violinen, Viola,
2 Naturhörner und Basso

Franz Schubert

Menuette für zwei Violinen, Viola und Basso

Wolfgang Amadeus Mozart

Marsch F-dur, KV 248 und Divertimento F-dur, KV 247 für
zwei Violinen, Viola, zwei Naturhörner und Basso

2. KONZERT: MONTAG, 29. JÄNNER 1990

Gregor Joseph Werner

Vier Sonaten für zwei Violinen und Basso continuo

Paul Esterhazy

Aus „Harmonia Caelestis“ für Sopran, zwei Violinen und Basso Continuo

Franz Bihler

„Balli Tedeschi“ für zwei Violinen und Kontrabaß

Wolfgang Amadeus Mozart

Kirchensonaten für zwei Violinen, Kontrabaß und Orgel

3. KONZERT: MONTAG, 26. MÄRZ 1990

Anton Zimmermann

Divertimento A-dur für Violine, Viola und Violoncello

Johann Evangelist Fuß

Quartett für Bassethorn, Violine, Viola und Violoncello

Michael Haydn

Divertimento B-dur für zwei Violinen und Violoncello

Joseph Haydn

Divertimento G-dur für zwei Violinen und Violoncello; Hob. V:G1

Johann Nepomuk Hummel

Quartett Es-dur für Klarinette, Violine, Viola und Violoncello

4. KONZERT: MONTAG, 18. JUNI 1990

Ignaz Holzbauer

Concertino für zwei Violinen, zwei Violinen und Violoncello

Joseph Martin Kraus

Sonata D-dur für Traversflöte, zwei Violinen, Viola und Violoncello

Joseph Haydn

Quartett D-dur für Traversflöte, Violine, Viola und Violoncello; Hob. II:D9

Michael Haydn

Quintett G-dur für zwei Violinen, zwei Violinen und Violoncello

Abonnement-Bestellungen für alle vier Konzerte zum Preis von 480 Schilling sind bis 13. November bei der Haydn-Gesellschaft Wien, Esteplatz 3, 1030 Wien, möglich. Einzelkarten um 140 Schilling können jeweils 14 Tage vor dem Konzert im Musikreferat Friedrich-Schmidt-Platz 5, 4. Stock, 1082 Wien (Telefon 42 800/2759) gekauft werden. (Schluß) gab/rr

Wiener Vorlesungen: Humor bei Freud

Wien, 6.11. (RK-KULTUR) Am Donnerstag, dem 9. November, findet die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen statt. Prof. Dr. Peter GAY spricht zum Thema „Sehr ernste Scherze. Witz und Humor bei Freud“. Vor dem Vortrag, der um 19 Uhr im Festsaal des Rathauses beginnt, wird im Nordbuffet das Buch von Prof. Gay „Freud — eine Biographie für unsere Zeit“ präsentiert. (Schluß) red/bs

Wie kaufen die Wiener ein?

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussion um geplante Einkaufszentren am Wiener Stadtrand sowie die Bemühungen um die attraktivere Gestaltung bestehender Wiener Geschäftsstraßen beschäftigt seit Monaten die Öffentlichkeit.

Nunmehr hat die Stadt Wien gemeinsam mit der Wiener Arbeiterkammer und der Wiener Handelskammer einer Institutsgruppe mit einem Forschungsprojekt beauftragt, das eine sachliche Entscheidungsgrundlage für weitere Genehmigungen von Einkaufszentren liefern soll:

5.000 Wienerinnen und Wiener werden im Rahmen einer Befragungsaktion bezüglich ihres Einkaufsverhaltens interviewt.

Dabei werden die alltäglichen, aber auch die längerfristigen Einkaufsgewohnheiten erhoben.

Die „Arbeitsgemeinschaft Kaufkraftströme“ wird in den kommenden Tagen und Wochen die von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA persönlich angeschriebenen Haushalte von Interviewern besuchen lassen. (Schluß)
lf/rr

ÖVP lehnt Wiener Budget für 1990 ab

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) Der Voranschlag für 1990 wird von der Wiener Volkspartei abgelehnt. Der Voranschlag, so ÖVP-Parteiboss Dr. Wolfgang PETRIK am Montag in einem Pressegespräch, entspreche nicht den Zielvorstellungen der ÖVP hinsichtlich einer ökosozialen Stadtpolitik. Der Voranschlag sei durch eine aggressive Gebührenpolitik bei Müll, Wasser und Abwasser gekennzeichnet. In den letzten zehn Jahren seien die Gebühren bei Müll um 115 Prozent, bei Wasser um 66 Prozent und bei Abwasser um 318 Prozent gestiegen, während sich im gleichen Zeitraum der Verbraucherpreisindex um nur 33,4 Prozent erhöht habe. Auch die Wohnbaupolitik sei verfehlt. Laut Prognose sollen 4.000 Wohnungen gefördert werden, bis zum jetzigen Zeitpunkt seien für heuer erst knapp 1.200 Neubauwohnungen durch die Landesregierung gefördert worden, sagte Petrik.

Landtagsabgeordneter Dr. Heinz WÖBER kritisierte den Investitionsaufwand der Stadtverwaltung. Im langjährigen Durchschnitt seien die Investitionen immer hinter den Voranschlägen zurückgeblieben. Wöber sprach sich für weitere Privatisierungsschritte aus, wobei er konkret die Veräußerung von Anteilen der Stadt Wien an zahlreichen Firmen und die Privatisierung von Gemeindewohnungen nannte. Der Erlös aus Firmenverkäufen könnte ein bis zwei Milliarden Schilling ausmachen und zugunsten der Infrastruktur aufgewendet werden.

Petrik und Wöber bemängelten weiters, daß im Budget keine Vorsorge für die EXPO 95 getroffen werde. Es gebe keine Budgetmittel für nötige Park-and-Ride-Anlagen, für Grundstücksankäufe am Nordbahnhofgelände und für Altlastensanierungsmaßnahmen am künftigen EXPO-Gelände. (Schluß) fk/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 7. November 1989

Blatt 2471

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Letzte Impfmöglichkeit gegen Grippe (2472/FS: 6.11.)
- 75.000 Strohballen zum Schutz für die Bäume (2473/FS: 6.11.)
- Weihnachtsbaum am Rathausplatz eingetroffen (2474/FS: 6.11.)
- 300. Radweg-Kilometer ab Donnerstag (2475)
- Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs (2476)
- Gemeindebau erinnert an Tod von Ernst Kirchwegger (2476)
- Wien bei US-Touristen im Spitzenfeld (2477)
- „Wiener Bäderstudie“ (2478-2480)
- Höchste Investitionen seit Bestehen der Wiener Stadtwerke (2481/2482)
- Svoboda über SP-Klubklausur (2483)
- Nutzungsenquete Schloß Neugebäude und Stadtentwicklungssymposium (2484)
- Wettbewerb für Wartehallen von öffentlichen Verkehrsmitteln in Wien (2485)
- Wiener Budget und Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke mit den Stimmen der SPÖ angenommen (2486)
- Öffentliche Einsichtnahme in das Budget 1990 (2486)
- Zilk: Ausgezeichnete Arbeitsmarktlage in Wien (2487)
- Einladung zur Buchpräsentation EXPO-Enquete (nur FS)
- Pressefahrt „Ausländische Kinder an Wiener Pflichtschulen“ (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung einer Bezirksvertretung (2475)

Kultur:

- Donnerstag Pressekonferenz „Tanz '90“ (nur FS)

Letzte Impfmöglichkeit gegen Grippe

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) Nur noch diese Woche haben die Wienerinnen und Wiener Gelegenheit, sich in einem der Bezirksgesundheitsämter einer Gripeschutzimpfung zu unterziehen. Von der diesjährigen Gripeschutzimpfaktion haben bisher insgesamt 16.955 Personen (im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 15.643 gewesen) Gebrauch gemacht. Geimpft wird noch morgen, Dienstag und kommenden Freitag, den 10. November, jeweils von 9 bis 11 Uhr. Darüberhinaus stehen aber auch die Impfstelle des Gesundheitsamtes, 1., Gonzagagasse 23, 2. Stock, Zimmer 215, Dienstag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, sowie die „Außenstelle“ des Bezirksgesundheitsamtes 8., Schlesingerplatz 4, Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr zur Verfügung. Die Impfung kostet 50 Schilling.

Auch Abendimpftermine

Neben den bereits genannten Impfterminen werden seitens des Gesundheitsamtes aber auch noch einige Abendimpfstellen angeboten: in der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 32, Freitag von 17 bis 19 Uhr sowie in der „Nachmittags“-Impfstelle 1., Neutorgasse 18, Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. (Schluß) zi/rr

Bereits am 6. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

75.000 Strohballen zum Schutz für die Bäume

Wien, 6.11. (RK-KOMMUNAL) 75.000 Strohballen legt die MA 48 in exponierten Straßenzügen auf, um im Falle einer notwendigen Salzstreuung im Winter die Bäume und Rasenflächen nicht zu gefährden.

Selbstverständlich bleibt in Wien nach wie vor das Salzstreuverbot aufrecht, das jedoch in Ausnahmefällen die Möglichkeit des Salzstreuens vorsieht, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und den öffentlichen Verkehr aufrechtzuerhalten. Betroffen davon sind exponierte und stark befahrene Straßenzüge und Brücken. Die Salzstreuung wird mit äußerster Vorsicht und nur bei kritischen Witterungsverhältnissen durchgeführt. Die schützenden Strohballen, die aufgrund der Feuchtigkeit nicht brennen, werden auf 38 Kilometern Straßen aufgelegt, wobei das Wiener Straßennetz insgesamt eine Länge von 2.800 Kilometern aufweist. (Schluß) du/rr

Bereits am 6. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Weihnachtsbaum am Rathausplatz eingetroffen

Wien, 6.11. (RK-LOKAL) Seit heute, 13.30 Uhr, ist es weithin sichtbar, daß Weihnachten näherkommt — auch wenn das Wetter und die Stimmung noch gar nicht weihnachtlich sind: Der traditionell jedes Jahr aus einem anderen Bundesland für Wien gespendete Weihnachtsbaum ist an seinem Bestimmungsort, dem Rathausplatz, eingetroffen.

Es ist eine 95 Jahre alte und 27 Meter hohe Fichte, die aus der Region Schörfling im Salzkammergut stammt. Der frühe Termin hängt mit den Vorbereitungen für den Christkindlmarkt zusammen, denn sind die Stände einmal fertig aufgebaut, könnte der Baum nicht mehr an seinen vorgesehenen Platz gebracht werden.

Das vorübergehende Wahrzeichen des Rathausplatzes wurde vom Auhof von Polizeibeamten eskortiert in das Stadtzentrum gebracht. (Schluß)
ull/bs

Bereits am 6. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

300. Radweg-Kilometer ab Donnerstag

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Radwegenetz wächst kontinuierlich, demnächst wird es 300 Kilometer Radverkehrsanlagen in Wien geben. Dieser 300. Kilometer befindet sich im Zuge des „Liesingbachradweges“, der den 10. Bezirk mit dem 23. Bezirk verbindet, und zwar in 10, Bischofplatz/Liesingbachstraße. Er wird kommenden Donnerstag, 9. November, um 10.30 Uhr, durch Verkehrsstadtrat Johann HATZL offiziell seiner Bestimmung übergeben. (Schluß) pz/gg

Sitzung einer Bezirksvertretung

Wien, 7.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am Mittwoch, dem 8. November, um 16 Uhr in der Bezirksvorstehung 10, Keplerplatz 5, zu einer Sitzung zusammen. (Schluß) red/rr

Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) An 13 Wienerinnen und Wiener, die sich um die Befreiung Österreichs in den Jahren 1938 bis 1945 verdient gemacht hatten, übergab gestern, Montag, der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA, Ehrenzeichen der Republik Österreich.

Es sind dies: Franz ANNERL, Reg. Rat Heinz APENZELLER, Josefa BUTZ, Emilie DOROTIC, Wladimir HOFIREK, Walter KARPELES, Stanislaus KUDLIK, Johann KUDRNA, Josef LANDGRAF, Johann MICHEROLI, Franz NEUWERTH, Alice RUSZ und Eva STEUER.

Franz DUSEK und Oskar MRAS konnten die Ehrenzeichen nur mehr posthum verliehen werden, für sie nahmen Familienangehörige an der Ehrung teil.

Bei der Ehrung war auch Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN anwesend. (Schluß) lf/rr

Gemeindebau erinnert an Tod von Ernst Kirchweger

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Ein Gemeindebau in der Sonnwendgasse 24 in Favoriten wird morgen Mittwoch um 14.30 Uhr nach Ernst Kirchweger benannt, dem ersten Todesopfer politischer Gewalt in der Zweiten Republik. Kirchweger wurde im Frühjahr 1965 im Zuge einer antifaschistischen Demonstration von einem Neonazi niedergeschlagen und tödlich verletzt. Der damals 67jährige Pensionist Kirchweger war Widerstandskämpfer und KZ-Häftling gewesen. Sein Begräbnis am 8. April 1965 wurde zur größten antifaschistischen Kundgebung seit 1945: rund 250.000 Menschen nahmen daran teil.

Der „Ernst-Kirchweger-Hof“ wurde 1979 bis 1982 errichtet. Die feierliche Benennung wird Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER vornehmen. (Schluß) ah/gg

Wien bei US-Touristen im Spitzenfeld

Leserumfrage von „Conde Nast Traveler“

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Die anspruchsvolle amerikanische Reisezeitschrift „Conde Nast Traveler“ bringt in ihrer Novemberausgabe die Ergebnisse ihrer jährlichen Leserumfrage. Bei diesen „Readers' Choice Awards“ wurde Wien (ex aequo mit Paris) zur zweitbeliebtesten Stadt der Welt gewählt — vom erstplazierten Florenz nur um 0,3 Prozent übertroffen.

Die besten Städte wurden bei dieser Umfrage nach den Kriterien der kulturellen Bereicherung für die Gäste, der Qualität der Restaurants, der Schönheit der Stadtlandschaft und dem Ambiente bewertet. Auf dem dritten Platz landete San Francisco, gefolgt von Rom und London.

Europäische Städte sind, wie die Zeitschrift im Kommentar festhält, bei amerikanischen Touristen nach wie vor enorm beliebt: neun der besten zwanzig, sechs der besten zehn Städte dieser Umfrage liegen in Europa. Im Wiener Fremdenverkehrsverband freut man sich, daß die so positive Bewertung Wiens sich auch in der Gästestatistik ausdrückt: Die Übernachtungen von US-Touristen in Wien sind seit Jahresbeginn um 12 Prozent gestiegen. (Schluß) wfv/bs

„Wiener Bäderstudie“

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Badbesucher sind genügsam. Sie sind damit zufrieden, in der Sonne zu liegen, ein bißchen schwimmen zu gehen und mitunter das Buffet aufzusuchen.

Auf diesen knappen Nenner gebracht lautet das überraschende Ergebnis einer Wiener Bäderstudie, die im Juli 1989 vom Meinungsforschungsinstitut Triconsult durchgeführt und Dienstag von Stadtrat Dr. Michael HÄUPL im Pressegespräch des Bürgermeisters vorgestellt wurde. Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf den Angaben von 1.000 repräsentativ ausgewählten Personen der Wiener Bevölkerung ab 14 Jahren. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgte nach einem nach Bezirken vorgeschichteten Quotenverfahren. Als Quotenmerkmale wurden Geschlecht, Alter und Beruf vorgegeben.

Freizeitverhalten der Wiener

Laut Umfrage verbringen die Wienerinnen und Wiener ihre Freizeit am liebsten mit Lesen und Spaziergehen. Als drittliebste Freizeitbeschäftigung wird bereits das Badengehen genannt, was sicherlich zum Teil auf den Befragungszeitraum zurückzuführen ist. Bei naturnahen Freizeitaktivitäten rangiert das Badengehen an zweiter Stelle hinter Spaziergängen, noch vor Heurigenbesuchen und Ausflügen in die nähere Umgebung Wiens.

Besonders bei jungen Leuten erfreut sich der Badbesuch großer Beliebtheit. Der Anteil der Wiener Badbesucher beträgt knapp 70 Prozent, das heißt sieben von zehn Wienern haben im Laufe der letzten drei Jahre zumindest einmal ein Bad in Wien aufgesucht.

Bekanntheitsgrad der Wiener Bäder

Die Bekanntheit von Wiener Bädern und Bademöglichkeiten wurde gestützt nach Bädertypus erhoben. Die bekanntesten Bäder der einzelnen Bäderkategorien sind:

A. Tröpferlbäder

Amalienbad (10 Prozent), Jörgerbad (9 Prozent) und Weisselbad (7 Prozent)

B. Kur- und Heilbäder

Oberlaa (82 Prozent)

C. Hallenbäder

Dianabad (41 Prozent), Stadthallenbad (32 Prozent), Amalienbad (30 Prozent), Jörgerbad (25 Prozent), Floridsdorferbad (20 Prozent)

D. Sommer- und Strandbäder mit Eintritt

Gänsehäufel (41 Prozent), Stadionbad (23 Prozent), Krapfenwaldlbau (22 Prozent) und Schafbergbad (21 Prozent)

E. Sommer- und Strandbäder ohne Eintritt

Neue Donau (66 Prozent), Lagerwiesen Alte Donau (26 Prozent) und Lobau (19 Prozent).

Was den Besuch diverser Wiener Bäder anlangt, nehmen zwei Bäder eine ganz dominante Stellung ein: die Donauinsel und das Kurzentrum Oberlaa. Die Donauinsel wurde von rund jedem fünften Wiener in den letzten drei Jahren zu Badezwecken aufgesucht, Oberlaa von immerhin 18 Prozent.

Danach folgen mit Besucheranteilen von acht bzw. sieben Prozent das Dianabad, das Stadthallenbad, das Gänsehäufel sowie das Stadion-, das Amalien- und das Schafbergbad.

Die beliebtesten Wiener Bäder

Die sechs beliebtesten Wiener Bäder sind:

- Donauinsel
- Kurzentrum Oberlaa
- Gänsehäufel

- Schafbergbad
- Dianabad
- Stadionbad.

Die ersten drei beliebtesten Bäder weisen deutliche Unterschiede in der Struktur ihrer Besucher auf: Die Donauinsel wird vorwiegend von jüngeren, ledigen Personen der eher höheren sozialen Schichten bevorzugt. Oberlaa spricht vor allem ältere, gut situierte Herren an. Das Gänsehäufel erfreut sich besonders bei der Mittelschicht besonderer Beliebtheit, vor allem bei Frauen mittleren Alters.

Besuchsmotive und Badeverhalten der Wiener Badbesucher

Die wichtigsten ausstattungsspezifischen Gründe, warum ein bestimmtes Bad besucht wird, sind die Liegeflächen, gefolgt von offenen und gedeckten Schwimmbecken sowie das Buffet im Bad. Vereinzelt stellen noch Sonnenbäder, Brausen und Sauna Besuchermotive dar. Alle anderen Einrichtungen wie Spiel- und Sportmöglichkeiten, Wellenbad, Solarium usw. sind erstaunlicherweise nur von untergeordneter Bedeutung.

Es zeigt sich also, daß die Wiener Badbesucher hinsichtlich der Einrichtungen im Bad äußerst anspruchslos sind. Ein Bad muß nur die Möglichkeit zur Abdeckung einiger weniger Bedürfnisse schaffen: erholen, schwimmen, essen und trinken.

An einrichtungsunabhängigen Besuchsgründen kommt vor allem der räumlichen Nähe bzw. der guten Erreichbarkeit des Bades große Bedeutung zu. Darüberhinaus stellen für die Wiener Badbesucher noch die schöne Lage, Sauberkeit und Ruhe konkrete Besuchsgründe dar.

Angesprochen auf positive und negative Entwicklungen im Bereich der städtischen Bäder haben die Wiener Badbesucher an positiven Veränderungen vor allem infrastrukturelle Verbesserungen, Renovierungen und mehr Sauberkeit in den Bädern bemerkt.

An negativen Entwicklungen wurden insbesondere höhere Eintrittspreise und Überfüllung in den Bädern registriert. An Verbesserungswünschen wurden billigerer Eintritt, Bemühen um noch mehr Sauberkeit und attraktivere Angebote in den Bädern vorgebracht.

Im Durchschnitt besucht der Wiener sein Lieblingsbad rund 20mal im Jahr, um sich dort etwa viereinhalb Stunden aufzuhalten. Jüngere Personen bevorzugen Sommerbäder, ältere eher Hallenbäder.

Typologie der Wiener Badbesucher

Hinsichtlich der im Bad vorzugsweise ausgeübten Beschäftigungen lassen sich die Wiener Badbesucher in sechs homogene Gruppen unterteilen.

a) der Erholungssuchende

Diese Gruppe nimmt mit rund 33 Prozent den größten Anteil der Wiener Badbesucher ein, und setzt sich vorwiegend aus der erwerbstätigen Bevölkerung mittleren Alters zusammen. Die bevorzugten Bäder sind Donauinsel, Oberlaa, Gänsehäufel und andere Freibäder. Hallenbäder werden von dieser Gruppe kaum besucht. Dem Erholungssuchenden sind im Bad vor allem Liegeflächen und offene Schwimmbecken sehr wichtig.

b) der Genießer

Mit einem Anteil von rund 20 Prozent stellt der Typus des Genießers die zweitstärkste Gruppe unter den Badbesuchern dar. Er besucht fast ausschließlich Sommer- und Strandbäder und legt großen Wert auf Schönheit und Atmosphäre des Bades — und des Buffets.

c) der Erlebnisorientierte

Diese Gruppe rekrutiert sich primär aus jungen Leuten, die im Bad Spaß, Abwechslung und Vergnügen suchen. Die Infrastruktur mit Spiel- und

Forts. von Blatt 2478

Forts. auf Blatt 2480

Sportmöglichkeiten ist wichtig. Besonders beliebt sind beim Erlebnisorientierten die Donauinsel und das Stadionbad.

d) der Intensiv-Nutzer

Der Intensiv-Nutzer ist meist männlichen Geschlechtes, eher älter, verheiratet und wohlhabend. Das bevorzugte Bad dieser Gruppe ist eindeutig das Kurzentrum Oberlaa. Hier findet der Intensiv-Nutzer alle Möglichkeiten, die seinen Vorstellungen von einem optimalen Badbesuch entsprechen: Sauna, Massage, Solarium und Gesundheitseinrichtungen.

e) der Purist

Immerhin rund zehn Prozent der Wiener Badbesucher sind Puristen, das heißt, sie besuchen ein Bad nur zu seinem ursprünglichen Zweck, nämlich um zu schwimmen, baden oder duschen. Diese Gruppe setzt sich überwiegend aus älteren Personen zusammen. Der Purist besucht fast ausschließlich Hallenbäder. Hohe Anforderungen stellt er nur in einem Punkt: Das Bad muß gut erreichbar sein.

f) die Aufsichtsperson

Die Gruppe der Aufsichtspersonen — rund acht Prozent der Wiener Badbesucher — geht primär wegen der Kinder ins Bad und setzt sich daher vorwiegend aus Frauen mittleren Alters zusammen. Für die Aufsichtsperson ist es besonders wichtig, daß das Bad ein Kinderbecken besitzt und kinderfreundlich ausgestattet ist. Bevorzugt werden Gänsehäufel, Schafbergbad, Stadionbad und Stadthallenbad.

(Forts. mgl.) du/rr

Forts. von Blatt 2479

Höchste Investitionen seit Bestehen der Wiener Stadtwerke

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1990 informierte Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Der Wirtschaftsplan 1990 der Wiener Stadtwerke ist gekennzeichnet durch sehr hohe Investitionen. Die dafür zur Verfügung stehende Summe ist die höchste seit Bestehen der Wiener Stadtwerke. Weitere Kennzeichen sind die konsequente Fortsetzung der Umweltschutzmaßnahmen, vor allem im Bereich der E-Werke, sowie des Bevorrangungsprogrammes der Wiener Verkehrsbetriebe. Auf der Einnahmenseite wird sich erstmals ganzjährig der neue „Grüne Spartarif“ der E-Werke auswirken, der zu Erlösminderungen von rund 445 Millionen Schilling führen wird. Ansonsten werden die Tarife der drei anderen Teilunternehmungen gleich bleiben.

Insgesamt sind im Wirtschaftsplan 1990 3.862 Millionen Schilling für Investitionen vorgesehen, von denen 3.625 frei zur Verfügung stehen — das höchste Investitionsvolumen, das jemals bei den Wiener Stadtwerken verzeichnet wurde. Der größte Teil davon — rund 71 Prozent — entfällt auf die E-Werke, die 1990 allein für die Errichtung des neuen Kraftwerksblockes 3/4 in Simmering 1,3 Milliarden Schilling benötigen. Für Umweltschutzmaßnahmen werden die E-Werke 1990 rund 436 Millionen Schilling aufwenden. So wird unter anderem der Erdgaseinsatz in den kalorischen Kraftwerken einen Anteil von mehr als 80 Prozent erreichen.

Die Verkehrsbetriebe werden insgesamt 3.761 Millionen Schilling Zuschuß von der Hoheitsverwaltung erhalten, das ist eine weitere Steigerung um mehr als 70 Millionen Schilling.

Die Entwicklung der Energieeinstandspreise ist derzeit unvorhersehbar, sodaß bei den E-Werken und den Gaswerken für die Erstellung des Wirtschaftsplanes ein Heizölpreis von 1.830 Schilling pro Tonne angenommen wurde. Die darin enthaltene Reserve von 100 Schilling pro Tonne zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes ist eher gering und befindet sich in der Bandbreite der mindestens zu erwartenden Schwankungen.

Trotz der Intensivierung der Kundendienstleistungen kann der Personalstand der Wiener Stadtwerke durch laufende Rationalisierung mit 15.651 Mitarbeitern konstant gehalten werden. Der Personalaufwand wurde mit rund 7,5 Milliarden Schilling angesetzt.

Die Wiener Stadtwerke rechnen als Gesamtunternehmen im Jahr 1990 mit einem Verlust von 548 Millionen Schilling, dessen Steigerung gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen auf den niedrigeren Erfolg der E-Werke (Tarifsenkung) und den höheren Verlust der Gaswerke zurückzuführen ist.

E-Werke

Die E-Werke erwarten für 1990 einen Stromverkauf von 7.352 Gigawattstunden, was einer Erhöhung um zwei Prozent gegenüber heuer entspricht. Davon sollen 45,3 Prozent in den eigenen Dampfkraftwerken erzeugt werden, wofür 153.000 Tonnen extrem schwefelarmes Heizöl (maximal ein Prozent) sowie 706 Millionen Kubikmeter Erdgas (mehr als 80 Prozent!) benötigt werden. Kosten dafür: 1.324 Millionen Schilling. Der vorgesehene Fremdstrombezug erhöht sich auf rund 51 Prozent des Bedarfes. Die E-Werke sind aus Umweltschutz- und Wirtschaftlichkeitsgründen bemüht, vor allem im Sommer zusätzlich aus Wasserkraft erzeugten Strom in Form von Sonderlieferungen der Verbundgesellschaft zu erhalten.

Die E-Werke werden 1990 praktisch ausgeglichen bilanzieren, der erwartete Gewinn beträgt 41 Millionen Schilling. Investitionen sind in der Höhe von 2.734 Millionen Schilling geplant, von denen 148,5 Millionen vorläufig

gesperrt sind. Die wichtigsten Projekte sind die Errichtung des Blockes 3/4 in Simmering mit 1.260 Millionen (Gesamtkosten 4,9 Milliarden), der Ausbau der Leitungsnetze mit 616 Millionen, der Umspann- und Unterwerke mit 342 Millionen (unter anderem Neubau des Umspannwerkes Landstraße) und der Kundendienst mit 134 Millionen. Für den Umweltschutz (Emissionsreduktion in den Kraftwerken, Verkabelungen statt Freileitungen, Lärmschutzeinrichtungen in den Umspannwerken, Einsatz von schwefelarmem Heizöl und Erdgas, Betrieb der katalytischen Entstickungsanlagen) werden insgesamt 436 Millionen ausgegeben.

An Fremdmittelaufnahmen sind 493 Millionen Schilling vorgesehen.

Gaswerke

Nach den starken Rückgängen bei der Gasabgabe in den Jahren 1988 und 1989 auf Grund der milden Witterung wird für 1990 wieder eine Steigerung um 7,4 Prozent auf 700 Millionen Kubikmeter an Tarifabnehmer erwartet. Die Bemühungen zur Gewinnung zusätzlicher Heizgaskunden werden fortgesetzt.

Die Gaswerke werden für ihren Gasbezug 1990 knapp 1,2 Milliarden Schilling aufzuwenden haben. Investitionen sind in der Höhe von 364 Millionen Schilling geplant, wobei der Schwerpunkt im Bereich des Rohrnetzes mit rund 267 Millionen liegt. Für Instandhaltungen des Rohrnetzes sind weitere 432 Millionen vorgesehen.

Die Gaswerke rechnen mit einem Verlust von rund 41 Millionen Schilling. 219 Millionen an Fremdmitteln sollen aufgenommen werden.

Verkehrsbetriebe

Die Verkehrsbetriebe erwarten für 1990 eine geringfügige Erhöhung der Fahrgastzahl auf 603,5 Millionen. Der Durchschnittserlös pro Beförderung wird damit rund 4,86 Schilling betragen. Der Verlust der Verkehrsbetriebe wird mit rund 550 Millionen erwartet. Die Hoheitsverwaltung wird zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in Wien eine Leistung von 3.761 Millionen Schilling erbringen.

Im Investitionsplan der Verkehrsbetriebe sind knapp 750 Millionen Schilling vorgesehen, von denen 85,6 Millionen vorläufig gesperrt sind.

Zur weiteren Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist für 1990 wieder eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen. So wird es bei drei Straßenbahn- und zwölf Autobuslinien Intervallverdichtungen geben, bei zwei Straßenbahn- und zwei Autobuslinien Betriebszeitverlängerungen. Das Bevorrangungsprogramm wird mit Kosten von fast 120 Millionen mit Schwerpunkten auf vier Straßenbahn- und drei Autobuslinien fortgesetzt. Weitere 60 Ampeln werden besser an die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs angepaßt. Im Rahmen der Modernisierung des Wagenparkes werden um insgesamt mehr als eine Viertelmilliarde neun Straßenbahngelenktriebwagen und fünf -beiwagen sowie 13 Normal- und zwölf Gelenkbusse neu angeschafft. 7.000 Meter Gleis, 47 Weichen und 23 Kreuzungen werden erneuert.

Bestattung

Die Bestattung rechnet 1990 mit insgesamt 24.600 Bestattungsleistungen, was in etwa dem voraussichtlichen Umfang von 1989 entspricht. Im einzelnen werden 14.660 Erdbestattungen, 3.270 Feuerbestattungen und 4.820 Exhumierungen und Überführungen erwartet. Die Bestattung rechnet mit einem ausgeglichenen Wirtschaftsjahr, ein geringfügiger Gewinn von eineinhalb Millionen Schilling wird erwartet. Investitionen sind in der Höhe von 14,3 Millionen Schilling vorgesehen. (Forts. mgl.) roh/bs

Forts. von Blatt 2481

Svoboda über SP-Klubklausur

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) SP-Klubobmann Ing. Karl SVOBODA und Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL berichteten am Montag abend in einer Pressekonferenz über die Ergebnisse der Tagung des SPÖ-Klubs. In der Frage des Ausländerwahlrechtes strebe die SPÖ einen Konsens mit den anderen Rathausparteien an, betonte Svoboda. Es gehe um die bestmögliche und weitestgehende Integration der rund 160.000 in Wien lebenden Ausländer. Aktuell sei derzeit die Frage der Ausländerbeschäftigung. Die Beschäftigungsbewilligung soll ein Recht der Arbeitnehmer und nicht der Arbeitgeber sein.

Weiters befaßte sich der Klub mit Fragen der Wohnbaupolitik, der Stadtplanung und Stadtentwicklung sowie mit Umwelt- und Sozialthemen. Svoboda verteidigte die mit der Budgeterstellung beabsichtigten Erhöhungen der Wasser- und Müllgebühren. Die Mehreinnahmen seien für eine ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung nötig. Bei der Sanierung von Gemeindebauten dürfe es nicht zu unzumutbaren Mietbelastungen kommen, da, so Svoboda, die Stadt Wien mit ihren über 210.000 Gemeindewohnungen beim Zinsniveau eine marktregulierende Rolle spiele.

Hilfe für Obdachlose

Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal berichtete über die Arbeit der vor einem Jahr gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Wohnplätze für Bürger in Not“. Im Rahmen dieses Resozialisierungsprogrammes für Obdachlose konnten bisher 92 „Übungswohnplätze“ geschaffen werden. In einem Zeitraum von sieben Jahren sollen 500 derartige Wohnplätze geschaffen werden, die von diplomierten Sozialarbeitern betreut werden. Die Arbeitsgemeinschaft, der verschiedene Vereine angehören, sucht deshalb dringend Hauptmietwohnungen in ganz Wien. Angebote sind an die Arbeitsgemeinschaft ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, 1010, Schmerlingplatz 2, Tel.: 4083232 zu richten. (Schluß) fk/rr

Nutzungsenquete Schloß Neugebäude und Stadtentwicklungssymposium

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Morgen, Mittwoch, findet im Austria Center Vienna eine gemeinsam von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA eingeladene Fach-Enquete statt, die realisierbare Vorschläge für die weitere Nutzung beziehungsweise Restaurierung (oder Konservierung) von Schloß Neugebäude erbringen soll. Rund 80 Fachleute aus den verschiedenen Wissensgebieten aus In- und Ausland erörtern in zehn Arbeitskreisen die Thematik.

In einer öffentlich zugänglichen abschließenden Podiumsdiskussion werden die Arbeitskreise ihre Vorschläge präsentieren.

Die Präsentation und Diskussion beginnt um 16 Uhr.

Stadtentwicklungssymposium

Vor nunmehr fünf Jahren wurde nach jahrelanger öffentlicher Diskussion der Stadtentwicklungsplan für Wien vom Gemeinderat beschlossen.

Der rasche Wandel der Randbedingungen und neue große Projekte wie die EXPO 95 machen — neben einem Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre — eine neue Standortbestimmung der Wiener Stadtentwicklung und Stadtplanung notwendig.

Dazu hat Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda für 13. und 14. November zu einem Stadtentwicklungssymposium im Wiener Rathaus eingeladen.

Das umfangreiche Programm des zweitägigen Symposiums, an dem Fachleute aus dem In- und Ausland teilnehmen, sieht die Diskussion folgender Schwerpunktthemen vor:

- Gesellschaftsstruktur — Weiterwandel
(Arbeitskreisleiter: Prof. Jürgen FRIEDRICHS, Hamburg)
- Stadtkultur und Stadtgestaltung
(Arbeitskreisleiter: Dr. Wolfgang KOS, Wien)
- Was tun wir mit den Gründerzeitvierteln?
(Arbeitskreisleiter: Dr. Caspar EINEM, Wien)
- Was geschieht mit den Stadtrandgebieten?
(Arbeitskreisleiter: Arch. Hugo POTYKA, Wien)
- Zukunft des Stadtverkehrs
(Arbeitskreisleiter: Prof. Richard HEIERLI, Zürich)
- Traditionelles Zentrengefüge und neue Einkaufsformen
(Arbeitskreisleiterin: Dr. Elisabeth LANGE, Hamburg).

Zum Abschluß der Veranstaltung (für die noch begrenzte Anmeldungen beim Institut für Stadtforschung, Tel. 31 15 70 möglich sind), ist am Dienstag, 14. November, ab 14.30 Uhr eine Präsentation der Arbeitskreisergebnisse mit anschließender öffentlicher Podiumsdiskussion vorgesehen (Festsaal des Wiener Rathauses).

Am Montag, 13. November, wird Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda gemeinsam mit dem Hauptreferenten des zweiten Tages, Prof. Roland RAINER, um 13 Uhr in einem Pressegespräch über die Schwerpunkte des Symposiums berichten.

Kaos Stadt? – Ein kulturelles „Rahmenprogramm“

Unter dem programmatisch-provokanten Titel KAOS STADT? wird rund um das Stadtentwicklungssymposium in der Volkshochschule Margareten (Stöbergasse 11-15) ein einwöchiges kulturelles „Rahmenprogramm“ geboten, das vom Kulturamt der Stadt Wien unterstützt wird.

Das Programm, das neben einer Filmretrospektive (Fotoausstellung sowie Videodokumentationen) eine Reihe von Diskussionen beinhaltet, wird am Freitag, 10. November, um 20 Uhr, von Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda eröffnet. (Forts. mgl.) lf/gg

Wettbewerb für Wartehallen von öffentlichen Verkehrsmitteln in Wien

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Gestaltung von Wartehallen von öffentlichen Verkehrsmitteln findet jetzt ein Architektenwettbewerb statt:

Gegenstand des Wettbewerbes und Wettbewerbsziel

Als erster Schritt in der Auseinandersetzung mit Fragen der Stadtmöblierung soll ein neuer Wartehallentyp entwickelt werden und zur visuellen Verbesserung des öffentlichen Stadtraumes beitragen.

Art des Wettbewerbes

Die Durchführung des von der MA 19 und der GEWISTA ausgeschriebenen Wettbewerbes erfolgt als einstufiges, öffentliches Verfahren für den Kammerbereich Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Aufgabenstellung und Wettbewerbsziel

Der Großteil der gegenwärtig im Raum Wien bestehenden Wartehallen für öffentlichen Verkehrsmitteln ist von der Firma Gewista-Werbe-gesellschaft aufgestellt und finanziert. Größere Werbeflächen an den Wartehallen (Plakatflächen) bestimmen derzeit hauptsächlich deren Erscheinungsbild, das nunmehr verbessert werden soll. In diesem Sinne strebt die Gewista-Werbe-gesellschaft den Einsatz eines neuen Werbeträgers, der sogenannten „EUROPA-PLAKATVITRINE“ an. Sie stellt ein flächemäßig kleineres, optisch viel qualitätsvolleres Werbesystem dar. Die „wirtschaftliche“ und gestalterische Integration in die neuen Wartehallentypen ermöglicht deren Realisierung. Dabei bietet sich die Chance für Lösungen, die in gestalterischer Hinsicht einen positiven Beitrag zum Thema „Stadmöblierung“ darstellen. Aus Gründen der unterschiedlichen Randbedingungen ist ein „Allgemeintyp“ sowie ein „Sondertyp“ zu entwickeln. Deren Erscheinungsbild soll analog sein und darüberhinaus berücksichtigen, daß die neuen Wartehallen im gesamten Stadtgebiet, also auch in Schutzzonen bzw. städtebaulich und baukünstlerisch bedeutsamen Stadträume, aufgestellt werden können.

Es ist daran gedacht, mit den neuen Wartehallen einen Großteil der derzeit in Wien aufgestellten innerhalb eines mittelfristigen Zeitraumes zu ersetzen.

Termine

Die Wettbewerbsunterlagen liegen in der MA 19, 1120 Wien, Niederhofstraße 23. 5. Stock, Zimmer 540 zum Erwerb auf. Bei Abholung der Unterlagen ist eine Schutzgebühr von 200 Schilling zu entrichten.

Auftretende Fragen werden in Arbeitssitzungen der Jury einer Klärung zugeführt. Die Anfragen werden im Rahmen eines öffentlichen Hearings am Montag, dem 17. November, um 16 Uhr im Vortragssaal der Ingenieur- und Architektenkammer, 1040 Wien, Karlsgasse 9, beantwortet werden.

Abgabeschluß für die Wettbewerbsarbeiten ist der 29. Jänner 1990. Für die Jurierung ist der 26. und 27. Februar 1990 in Aussicht genommen.

Alle jurierten Wettbewerbsprojekte werden vom Auslober ausgestellt. Ort und Dauer der Ausstellung werden gemeinsam mit dem Wettbewerbsergebnis bekanntgegeben.

Preise

Folgende Preisgelder sind vorgesehen:

1. Preis: 100.000 Schilling •
2. Preis: 70.000 Schilling
3. Preis: 50.000 Schilling

Weiters sind zwei Ankäufe zu je 25.000 Schilling beabsichtigt. Die Preisgelder verstehen sich exkl. MWst. (Forts. mgl.) lf/bs

Wiener Budget und Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke mit den Stimmen der SPÖ angenommen

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Budget 1990 und der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das nächste Jahr wurden Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenats und des Finanzausschusses mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Nun steht noch die Beratung im Wiener Gemeinderat aus: der Wiener Gemeinderat wird das Budget und den Wirtschaftsplan vom 21. bis 23. November behandeln. (Schluß) sei/gg

Öffentliche Einsichtnahme in das Wiener Budget 1990

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Der Voranschlagsentwurf 1990 der Bundeshauptstadt Wien liegt vom 8. bis 15. November zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die Einsichtnahme ist möglich:

- in der Stadtinformation im Wiener Rathaus von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr,
- in allen Außenstellen des Bürgerdienstes,
- in den Magistratischen Bezirksämtern 1/8, 2, 4/5, 6/7, 9, 17 und 19.

Dabei können neben der Einsichtnahme in das Budget auch Stellungnahmen — die sogenannten Erinnerungen — abgegeben werden. (Schluß) sei/bs

Zilk: Ausgezeichnete Arbeitsmarktlage in Wien

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wies am Dienstag in seinem Pressegespräch auf die ausgezeichnete Arbeitsmarktlage in Wien hin. Ende Oktober waren 40.369 Arbeitssuchende gemeldet (5,1 Prozent). Tatsächlich müsse man davon, so Zilk, aber folgende Personengruppen differenzieren:

- 2.677 verfügten bereits über eine Einstellzusage
- 11.335 sind de facto nicht vermittelbar (aus körperlichen oder psychischen Gründen)
- 5.856 sind ältere Arbeitssuchende über 50 Jahre (Zilk: „Diese Menschen bereiten mir besondere Sorge“).

Den verbleibenden 20.501 Arbeitssuchenden stehen 9.855 offene Stellen gegenüber (um 35 Prozent mehr als im Vorjahr).

Weiters ist zu berücksichtigen, daß es 160.000 Einpendler nach Wien gibt, denen nur 35.000 Auspendler gegenüberstehen.

Auf 1.361 offene Lehrstellen entfallen 440 Lehrstellensuchende.

Wien verzeichnet derzeit die höchsten jemals erreichten Beschäftigtenzahlen, betonte der Bürgermeister. (Schluß) ger/gg

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Presseum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 8. November 1989

Blatt 2488

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Mayr: Wehre mich gegen Vorwurf der Phantasielosigkeit (2489/FS: 7.11.)

Stacher regt Hauskrankenpflegegesetz an (2491)

Auszeichnung für Stadt-Journal-Redakteure (2492)

Ehrung von Simmeringer Mandataren (2493)

Benennung von zwei Wohnhausanlagen (2494)

Enquete Schloß Neugebäude: Fachliche Vorbereitung für politische Entscheidungen (2495)

Einigung in der Volkszählungsfrage (2496/2497)

Ehrung für den früheren Stadtbaudirektor Filz (2498)

Weinernte 1989: Weniger, aber bessere Qualität (2499)

Graben West ab Donnerstag ohne Behinderungen (2501)

Wiener Verkehrssicherheitsmodell wesentlicher Beitrag zur Senkung der Unfallziffern (2502)

Bürobaracke in der Donaustadt abgebrannt (nur FS/7.11.)

Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Hatzl: Straßenbau 1990 (nur FS)

Kultur:

Wien ehrt den Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt (2490/FS: 7.11.)

„Phantom der Oper“: Hauptdarsteller verlängern um ein Jahr (2500)

Mayr: Wehre mich gegen Vorwurf der Phantasielosigkeit

Gebührenmehreinnahmen für Altlastensanierung und Rohrnetzverbesserungen

Wien, 7.11. (RK-KOMMUNAL) „Wenn die Wiener ÖVP von Phantasielosigkeit, von fehlenden EXPO-Ansätzen oder von einer Tariflawine spricht, muß ich mich wohl mit gutem Grund wehren“, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. „Es war wohl phantasielos“, so Mayr, „wenn ich vor Jahren die Idee zur EXPO hatte. Sollte in der Zukunft mit der EXPO etwas schief laufen, dann werden sich die Herren von der ÖVP, die jetzt die EXPO für sich pachten möchten, wohl wieder daran erinnern, wer überhaupt dazu die Idee hatte“.

Zur Kritik an den fehlenden EXPO-Ansätzen im Wiener Budget meinte MAYR, daß die notwendigen Infrastrukturausgaben wie z.B. die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf nicht auf einem eigenen EXPO-Ansatz aufscheinen werden, sondern im entsprechenden Budget der U-Bahn-Abteilung. Derzeit wird über das Maßnahmenpaket mit dem Bund verhandelt, entsprechende schriftliche Verträge wird es in Kürze geben. Die Kosten der EXPO selbst sollten jedoch nicht aus dem Budget finanziert werden, dafür soll ja eine privatwirtschaftliche Lösung gefunden werden.

Die Tarifierhöhungen bei Wasser und Müll sind zwar keine erfreuliche, jedoch eine notwendige Angelegenheit, betonte Mayr weiter.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL bezifferte die daraus sich ergebenden Mehreinnahmen mit je rund 130 Millionen Schilling. Im Falle der Müllabgabe wird die Stadt Wien um rund 80 Millionen Altlastensanierungsmaßnahmen durchführen, 50 Millionen Schilling müssen an den Bund (Umweltministerium) abgeführt werden.

Die Mehreinnahmen aus der Wassergebühr werden vor allem der Verbesserung des Wiener Leitungsnetzes dienen. Man ist bestrebt, die Leitungsverluste, die in den letzten Jahren um drei Prozent gesenkt werden konnten, weiter zu verringern. Wien hat das ehrgeizige Ziel, die Verluste unter die Marke von zehn Prozent und längerfristig auf sechs Prozent zu bringen. Das wäre, New York hat Verluste um die 20 Prozent, eine weltweit einmalige Sache, betonte Häupl. „Die Aussage der ÖVP, die Erhöhungen dienen dem Stopfen von Budgetlöchern, ist daher ein Unfug“, sagte Stadtrat Häupl abschließend. (Schluß) sei/rr

Bereits am 7. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien ehrt den Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt

Wien, 7.11. (RK-KULTUR) Im Roten Salon des Wiener Rathauses überreichte Dienstag nachmittag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dem berühmten Verhaltensforscher Univ.-Prof. Dr. Irenäus EIBL-EIBESFELDT die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt in Gold.

In seiner Laudatio würdigte Zilk den Lebensweg des Forschers, der — ein Schüler von Konrad Lorenz — zahlreiche wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht hat. Eibl-Eibesfeldt gilt heute international als DER Verhaltensforscher. Er ist UNESCO-Experte, Leiter zahlreicher Expeditionen und Mitglied höchster Forschungsinstitutionen. Eibl-Eibesfeldt ist aber auch ein Wissenschaftler, der den Bezug zum Menschen nicht verloren hat, ein Philosoph, dessen Bücher auch gelesen und verstanden werden. In seiner Forschung steht der Mensch im Mittelpunkt, und Eibl-Eibesfeldt hat das auch bei seiner Mitwirkung an der neuen Wiener Wohnbauphilosophie gezeigt, betonte Zilk.

In seiner Dankesrede bekannte sich der Forscher, der heute vor allem in Deutschland wirkt, zu seiner Heimatstadt Wien. Es freue ihn, betonte Eibl-Eibesfeldt, daß er die Ehrung der Stadt Wien ausgerechnet am 86. Geburtstag seines Lehrers und väterlichen Freundes, Konrad Lorenz, entgegennehmen dürfe.

An der Feierstunden nahmen Stadtrat Rudolf EDLINGER, Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und zahlreiche persönliche Freunde des Geehrten teil. (Schluß) fk/rr

Bereits am 7. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher regt Hauskrankenpflegegesetz an

12. Österreichischer Krankenhaustag in Wien

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER begrüßte Dienstag nachmittag im Namen von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Teilnehmer des 12. Österreichischen Krankenhaustages in Wien. Die Tagung, die bis Freitag dauert, steht unter dem Generalthema „Qualität im Krankenhaus.“

Die Qualitätssicherung im Krankenhaus, sagte der Gesundheitsstadtrat, sei an sich nichts Neues. Es sei eigentlich selbstverständlich, daß die Qualität der ärztlichen Versorgung, die Qualität der Pflege und die gute Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegepersonal gesichert sein müssen. Das Thema sei aber nun vor einigen Jahren durch die Weltgesundheitsorganisation aktualisiert worden. Die WHO verlange in ihrem Programm „Gesundheit 2000“, daß es im Gesundheitsversorgungssystem jedes Mitgliedsstaates bis zum Jahr 1990 wirkungsvolle Verfahren zur Qualitätssicherung in der Patientenversorgung geben solle.

Stacher fordert Hauskrankenpflegegesetz

Stadtrat Stacher unterstrich, daß sich die Qualitätssicherung der Krankenpflege nicht nur auf die Krankenhäuser beschränken dürfe, sie müsse auch die Hauskrankenpflege umfassen. Für die ambulante Pflege fehlten aber derzeit die gesetzlichen Regelungen. Es müsse klargelegt werden, wer in der Hauskrankenpflege was machen solle und dürfe. Mit den hochqualifizierten mobilen Diplomschwestern allein sei die ambulante Pflege sicherlich nicht zu bewältigen. Es müßten auch die Tätigkeiten von Sanitätshilfskräften, Heimhelferinnen und der sozialen Dienste definiert werden. Er, Stacher, rege daher an, ein Hauskrankenpflegegesetz auszuarbeiten.

Das könnte relativ schnell gehen, während die geplante Änderung des Krankenpflegegesetzes wegen der umfangreichen Materie und der widersprüchlichen Meinungen wahrscheinlich noch länger dauern werde.

Qualitätssicherung in Wiener Spitälern

Gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ ergänzte der Gesundheitsstadtrat, daß sich derzeit in 30 städtischen Kranken- und Pflegeanstalten 28 Arbeitsgruppen mit Fragen der Qualitätssicherung beschäftigen. Ärzte, medizinisch-technische Assistenten und Assistentinnen, Schwestern und Pfleger, Verwalter und Techniker behandeln 52 Themen. Erste Ergebnisse und Zwischenberichte liegen bereits vor.

So befaßt man sich zum Beispiel mit Standardisierungsprogrammen für die Laboratorien, mit der Qualitätsbeurteilung klinischer Enddiagnosen und mit der Einführung der Patientendokumentation, die schon in fast allen Anstalten vorhanden ist. Weitere Themenkreise, die derzeit bearbeitet werden, sind unter anderem:

- Kommunikation und Kommunikationswege im Spital,
- Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit,
- Beratung von Patienten mit Fettstoffwechselstörungen,
- Programm zur Infektionskontrolle an einer interdisziplinären Intensivstation,
- Vereinheitlichung der Diagnose- und Therapiemaßnahmen verschiedener Abteilungen des gleichen Faches,
- psychische Betreuung der Patienten in einem Pflegeheim,
- Mobilisierung von Patienten eines Pflegeheimes zur Rückkehr in die eigene Wohnung,
- Intensivierung der Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegepersonal,
- Rehabilitation von geriatrischen Patienten nach Knochenbrüchen usw.

Die belegbaren Erfahrungen der Einzelprojekte werden natürlich auch den anderen Krankenhäusern und Pflegeheimen zugute kommen. (Schluß)
sc/bs

Auszeichnung für Stadt-Journal-Redakteure

Wien, 8.11. (RK-LOKAL) Die „Mariahilfer Nadel“ überreichte kürzlich der Bezirksvorsteher des 6. Bezirks, Mag. Kurt PINT, den Stadt-Journal-Redakteuren Sandra RITZBERGER und Karl MADER. In einer sehr persönlich gehaltenen Ansprache im Festsaal der Mariahilfer Bezirksvorsteherung hob Bezirksvorsteher Pint die große Bedeutung seriöser Kommunalberichterstattung hervor, weil das Interesse der Bezirksbürger an ihrem Wohngrätzl immer größer wird, und dadurch auch der Informationsbedarf steigt. „Das unabhängige Stadt-Journal-Team bringt durch die seriöse und lebensnahe Berichterstattung die Bürger einander näher und fördert das Verständnis auch für Maßnahmen von Stadtverwaltung und Bezirksvorsteherung, die vielleicht das eine oder andere Mal auf den ersten Blick nicht ganz transparent scheinen“, sagte Bezirksvorsteher Pint.

Die Auszeichnung, die „Goldene Mariahilfer Nadel“, wurde bisher erst zwölfmal an hervorragende Persönlichkeiten des Bezirks vergeben. Die Überreichung an die Nicht-Mariahilfer Sandra Ritzberger und Karl Mader bezeichnete Bezirksvorsteher Pint als Ausnahme, die aber durchaus dem Sinn entsprechend sei. Denn: „Das Stadt-Journal-Team hat in den vergangenen fünf Jahren bewiesen, daß es zu Mariahilf gehört wie die Haydn-Kirche oder die Mariahilfer Straße“, betonte Pint. (Schluß) red/gg



Von rechts nach links: BV Mag. Kurt Pint, Sandra Ritzberger und Karl Mader

Foto: PID

Ehrung von Simmeringer Mandataren

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Simmeringer Mandataren überreichte Stadtrat Johann HATZL Dienstag nachmittag in Vertretung des Landeshauptmannes Ehrenzeichen und Verdienstzeichen des Landes Wien. Bezirksvorsteher Franz HAAS und Bezirksvorsteher a. D. Otto MRAZ wurden mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Prof. Dr. Walter MERTAL erhielt das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht.

Die Gemeinderäte Gerhard ZEIHSEL und Franz KLACKL, Bezirksvorsteher-Stellvertreter a. D. Franz GRONDINGER und die Bezirksräte Hugo JANOCH und Walter PAUL wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet, weitere sieben Bezirksräte erhielten das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. (Schluß) roh/gg

Benennung von zwei Wohnhausanlagen

Josef-Illedits- und Franz-Adelpoller-Hof

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR nahm Dienstag nachmittag die Benennung von zwei Wohnhausanlagen der Stadt Wien im 3. Bezirk vor. Die Anlage in der Kärchergasse 3-13 trägt nun den Namen „Josef-Illedits-Hof“, die Anlage in der Gestettengasse 12-18 den Namen „Franz-Adelpoller-Hof“.

Josef ILLEDITS wurde am 13. Februar 1903 geboren, er betätigte sich schon sehr früh für die sozialdemokratische Partei. Als überzeugter Sozialist war er in den Jahren 1934 bis 1945 vielen Repressionen ausgesetzt. Von 1945 bis 1967 war er Bezirksrat im 3. Bezirk. Daneben erwarb er sich große Verdienste um den „Freien Wirtschaftsverband“. Illedits verstarb am 25. April 1983.

Franz ADELPOLLER wurde am 4. Dezember 1898 geboren, nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Lokomotivführer und arbeitete politisch in der Eisenbahnergewerkschaft. In den Jahren nach 1934 wurde er politisch verfolgt, als illegales Mitglied der „Revolutionären Sozialisten“ half er vielen politisch Verfolgten bei ihrer Flucht in das Ausland. Ab 1945 war er Abgeordneter im Wiener Landtag und Gemeinderat, von 1960 bis 1964 Obmann der SP-Bezirksorganisation Wien-Landstraße. Adelpoller verstarb am 12. August 1980. (Schluß) sei/gg

Enquete Schloß Neugebäude: Fachliche Vorbereitung für politische Entscheidungen

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) „Die EXPO 95 stellt nicht das Ende der Wiener Zeitrechnung dar, und es wäre völlig falsch, alle städtischen Wünsche mit dieser Veranstaltung zu verknüpfen“, warnte heute, Mittwoch, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bei der von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK im Austria Center Vienna eröffneten Enquete über Nutzungsmöglichkeiten für das Simmeringer Renaissanceschloß Neugebäude vor allzu großen Erwartungen im Zusammenhang mit der Weltausstellung Wien — Budapest.

Über die mögliche Nutzung und (teilweise) Renovierung des Neugebäudes, das in den vergangenen Jahren mit einem Aufwand von rund 30 Millionen Schilling zur größten archäologischen Ausgrabung Österreichs wurde, beraten rund hundert Experten aus dem In- und Ausland.

„Ich betrachte die Enquete als Musterbeispiel dafür, wie wir in Zukunft an solche Projekte herangehen wollen — nämlich vor endgültigen Entscheidungen jene zu fragen, die fachlich etwas dazu zu sagen haben“, sagte Planungsstadtrat Dr. Swoboda und verwies darauf, daß die politische Entscheidung über die Zukunft des Neugebäudes nach Vorliegen der Enquete-Ergebnisse zu treffen ist.

„Wir wollen die Entscheidung darüber nicht abschieben, sondern auf Grundlage der Anregungen und Beiträge der Enquete-Teilnehmer einen qualitativ besser gestützten Entschluß fassen“, sagte der Planungsstadtrat. Das Schloß Neugebäude sieht Swoboda als große Herausforderung, da es gilt, in einem der letzten „klassischen Arbeiterbezirke“ Wiens das Denkmal österreichischer Renaissancekunst in einen städtebaulichen Gesamtzusammenhang zu stellen, wobei neben den landschaftlichen und architektonischen Gegebenheiten der Simmeringer Peripherie die Interessen der Wohnbevölkerung zu berücksichtigen sind.

„Ob es uns gelingt, Schloß Neugebäude schon bis zur EXPO 95 aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, ist dabei nicht vordringlich, denn eine Stadt braucht auch nach dem Jahrhundertereignis Weltausstellung große städtebauliche und kulturelle Ziele“, sagte Dr. Swoboda. Die Enquete schließt mit der Präsentation der Arbeitskreisergebnisse und einer öffentlichen Podiumsdiskussion. (Schluß) lf/bs

Einigung in der Volkszählungsfrage

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich der kommenden Volkszählung 1991 ist es nun zu einer Einigung zwischen den Ländern, Städten und Gemeinden gekommen. Dies gab Mittwoch Städtebund-Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekannt. Bekanntlich ging es vor allem um die Frage, wohin die Studenten gerechnet werden sollen. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Präsident des Österreichischen Städtebundes, hatte sich mehrmals scharf gegen die Absicht ausgesprochen, die Studenten den Städten, ihren Studienorten, wo sie Ver- und Entsorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnungen benötigen, „wegzudefinieren“. Nun konnte für die Volkszählung 1991 ein Kompromiß gefunden werden: Die Studenten sollen nach bestimmten, genau festgelegten Kriterien derjenigen Gemeinde zugerechnet werden, in der sich tatsächlich der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen befindet.

Die Frage, wo eine Person bei der Volkszählung gezählt werden soll, führte in der Vergangenheit immer wieder zu Reklamationen und Konflikten zwischen Gemeinden und Bundesländern, vor allem weil ein hoher Teil der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach dem Kriterium der Bevölkerungszahl aufgeteilt wird, und es nach der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes die österreichische Gesetzeslage zuläßt, in Ausnahmefällen über mehrere ordentliche Wohnsitze zu verfügen.

Die Aufhebung des Volkszählungsergebnisses 1981 durch den Verfassungsgerichtshof wurde daher zum Anlaß genommen, das Volkszählungsgesetz einer Novellierung zu unterwerfen, um genauere Kriterien für die Zuordnung von Personen zu erhalten. Die Regierungsvorlage, die derzeit im Parlament zur Beschlußfassung vorliegt, sieht für jene Personen, die über mehrere Wohnsitze verfügen, einen erweiterten Fragenkatalog vor, auf Grund dessen der ordentliche Wohnsitz festgestellt werden, und auch der Einzelne besser beurteilen kann, wo der Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen gegeben ist.

Gerade diese Zuordnungsregeln waren in den letzten Jahren Gegenstand zahlreicher Gespräche und Verhandlungen im Österreichischen Statistischen Zentralamt, wobei zum größten Teil ein Konsens zwischen Ländern, Städten und Gemeinden erzielt werden konnte. Nur hinsichtlich der Frage derjenigen Studenten, die über mehrere Wohnsitze verfügen, konnte bis vor kurzem keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Da bei allen beteiligten Gebietskörperschaften darüber Einvernehmen bestand, daß eine Novellierung des Volkszählungsgesetzes 1980 für eine ordnungsgemäße Durchführung der Volkszählung 1991 unbedingt erforderlich ist, konnte nun auch für die Zuordnungsregel der Studenten ein Kompromiß gefunden werden. Danach sollen Studenten weder ausschließlich am Heimatort noch ausschließlich am Studienort gezählt werden, sondern derjenigen Gemeinde zugerechnet werden, in der sich tatsächlich der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen befindet. Ihr Mittelpunkt der Lebensbeziehungen „wird durch die Dauer des Aufenthaltes während eines Jahres, die berufliche Betätigung beziehungsweise die Ausbildung am jeweiligen Aufenthaltsort sowie die gesellschaftlichen Betätigungen an diesem gekennzeichnet“. Unter gesellschaftlichen Betätigungen werden die regelmäßige Rückkehr zu den Eltern mit mehrtägigen Aufenthalten sowie aktive kulturelle, sportliche, soziale oder politische Betätigungen, die den Aufenthalt am Ort der Aktivität voraussetzen, verstanden. Auch die Art der Unterkünfte beziehungsweise der Ort, von dem aus die überwiegende Zeit des Jahres der Weg zur Arbeitsstätte angetreten wird, kann, sofern dies nicht ohnehin der Ausbildungsort ist, subsidär als Entscheidungskriterium herangezogen werden. Der zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes erforderliche Fragenkatalog ist in einem eigenen in Zweifelsfällen auszufüllenden Ergänzungsblatt enthalten.

Es ist vorgesehen, daß noch 1989 die Novelle zum Volkszählungsgesetz beschlossen wird, sodaß im Frühjahr 1990 weitere Probezählungen erfolgen können, um Erfahrungen mit dem Ausfüllen der Formulare zu sammeln und entsprechende Voraussetzungen für eine reibungslose Abwicklung der Volkszählung 1991 zu schaffen. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 2496

Ehrung für den früheren Stadtbaudirektor Filz

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Mittwoch in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus dem früheren Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Ernst FILZ das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Die Laudatio für den Geehrten hielt OSR Dr. Karl SKYBA.

Dipl.-Ing. Ernst Filz trat nach seinem Studium 1950 in die Dienste der Stadt Wien, wo er zunächst im Bereich Wohnhausbau tätig war. Als Leiter der MA 23, Hoch- und Tiefbau, war Filz unter anderem verantwortlich für den Neubau der Rudolfstiftung. 1980 wurde er Stadtbaudirektor und hat, wie Landeshauptmann Zilk betonte, maßgeblich das Gesicht der Stadt Wien mitgestaltet. Die großen Leistungen der Stadtbaudirektion im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach 1945 könne als eine „zweite Gründerzeit“ bezeichnet werden.

An der Ehrung nahmen die Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN und Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, Stadtrat Rudolf EDLINGER, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION sowie zahlreiche leitende Beamte und persönliche Freunde des Geehrten teil. (Schluß) fk/bs

Weinernte 1989: Weniger, aber bessere Qualität

Wien, 8.11. (RK-LOKAL) Die Wiener Weinernte 1989 verspricht gut zu werden. Bei einem Pressegespräch im Donauturm gab der Weinhauer und Vizepräsident der Wiener Landwirtschaftskammer, Ök.Rat Ing. Franz MAYER, bekannt, daß der Großteil der geernteten Trauben 17 bis 19 Klosterneuburger Grade aufweise. Wegen der schlechten Witterung im Frühsommer, zweimal gab es im Juni Hagelschlag, dürften die Wiener Winzer heuer etwa 22.000 Hektoliter Wein produzieren, das sind um 25 Prozent weniger als im Vorjahr.

Wiener Heurigenführer

Im Rahmen des Pressegespräches wurde der „Wiener Heurigenführer“ von Rudolf STEURER vorgestellt. Das Büchlein ist im Verlag Ueberreuter erschienen und kostet 128 Schilling. Der Autor beschreibt die Geschichte des Weines in Wien, erklärt die Rebsorten und die Probleme der Weinwirtschaft. Das Buch enthält eine Beschreibung der Original-Buschenschenken in ganz Wien.

Rückgang der echten Heurigen

Heute gibt es in Wien nur mehr 185 echte Heurige. Vor zehn Jahren waren es noch doppelt so viele. Weinbau wird heute in Wien auf einer Fläche von 720 Hektar von etwa 450 Weinhauerfamilien betrieben. Der überwiegende Teil der Weingärten liegt an den Hängen des Kahlenberges und des Nußberges, das sind rund 420 Hektar. Etwa 250 Hektar Weingärten befinden sich am Fuße des Bisamberges. Fast die Hälfte der Wiener Weinbauern betreibt den Weinbau nebenberuflich, sie bearbeiten kleine Flächen in der Größenordnung zwischen drei und vier Hektar. Der Anteil Wiens an der gesamtösterreichischen Weinbaufläche beträgt knapp ein Prozent. Die Wiener Weingärten sind zum größten Teil in Form der Hochkultur mit den Hauptsorten Grüner Veltliner, Rheinriesling, Müller-Thurgau, Weißer Burgunder, Traminer, Blauburger, St.Laurent, Blaue Zweigeltrebe und Blauer Burgunder ausgepflanzt. (Schluß) fk/bs

„Phantom der Oper“: Hauptdarsteller verlängern um ein Jahr

Wien, 8.11. (RK-KULTUR) Die Erfolgsproduktion „Das Phantom der Oper“ im Theater an der Wien wird entgegen mancher anderslautender Aussagen nicht auf ihre Stars verzichten müssen. Die beiden Hauptdarsteller, Alexander GOEBEL und Luzia NISTLER, haben ihre Verträge um ein weiteres Jahres verlängert. Auch die beiden Alternativbesetzungen, die bei Publikum und Kritik kaum minder gelobt wurden, stehen weiter zur Verfügung. Sowohl Ethan FREEMANN („Phantom Nr. 2“) als auch Claudia DALLINGER, die die Rolle der Christine Daae verkörpert, bleiben dem Ensemble erhalten. Eine weitere Zweitbesetzung wurde mit Coleen BESETT unter Vertrag genommen. (Schluß) ull/gg

Graben West ab Donnerstag ohne Behinderungen

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Früher als vorgesehen wird ab den Abendstunden des Donnerstag, 9. November, der mit einem finanziellen Aufwand von zehn Millionen Schilling zu einer Fußgängerzone umgestaltete Graben West ohne Behinderungen benützbar sein. Damit werden auch die Verkehrsführungen in diesem Bereich des Grabens und in umliegenden Straßenzügen wieder ihre ursprüngliche Form annehmen:

- Graben West und Kohlmarkt sind für den Lieferverkehr (Ladetätigkeit von 6 Uhr bis 10.30 Uhr) und städtische Autobuslinien befahrbar.
- Der Kohlmarkt ist wieder Einbahn in Richtung Michaelerplatz,
- die Herrengasse Einbahn in Richtung Freyung und
- die Schauflergasse im letzten Stück vor dem Michaelerplatz Einbahn in Richtung Platz. (Schluß) pz/bs

Wiener Verkehrssicherheitsmodell wesentlicher Beitrag zur Senkung der Unfallziffern

Wien, 8.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Mittwoch im Wiener Rathaus abgehaltenen Abschlußveranstaltung für das Aktionsjahr 1988/89 der „Aktion minus zehn Prozent“ des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) hob Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Bedeutung des Wiener Verkehrssicherheitsmodells für den Straßenverkehr beziehungsweise die Senkung der Unfallziffern hervor. Es handle sich dabei, so Hatzl, um die jüngste, zusammen mit dem Verkehrssicherheits-Computer, für ganz Österreich beispielgebende Entwicklung, die von Fachdienststellen des Wiener Magistrats geschaffen wurde. Hatzl in diesem Zusammenhang: „Es ist eines unserer Hauptanliegen, Wien auch auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit zu einer Musterstadt unter den europäischen Großstädten werden zu lassen.“

Wie der Verkehrsstadtrat weiter ausführte, basierten die Grundlagen für das Wiener Verkehrssicherheitsmodell auf der bisherigen Unfallforschung und deren Auswertung mit Hilfe des Wiener Verkehrssicherheits-Computers, der im Jahr 1983 eingerichtet wurde und als Modell nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa gelte. Die auf seinen Auswertungen beruhende Unfalltypenforschung schließlich bilde die Grundlage für umfassende Sanierungen von Unfallschwerpunkten und trage damit deutlich zur Hebung der Verkehrssicherheit bei. Hatzl ging auch auf die gestiegene Bedeutung der Bezirksvertretungen im Rahmen der Verkehrssicherheit ein, die durch die Übertragung wesentlicher Kompetenzen im Bereich der Verkehrsorganisation und der Straßengestaltung im Zuge der Dezentralisierung ermöglicht wurde.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden „Minus zehn Prozent“-Komitees aus mehreren Bezirken für ihren Beitrag zur Unfallreduktion geehrt. Das „Goldene Rad“ überreichte Verkehrsstadtrat Johann Hatzl gemeinsam mit dem Präsidenten des KfV, Generaldirektor Dr. Ernst BAUMGARTNER, und dem Hauptgeschäftsführer des KfV, Direktor Dkfm. Franz M. BOGNER, den Vertretern der Bezirkskomitees „Innere Stadt“ (minus 13,16 Prozent Unfälle mit Personenschaden), „Margareten“ (minus 12,15 Prozent) und „Simmering“ (minus 10,47 Prozent). (Schluß) pz/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 9. November 1989

Blatt 2503

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neues Tagesheim für Behinderte in der Leopoldstadt (2504)
- Schloß Neugebäude schrittweise mit Leben erfüllen! (2505/2506)
- Großes Interesse an Benennung des „Ernst-Kirchweg-Hofes“ (2507)
- Generelle Planung für die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf vorgelegt (2508-2510)
- Psychotherapeutische Station des Psychosozialen Dienstes in Wien (2511/2512)
- Bereits 300 Kilometer Radwege in Wien (2513/2514)
- Festsaal im Amtshaus Hietzing wird instandgesetzt (2515)
- Refundierung für Rinder-Schlachtextporte (2517)
- Montag Pressegespräch über Stadtentwicklungssymposium (nur FS)

Kultur:

- 5. Wiener internationales Tanzfestival „Tanz '90“ (2516)

Neues Tagesheim für Behinderte in der Leopoldstadt

Eröffnung durch Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) In der Leopoldstadt, Im Werd 19, wurde Mittwoch nachmittag ein neues Tagesheim für Behinderte seiner Bestimmung übergeben. Die Eröffnung des von „Jugend am Werk“ geschaffenen Heimes, in dem erstmalig auch einige schwerstbehinderte Menschen aufgenommen wurden, nahm Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL vor.

„Jugend am Werk“, die mit 400 Mitarbeitern und 1.600 betreuten Menschen größte in Wien tätige Behindertenorganisation, hat damit innerhalb kurzer Zeit eine Reihe von neuen Einrichtungen fertiggestellt: Der Werkstätte in der Donaustadt, Hirschstettner Straße, folgten die integrierte Lehrwerkstätte in Liesing, Kanitzgasse, vor einem Jahr die geschützten Wohnplätze am Alsergrund, Ayrenhoffgasse und vor knapp zwei Monaten das Wohnheim mit Beschäftigungstherapie in Penzing, Herzmanskystraße.

Das neue Tagesheim wurde in einem unter Denkmalschutz stehenden Haus errichtet. Ursprünglich ein Versorgungshaus für verarmte Geschäftsleute, hatte es eine wechselvolle Geschichte, ehe im April 1988 mit den Adaptierungsarbeiten für das Tagesheim begonnen werden konnte. Die geschmackvoll eingerichteten Werkstättenräume verfügen über eine Kapazität von rund 70 Plätzen, die noch nicht voll ausgelastet ist. (Schluß)
ull/bs

Schloß Neugebäude schrittweise mit Leben erfüllen!

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Die gestern, Mittwoch, im Austria Center Vienna in mehreren Arbeitskreisen tagenden Experten aus dem In- und Ausland kamen nach eingehenden Beratungen zum Hauptergebnis, daß das Simmeringer Renaissance-Schloß Neugebäude behutsam und schrittweise wieder mit Leben erfüllt werden soll.

Nicht zum Zuge kamen die beiden möglichen Extremvarianten, nämlich totale Rekonstruktion der Gesamtanlage (Garten mit Schloß) — die jedenfalls aufgrund der Geschichte dieses „unvollendeten Projektes“ ohnehin reine Willkür bedeuten würde — einerseits, und der totale Abbruch der historisch wertvollen, mehr als 400 Jahre alten Bausubstanz andererseits. Die Teilnehmer an der Enquete kamen übereinstimmend zum Ergebnis, daß die Idee dieser Reanaissanceanlage so in die Gegenwart zu transponieren sein müßte, daß man dabei aus der Vergangenheit lernend die Zukunft miteinbeziehen kann.

Neugebäude war kulturelles Zentrum eines Raumes zwischen Preßburg und den Alpen und kann eine ähnliche Funktion gerade in einer so bewegten Zeit wie diesem ausgehenden Jahrhundert mit ihren gesamteuropäischen Tendenzen wieder erfüllen.

Keine monostrukturellen Nutzungen

Die Experten legten zwar keine definitiven Nutzungsvorschläge vor, ausgeschlossen wurden aber monostrukturelle Nutzungen jeder Art. Empfohlen wurde die Öffnung für die Bevölkerung und eine starke Einbindung des Umlandes des Neugebäudes — den Peripheriebezirk Simmering mit seiner vielfältigen Charakteristik —, insbesondere aber seiner Menschen.

Bereits in nächster Zukunft sollen, so Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, in der abschließenden Podiumsdiskussion, Signale gesetzt werden, die kulturelle Nutzungen des Schlosses anreißen.

„Ich bin beeindruckt vor der Behutsamkeit, mit der die Enqueteteilnehmer in Ehrfurcht vor dem Unvollendeten an ihre Aufgabe herangegangen sind. Für mich bedeutet das ein prozeßuales Annähern im Denken und Tun. Im Mittelpunkt unserer Bestrebungen müssen neben dem Umfeld und der Landschaft um das Neugebäude die Nutzungsmöglichkeiten für die Wienerinnen und Wiener stehen, wobei ich mir keine elitären Nutzungen vorstellen kann“, sagte die Kulturstadträtin, die betonte, daß kulturelle Nutzungen immer etwas kosten müßten, sollen sie nicht Disneyland-Charakter haben.

„Im Schloß Neugebäude können wir tatsächlich ausprobieren, was geht und was nicht“, sagte Dr. Pasterk.

Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte in der Schlußdiskussion fest, daß es seiner Ansicht nach nicht darum gehen könne, „ein Renaissanceschlößchen für die Simmeringer zu rekonstruieren“, sondern daß das Projekt Neugebäude fortzusetzen ist.

Auch er unterstrich die Notwendigkeit des prozeßhaften Vorgehens, das auch korrigierbar bleiben müsse.

Das Setzen von Zeichen, die den Willen zur Fortführung des hunderte Jahre währenden Projektes manifestieren, müsse, so Swoboda, symbolisieren, daß bei aller Ehrfurcht vor der Historie wir heute Lebenden nicht unser Leben dem Gewesenen unterordnen, sondern für die Zukunft planen.

Der Raum zwischen Preßburg und den Alpen, aber auch die städtische Peripherie im engeren Umfeld des Neugebäudes sind für ihn ein Experimentierfeld für gesellschaftliche Versuche im Kleinen wie im Großen.

Die Stadtplanung wird bereits demnächst einen Auftrag zu einer städtebaulichen Untersuchung des Umfeldes von Schloß Neugebäude erteilen, das bis zu den Gasometern reichen soll.

Nach den Auswertungen dieser Enquete und daraus resultierenden bessere Erkenntnissen über die Nutzungsmöglichkeiten wird es in geeigneter Form ein Wettbewerbs(ähnliches)verfahren geben, in dem Architekten ihre Vorschläge einbringen sollen.

„Sicherlich ist die heutige Enquete nicht der Schlußpunkt einer Diskussion, sondern konstruktiver Beitrag für die weitere Beschäftigung mit diesem Jahrhundertprojekt, wobei es völlig falsch wäre, gebannt auf das magische EXPO-Jahr 1995 zu starren, wenn es um den Zeitplan geht“, schloß Stadtrat Dr. Swoboda.

Ein schriftlicher Bericht über die Enquete soll etwa Ende November 1989 vorliegen und öffentlich präsentiert werden. (Schluß) lf/rr

Forts. von Blatt 2505

Großes Interesse an Benennung des „Ernst-Kirchwegger-Hofes“

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Ungewöhnlich großes Interesse fand gestern, Mittwoch, die Benennung eines Gemeindebaus in Favoriten nach Ernst Kirchwegger, dem ersten politischen Todesopfer der Zweiten Republik. Zahlreiche Vertreter von Politik, Medien, Kirche, Militär, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen waren gekommen, um Ernst Kirchwegger diese besondere Ehre zu erweisen.

Besondere Zustimmung bei den Anwesenden fand die Ansprache von Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER, in der er nicht nur die Gesinnung Kirchweggers würdigte, sondern auch dazu aufforderte, politische Auseinandersetzungen gewaltfrei und nicht zum Schaden des Ansehens der Demokratie und ihrer Einrichtungen zu führen, wie dies in jüngerer Zeit immer häufiger der Fall ist. Edlinger rief auch dazu auf, sich mit Wort und Tat dem Alltagsfaschismus und der Ausländerfeindlichkeit entgegenzustellen. (Schluß) ah/bs

Generelle Planung für die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf vorgelegt

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA legte Donnerstag die generelle Planung für die Verlängerung der U 6 nach Norden (Floridsdorf) vor.

Aufgrund dieser generellen Planung und vorbehaltlich der Verhandlungsergebnisse mit dem Bund über die Finanzierung dieser Verlängerung, kann nun die Geschäftsgruppe von Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Detailplanung vornehmen.

Eine Fertigstellung bis zum EXPO-Jahr 1995 ist aus planerischer Sicht möglich.

Stadtrat Dr. Swoboda kennzeichnete die wesentlichen Vorteile für die künftigen Benutzer der U 6 so:

„Wenn auch die EXPO 95 — die neben der U 1 eine zweite Anbindung mit einem leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmittel braucht — der Initialzündler für die U 6-Verlängerung ist, bestand auch ohne EXPO kein Zweifel an der Notwendigkeit dieser Linienführung vor allem für die Bezirke Alsergrund, Brigittenau und Floridsdorf. Neben der Erschließung dieser wichtigen Stadtteile sollte die U 6-Verlängerung aber auch die Verkehrsprobleme am Gürtel wesentlich mildern helfen.“

Konkret nannte der Stadtrat folgende in der Planung im Detail noch zu fixierende Stationen und deren Hauptvorteile:

- eine optimale Umsteigestation im Bereich der Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofes zwischen U 4/U 6 und S-Bahn im Bereich Spittelau, die das gesamte Areal der Wirtschaftsuniversität und der Amts- und Bürogebäude erschließt;
- die Station am Handelskai mit den Umsteigemöglichkeiten auf die S-Bahn-Stammstrecke und auf die möglicherweise verlängerte Vorortelinie entlang der Donau (Donauuferbahn);
- die Station Strandbäder mit der Möglichkeit, von dort Shuttle-Busse zum künftigen EXPO-Gelände zu führen und über einen Steg einen direkten Zugang zum Erholungsgebiet Donauinsel zu schaffen.

Zur Parallelführung von U 6 und S-Bahn

Die sogenannte „Parallelführung“ zwischen U 6 und S-Bahn existiert nur planoptisch auf dem Papier. Funktionell bedienen U 6 und S-Bahn vollkommen andere Ziel- und Quellgebiete (U 6 den Nord-Westen und Westen Wiens, S-Bahn das Zentrum und den Süd-Osten Wiens), überdies dient die S-Bahn primär zur Bedienung des Regionalverkehrs, die Bedienung des innerstädtischen Verkehrs ist für sie von sekundärer Bedeutung.

Die Trasse der U 6

Die neue Trasse der U 6 beginnt nach der Bogenbrücke über die Heiligenstädter Straße und führt in Verlängerung des Gürtelbogens, nach Querung des Franz-Josefs-Bahngeländes, des Betriebsbahnhofes Wasserleitungswiese und des Donaukanals Richtung Leipziger Straße.

Nach dem Stationsbauwerk Spittelau fällt die U 6-Trasse rasch ab und erreicht kurz nach der Brigittenauer Lände das Tunnelportal. Danach führt die Strecke, zwischen Hallenbad und Leipziger Straße liegend, als eingedeckte Rampe und ab der Klosterneuburger Straße als seicht liegender Tunnel weiter bis zur Station Jägerstraße, welche ebenfalls seicht und ohne eigene Passagengeschosse errichtet wird. Die Trasse folgt ab der Nordwestbahn der Hellwagstraße mit der Station Hellwagstraße auf Höhe der

Dresdner Straße (analog „Jägerstraße“ ausgebildet — etwa den U 3-Stationen im Raum Erdberg gleichend).

Der folgende Streckenabschnitt unterquert die Trasse der ÖBB (S-Bahn-Stammstrecke) und steigt mit Maximalsteigung in die einfache Hochlage der Station Handelskai auf. Das Tunnelportal liegt bei der Leystraße, die aufgeständerte Hochlage beginnt bei der Engerthstraße.

Die Hochlagestation Handelskai mit eingehausten Seitenbahnsteigen erstreckt sich von der Wehlistraße über den Handelskai und über die Donauuferbahn bis zum rechten Donaudamm.

Die anschließende Donauquerung in Hochlage verläuft parallel zur Nordbahnbrücke, ca. 25 Meter stromabwärts der bestehenden S-Bahn-Brücke.

Nach der Querung der Donauinsel und der Neuen Donau auf Brücken ist die Station Neue Donau in einfacher Hochlage über der A 22 situiert.

Im Anschluß an die Station Neue Donau lehnt sich die Trasse ganz an die S-Bahn an und überquert in Hochlage die Randzone einer Kleingartenanlage, die Alte Donau und die Straße An der oberen Alten Donau auf Brückentragwerken. Nach der Überquerung dieses Straßenzuges in Hochlage verläuft die Trasse über Rampe, Portal und schließlich im Tunnel zur Station Floridsdorf, die in einfacher Tieflage östlich des bestehenden ÖBB-Bahnhofes Floridsdorf situiert wird.

Nach der Station ist eine Wende- und Abstellanlage angeordnet, die bis in den Bereich der Angerer Straße reicht. Eine eventuell spätere Verlängerung der U 6 in Richtung Brünner Straße ist dabei berücksichtigt.

Zur Verknüpfung von U 4 und U 6 in Spittelau ist es notwendig, die U 4 umzubauen: Die neue Trasse der U 4 verläßt nach der Station Friedensbrücke die bestehende Trasse und führt im Tunnel unter der Spittelauer Lände bzw. Nordbergbrücke zur Verknüpfungsstation Spittelau. Danach werden die Tourengeleise im Niveau wieder an die bestehenden Gleise angebunden.

Da die U 6 im 20. Bezirk möglichst rasch in einen Tunnel abzusenken ist, wird es notwendig sein, die neben dem Hallenbad befindliche Straßentrampe zu verlegen. Dies macht eine wesentliche Verbesserung der Umweltbedingungen in diesem Bereich und eine Ausdehnung des Areal des Bades möglich.

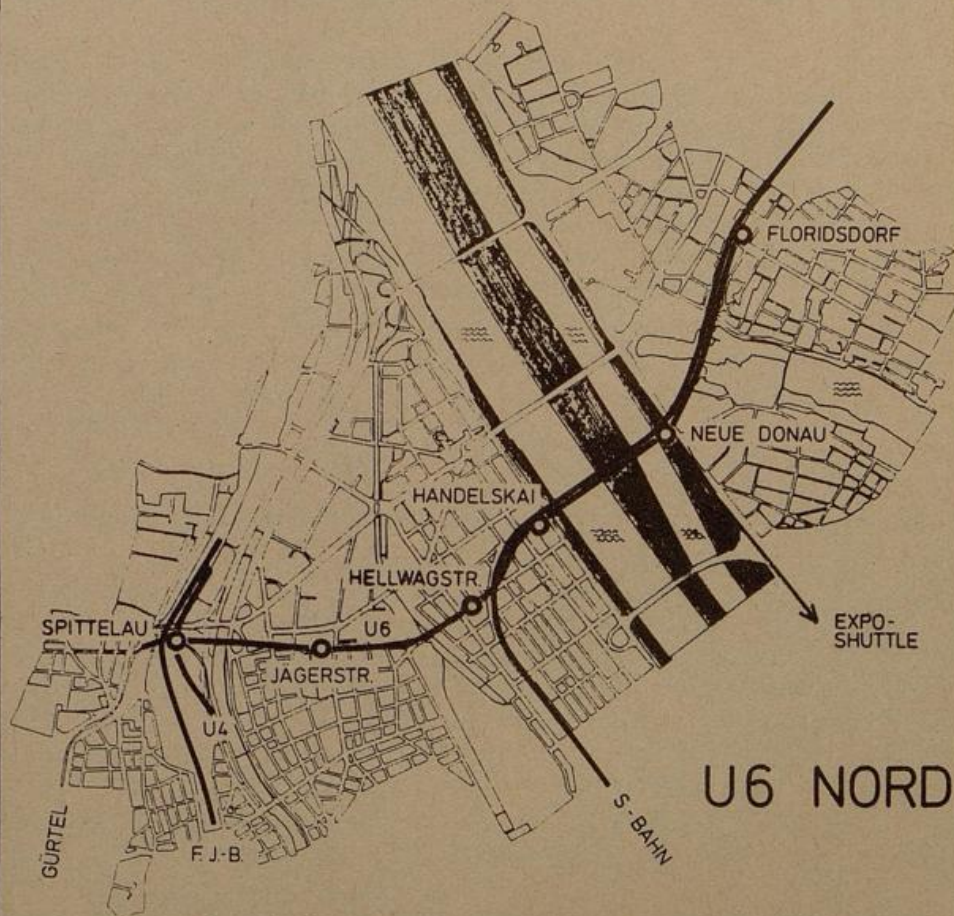
Station Floridsdorf

Die Station Floridsdorf liegt im Bereich des Hauptzentrums des 21. Bezirkes. Hier bildet die S-Bahn derzeit eine überaus stark wirksame Barriere quer durch das Bezirkszentrum. Durch Schaffung neuer Durchgangsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der U 6-Station (Durchbruch und Erweiterung der Bahnhofspassage und großzügige Verbreiterung des Durchganges in Achse der Franklinstraße) kann die notwendige engere Verflechtung der Zentrumsteile erreicht werden.

Die Station der U 6 wird mit dem Schnellbahnhof zu einer funktionellen Einheit verbunden. Sie befindet sich gemäß Hauptvorschlag der Projektanten in einfacher Tieflage östlich der S-Bahn-Trasse im Bereich zwischen Franklinstraße und Schloßhofer-Straße. Die Station hat einen Mittelbahnsteig. Ein Aufnahmegebäude befindet sich am nördlichen Stationsende nahe der Schloßhofer-Straße und ist mit der bestehenden und erweiterten Bahnhofspassage verbunden. Das zweite Aufnahmegebäude befindet sich am südlichen Stationsende am Beginn der Franklinstraße. Eine den Franz-Jonas-Platz diagonal querende Fußgeherachse bildet die Verbindung bzw. Umlenkung der wichtigen Achse Franklinstraße zur Achse Schloßhofer-Straße — Pius-Parsch-Platz. Diese neue Achse stellt gleich-

zeitig das „Rückgrat“ für das Sekundärnetz (Straßenbahn, Busse) sowie eventuell auch für kommerzielle und Kurzerholungsnutzungen (Kioske, Cafe, etc.) dar. (Schluß) lf/bs

Forts. von Blatt 2509



Psychotherapeutische Station des Psychosozialen Dienstes in Wien

Psychosomatische Ambulanz im Franz-Josef-Spital hat sich bewährt

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Die Einrichtung einer psychotherapeutischen Station durch den Psychosozialen Dienst (PSD) kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend in seiner „Gesundheitspolitischen Presserunde“ an. Zahlreiche Menschen benötigen dringend psychotherapeutische Hilfe, müssen aber zu lange auf einen Therapieplatz warten oder können die hohen Kosten einer Therapie nicht aufbringen. Hier soll die neue Station des Psychosozialen Dienstes helfen, die zu Beginn des nächsten Jahres den Betrieb aufnehmen wird.

Anlässlich des einjährigen Bestehens der Psychosomatischen Ambulanz im Franz-Josef-Spital unterstrich der Gesundheitsstadtrat, daß die Psychosomatik kein eigenes Fach, sondern ein Teilgebiet der gesamten Medizin ist. Deshalb soll es in jedem Spital eine Psychosomatische Ambulanz geben, die allen Abteilungen zur Verfügung steht.

Psychotherapie-Station für dringende Fälle

Der Chefarzt des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste in Wien, Dr. Stephan RUDAS, hob hervor, daß die Errichtung der Psychotherapie-Station die Angebote des Psychosozialen Dienstes vervollständigen wird. Sie ist auch ein sinnvoller Beitrag zum zehnjährigen Bestehen des PSD. Für psychisch Kranke und Alkoholranke ist die psychotherapeutische Behandlung besonders wichtig, für den einzelnen Kranken aber oft nicht erreichbar. Nicht zuletzt, weil die Honorierung der oft aufwendigen und langdauernden Behandlungen noch weitgehend ungeregt ist.

Chefarzt Rudas nannte drei Bereiche des Psychotherapie-Bedarfs,

- die psychotherapeutische Hilfe zur Persönlichkeitsreifung in schwierigen Situationen des Lebens,
- die Psychotherapie als Teil der Behandlung von psychosomatischen Erkrankungen und
- die Psychotherapie als Teil der Behandlung psychischer Erkrankungen im engeren Sinne.

In dringenden Fällen wird die psychotherapeutische Behandlung an der neuen Station durchgeführt. Darüber hinaus soll über andere Möglichkeiten der psychotherapie und über Möglichkeiten der Teilfinanzierung durch die Krankenversicherungen informiert werden. Denn es ist für den einzelnen Patienten oft sehr schwierig, Informationen über die notwendige Behandlung und die Möglichkeiten dazu zu erhalten. In der neuen Station wird ein Team von Psychotherapeuten verschiedener Schulen zur Verfügung stehen. Nach einem ausführlichen Erstgespräch soll jene Behandlungsmethode ausgewählt werden, die für den Patienten individuell am besten geeignet ist und am ehesten die notwendige aktive Mitarbeit des Patienten gewährleistet.

Zur Diskussion um eine bundesweite Lösung für Psychotherapien kritisierte Dr. Rudas, daß dabei standespolitische Fragen und Fragen der Berufsberechtigung für Psychotherapeuten zu sehr im Vordergrund stehen und der dringenden Bedarf der Patienten zuwenig berücksichtigt wird. Es ist mehr eine Diskussion um die Versorgung der Therapeuten, weniger um die Versorgung der Patienten.

„Integrierte Psychosomatik“ hat sich bewährt

Seit einem Jahr ist an der 1. Medizinischen Abteilung (Vorstand: Primarius Univ.-Prof. Dr. Karl TRAGL) des Franz-Josef-Spitals eine Psychosomatische Ambulanz in Betrieb. Wie Dr. Elisabeth PAUL-RÖCKL, eine Mitarbei-

terin des Therapeutischen Teams dieser Ambulanz, in der Presserunde berichtete, wurden im ersten Jahr 136 Patienten behandelt. Die Zusammenarbeit der Ambulanz mit der Internen Abteilung und mit den anderen Spitalsabteilungen und damit die Integration der Psychosomatik in ein allgemeines Krankenhaus haben sich sehr bewährt.

Die Psychosomatik (auch psychosomatische Medizin) beschäftigt sich mit den seelischen Ursachen organischer Erkrankungen. Bei psychosomatischen Störungen äußern sich schwerwiegende psychische Probleme als körperliche Krankheiten. Besonders häufig sind Asthma, Ulcus, zahlreiche andere Magen- und Darmkrankheiten, Hauterkrankungen, Herz- und Kreislaufkrankheiten sowie viele gynäkologische Erkrankungen als psychosomatisch anzusehen.

Eine vollständige Diagnose und vor allem eine erfolgreiche Behandlung sind nur möglich, wenn sowohl die organischen wie auch die psychischen Anteile der Erkrankung erfaßt werden.

Wachsendes Verständnis für Psychosomatik

Im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien (Universitätskliniken) besteht eine eigene Psychosomatische Abteilung (Leiter: Univ.-Prof. Dr. Erwin RINGEL). An den Internistischen, gynäkologischen und chirurgischen Kliniken in Wien bestehen Psychosomatische Ambulanzen beziehungsweise psychosomatische Arbeitsgruppen.

Im Wilhelminenspital arbeitet eine Kinderabteilung mit einer Psychosomatischen Station, im Krankenhaus Lainz ist an der Neurologischen Abteilung eine Psychosomatische Ambulanz tätig. Da sich im Franz-Josef-Spital das Modell einer integrierten Psychosomatischen Ambulanz an einer internistischen Abteilung bewährt hat, sollen weitere Ambulanzen dieser Art eingerichtet werden. (Schluß) sc/rr/bs

Forts. von Blatt 2511

Bereits 300 Kilometer Radwege in Wien

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL) Im 10. Bezirk wurde Mittwoch vormittag der 300. Kilometer im Wiener Radwegenetz durch Verkehrsstadtrat Johann HATZL in Anwesenheit des Favoritner Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA, im Rahmen einer kleinen Feier zur Benützung freigegeben.

Das Radweggrundnetz für Wien aus dem Jahr 1983 sieht 13 überregionale Radwegrouten vor, die überwiegend radial orientiert sind. Nur wenige Radwege, wie der „Donauweg“, der „Donaukanalweg“ und nunmehr der „Liesingbachweg“, stellen Ausnahmen dar.

Das über Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erstellte Radwegebauprogramm der Stadt Wien sieht den beschleunigten Ausbau dieses Grundnetzes vor. Dem tragen die von Verkehrsstadtrat Johann HATZL laufend vorangetriebenen Baumaßnahmen Rechnung, um damit der Bedeutung des Fahrrades als umweltfreundlichem Verkehrsmittel für den Ausbildungs-, Berufs- und Freizeitverkehr gerecht zu werden.

Der 300. Radwegkilometer ist im Verlauf des „Liesingbachweges“ entstanden, im 10. Bezirk im Bereich des Bischofplatzes und zwar konkret an der Liesingbachstraße unmittelbar bei der sogenannten „Oberlaaer Sauna“. Durch die Radfahrverbindung zwischen dem 23. und dem 10. Bezirk besteht jetzt die Möglichkeit, mit dem Rad von der Breitenfurter Straße bis nach Kledering auf attraktiven Verkehrsflächen zu fahren. Weiters ist eine Anbindung an den überregionalen „Laxenburgweg“ im Bereich der Pottendorfer Linie geschaffen worden.

Im Verlauf des „Liesingbachweges“ befinden sich spezifische Wegweiser für Radfahrer mit diversen Zielangaben von Nah- und Fernzielpunkten und die dazugehörigen Entfernungsangaben. Ergänzt wird diese Wegweisung mit einer Beschilderungsangabe in Richtung Maria Lanzendorf. Damit sind im 10. Bezirk die beiden Radrouten aus dem Radweggrundnetz für Wien vom Jahr 1983 in der Endausbauphase.

Von Kaltenleutgeben bis Schwechat

Der „Liesingbachradweg“, der im südlichen peripheren Raum Wiens liegt und durch den 10. und 23. Bezirk verläuft, hat nicht nur eine zentrale Funktion als Erholungszone sondern wird zusätzlich nach dem Endausbau eine wichtige räumliche Verbindung zwischen Kaltenleutgeben und — über Liesing, Alt Erlaa, Inzersdorf, Oberlaa und Unterlaa — Schwechat darstellen.

Durch die Sanierung des Liesingbachbettes und durch die Instandsetzung der Uferböschung und der dazugehörenden Bedienungsstraße (auf Grund des notwendig gewordenen Hochwasserschutzes) war es im Rahmen der Baumaßnahmen, die in enger Zusammenarbeit der Magistratsabteilungen 28, 45 und 46 durchgeführt wurden, möglich, eine Radfahrroute im Verlauf des Liesingbaches zu errichten. Die Fläche, die sowohl Fußgänger als auch Radfahrer zur Verfügung haben, weist eine durchschnittliche Breite von drei Meter auf und wurde nach den letzten wasserbautechnischen Erkenntnissen — mit wassergebundener Tragschicht — ausgeführt; dabei kann das Regenwasser direkt in das Erdreich versickern.

„Liesingbachradweg“ knapp vor Fertigstellung

Im Rahmen der Radwegebauprogramme vergangener Jahre wurden Teilbereiche des Radweges bereits errichtet und erfreuen sich großer Beliebtheit:

1987 - Kaltenleutgeben bis Liesinger Platz	3,5 km
Breitenfurter Straße bis Altmannsdorfer Str.	2,3 km
1986 - Unterführung Altmannsdorfer Straße	0,4 km
1985 - Altmannsdorfer Straße bis Gutheil-Schoder-Gasse	0,8 km
1988 - Gutheil-Schoder-Gasse bis Großmarktstraße	3,0 km

Der 300. Radwegkilometer liegt im Streckenverlauf des „Liesingbachweges“ zwischen Großmarktstraße und Kledering; dieser Radwegabschnitt hat eine Streckenlänge von 5,5 Kilometer.

Der einzige bislang nicht zur Verfügung stehende Teilbereich des „Liesingbachweges“ ist jener zwischen Liesinger Platz und Breitenfurter Straße. Wenn dieser Abschnitt 1990 zu befahren sein wird, haben die Radfahrer eine durchgehende Route zwischen Kalksburg und Schwechat zur Verfügung.

Vorbildliche Landschaftsgestaltung

Entlang dieses Teilabschnittes des „Liesingbachweges“ befinden sich sehr interessante, zum Teil historische Bauten: eine Mühle mit dem Bachbett des Mühlbaches, ein Schloß und eine der ältesten Kirchen Wiens. Es wird auch versucht, die Fauna entlang des Liesingbaches zu bereichern.

Ein wesentliches Anliegen bei dieser Radverkehrsanlage bildete die Verknüpfung von Landschaftsschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit den Erfordernissen des Radverkehrs. Dieser naturnah ausgestaltete Geh- und Radweg ergänzt in vorbildlicher Weise die im Sinne der Landschaftsgestaltung durchgeführten Maßnahmen (Schluß) pz/bs

Forts. von Blatt 2513

Festsaal im Amtshaus Hietzing wird instandgesetzt

Wien, 9.11. RK-KOMMUNAL/LOKAL) Der Festsaal im Amtshaus Hietzing wird nun instandgesetzt. Das beschloß Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. Die völlig veralteten Elektroinstallationen hatten nur mehr eine tägliche Betriebsdauer der Beleuchtung von drei Stunden ermöglicht, da wegen Überhitzung Brandgefahr bestanden hätte. Diese Elektroinstallationen werden ebenso erneuert wie die Fenster und die Türen des Festsaaes. Instandgesetzt werden weiters die Zentralheizung und die Wandvertäfelung. Geschätzte Kosten der Sanierung: 1,5 Millionen Schilling.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß außerdem den Neubau einer städtischen Wohnhausanlage mit 41 Wohnungen in der Kleinen Stadtgutgasse 11-13 im 2. Bezirk. Kosten des Bauvorhabens: rund 54,5 Millionen Schilling.

Schließlich beschloß der Gemeinderatsausschuß auch den Ankauf von 4.000 Tonnen Streusplitt für die „winterliche Gehsteigbetreuung“ im Bereich der 220.000 Wiener Gemeindewohnungen. Die Menge soll für zwei Winter reichen. Der Anschaffungspreis hält sich mit 3,55 Millionen Schilling in Grenzen. (Schluß) ah/rr

5. Wiener Internationales Tanzfestival „Tanz '90“

Wien, 9.11. (RK-KULTUR) Vom 16. Februar bis 25. März 1990 findet das 5. Wiener internationale Tanzfestival „Tanz '90“ statt. Schauplätze sind erstmals der Messepalast, die Secession und die Wiener Staatsoper. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und der künstlerische Leiter des Tanzfestes, Dr. Gerhard BRUNNER, stellten am Donnerstag das Programm von „Tanz '90“ vor, das sich wieder durch pluralistische Vielfalt vom großen Ballett bis zu den neuesten Entwicklungen des „New Dance“ auszeichnet. Kulturstadträtin Dr. Pasterk wies auf die positive Resonanz der Wiener Tanzfeste sowohl in der internationalen Fachwelt wie auch beim heimischen Publikum hin und betonte die Bedeutung des Festivals für die Wiener Tanzszene. Die Einbeziehung des Messepalastes bedeute einen weiteren wichtigen Schritt in der multifunktionalen kulturellen Nutzung dieses Gebäudekomplexes.

In der Reithalle des Messepalastes gastieren fünf Kompanien. Die „Monnaie Dance Group Mark Morris“, Brüssel, stellt sich mit zwei Programmen vor, das „Ballett Frankfurt“ mit dem Choreographen William Forsythe präsentiert vom 22. bis 24. Februar seine dem totalen Theater verpflichteten Programme, das „Stuttgarter Ballett“ zeigt unter anderem „Die Stühle“ in der Choreographie von Maurice Bejart mit Marcia Haydee und John Neumeier. Mit dem „English National Ballett“ kommt eine Truppe nach Wien, die höchste Tanzkultur verkörpert, die „Kibbutz Contemporary Dance Company“ aus Tel Aviv präsentiert sich schließlich als eine der großen Hoffnungen der internationalen Tanzszene.

In der Secession gibt es mit „Indien 2“ eine weitere und weiterführende Begegnung mit der großen Tanztradition dieses Landes. „Expressionismus heute“ bringt eine Wiederbegegnung mit Choreographien von Gertrud Bodenwieser, Gertrud Kraus, Rosalia Chladek und anderen Choreographen dieser Ära in der Interpretation bedeutender Künstler wie Gerhard Bohner, Arila Siegert oder Susanne Linke.

„New Dance“ bringt schließlich die Europadebuts der New Yorker Ralph Lemon und Stephane Skura sowie Gastspiele von Keith Terry, der französischen „Compagnie Preljocaj“ und der Gruppe „Rosas“ aus Belgien.

Das Ballett der Wiener Staatsoper, das sich auch an der Spurensuche im Rahmen von „Expressionismus heute“ beteiligt, zeigt im eigenen Haus Bournonvilles „La Sylphide“.

Die Kartenpreise liegen im Messepalast zwischen 90 und 580 Schilling in der Secession zwischen 90 und 220 Schilling. Kartenvorbestellungen sind über das Bestellbüro der Wiener Festwochen „Tanz '90“, Lehargasse 11, 1060 Wien, möglich. (Schluß) gab/rr

Refundierung für Rinder-Schlachtextporte

Wien, 9.11. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Zu einer Debatte über die Refundierung der Ausgleichsabgabe für Rinder-Schlachtextporte kam es heute, Donnerstag, im Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Der Hintergrund: Wien ist das einzige Bundesland, in dem eine Ausgleichsabgabe eingehoben wird, wenn Schweine bzw. Rinder nicht über den Zentralviehmarkt, sondern direkt an den Schlachthof angeliefert werden. Für nachweislich exportierte Schlachtungen in den EG-Raum wird diese Ausgleichsabgabe allerdings refundiert — bei Schweinen war die Vorgangsweise schon seit Jahren gesetzlich gedeckt, bei Rindern wurde aber ebenfalls die Ausgleichsabgabe zurückgezahlt. Diese Rechtsunsicherheit war vom Kontrollamt kritisiert und in der Zwischenzeit durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen beseitigt worden. Mit der Rückzahlung der Ausgleichsabgabe bei Exporten in den EG-Raum kann Wien auf diesem Sektor konkurrenzfähig bleiben.

Während bei Schweineexporten diese Vorgangsweise, wie erwähnt, schon seit Jahren gesetzlich geregelt ist, fehlte diese Gesetzesbasis für die Geldrefundierung bei Rinder-Schlachtextporten. Vor einigen Monaten erfolgte die entsprechende gesetzliche Regelung auch für Rinder, und entsprechende Gelder wurden nun den Fleischbetrieben zurückgezahlt. Gegen diese Vorgangsweise der Unterstützung großer Fleischexporteure sprach sich die FPÖ-Vertreterin im Gemeinderatsausschuß aus. Der Anhang selbst wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt. (Schluß) hrs/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133040, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 10. November 1989

Blatt 2518

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk gratuliert seinen Berliner Amtskollegen zum Fall der Mauer (2535)

Kommunal/Lokal:

- Kommandobataillon feiert 15jähriges Bestehen (2520)
- Entsorgungsbetriebe Simmering: Internationale Kontrolle der Dioxin-Werte (2521)
- Polioimpfaktion beginnt (2522)
- Österreichischer Bauherrenpreis für Hollein-Schule in Währing (2523)
- „Kaos Stadt?“ (2524-2525)
- Straßenbaumaßnahmen '90 (2526/2527)
- ADV-Chef wurde Obersenatsrat (2528)
- Pionierbrücke in der Johnstraße wird wieder aufgebaut (2529)
- Rat der Gemeinden Europas wählt Bürgermeister Alfred Stingl zum Vizepräsidenten (2530)
- Terminvorschau vom 13. bis 24. November (2531/2532)
- Zilk: Wir müssen ausländische Kinder integrieren (2534)
- Hatzl: Neue Ost-West-Transitstrecke verhindern (2536)

Kultur:

Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Janschka (2533)

Sport:

Staatsmeisterehrung im Theater an der Wien (2519)

Staatsmeisterehrung im Theater an der Wien

Wien, 10.11. (RK-SPORT) 417 Sportler haben im vergangenen Jahr in 44 Sparten Staatsmeistertitel für die Bundeshauptstadt errungen. Sie werden am 19. November zu einer Sondervorstellung des Erfolgs-Musicals „Das Phantom der Oper“ in das Theater an der Wien eingeladen und dabei von Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL geehrt. (Schluß) hof/gg

Kommandobataillon feiert 15jähriges Bestehen

Erfolgreiche Partnerschaft mit der Länderbank

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) 120 Präsenzdiener des Kommandobataillons wurden Donnerstag abend in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL am Platz Am Hof im Rahmen eines Festaktes angelobt. Anlaß war auch das 15jährige Bestehen des Kommandobataillons sowie die fünfjährige Partnerschaft dieser Einheit mit der Länderbank, die dabei durch Generaldirektor Dkfm. Gerhard WAGNER vertreten war.

Die Partnerschaft bezieht sich vor allem auf gemeinsame kulturelle und sportliche Aktivitäten, aber auch auf gegenseitige Schulungen und Seminare. Stadtrat Hatzl begrüßte diese Zusammenarbeit zwischen einer militärischen und einer zivilen Institution, die er als beispielgebend bezeichnete. Er verwies auch auf das enge zeitliche Zusammentreffen dieser Angelobung mit dem Gründungstag der Ersten Republik.

Im Rahmen des Festaktes wurde dem Kommandobataillon auch ein Fahnenband übergeben, das die Milizsoldaten der Länderbank gestiftet hatten.
(Schluß) roh/gg

Entsorgungsbetriebe Simmering: Internationale Kontrolle der Dioxin-Werte

**Schwedische Firma wird eingeschaltet - Unsicherheiten
auch durch Mängel im Luftreinhaltegesetz**

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Die optimale Auslegung der für die Entsorgungsbetriebe Simmering vorgesehenen Aktivkohlefilter zur Dioxin-Ausscheidung setzt gesicherte und unanfechtbare Meßergebnisse voraus. Die EBS werden daher die schwedische Firma MILJÖKONSULTERNA J STUDSVIK AB in Nyköping mit der Kontrolle ihrer Dioxinwerte beauftragen. Die Schweden genießen international einen hervorragenden Ruf und gelten als besonders strenge Meßführer.

Dioxin-Messungen sind besonders schwierig, nicht zuletzt wegen der außerordentlich geringen Konzentrationen. So schreibt das neue österreichische Luftreinhaltegesetz einen Grenzwert von 0,1 Nanogramm — ein Zehnmilliardstel Gramm — pro Normkubikmeter vor. Zudem gibt es keine Methode, die Dioxine laufend zu messen, es sind nur Einzelmessungen möglich.

Bei den von verschiedenen Instituten in den EBS vorgenommenen Meßserien gab es merkliche Abweichungen nach oben und unten, so daß nun zur Ausschaltung der Unsicherheit aus Messungen das schwedische Unternehmen als Kontroller beauftragt wird.

Die Entsorgungsbetriebe Simmering haben auch Kontakt mit den Stadtwerken Düsseldorf aufgenommen, wo man mit ähnlichen Problemen konfrontiert ist.

Einen Mangel bei der Erlangung gesicherter Meßergebnisse allerdings kann nur der Gesetzgeber beheben: Das österreichische Luftreinhaltegesetz schreibt zwar den weltweit niedrigsten Grenzwert vor, macht aber keine Angaben, nach welcher der rund zehn üblichen Methoden das Dioxin-Äquivalent zu berechnen ist. Allein aus den verschiedenen Berechnungsmethoden ergeben sich nicht unerhebliche Diskrepanzen. (Schluß) wh/gg

Polioimpfung beginnt

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Montag, den 13. November, beginnt in den Wiener Bezirksgesundheitsämtern wieder eine neue Polioimpfaktion gegen Kinderlähmung. Die Impfung erfolgt durch Schlucken eines Stückes Würfelzucker mit drei Tropfen Impfflüssigkeit. In Wien ist diese Impfung sowohl für Kinder und Jugendliche, als auch für Erwachsene kostenlos. Geimpft wird bis 25. November (1. Teilimpfung) bzw. vom 8. bis 20. Jänner 1990 (2. Teilimpfung), und zwar außer in den Bezirksgesundheitsämtern auch in den Mutterberatungsstellen und in den Kinderambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse, sowie in der Impfstelle des Gesundheitsamtes 1., Zelinkagasse 3, Montag bis Freitag jeweils von 8.30 bis 11 Uhr.

Darüberhinaus finden aber auch Impfkaktionen in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Allgemeinbildenden Höheren Schulen statt. In den Bezirksgesundheitsämtern wird jeweils Montag, Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11 Uhr sowie Mittwoch von 13 bis 15 Uhr geimpft. Außerdem gibt es in den Bezirksgesundheitsämtern im 2., 10., 13./14. und 18. Bezirk Impfmöglichkeiten an Donnerstagen von 17 bis 19 Uhr sowie an Samstagen von 9 bis 11 Uhr.

Stacher: Auffrischungsimpfung nicht vergessen!

Im Vorjahr haben 79.773 Personen — das waren um rund 2.000 Personen weniger als im Jahr zuvor — von der Möglichkeit der kostenlosen Impfung Gebrauch gemacht. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER appelliert daher angesichts dieser „Impfmüdigkeit“ an die Wienerinnen und Wiener, sich einer kompletten Schutzimpfung — bestehend aus drei Teilimpfungen — zu unterziehen. Ebenso ist es wichtig, auf die Auffrischungsimpfung nach zehn Jahren nicht zu vergessen. So sind gerade Säuglinge ab dem vollendeten dritten Lebensmonat sowie Kleinkinder besonders gefährdet. Da es in vielen europäischen Ländern immer wieder zu Epidemien kommt, besteht, wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, jederzeit die Gefahr einer Einschleppung dieser Krankheit. (Schluß) zi/rr

österreichischer Bauherrenpreis für Hollein-Schule in Währing

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Die Stadt Wien wurde für die Realisierung der von Prof. Hans HOLLEIN geplanten Schule in Währing, Köhlergasse 9, mit dem Österreichischen Bauherrenpreis 1989 ausgezeichnet. Den Preis, der von der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs vergeben wird, nahm Freitag nachmittag der Wiener Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN im Rahmen der Bundesversammlung der Architektenvereinigung in Innsbruck entgegen.

Kennzeichnend für die Planung der achtklassigen Ganztagschule in der Köhlergasse, die ein altes Schulgebäude an derselben Stelle ersetzt, ist unter anderem die gelungene Lösung auf einer sehr kleinen Grundstücksfläche. Der Neubau, der noch nicht abgeschlossen ist, erfolgt unter ständiger Aufrechterhaltung des Schulbetriebes. (Schluß) ger/bs



Foto: Landesbildstelle

„Kaos Stadt?“

Kulturprogramm zum Stadtentwicklungssymposium

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Bekanntlich findet kommende Woche, Montag und Dienstag, das Wiener Stadtentwicklungssymposium statt. Aus diesem Anlaß wird mit Unterstützung der Geschäftsgruppen Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal sowie Kultur unter dem Titel „Kaos Stadt?“ ein vielfältiges und interessantes Kulturprogramm angeboten.

Das Kulturprogramm im einzelnen:

VOM 10.11. BIS 18.11.'89

Fotoausstellungen: Matthias Cremer, Christian Ehalt,
Peter Hermann, Timo Huber, Friedl Kubelka-Bondy.

Ansichtskarten:

Auswahl aus der Sammlung Steiner, St. Stefan/Gail-Wien.

Videodokumentationen, Kurzvideos.

Installation: Udo Wid.

ORT:

VHS Stöbergasse 11-15, 5. Bezirk.

Karten: Für Spielfilme an der Abendkasse, Einheitspreis öS 50,—;

Für Fest an der Kinokasse gratis!

P.S.: Karten für Eröffnungsfilm am 10.11. ab 20 Uhr an der Kinokasse gratis!

Von Sonntag, 19.11.'89, bis Donnerstag, 23.11.'89,

läuft die Filmretrospektive weiter.

FREITAG, 10. NOVEMBER

20.00 Uhr Eröffnung durch Stadtrat Dr. Hannes Swoboda

21.00 Uhr Spielfilm „Schatten der Engel“

SAMSTAG, 11. NOVEMBER

19.00 Uhr Spielfilm „Le Mani Solla Citta“

21.00 Uhr Spielfilm „On The Town“

SONNTAG, 12. NOVEMBER

17.00 Uhr Peter Saunders

Referat: Citizenship and the privatized city

18.00 Uhr Podiumsgespräch: Urbanistik — Philosophie

Teilnehmer: Gerda Ambros, Herbert Hrachovec, Kurt

Puchinger, Peter Moser, Moderation: Astrid Gmeiner

21.00 Uhr Spielfilm „Blade Runner“

MONTAG, 13. NOVEMBER

19.00 Uhr Podiumsgespräch: Stadt als multikultureller Raum

Teilnehmer: Renate Banik-Schweitzer, Rainer Bauböck,

Christian Ehalt, Wolf in der Maur, Moderation: Peter Huemer

21.00 Uhr Spielfilm „Suburbia“

DIENSTAG, 14. NOVEMBER

18.00 Uhr Wendelin Schmidt-Dengler

Referat: Stadt in der österreichischen Literatur

19.30 Uhr Chris Duller

Referat: Stadt und Popmusik

21.00 Uhr Spielfilm „Metropolis“

MITTWOCH, 15. NOVEMBER

18.00 Uhr Thomas Macho-Hartmann

Referat: Die Ordnung der Räume

(Veranstaltung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses)

19.00 Uhr Peter Sloterdijk

Referat: Zur Zukunft städtischer Kulturen

(Veranstaltung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses)

MITTWOCH, 15. NOVEMBER (Forts.)

19.00 Uhr Spielfilm „Berlin — Symphonie einer Großstadt“

21.00 Uhr Spielfilm „Alphaville“

DONNERSTAG, 16. NOVEMBER

19.00 Uhr Gespräch über Stadtmedien (Zeitschrift, Radio, Video)

Teilnehmer: Hartwin Möhrle, Armin Thurnher, Wienstärke 6,

Moderation: Gerfried Sperl

21.00 Uhr Spielfilm „The Fountainhead“

FREITAG, 17. NOVEMBER

19.00 Uhr Podiumsgespräch: Bürgerbeteiligung

Teilnehmer: Ursula Kuchling, Eva Wagner, Hannes Swoboda,

Traudl Wachs, Vertreter der Wiener ÖVP, FPÖ, Handels-

kammer, Arbeiterkammer, Moderation: Leopold Dungal

22.00 Uhr Spielfilm „Playtime“

SAMSTAG, 18. NOVEMBER

19.00 Uhr Fest: Begrüßungscocktail, Buffet, Performance (Timo Huber,

Thomas Mandel), Live-Musik: Sambrasil (Samba, Bossa Nova,

Bahiao, Forro, Afoche), Discjockey: Chris Duller

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 2524

Straßenbaumaßnahmen '90

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Mit der näherkommenden Jahreswende gewinnen auch die Fragen nach den Straßenbauvorhaben im Jahr 1990 im Wiener Bereich an Aktualität. Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab deshalb in einem Pressegespräch am Freitag einen ersten Überblick über die „Straßenbaumaßnahmen '90“. Für den Sektor „Bundesstraßen“ sind die abschließenden Gespräche mit dem Bund noch im Laufen, sodaß die betreffenden Vorhaben unter der Voraussetzung der Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zum Bauprogrammvorschlag für Wien angeführt werden.

Hatzl sagte zur finanziellen Bedeckung der Bauvorhaben, es stünden insgesamt für den Straßenbau in Wien (Investitionen und Erhaltung) im Jahr 1990 finanzielle Mittel in der Höhe von 1,82 Milliarden Schilling zur Verfügung, die sich aus 1,26 Milliarden Schilling für Haupt-, Gemeinde- und Bundesstraßen sowie dem finanziellen Volumen der Wiener Bundesstraßen AG von 0,56 Milliarden Schilling zusammensetzen.

Neben zahlreichen Neubeginnen werden etliche große Projekte aus dem heurigen Jahr 1990 fertiggestellt, beziehungsweise laufen noch weiter:

BUNDESSTRASSEN A (Autobahnen)

- **A 23/Südost-Tangente - Abschnitt von Kaisermühlen bis Hirschstetten (Baulos WBG)**

Verlängerung der Autobahn A 23/Südost-Tangente zwischen Knoten Kaisermühlen und Anschlußstelle Hirschstetten. Gesamtkosten 1.990 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Ende 1993.

- **A 23/Südost-Tangente - Knoten Landstraße**

Verbreiterung der Hauptfahrbahn von derzeit zwei auf drei Fahrstreifen in beiden Richtungsfahrbahnen sowie Neubau der Rampe 700 von Gürtel bis Anschlußstelle St. Marx; weiters Mittelstreifenverschiebung von Knoten Landstraße bis Knoten Prater und Bau von Lärmschutzeinrichtungen. Gesamtkosten 270,2 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Februar 1992.

BUNDESSTRASSEN B

- **B 223 - 14, Flötzersteig**

Erneuerung der Straßenkonstruktion im Bereich Spiegelgrundstraße bis Donhartgasse sowie Errichtung einer zusätzlichen Abbiegespur vor der Spiegelgrundstraße. Gesamtkosten 26,2 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juni 1990.

- **B 229 - 21, Shuttleworthstraße - Ruthnergasse (Brünner Straße) Siemensstraße**

Kompletter Straßenumbau sowie Errichtung zusätzlicher Abbiegespuren vor der Brünner Straße und der Siemensstraße. Über die gesamte Länge wird ein Radweg errichtet. Gesamtkosten 54,3 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juli 1990.

- **B 302 - 21, Einzingerasse**

Straßenneubau beziehungsweise Umbau im Bereich Vohburggasse bis Autokaderstraße. Gesamtkosten 27,4 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juni 1990.

GEMEINDESTRASSEN

- **2, Ausstellungsstraße**

Im Bereich vom Praterstern bis Elderschplatz erfolgt ein abschnittsweiser Straßenumbau der Hauptfahrbahn, auf der gesamten Länge wird eine Asphaltbetondecke aufgebracht. Mit einbezogen ist der Umbau der häuserseitigen Nebenfahrbahn. Gesamtkosten 60 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: August 1991.

• **13, Maxingstraße**

Nach umfangreichen Einbauten erfolgt ein kompletter Straßenneubau mit Aufbringung einer Asphaltbetondecke. Gesamtkosten 15,9 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juni 1990.

• **20, Nordwestbahnstraße**

Im Zusammenhang mit der Fortsetzung des Augartenradweges ist ein Umbau der Nordwestbahnstraße im Abschnitt Adolf-Gstöttner-Gasse bis Pappenheimgasse erforderlich geworden. Gesamtkosten 10,5 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juli 1990 (mit Unterbrechungen wegen eines Kanalbaus).

• **23, Kaltenleutgebener Straße**

Im Bereich von der Willergasse bis zur Stadtgrenze Herstellung eines neuen Fahrbahnbelages. Gesamtkosten 11 Millionen Schilling, voraussichtliches Bauende: Juni 1990.

Die Gesamtübersicht der **Neubeginne** erscheint als „rk-spezial“. (Schluß)
pz/bs/gg

Forts. von Blatt 2526

ADV-Chef wurde Obersenatsrat

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung, Dipl.-Ing. Heinz SACK, wurde zum Obersenatsrat befördert. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Freitag das entsprechende Dekret. (Schluß) ger/bs

Plonierbrücke in der Johnstraße wird wieder abgebaut

Nächste Woche Einbahnregelung

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Anfang nächster Woche wird die für die U-Bahn-Arbeiten benötigte Hilfsbrücke in der Johnstraße wieder abgebaut. Für fünf Tage ist im Bereich Meiselstraße wieder eine Einbahnregelung erforderlich.

Im Zuge der Bauarbeiten am U-Bahn-Bauabschnitt U3/15 — „Johnstraße“ wurde vom 5. bis 7. Juli 1989 zur Aufrechterhaltung des Verkehrs in der Johnstraße durch das Bundesheer eine Hilfsbrücke eingebaut. Unter dieser Hilfsbrücke erfolgte die Herstellung der obersten Decke des U-Bahn-Tunnels.

Nach Fertigstellung der Tunneldecke wurde stadteinwärts neben der Hilfsbrücke während des Ausbaues der Brücke und der nachfolgenden Einbautenrücklegung ein verschwenktes Fahrbahnprovisorium hergestellt.

Der Abbau der Hilfsbrücke wird ebenfalls vom Bundesheer, und zwar vom Heerespionierbataillon Melk, durchgeführt. Diese Arbeiten sind für den 14. und 15. November 1989 geplant. Während der Brückendemontage wird in der Woche vom 13. bis 17. November die Johnstraße im Bereich zwischen Märzstraße und Hütteldorfer Straße in Fahrtrichtung Norden befahrbar sein und der Verkehr in Richtung Süden über die bereits beim Einbau der Brücke benutzte Umleitungsstrecke Tautenhayngasse — Matthias-Schönerer-Gasse — Flachgasse — Märzstraße geführt.

Am 17. November wird die Johnstraße abgesehen von der örtlichen Fahrbahnverschwenkung und Einengung am Plateau Meiselstraße wieder unbehindert befahrbar sein. (Schluß) roh/rr

Rat der Gemeinden Europas wählt Bürgermeister Alfred Stingl zum Vizepräsidenten

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Der europäische Hauptausschuß des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat in seiner Sitzung vom 9. November 1989 den Grazer Bürgermeister Alfred STINGL zum Vizepräsidenten gewählt. Der RGRE, eine internationale Vereinigung von Gemeindeverbänden, vor allem der Länder der europäischen Gemeinschaft, will damit die Bedeutung unterstreichen, die dem EG-Ansuchen Österreichs für die künftige Struktur Europas zukommt und seine Offenheit für die Zusammenarbeit mit Österreichs östlichen und südöstlichen Nachbarländern bekunden.

Gleichzeitig werden damit auch Stingls Bemühungen um den Ausbau der Kontakte zu den Städten der östlichen Nachbarstaaten gewürdigt. Graz pflegt derzeit Partnerschaften und Kooperationen unter anderem mit Laibach, Marburg, Pecs und Preßburg. Die Grazer Messe wurde gleichfalls in den letzten Jahren zu einer immer wichtiger werdenden Drehscheibe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Südosten.

Politisches Ziel des RGRE ist es, auf gesamteuropäischer Ebene für die Gemeindeautonomie einzutreten, weil nur selbständige Gemeinden voll in der Lage sind, flexibel auf die Erfordernisse der Bürger einzugehen. Der RGRE vertritt diese Überzeugung insbesondere gegenüber der EG. Es ist vor kurzem gelungen, bei den Europäischen Gemeinschaften einen „Beirat der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ einzusetzen, der die EG-Kommission in allen gemeinderelevanten Fragen berät.

Ein wichtiges Instrument der Förderung der Zusammenarbeit in Europa sind für den RGRE Städtepartnerschaften und Städtekontakte. Während in der Nachkriegszeit durch Partnerschaften vor allem das gesamteuropäische Verständnis und der Friedensgedanke gefördert wurden, entwickelten sich Städtepartnerschaften immer mehr zu wichtigen Initiativen auf wirtschaftlichem Gebiet. Das wichtigste europäische Beispiel einer solchen grenzüberschreitenden Initiative ist derzeit das Projekt der gemeinsamen Weltausstellung Wien — Budapest.

Beim RGRE können nur Gemeindeverbände aus demokratisch regierten Ländern, die auch die Europäische Menschenrechtskonvention anerkennen, Mitglied sein. Österreich unterstützt vehement die Absicht, Ungarn nach Durchführung freier Wahlen im nächsten Jahr den Beobachterstatus beim RGRE einzuräumen. (Schluß) roh/bs

Terminvorschau vom 13. bis 24. November

Wien, 3.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 24. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 13. NOVEMBER:

- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Hofrat Dr. Friedrich Kaiser, Kammerrat Johann Schmölz (Abg. z. NR) und Gen.-Dior. Dr. Leopold Vavra (Roter Salon, Rathaus)
- 12.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, Prof. Rainer über Stadtentwicklungssymposium (Rathauskeller)

DIENSTAG, 14. NOVEMBER:

- 11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Erich Feigl (Arb.-Zi, Bgm.)

MITTWOCH, 15. NOVEMBER:

- 10.30 Uhr, Pressekonferenz „Club Menü Service“ — Wiener Holding — WIGAST (Club Menü Gesellschaft, 3, Henneberggasse 6)
- 11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Landeshauptmann Dr. Zilk an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. Ludwig Adamovich sowie an die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes Dr. Peter Fessler, Dr. Peter Jann, Dr. Karl Korinek, Dr. Karl Piska, Dr. Dietrich Roessler und an Dr. Christine Keller (Arb.-Zi, Bgm.)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Erwin Fischer (Arb.-Zi, Bgm.)
- 17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Wienerberg“, StRe. Swoboda, Edlinger, Hatzl, Häupl (Planungswerkstatt, Friedrich-Schmidt-Platz 9)

DONNERSTAG, 16. NOVEMBER:

- 13.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Bezirkentwicklungsplanung Leopoldstadt“, StR. Swoboda (Bezirksamt, 2, Karmelitergasse 9)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding „Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa“ (Thermenrestaurant im Kurzentrum Oberlaa, 10, Kurbadstr. 10)

FREITAG, 17. NOVEMBER:

- 10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, U-Bahn-Bau (PID)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Mayr u. Präs. Dittrich, „Wiener Adventzauber“ (Burgtheater)

SAMSTAG, 18. NOVEMBER:

- 14.45 Uhr, Abschlußveranstaltung Seniorenquiz „Wer weiß, gewinnt“, Vzbgm. Smejkal (Festsaal, Rathaus)

Forts. auf Blatt 2532

MONTAG, 20. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Prim. Dr. Herbert Haberler, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Holzner, Prim. Dr. Erich Lhotka, Univ.-Prof. Dr. Alfred Rosenkranz und Univ.-Prof. Dr. Herbert Schnack (Roter Salon, Rathaus)

DIENSTAG, 21. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte), anschließend Landtag

10.00 Uhr, Presseführung durch die Arnulf-Rainer-Ausstellung im Historischen Museum

MITTWOCH, 22. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte)

DONNERSTAG, 23. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte)

FREITAG, 24. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Rene Clemencic und Hochschulprofessor Alexander Jenner (Steinerner Saal I, Rathaus)

(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 2531

Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Janschka

Wien, 10.11. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus Prof. Fritz JANSCHKA das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Fritz Janschka zählte zu den Gründungsmitgliedern des Wiener Art Clubs, der die bildende Kunst im Wien der Nachkriegsjahre wesentlich prägte. Janschka, von der Kunstkritik als „phantastischer Realist, Dadaist, Surrealist in einer reizvollen Mischung“ bezeichnet, wirkte ab den Fünfzigerjahren als Professor im Art Department von Bryn Mawr, Pennsylvania, und lebt auch heute in den Vereinigten Staaten.

An der Feier nahm auch Landtagspräsident a. D. Hubert PFOCH teil. (Schluß) gab/gg

Zilk: Wir müssen ausländische Kinder integrieren

Jedes vierte Kind an den Pflichtschulen ist Ausländer

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) „Wir müssen alles tun, um die ausländischen Kinder an unseren Schulen zu integrieren“, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Freitag anlässlich einer Pressefahrt zu zwei Wiener Volksschulen. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Prof. Hans MATZENAUER zeigte Zilk vor Ort die Problematik der Integration von ausländischen Kindern auf.

In der Volksschule 8, Pfeilgasse 42 b, sind 24 Prozent der Kinder nichtdeutschsprachiger Herkunft, in der Volksschule 17, Rötzergasse 2-4 beträgt der Ausländeranteil sogar 74 Prozent. Der Anteil ausländischer Schüler ist in den letzten Jahren insgesamt stetig gestiegen: Im Schuljahr 1981/82 waren es 12,9 Prozent, 1984/85 17,1 Prozent, im Schuljahr 1986/87 20,5 Prozent, im Vorjahr 23,51 Prozent und im heurigen Schuljahr bereits 25,64 Prozent. Von den insgesamt 74.377 Schülern an Wiener Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen, Polytechnischen Lehrgängen und Sonderschulen) sind 19.069 Ausländer.

Schulversuche zur Betreuung ausländischer Kinder

Derzeit laufen in Wien Schulversuche zur Betreuung ausländischer Kinder in mehreren Bereichen:

- Sprachliche Förderung für Schüler nichtdeutscher Muttersprache. Hier werden die Kinder auf das Verstehen der Unterrichtssprache Deutsch sowie auf das eigene freie Sprechen gefördert. Die Kurse umfassen acht bis zwölf Schüler. Derartige Förderkurse gibt es im heurigen Schuljahr an 99 Volksschulen, drei privaten Volksschulen, 49 Hauptschulen, zwei privaten Hauptschulen, 7 Allgemeinen Sonderschulen und an einem Polytechnischen Lehrgang.
- Projekt Begleitlehrer. Begleitlehrer sind Lehrkräfte, die gezielt auf didaktisch-methodischen Konzeptionen der Sprachvermittlung für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache ausgebildet sind. Der Einsatz dieser Begleitlehrer erfolgt unterrichtsbegleitend oder unterrichtsparallel, wobei die Gruppengröße von sechs Kindern nicht wesentlich überschritten werden soll. Derzeit sind 206 Begleitlehrer an Volksschulen, 76 an Hauptschulen und 32 an Sonderschulen tätig.
- Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung geht davon aus, das Unterrichtsgeschehen im Klassenverband vermehrt zum „Ort der gemeinsamen Lernerfahrung“ zu gestalten. Durch den Einsatz von zwei Lehrern, Klassenlehrer und Begleitlehrer im Teamteaching in der Klasse, eröffnen sich nicht nur die Möglichkeiten, auf die Lernprobleme einzelner Kinder weitgehend individualisiert einzugehen, sondern auch stärker als bisher die Lernbedingungen im Rahmen der Klassengemeinschaft zu verbessern.

„Integrative Ausländerkinderbetreuung“

Dieses Modell wird im heurigen Schuljahr an 17 Volksschulen und an sechs Hauptschulen durchgeführt. Muttersprachlicher Zusatzunterricht wird für jugoslawische und türkische Kinder geboten. Im Schuljahr 1989/90 sind 53 jugoslawische und 21 türkische Sondervertragslehrer an den Wiener Pflichtschulen tätig. (Schluß) fk/gg

Zilk gratulliert seinen Berliner Amtskollegen zum Fall der Mauer

Wien, 10.11. (RK-POLITIK) Der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gratulierte heute, Freitag, in zwei Briefen dem Regierenden Berliner Bürgermeister Walter MOMPER sowie dem Oberbürgermeister von Berlin, Hauptstadt der DDR, Gerhard KRACK „zu der großartigen und menschlich tiefbewegenden Entwicklung“ in Berlin. „Die Welt hat seit 1945 nur wenige positivere Ereignisse erlebt, und wir alle sind um eine große Hoffnung reicher. Wien und Berlin verband schon immer eine sehr positive Beziehung, und das gilt in diesen Stunden ganz besonders: Unsere Herzen und Gedanken sind bei Ihnen allen!“, schloß Zilk. (Schluß) red/rr

Hatzl: Neue Ost-West-Transitstrecke verhindern

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Freitag seitens der Grünen Alternative erhobenen Forderung, Wien möge sich eindeutig vom Vorhaben eines Ausbaues der A 4/Ostautobahn distanzieren, stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL anlässlich eines Pressegespräches fest, daß man im Zusammenhang mit den Veränderungen in den östlichen Nachbarländern mit einer wesentlichen Verstärkung des Verkehrs werde leben müssen.

Es gelte aber zu verhindern, daß dies auf Kosten der Lebensqualität im Wiener Bereich geschehe, weshalb die „Durchfahrer“, die andere Ziele in Österreich oder im westlichen Ausland anpeilten, auf einen Umfahrungsring außerhalb der Wohn- und Siedlungsgebiete umgeleitet werden müßten. Hatzl dazu: „Ich sehe eine hohe moralische Verpflichtung von Bundesminister Dr. Schüssel und appelliere an ihn, für die Planungen einer umweltgerechten Straßenverbindung außerhalb Wiens grünes Licht zu geben“. Es müsse auch alles darangesetzt werden, die Bahn attraktiver zu machen, um so den erwarteten Zustrom zu einem großen Teil auf die Schiene umzulenken, sagte der Verkehrsstadtrat weiter.

Auch ein spezifisches Wiener Problem sprach Stadtrat Hatzl an, indem er an Bundesminister Dr. Streicher den Appell richtete, auf die Wünsche der Wiener bezüglich der Südost-Tangente einzugehen, wo nach Möglichkeit schon mit 1. Jänner 1990 Verkehrsbeschränkungen wie in Westösterreich, also etwa ein Nachtfahrverbot für nicht lärmarme Lkw, in Kraft treten sollten. „Es muß unser vordringlichstes Interesse sein, daß die Lebensqualität der Bewohner unserer Stadt zu- und nicht abnimmt“, schloß Hatzl. (Schluß)
pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 13. November 1989

Blatt 2537

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Die Weltgeschichte liefert die Inhalte für die EXPO 95 Wien/Budapest (2538/FS: 10.11.)
- Bürgermeister ehrte Schülerlotsen (2539/FS: 11.11.)
- 65. Geburtstag von Stadtrat a.D. Franz Nekula (2540/FS: 12.11.)
- Weihnachtsmarkt im AKH (2541)
- „Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich“ (2542)
- Camillo-Sitte-Preis 89 wird morgen überreicht (2543)
- Gesünderes Essen in den städtischen Spitälern (2544)
- Neues Bezirksbuch über Währing erschienen (2545)
- Prämie für Einsparungsvorschlag (2546)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (2547)
- Naturschutzbeirat: Wien und Niederösterreich fast einig bei Nationalparkplanung (2548)
- ÖVP-Bekanntnis zur ökosozialen Stadtpolitik (2549)
- Zilk: Staustufe Wien bis zur EXPO 95 „gefallen“ (2550)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Die Weltgeschichte liefert die Inhalte für die EXPO 95 Wien/Budapest

Wien, 10.11. (RK-KOMMUNAL) „Die Weltgeschichte liefert sozusagen die Inhalte für die EXPO 95 Wien/Budapest unter ihrem Motto 'Brücken in die Zukunft' nach“ sagte am Freitag Bundesminister Dr. Erhard BUSEK in Anspielung auf die sich täglich ändernde Situation in Osteuropa anlässlich der in der Wiener Planungswerkstatt gemeinsam mit Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA abgehaltenen Pressekonferenz und Buchpräsentation zur EXPO-Enquete vom Frühjahr 1989.

Der Wiener Planungsstadtrat Dr. Swoboda nahm anlässlich der Buchpräsentation — das Buch zur Enquete behandelt vor allem auch inhaltliche Fragen der EXPO 95 — zu den in den letzten Tagen und Wochen auf den Plan getretenen potentiellen Großinvestoren Stellung.

„Wir sind froh über jeden ernst zu nehmenden Interessenten, der in Wien für die EXPO 95 und danach Großinvestitionen vornehmen möchte, wir werden aber nicht unkritisch einfach jene Investorengruppe in die engere Wahl ziehen, die am meisten bietet. Die Überlegungen, die Kostendeckung für die EXPO nicht vom Steuerzahler vornehmen zu lassen, darf nicht dazu führen, daß mögliche Mega-Investoren die inhaltlichen und stadtplanerischen Vorstellungen der Stadt Wien bzw. der Republik Österreich zu stark beeinflussen“ sagte Swoboda.

Es sei noch genügend Zeit, weitere Interessenten zu suchen und nach gewissenhafter Prüfung der Angebote jenes auszuwählen, das ein optimales Mix darstellt.

Bundesminister Dr. Busek zeigte sich optimistisch über den weiteren Verlauf der EXPO-Vorbereitungen, vor allem auch, was die Teilnahme Ungarns am Gemeinschaftsprojekt anbelangt. Innerösterreichisch sei, so Busek, eine zunehmende Bereitschaft der Bundesländer zu erkennen, aktiv zum Gelingen dieser gesamtösterreichischen Großveranstaltung beizutragen. Mit Ausnahme von Kärnten und Vorarlberg hätten bereit alle anderen Bundesländer ihre teilweise sehr konkreten EXPO-Überlegungen angemeldet, sagte der Minister.

Stadtrat Dr. Swoboda warnte vor der Illusion, man könne einerseits die Inhalte der Aussteller/Länder während der EXPO beeinflussen und meinte, daß gerade angesichts der sich ständig ändernden europäischen Gesellschafts-Geographie heute nicht abzusehen sei, wie das Europa, ja wie die Welt des EXPO-Jahres 1995 aussehen wird. Dementsprechend müßten auch die inhaltlichen Vorbereitungen in einer prozeßhaften Annäherung erfolgen. Minister Dr. Busek und Stadtrat Dr. Swoboda kündigten bei der Buchpräsentation die Abhaltung einer weiterführenden EXPO-Enquete gemeinsam mit Ungarn sowie eine Bundesländer-Enquete für das kommende Jahr an.

Nächster entscheidender Termin für die Weltausstellungsvorbereitungen ist der 14. Dezember, an dem in Paris über die offizielle Vergabe der EXPO 95 an Wien und Budapest entschieden werden soll. (Schluß) If/bs

Bereits am 10. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bürgermeister ehrte Schülerlotsen

Wien, 11.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer Feierstunde wurden Freitag nachmittag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Stadtsenatssitzungssaal 99 Schülerlotsen geehrt, die sich im Schuljahr 1988/89 uneigennützig zur Verfügung gestellt haben, um Kindern beim Schulweg „sicheres Geleit“ zu geben.

In einer kurzen Rede dankte Zilk den anwesenden Damen und Herren und bezeichnete sie als Pioniere, während diese freiwillige Tätigkeit in anderen Ländern der westlichen Welt schon eine Selbstverständlichkeit ist. Er zeigte sich etwas enttäuscht darüber, daß sich auf seinen im September an alle Eltern von Wiener Volksschulkindern gerichteten Brief erst 35 Personen zusätzlich gemeldet haben, die künftig als Schülerlotsen fungieren wollen.

Anschließend erhielten die zu einer Jause eingeladenen Gäste eine Urkunde der Stadt Wien überreicht. An der Feier nahmen auch Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, Stadtrat Johann HATZL und Polizeipräsident Dr. Günther BÖGL teil. (Schluß) ull/rr

Bereits am 1. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

65. Geburtstag von Stadtrat a. D. Franz Nekula

Wien, 12.11. (RK-POLITIK) Franz Nekula wurde am 16. November 1924 in Wien als Sohn eines Straßenbahnschaffners geboren. Der Beamte der Stadt Wien wurde 1964 als Vertreter des 12. Bezirkes in den Wiener Gemeinderat gewählt und widmete sich vor allem den Bereichen „Finanzverwaltung“ und „Städtische Unternehmungen“. 1965 wurde er Vorsitzender der Verkehrsbetriebe-Rationalisierungskommission.

Am 9. Juni 1969 übernahm er als Amtsführender Stadtrat die Geschäftsgruppe „Städtische Unternehmungen“ als erster sozialistischer Stadtrat dieser Geschäftsgruppe nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Große Aufgaben waren damals gerade in diesem Bereich zu bewältigen: die Umstellung von Stadt- auf Erdgas, der Beginn des U-Bahn-Baues und die Modernisierung des Straßenbahnbetriebes.

In der Funktionsperiode des Wiener Stadtsenates 1973 bis 1978 stand Franz Nekula an der Spitze der Geschäftsgruppe „Verkehr und Energie“ und hatte dieses Amt auch in der nächsten Funktionsperiode bis zur Umgestaltung des Wiener Stadtsenates am 27. Februar 1979 inne. Mit diesem Tage übernahm er die Leitung der Geschäftsgruppe „Personal- und Rechtsangelegenheiten“, der er bis zum 27. Mai 1983 vorstand. In dieser Funktion sind seine Verdienste um die Durchführung der Wiener Besoldungsreform besonders hervorzuheben.

Nach seinem Ausscheiden aus der Funktion eines Amtsführenden Stadtrates gehörte Nekula noch bis 20. September 1984 dem Wiener Gemeinderat an.

Seine Verdienste als Politiker wurden vom Land Wien durch die Verleihung des „Großen Goldenen Ehrenzeichens“ 1986 und von der Republik Österreich durch die Verleihung des „Großen Ehrenzeichens“ 1987 gewürdigt.
(Schluß) red/gg

Bereits am 12. November 1989
über Fernschreiber abgesendet

Weihnachtsmarkt im AKH

Geschenke für Kinder, die am 24.12. nicht zuhause sein können

Wien, 13.11. (RK-LOKAL) Besonders für Kinder ist der Weihnachtsabend wegen der Erwartung auf Geschenke ein freudiges Ereignis. Für jene, die aus gesundheitlichen Gründen diesen Tag nicht zuhause verbringen können, hat sich ein Aktionskomitee, bestehend aus Mitgliedern der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, den Kliniken des AKH, dem St. Anna Kinderspital, und der MA 16 — Allgemeines Krankenhaus, eine Überraschung ausgedacht: Diese Kinder sollen am 24. Dezember im Krankenhaus beschenkt werden.

Damit der „Weihnachtsmann“ an kranke Kinder viel zu verteilen hat, ist die Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten: Wer Spielzeug in gutem Zustand besitzt und dieses nicht mehr benötigt, kann damit noch Freude bereiten. „Verbindungsstelle“ ist Herr CHROMY, erreichbar unter der Telefonnummer 4800/1712 DW. Es werden aber natürlich auch Geldspenden entgegengenommen, der einlangende Betrag wird zum Kauf von Geschenken verwendet. (BAWAG-Kto. Nr. 02410-770-515, AKH-Weihnachtsmarkt). Auch nach „Weihnachtsmännern“, die sich zur Mitarbeit am Heiligen Abend zur Verfügung stellen, herrscht Nachfrage.

In der Zeit vom 8. bis 17. Dezember wird täglich von 10 bis 18 Uhr rund um das alte Direktionsgebäude des AKH, im Hof 1 (Eingang Alser Straße 4 oder Spitalgasse 2) ein Weihnachtsmarkt abgehalten, wobei der Reinerlös dieser Veranstaltung ebenfalls den erkrankten Kindern zugute kommen wird. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat zugesagt, den Markt am 8. Dezember um 11 Uhr persönlich zu eröffnen.

Alle, die in irgendeiner Form mitmachen, können sicher sein, daß Kinder-
augen am 24. Dezember im AKH und im St. Anna Kinderspital leuchten werden. (Schluß) ull/rr

Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Der Bundesminister für Inneres hat dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich in der Form einer Anregung stattgegeben und als Eintragsfrist den Zeitraum von Montag, den 27. November, bis einschließlich Montag, den 4. Dezember, festgesetzt.

Als Stichtag, der für die Stimmberechtigung maßgebend ist, wurde der 30. Oktober 1989 bestimmt.

Stimmrecht

Stimmberechtigt ist daher, wer spätestens am Stichtag 30. Oktober 1989 das 19. Lebensjahr vollendet hat und das Wahlrecht zum Nationalrat besitzt.

In Wien sind dies 1.130.998 Personen, und zwar 640.183 (= 56,6 %) Frauen und 490.815 (= 43,4 %) Männer.

Eintragszeit

Die Stadt Wien hat die Eintragsfrist wie folgt festgelegt:

Montag, 27., bis Mittwoch, 29. November	8 bis 18 Uhr,
Donnerstag, 30. November	8 bis 20 Uhr,
Freitag, 1. Dezember	8 bis 18 Uhr,
Samstag, 2., und Sonntag, 3. Dezember	8 bis 12 Uhr,
Montag, 4. Dezember	8 bis 20 Uhr.

Eintragungsorte

Laut Volksbegehrensgesetz kann jeder Stimmberechtigte sein Stimmrecht nur in dem für seinen Wohnsprengel zuständigen Eintragungsort ausüben. Ausschlagend ist die Eintragung in der Wählererevidenz.

Auf einem amtlichen Hausanschlag wird das zuständige Eintragungsort ersichtlich gemacht. In Wien werden (außer in Heil- und Pflegeanstalten) insgesamt 91 Eintragungsorte eingerichtet. Behindertengerechte Eintragungsorte sind besonders gekennzeichnet.

Stimmkarten

Ist eine Stimmabgabe im zuständigen Eintragungsort nicht möglich, kann mittels einer Stimmkarte in jedem Eintragungsort in ganz Österreich abgestimmt werden.

Stimmkarten können ab sofort in der Zeit von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr beim zuständigen magistratischen Bezirksamt beantragt werden. Spätester Tag für die Ausstellung einer Stimmkarte ist Freitag, 1. Dezember 1989.

Patienten in Krankenanstalten ist selbstverständlich das Stimmrecht mittels Stimmkarte gewährt. Über die Stimmabgabe informiert die jeweilige Krankenhausverwaltung.

„Hausbesuche“ bei bettlägerigen Personen sind im Volksbegehrensgesetz nicht vorgesehen und können daher nicht erfolgen.

Im Eintragungsort und auf den magistratischen Bezirksämtern liegt der Text des Volksbegehrens zur Einsichtnahme auf. (Schluß) lf/gg

Camillo-Sitte-Preis 89 wird morgen überreicht

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Am 14. November 1989 findet anlässlich der Verleihung des Camillo-Sitte-Preises 1989 eine akademische Feier an der Technischen Universität Wien statt. Die Stadt Wien ist einer der Träger des Camillo-Sitte-Fonds.

Mit dem Camillo-Sitte-Preis für Raumplanung wird Prof. Dr. Ing. Athanasios ARAVANTINOS, Technische Universität Athen, als Würdigung seines Lebenswerkes ausgezeichnet. Dr. phil. Doris WASTL-WALTER, Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt, erhält einen Förderungsbeitrag für ihre wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Raumforschung. Ein weiterer Förderungsbeitrag ergeht an Dr. sc. techn. Helmut WINTER, Schule für Gestaltung Zürich, für dessen wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet des Städtebaues.

Weiters beginnt im Anschluß an die Sitte-Preis-Verleihung das zweitägige „Internationale Symposium über Entwicklungs-, Struktur- und Umweltprobleme in Großstadt-Agglomerationen“.

Da das Beitrittsansuchen Österreichs an die EG sowie die einschneidenden Reformen in Osteuropa eine besondere Herausforderung zur Lösung der raumstrukturellen Prozesse darstellen, ist die Erhellung der raumrelevanten Probleme ausgewählter europäischer Großstadt-Agglomerationen von besonderer Bedeutung. Insbesondere ist dabei zu beachten, daß die zukünftige Entwicklung der Großstadt-Region Wien nicht unwesentlich durch das Zustandekommen der Weltausstellung Wien-Budapest sowie durch die Entwicklung in Osteuropa beeinflusst werden dürfte.

Die Eröffnung des Symposiums am 14. November um 15 Uhr wird vom Vorsitzenden der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, vorgenommen. (Schluß) red/rr

Besünderes Essen in den städtischen Spitälern

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Schon bald soll es in den Wiener städtischen Krankenanstalten gesünderes Essen geben. Die Energiezufuhr durch die Nahrung soll täglich 2000 bis 2200 Kalorien (kcal) betragen. Eiweiß und Fette sollen verringert, Kohlehydrate erhöht werden. Etwa die Hälfte der Gesamtenergiezufuhr soll durch ballaststoffreiche Kohlehydrate aus Vollkornprodukten, Gemüse und Obst erfolgen. Das wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen auf einen Antrag der FP-Gemeinderätin Karin LANDAUER bekanntgegeben.

Seit Februar beschäftigt sich im Rahmen des Wiener Anstaltenamtes eine Arbeitsgruppe von Primärärzten, Diätassistentinnen und Küchenverwaltern unter dem Vorsitz von Chefarzt Primarius Dr. Ludwig KASPAR mit einer Verbesserung der Qualität der Kost in den städtischen Krankenanstalten. Dabei sollen vor allem neue Erkenntnisse auf dem Ernährungssektor berücksichtigt werden. Der Leiter der 3. Medizinischen Abteilung mit Stoffwechselerkrankungen im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz, Primarius Univ.-Prof. Dr. Karl IRSIGLER, und die Diätassistentin Edith GRABNER haben Vorschläge ausgearbeitet, die den Küchenverwaltungen übermittelt wurden. In einem ersten Schritt sollen die im Arbeitskreis erarbeiteten Richtlinien in den Akutkrankenhäusern eingeführt werden. In zwei Wiener städtischen Spitälern werden bereits seit längerer Zeit wahlweise Vollwertmenüs und vegetarische Speisen angeboten.

Boltzmann-Forschungsstelle für Biometeorologie

Der Gesundheitsausschuß ermächtigte das Gesundheitsamt, mit der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft — Vereinigung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung — einen Vertrag über die Errichtung und den Betrieb einer Boltzmann-Forschungsstelle für Biometeorologie abzuschließen. Arbeitsschwerpunkte der neuen Forschungsstelle sollen die Human-Biometeorologie, aber auch die Phyto- und die Veterinär-Biometeorologie sein. Mit der wissenschaftlichen und administrativen Leitung der Forschungsstelle wird Univ.-Lektor Dr. Alois MACHALEK betraut werden.

Zwei Millionen für Ärztebibliothek

Der Gesundheitsausschuß bewilligte auch die jährliche Subvention in der Höhe von zwei Millionen Schilling zur Erhaltung der Bibliothek der Gesellschaft der Ärzte. Diese Bibliothek ist eine zentrale medizinische Bibliothek für sämtliche wissenschaftlichen Institutionen und Kliniken sowie die Spitälern der Stadt Wien. Sie informiert die Wissenschaftler über den letzten Stand der Literatur und hat daher auch eine große Bedeutung für die Fortbildung von Medizinern. (Schluß) sc/bs

Neues Bezirksbuch über Währing erschienen

Bürgermeister Dr. Zilk präsentierte „Vom Ganserlberg zum Schafberg“ vom Autoren-Ehepaar Klusacek/Stimmer

Wien, 13.11. (RK-LOKAL) Im Festsaal des Währinger Rathauses in der Martinstraße 100 wurde Freitag abend ein neues Bezirksbuch über den 18. Bezirk vorgestellt: Es trägt den Titel „Währing — Vom Ganserlberg zum Schafberg“, stammt aus der Feder von Christine KLUSACEK und Kurt STIMMER und wurde vom Bürgermeister Dr. Helmut ZILK präsentiert.

Er kenne die beiden Autoren und wisse um deren Fachkenntnis und Gründlichkeit, sagte Zilk, der eine weitere, besondere Begabung hervorhob: Sie verstünden es, ihr großes Wissen in einer allgemein verständlichen Form darzubringen.

Wie schon bei früheren Bezirksbüchern von Christine Klusacek und Kurt Stimmer — die beiden brachten bisher Werke über die Leopoldstadt, Meidling, Hietzing, Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Döbling heraus — sind geschichtliche Fakten genauso wie kuriose Schmankerln zu finden. So dürften beispielsweise nur die wenigsten Kenner von Währing gewußt haben, daß in einem Wirtshaus in der Pötzleinsdorfer Straße 103 im Jahre 1892 der erste österreichische Skiklub entstanden ist...

In einer kurzen Rede unterstrich Kurt Stimmer das steigende Interesse für Bezirksbücher. Dies zeige sich daran, daß von 1945 bis 1974 nur zwei Bezirksbücher erschienen sind, seit 1975 dagegen 24 — Bezirkskulturführer und Bildbände garnicht mitgerechnet. Dieser Boom sei Beweis dafür, daß die Verbundenheit der Menschen mit der Stadt gewachsen ist.

An der Buchpräsentation nahmen auch Stadtrat Rudolf EDLINGER, die Bezirksvorsteher Leopold TRAINDL (Währing) und Adolf TILLER (Döbling) teil, Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Landtagsabgeordneter a. D. Richard HELMER trugen den zahlreich erschienenen Gäste Auszüge aus „Vom Ganserlberg zum Schafberg“ vor. Für die musikalische Umrahmung sorgten Prof. Elmar GIPPERICH am Klavier und Marc TWEHUES an der Oboe.

Das Bezirksbuch Währing von Christine Klusacek und Kurt Stimmer ist im Compress-Verlag erschienen, hat 264 Seiten und kostet 248 Schilling. (Schluß) ull/rr

Prämie für Einsparungsvorschlag

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Eine Prämie in der Höhe von 30.000 Schilling für einen im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens eingebrachten Verbesserungsvorschlag überreichte am Montag Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION an Magistratsrat Dr. Walter VEJCHODA. Dr. Vejchoda, heute im Kontrollamt tätig, hatte als Materialverwalter im SMZ-Ost Änderungen bei den Modalitäten der Auftragsvergabe und eine Verbesserung des Kontrollsystems von privaten Wäschereileistungen für Spitäler und Pflegeheime initiiert, durch die erhebliche Einsparungen erreicht werden können. (Schluß) ger/gg

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Montag im Roten Salon des Wiener Rathauses an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft Ehrenzeichen des Landes Wien.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Dr. Friedrich KAISER, Vizepräsident der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Johann SCHMÖLZ, Abgeordneter zum Nationalrat a. D. und Dr. Leopold VAVRA, Generaldirektor der DDSG.

An der Ehrenzeichenüberreichung nahmen auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil.
(Schluß) sei/bs

Naturschutzbeirat: Wien und Niederösterreich fast einig bei Nationalparkplanung

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Über den letzten Stand der Planung für den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen berichtete der Leiter der Wiener Umweltschutzabteilung, SR Mag. Johann SCHORSCH, am Montag dem Wiener Naturschutzbeirat. Der Vertragsentwurf für die Vorbereitung zur Schaffung des Nationalparks wurde von den beiden Beamtenkomitees von Wien und Niederösterreich fertiggestellt. Zu klären ist noch, wer von seiten des Bundes für die weiteren Schritte zur Realisierung des Großprojektes zuständig ist.

Ein Vorschlag Niederösterreichs geht in die Richtung, stufenweise vorzugehen und vorerst den Teilbereich Nationalpark Donauauen zu schaffen. Diese Vorarbeiten sind von großer Bedeutung für das Gesamtprojekt Donau-March-Thaya-Auen. Wien und Niederösterreich werden gemeinsam die Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft mit der Projektplanung betrauen, unter Einbeziehung der Nationalparkplanungsgesellschaft unter Prof. Dr. LÖTSCH. Grundsätzlich herrsche gute Übereinstimmung und Einigkeit zwischen Wien und Niederösterreich bezüglich der Nationalparkplanung, betonte Schorsch. (Schluß) du/gg

ÖVP-Bekanntnis zur ökosozialen Stadtpolitik

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch informierten Montag vormittag der Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, Dr. Wolfgang PETRIK, und Klubobmann Dr. Günther GOLLER über Ergebnisse der vergangene Woche abgehaltenen Klausurtagung. Grundsätzlich legte die Wiener ÖVP ein Bekenntnis zur ökosozialen Stadtpolitik ab und stellte Themenschwerpunkte für ihre künftige Arbeit in Wien vor.

Wie Dr. Petrik sagte, liessen sich die künftigen Anforderungen an die Wiener Kommunalpolitik in zehn Punkten zusammenfassen: Gesundes Stadtleben mit den Schwerpunkten Verkehr-, Umwelt- und Grünpolitik; mehr Stadt-demokratie mit stärkerer Einbindung der Bürger; soziale Gesundheitspolitik; ein Seniorenaktionsprogramm; eine Wirtschaftsoffensive durch Schaffung positiver Rahmenbedingungen für die Wiener Wirtschaft; die Ausländerfrage mit einer positiven Einstellung zur aktuellen Entwicklung im Osten; eine Zielgruppenpolitik für Frauen, Jugend und Familie; eine Aufwertung der Bezirkspolitik; wichtige Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung und ein neuer politischer Stil, Stadtpolitik statt Parteipolitik.

Änderung der Wiener Stadtverfassung

Durch eine Änderung der Wiener Stadtverfassung sollte, wie Dr. Goller ausführte, die Demokratisierung weiter vorangetrieben werden. Er nannte eine Erleichterung bei Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren; einen weiteren Ausbau der Bezirkskompetenzen, die Schaffung eines Budget- und eines Petitionsausschusses, die Möglichkeit der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, ein Enqueterrecht, die Durchsetzung von Prüfungen durch Kontrollamt und Rechnungshof durch eine qualifizierte Minderheit des Gemeinderates sowie die Behandlung von Dringlichen Anfragen und Anträgen. Er erinnerte auch an bereits im Landtag eingebrachte Anträge, wie für ein Objektivierungsgesetz zur Postenvergabe, ein Umweltgesetz und ein Landessicherheitsgesetz. Dieses betreffe ein „Wegweiserecht“ für Polizeibeamte, wenn der Anstand verletzt werde, oder bei Störungen der öffentlichen Ordnung. (Schluß) ull/gg

Zilk: Staustufe Wien bis zur EXPO 95 „gefallen“

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erklärte, heute, Montag, bei der Eröffnung des Stadtentwicklungssymposiums im Wiener Rathaus, daß die Errichtung der Staustufe zumindest bis zur Weltausstellung 1995 „gefallen“ sei. Die von der Bundesregierung für heuer angekündigten Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung, die die Grundlage für eine breit angelegte Informationskampagne und eine darauffolgende Befragung der Wiener Bevölkerung zu dem Projekt bilden soll, liege noch immer nicht vor. Eine Befragung im kommenden Jahr schloß Zilk angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen aus, da durch den Wahlkampf eine sachliche Behandlung des Themas nicht gewährleistet sei. 1991 sei es dann schon zu spät, da die Bauzeit 60 Monate betrage, und die Staustufe nicht mehr rechtzeitig vor der Weltausstellung 1995 fertig werden könne. (Schluß) chr/rr

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzer in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 14. November 1989

Blatt 2551

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wiener Stadtentwicklungs-Symposium (2552/2553/FS: 13.11.)
- Ausstellung über den Wienerberg (2554)
- Verdienstzeichen für Bezirkspolitiker (2556)
- Fleischskandal um Tiefkühlware NICHT im kommunalen Schlachthof St. Marx (2557)
- Zilk: Ganztägige Schulformen Anliegen zehntausender Familien! (2559/2560)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2554)

Kultur:

- Konzertante Uraufführung der Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz Schrödl (2555)

Sport:

- Serviceleistung für DDR-Fußballanhänger (2558)

Wiener Stadtentwicklungs-Symposium

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Fünf Jahre nach der Beschlußfassung des Wiener Stadtentwicklungsplanes findet heute, Montag, und Dienstag, ein international besetztes Stadtentwicklungssymposium im Wiener Rathaus statt. Im Rahmen dieses Symposiums nahmen Wiens Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA sowie Referenten des Symposiums in einer Pressekonferenz zu Grundsätzen der städtischen Entwicklung Stellung.

Elf Anmerkungen zur Entwicklung Wiens

Stadtrat Swoboda präsentierte auf dem Symposium seine grundsätzlichen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Bundeshauptstadt:

1. Wien verliert durch die Veränderungen im Zentrum Europas seine Randlage. Es erhält dadurch mehr Chancen nicht zuletzt durch die Teilnahme am zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung. Wien erwächst aber auch mehr Konkurrenz z.B. durch Budapest, aber auch durch ein zusammengrücktes Berlin.
2. Wien darf wieder auf ein Bevölkerungswachstum hoffen. Es muß für die Einwohner Wiens, aber auch für Einwohner aus der Region — auch außerhalb Österreichs — neue Arbeitsplätze schaffen.
3. Die Zunahme der regionalen Verflechtung bedeutet mehr Verkehr. Wollen wir unseren ökologischen Standard beibehalten, ja sogar erhöhen, muß der öffentliche Verkehr in Wien und der Region drastisch ausgebaut werden.
4. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems ist durch eine weitaus konsequentere Parkraumpolitik zu ergänzen. Dies muß beinhalten: Den Ausbau von 15.000 bis 20.000 Park & Ride-Stellplätzen in der Region bis 1995, die kontinuierliche Schaffung von Parkraum für die Wohnbevölkerung und eine stärkere Parkraumbewirtschaftung, die den „be-lohnt“, der das Auto möglichst wenig — insbesondere im täglichen Berufsverkehr — verwendet!
5. Wien ist an einem Zentralbahnhof interessiert, insoweit dadurch die regionale und innerstädtische Versorgung mit öffentlichem Verkehr verbessert wird!
6. Bei stabiler Bevölkerungsanzahl — noch mehr bei steigender Einwohneranzahl — muß neues Bauland geschaffen werden, will man die Strategie der sanften Stadterneuerung beibehalten. Dies kann durch die innere Stadterweiterung d. h. durch die Nutzung untergenutzter Flächen (z.B. Nordbahnhof) geschehen bzw. durch die Heranziehung von Flächen entlang bestehender bzw. neuer leistungsfähiger Linien des öffentlichen Verkehrs.
7. Großprojekte wie die EXPO bzw. die Nachnutzung des EXPO-Geländes müssen in die Stadtentwicklung eingebunden werden und dürfen nicht als Megaprojekte akzeptierte Stadtstrukturen zerstören!
8. Die Raumverträglichkeit von Projekten mit spezifischen Umwelt- und Verkehrswirkungen (wie z.B. größere Einkaufszentren, Hotels mit stärkerer Busfrequenz etc.) muß eingehend und transparent geprüft werden. Die Bauordnung ist demgemäß zu novellieren.
9. Stadtplanung ist nicht nur für die Menschen dieser Stadt zu betreiben, sondern weitgehend auch mit den Bürgern. Dies setzt frühzeitige Information und Diskussionsbereitschaft voraus. Dennoch können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Entscheidungen müssen aber im Bewußtsein der Konsequenzen auf lokaler und gesamtstädtischer Ebene getroffen werden.
10. Eine Planung, die dem öffentlichen Verkehr Priorität einräumt, damit verbunden Bauland für Wohnungen und Arbeitsplätze ausweist und die sanfte Stadterneuerung unterstützt, hilft auch der abzulehnenden Ghettoisierung von sozial Schwachen, Alten, Behinderten, Ausländern etc. entgegenzuwirken.

Bereits am 13. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

11. Wien ist modernen Entwicklungen, neuen Technologien, Investitionen aus dem Ausland gegenüber offen! Dennoch wollen wir nicht eine weitere „Einheitsstadt“ werden. Die kulturelle Vielfalt, die die Mitte Europas auszeichnet, soll durch die offenen Grenzen nicht verlorengehen. Ein großes Ausmaß an Gleichheit der Lebenschancen und kulturelle Vielfalt sind keine Gegensätze.

(Schluß) red/bs/rr

Forts. von Blatt 2552

Ausstellung über den Wienerberg

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Mit der Vergangenheit, vor allem aber mit der Zukunft des Wienerbergs beschäftigt sich eine Ausstellung, die morgen, Mittwoch, um 17 Uhr in der Planungswerkstatt (Friedrich-Schmidt-Platz 9) eröffnet wird. Bei der Ausstellungseröffnung werden die Stadträte Rudolf EDLINGER, Johann HATZL, Dr. Michael HÄUPL und Dr. Hannes SWOBODA sowie Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA anwesend sein. (Schluß) ger/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 14.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Hietzing: Mittwoch, 15. November, 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3;
 - Brigittenau: Mittwoch, 15. November, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;
 - Landstraße: Donnerstag, 16. November, 16 Uhr, BV 3, Karl-Borromäus-Platz 3;
 - Rudolfstheim-Fünfhaus: Donnerstag, 16. November, 16.30 Uhr, BV 15, Gasgasse 8-10;
 - Margareten: Dienstag, 28. November, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;
 - Josefstadt: Mittwoch, 29. November, 17 Uhr, BV 8, Schlesingerplatz 4.
- (Schluß) red/rr

Konzertante Uraufführung der Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz Schrödl

Wien, 14.11. (RK-KULTUR) Am 16. November um 19 Uhr, kommt im Brahmsaal des Wiener Musikvereins die Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz SCHRÖDL zur konzertanten Uraufführung. Das Libretto zu diesem Werk stammt von Heinz R. UNGER.

Es spielt das Ensemble Kontrapunkte unter Peter KEUSCHNIG; Christine WITTLESEY, Sopran, Fred SILLA, Tenor, Robert HOLZER, Baß und Paul WOLFRUM, Bariton, sind die Solisten der Aufführung, die auf Initiative des Kulturvereins Innere Stadt stattfindet.

Karten zum Preis von 80 bis 160 Schilling sind an der Musikvereinskasse erhältlich. (Schluß) gab/bs

Verdienstzeichen für Bezirkspolitiker

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal der Bezirksvorstehung Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, überreichte Montag abend Stadträtin Christine SCHIRMER Verdienstzeichen.

Folgende verdiente Funktionäre wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet: Bezirksrat a.D Karl DOMESLE, Bezirksrat a.D. Ing. Anton FEIGE, Bezirksrat Heinrich HORNIAC, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz KOLLAR, Bezirksrätin a.D. Stefanie KUBIK, Bezirksrat Fritz PLASSER und Bezirksrat Franz WALLISCH.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten: Bezirksrat Ludwig BACHINGER, Bezirksrat Raimund BESENBÖCK, Bezirksrätin Erna COUFALIK, Bezirksrat Walter DARMSTÄDTER, Bezirksrat a.D. Hofrat Josef GALL, Bezirksrat Johann GUTH, Bezirksrat a.D. Johann KADNAR, Bezirksrat Dipl.-Ing. Werner KAFFAREK, Bezirksrat a.D. Gemeinderat Karl KAMMERER, Bezirksrat Adolf KARGER, Bezirksrat a.D. Hans KELLER, Bezirksrätin a.D. Margarete KULMANN, Bezirksrat Dr. Gottfried MOLD, Bezirksrat Werner RATH, Bezirksrat Johann RÖMER und Bezirksrat Norbert WALTER. (Schluß) red/bs

Fleischskandal um Tiefkühlware NICHT im kommunalen Schlachthof St. Marx

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Der heute, Dienstag, in einer Wiener Tageszeitung erwähnte Fleischskandal in Zusammenhang mit Tiefkühlware, die nach Jugoslawien exportiert werden sollte, hat NICHTS mit dem städtischen Schlachthof St. Marx zu tun. Darauf wies die zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ ausdrücklich hin.

Bei den rund 80 Tonnen Fleisch, die bereits im Sommer an der jugoslawischen Grenze zurückgeschickt worden waren, handelt es sich um Fleisch, das aus Oberösterreich nach Wien gebracht wurde, also auch nicht im Schlachthof St. Marx geschlachtet wurde. Die Ware wurde vor der Einlagerung im Kühlhaus der Frigoscandia vom Amtstierarzt und von Vertretern der Vieh- und Fleischkommission geprüft (vom Amtstierarzt bezüglich hygienischer Bedingungen, Verderbenheit usw., von der Kommission, ob das Fleisch den Ausschreibungsbedingungen für den Export entsprach) und war damals vollständig in Ordnung. Es wurde daraufhin eingefroren. Beim Export an der jugoslawischen Grenze entdeckte man, daß die Ware teilweise nicht einwandfrei war. Wieso dies zustande kam, wird derzeit von der Wirtschaftspolizei untersucht.

Der Schlachthof St. Marx hat mit der Angelegenheit jedenfalls absolut nichts zu tun. Zwar befinden sich Kühlhäuser der Frigoscandia in der Nähe des Schlachthofes St. Marx, sind aber kein Teil dieses kommunalen Schlachtbetriebes. (Schluß) hrs/rr

Serviceleistung für DDR-Fußballanhänger

Wien, 14.11. (RK-SPORT) Für jene Fußballanhänger aus der DDR, die am Mittwoch nach Wien kommen und keine Karten mehr erhalten, ist vom ÖFB in Zusammenarbeit mit Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL für ein Ersatz-Service gesorgt: Im nahegelegenen Dusika-Stadion besteht bei kostenlosem Eintritt die Möglichkeit, das WM-Qualifikationsspiel Österreich - DDR über eine Videowand zu verfolgen. Die Stadt Wien hat dazu die Halle, die 6.000 Personen faßt, kostenlos zur Verfügung gestellt. (Schluß) hof/rr

Zilk: Gantztägige Schulformen Anliegen zehntausender Familien!

Kritik am Entwurf des Unterrichtsministeriums

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Die Frage gantztägiger Schulformen ist keine schulpolitische Streitfrage mehr, sondern ein wichtiges Anliegen zehntausender Familien, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in einer Pressekonferenz.

Die Forderung nach einer Nachmittagsbetreuung entspringt aus der Beschäftigungsstruktur der Familien, insbesondere dem hohen Prozentanteil berufstätiger Frauen.

In Wien gibt es Schätzungen, wonach bis zu 60 Prozent der Eltern mit schulpflichtigen Kindern nachmittagsbetreuende Schulformen wünschen.

Daher ist es positiv, daß mit dem vom Unterrichtsministerium ausgesandten Entwurf (Novelle zum 12. Schulorganisationsgesetz) diese Frage (die im Koalitionsabkommen der Großparteien ja enthalten ist) endlich doch angeschnitten wird.

Entwurf unbefriedigend – breite Ablehnungsfront

Allerdings ist der Entwurf des Unterrichtsministeriums in zentralen Punkten so unbefriedigend, daß sich Wien in die breite Ablehnungsfront von Lehrern, Eltern, privaten Schulerhaltern und anderer Bundesländer einreihen muß, sagte Zilk.

Im einzelnen ist festzustellen:

- der Gesetzesentwurf enthält keinerlei Kostenrechnung. In den erläuternden Bemerkungen heißt es lakonisch: „Das Ausmaß der Kosten hängt davon ab, an welchen Standorten von den Schulerhaltern gantztägige Schulformen eingerichtet werden!“

Und:

„Für den Bundesbereich wird sich ... kein Mehraufwand ergeben!“

- Die Kosten sollen einmal mehr auf Länder, Gemeinden, private Schulerhalter und Eltern abgewälzt werden.

Der Gesetzesentwurf dazu:

„Für die Länder und Gemeinden kann sich ein Mehraufwand ergeben, weil gantztägige Schulformen an Standorten eingerichtet werden, an denen die einrichtungsmäßigen Voraussetzungen nicht gegeben sind, sodaß ein Investitionsaufwand erforderlich wird.“

- Die Eltern sollen einen Zuschußbetrag von 900 Schilling im Monat vorgeschrieben bekommen (dazu werden noch ca. 800 Schilling Verpflegungskosten kommen).

Im Gesetzesentwurf dazu:

„Durch diese Elternbeteiligung ist es möglich, gantztägige Schulformen ... ohne budgetäre Mehrbelastung (d.h. für den Bund) anzubieten.“

Die Frage ist, ob damit nicht das Prinzip der Schulgeldfreiheit aufgehoben wird!

- Länder, Gemeinden und private Schulerhalter sollen finanzschwachen Eltern helfen!

Im Gesetzesentwurf:

„Wo aus Gründen der (mangelnden) finanziellen Leistungsfähigkeit von Eltern keine Beträge eingehoben werden können, wird ein Mehraufwand der Länder und Gemeinden nötig sein.“

Die soziale Staffelung des Elternbeitrags oder dessen völlige Erlassung soll damit ausschließlich Sache der Länder, Gemeinden und privaten Schulerhalter sein.

- Der Großteil der Personalkosten wird von den Schulerhaltern zu bezahlen sein.

Das bedeutet, daß z.B. im Bereich der Volksschulen 70 Prozent der Personalkosten von Ländern, Gemeinden oder privaten Schulerhaltern zu bezahlen sind.

- Der Entwurf des Unterrichtsministeriums nimmt keinerlei Rücksicht auf die in Wien bereits bestehenden Ganztagschulen (an 14 allgemeinbildenden Pflichtschulen).

Diese Standorte wurden (nach eigenen Architektenwettbewerben) unter großen finanziellen Beiträgen der Stadt Wien geschaffen.

Die in ihnen gewonnenen Erfahrungen fließen überhaupt nicht in den Gesetzesentwurf des Unterrichtsministeriums ein.

Wenn das Unterrichtsministerium an diesem Gesetzesentwurf festhält, dann kämen Eltern, die das Pech haben, in einer finanzschwachen Gemeinde zu wohnen, vermutlich nie in die Lage, für ihr Kind eine ganztägige Betreuung wählen zu können.

Diese Feststellung gilt sicher auch für den nicht unbedeutenden Bereich der Privatschulen, wo die Schulerhalter (z.B. die Katholische Kirche) ebenfalls vor schwerwiegende Probleme gestellt werden.

Das Land Wien hat keine andere Wahl, als sich der breiten Ablehnung dieses Gesetzesentwurfes (er reicht von Lehrer- und Elternverbänden über private Schulerhalter bis zu anderen Bundesländern) einzureihen, schloß der Bürgermeister. (Forts. mgl.) red/rr

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 15. November 1989

Blatt 2561

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl weist ÖAMTC-Kritik am Wiener Smogalarmplan zurück (2562/FS: 14.11.)
- Ehrung für Prof. Feigl (2563/FS: 14.11.)
- Tiefengleiche für U 3 unter der Herrengasse (2564/FS: 14.11.)
- „Straße der Kaiser und Könige“ verbindet Frankfurt am Main und Wien (2566)
- 14 neue Geschäfte im Donauzentrum (2567)
- Neue Station im Pflegeheim Liesing (2568)
- Swoboda: Erfreuliche Entwicklung beim nördlichen Nachbarn muß zu raschen Maßnahmen in der Ostregion führen (2569)
- Wien bereitet sich auf verstärkten Tourismus aus dem Osten vor (2571)
- Dynamische Stadtentwicklung: Konflikte unvermeidbar (2572/2573)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (2574)
- Hatzl: Begrüße „Neue Wiener Schnellbahn“ (2576)
- Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Hatzl über U-Bahn-Bau (nur FS)

Kultur:

- Ausstellung über Pfann'sches Bad in Meidling (2565)
- Erfolgreiche Wiener Musiker (2570)

Wirtschaft:

- CMS bietet jetzt auch Alternativmenü (2575)

Häupl weist ÖAMTC-Kritik am Wiener Smogalarmplan zurück

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL wandte sich im heutigen Pressegespräch des Bürgermeisters entschieden gegen die Kritik des ÖAMTC am Wiener Smogalarmplan. Der Entwurf der Verordnung des Landeshauptmannes über den Smogalarmplan für Wien wurde Frau Bundesminister FLEMMING zur Kenntnisnahme übermittelt. „Laut ÖAMTC sollten möglichst viele Ausnahmen in den Smogalarmplan aufgenommen werden, was schließlich nur zu einer Unwirksamkeit desselben führen würde“, erläuterte Häupl. Er könne beispielsweise als umweltfreundliche Dieselfahrzeuge nur solche mit Rußfilter anerkennen. Grundsätzlich sei der Wiener Smogalarmplan ähnlich gestaltet wie die Grazer und Linzer Smogalarmpläne. Daher könne man bei einer einseitigen Kritik am Wiener Smogalarmplan nur von einer Denunzierung der Maßnahmen sprechen. Außerdem besteht in Wien keine Aktualität für Smogalarm.

Bürgermeister Dr. Zilk sprach in diesem Zusammenhang davon, daß umfassende, wirksame Smogalarmmaßnahmen notwendig seien. Weitreichende Überprüfungen von zahlreichen Ausnahmen könnten in einer Alarmsituation nicht durchgeführt werden. Abschließend sprach sich Zilk weiterhin für eine gute Zusammenarbeit mit den Autofahrerclubs aus. (Schluß) du/rr

Bereits am 14. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrung für Prof. Feigl

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Prof. Erich FEIGL wurde heute, Dienstag, mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien geehrt. Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte ihm diese Auszeichnung in seinem Arbeitszimmer.

Prof. Erich Feigl, 1931 in Wien geboren, widmete sich zunächst der Lehrtätigkeit. Schon damals organisierte er, vorerst als reines Hobby, Lichtbildvorträge in Bildungswerken und Volkshochschulen. Später wurden seine filmischen Dokumentationen durch Zeitungsartikel und Bücher ergänzt.

Ein großes Anliegen von Prof. Feigl ist die Neuerweckung des Andenkens an zu unrecht vergessene große österreichische Persönlichkeiten. Ein bevorzugtes Thema seiner Arbeiten war immer die Versöhnung der Österreicher mit ihrer eigenen Geschichte. Zuletzt war er auch mit der Organisation der Beisetzungsfestlichkeiten für Kaiserin Zita befaßt.

An der Ehrung nahmen zahlreiche Prominente aus Kunst und Politik, unter ihnen auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß) red/bs

Bereits am 14. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!



Foto: PID/Hutterer

Tiefengleiche für U3 unter der Herrengasse

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Die Bauarbeiten im 9. Bauabschnitt der Linie U3 „Herrengasse“ sind bereits so weit fortgeschritten, daß morgen, Mittwoch, um 11.30 Uhr die Feier der „Tiefengleiche“ stattfinden kann. Mit dem Schließen des Schachtes Minoritenplatz, der genau vier Jahre lang bestand, kann der Rohbau abgeschlossen werden. Es ist dies die letzte Tiefengleiche im Bereich der ersten Ausbaustufe der U3 zwischen Erdberg und Volkstheater, die mit 31. März 1991 in Betrieb gehen wird. In diesem Abschnitt sind damit die Rohbauarbeiten komplett beendet, in vielen Bereichen liegen schon die Schienen.

Der Bauabschnitt „Herrengasse“ ist knapp 900 Meter lang und umfaßt zwei eingleisige Streckentunnel zwischen Ringstraße und dem Stationsbauwerk „Stephansplatz“ sowie die Station „Herrengasse“. In offener Bauweise wurden der Schacht mit dem Sperrengeschoß am Minoritenplatz und in der Fahnlergasse sowie großteils die Lüftungsbauwerke Volksgarten und Neubadgasse — rund 18.500 Kubikmeter umbauter Raum — hergestellt, die knapp zwei Kilometer Tunnelröhren wurden unter Verwendung von Druckluft in geschlossener Bauweise vorgetrieben. Insgesamt wurden beim Rohbau 95.000 Kubikmeter Bodenvolumen ausgehoben, 37.550 Kubikmeter Beton und 3.590 Tonnen Stahl verbraucht. (Schluß) roh/szm

Bereits am 14. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung über Pfann'sches Bad in Meidling

Wien, 15.11. (RK-KULTUR) In der Zweigstelle Niederhofstraße 15 der Raiffeisenbank in Meidling ist vom 16. November bis 2. Dezember die Ausstellung „Vom Pfann'schen Bad zum Hermann-Leopoldi-Park“ zu sehen. Pläne, Fotos, Zeichnungen und andere Exponate dokumentieren die Geschichte des Bades von der Entdeckung der Quelle bis zum Abbruch (1819 bis 1977) und die Entstehung des nach dem berühmten Meidlinger Volksänger benannten Parks. Die Ausstellung, die am Donnerstag, dem 16. November, um 18.30 Uhr eröffnet wird, ist täglich während der Kassenstunden zu besichtigen. (Schluß) gab/gg

„Straße der Kaiser und Könige“ verbindet Frankfurt am Main und Wien

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) In Wien und Frankfurt am Main wurde diese Woche die „Straße der Kaiser und Könige“ als neue touristische Erlebnisroute „Von Rhein und Main zur Donau“ präsentiert. 14 Tourismusorganisationen aus Bayern und Österreich haben sich zusammengeschlossen, um den Reiseweg von der ehemaligen Krönungsstadt Frankfurt über Aschaffenburg, Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Passau und Linz in die „Kaiserstadt“ Wien gemeinsam zu bewerben.

„Für Lebensgenießer, Kulturreisende, Auto- und Radwanderer und Kurzurlauber“ haben die Initiatoren, Bernd MEYER (Regensburg) und Wolfgang J. KRAUS (Wien), eine 28seitige Broschüre ausgearbeitet, die die historischen Städte, die Weinbauregionen, Burgen, Schlösser und Stifte und die vielen „kleineren“ Sehenswürdigkeiten auf den 756 Kilometern der Route dokumentiert. Selbstverständlich wird der Reiseweg — als grenzüberschreitendes Projekt für das „Europäische Jahr des Tourismus 1990“ — nicht nur den Deutschen in Richtung Österreich, sondern auch den Österreichern für Erlebnisfahrten nach Deutschland empfohlen.

Die Broschüre „Straße der Kaiser und Könige“ ist beim Wiener Fremdenverkehrsverband, 1095 Wien, Tel. 43 50 74-60, Fax 43 32 02, und beim Fremdenverkehrsamt in D-8400 Regensburg, Tel. (0941) 507-2141, Fax 52 198, erhältlich. (Schluß) wfv/bs

14 neue Geschäfte im Donauzentrum

Zwei neue Parkdecks errichtet - 175 Millionen Schilling Investition

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Im Stammhaus des Donauzentrums wurden Mittwoch das neu gestaltete Obergeschoß und zwei neue Parkdecks in Betrieb genommen. Die Eröffnung dieser Erweiterung nahm Wiens Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Hans MAYR vor.

In knapp mehr als acht Monaten Bauzeit entstanden auf einer Gesamtfläche von 5.500 Quadratmetern 14 neue Fach- und Dienstleistungsgeschäfte. Außerdem wurden zwei neue Parkdecks mit 550 Stellplätzen errichtet. Die Gesamtkosten für den Umbau des Obergeschosses und den Neubau der Parkdecks betragen 175 Millionen Schilling.

Im Donauzentrum stehen nun insgesamt 120 Fach- und Dienstleistungsgeschäfte mit einer Gesamtverkaufsfläche von 47.500 Quadratmetern zur Verfügung. Zudem gibt es in diesem größten Wiener Einkaufszentrum insgesamt 2.700 Gratis-Parkplätze. (Schluß) wh/gg

Neue Station im Pflegeheim Liesing

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Im städtischen Pflegeheim Liesing wurde nach entsprechenden Umbau- bzw. Adaptierungsarbeiten vor kurzem eine neue Krankenstation für insgesamt 40 Patienten in Betrieb genommen. Neben modernen Patientenzimmern verfügt die mit einem Gesamtkostenaufwand von 2,6 Millionen Schilling neu eingerichtete Station unter anderem auch über ein behindertengerechtes Bad, Behinderten-WC sowie einen Tagraum mit einem TV-Gerät.

Mittwoch stattete Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit Bezirksvorsteher Hans WIMMER der neuen Krankenabteilung einen Besuch ab.

Das Pflegeheim Liesing bietet gegenwärtig Platz für 502 Patienten — 404 Frauen und 98 Männer —, wobei das durchschnittliche Alter der Patienten zur Zeit 81 Jahre beträgt. Das Pflegeheim verfügt u.a. auch über Einrichtungen der Beschäftigungstherapie und der physikalischen Therapie, ein Labor und verschiedene Ambulanzen. Ferner gibt es auch eine heilgymnastische Einrichtung, der gerade zur Rehabilitation der Pflegeheimpatienten große Bedeutung zukommt. Bemerkenswert sind im Pflegeheim Liesing auch die vielen und regelmäßig durchgeführten kulturellen Veranstaltungen.

Vorrang für Kurzzeitpflege

Wien verfügt derzeit über insgesamt 9.000 Pflegebetten — davon 6.800 in den städtischen Pflegeheimen. Das durchschnittliche Alter der Patienten in den Pflegeheimen beträgt 81 Jahre, ca. 15 Prozent der Pfleglinge sind über 90 Jahre alt. Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher ist man in den städtischen Pflegeheimen gerade in den letzten Jahren bemüht, die Kurzzeitpflege besonders zu forcieren. Damit soll zumindest einem Teil der Pflegeheimpatienten die Möglichkeit geboten werden, nach entsprechender Rehabilitation wieder entlassen zu werden. In diesem Zusammenhang kommt gerade den Sozialen Diensten zur Betreuung von älteren Menschen große Bedeutung zu, betonte Stacher. (Schluß) zi/rr

Swoboda: Erfreuliche Entwicklung beim nördlichen Nachbarn muß zu raschen Maßnahmen in der Ostregion führen

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) „Die erfreuliche Entwicklung bei unserem nördlichen Nachbarn CSSR und die in diesem Zusammenhang zu erwartende Reisetätigkeit vor allem aus dem Raum Preßburg und Brünn in die Wiener Region erfordert rascheste — vor allem verkehrliche — Maßnahmen seitens des Bundes im Wiener Raum“, sagte heute Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA anlässlich der Ankündigung, daß CSSR-Bürger ab Jänner kommenden Jahres keine Visa mehr für Reisen in nichtsozialistische Staaten benötigen werden.

Der Planungsstadtrat wiederholte in diesem Zusammenhang die bereits mehrfach erhobene Forderung nach dem Ausbau der Bahnlinien im Wiener Raum und nannte insbesondere den Marchegger Ast der Ostbahn mit Anbindungsmöglichkeit nach Preßburg sowie den Ausbau der Flughafen-S-Bahn mit Anschlußmöglichkeit nach Preßburg sowie deren Einbindung in die Wiener Stammstrecke der S-Bahn.

Für einen möglicherweise noch vor Weihnachten zu erwartenden Ansturm von Einkaufstouristen aus den grenznahen CSSR-Städten schlug der Planungsstadtrat die Einrichtung von Busverbindungen vor.

„Wir müssen versuchen, den Autoverkehr soweit wie möglich außerhalb der Stadtgrenzen, möglichst aber schon auf CSSR-Boden abzufangen“, sagte Swoboda, der gleichzeitig den Ausbau der Ostautobahn und deren Anbindung an das bestehende Autobahnnetz forderte.

„Die Ostautobahn wird sicherlich auch den Verkehrs aus Preßburg und von der dort endenden Autobahn auf slowakischem Gebiet aufnehmen müssen“, sagte der Stadtrat und betonte, daß eine Schließung eines Autobahnringes um Wien nicht in Frage kommt, da die weitläufigen Natur- und Naherholungsgebiete insbesondere die Lobau nicht angetastet werden dürften.

„Ich appelliere an die Bundesregierung und insbesondere an die Österreichischen Bundesbahnen einerseits der raschen Entwicklung bei unseren nördlichen und östlichen Nachbarn Rechnung zu tragen und andererseits die bisher vielleicht noch verständliche Benachteiligung der Ostregion, was den Nahverkehr anbelangt, zu beseitigen. Jetzt zählt jeder Tag“, sagte Dr. Swoboda abschließend. (Schluß) lf/gg

Erfolgreiche Wiener Musiker

Wien, 15.11. (RK-KULTUR) Erfolgreich schlugen sich Wiener Musiker beim 11. Österreichischen Instrumental- und Gesangswettbewerb der Jugend, der in Leoben abgehalten wurde. Von einer internationalen Jury wurden im Oktober 9 von 79 ersten Preisen an Wiener Vertreter vergeben, bei Ensembleleistungen blieben 3 von 15 ersten Plätzen in der Bundeshauptstadt. Die erfolgreichen Wiener Preisträger wurden heute, Mittwoch, von der Stadt Wien geehrt.

Doch der Empfang war nicht die einzige Ehrung für die Wiener Preisträger: Sie waren von der Vorarlberger Landesregierung und vom veranstaltenden KIWANIS-Club eingeladen worden, am 9. November am Preisträgerkonzert der Vorarlberger Wettbewerbsteilnehmer in Feldkirch teilzunehmen. Von den Wiener Siegern studiert die Cellistin Lilia BAYROV — sie wurde auch mit dem Wiener Philharmoniker-Preis ausgezeichnet — am Konservatorium der Stadt Wien. Das Klaviertrio HÖCHTL-HOLAK-LEEB ist in der Musikschule in Rudolfsheim-Fünfhaus, Schwendergasse, auf den Wettbewerb in Leoben vorbereitet worden. Es wurde zwar im Text „nur“ einmal als Preisträger bezeichnet, tatsächlich wurde aber jedem der drei Ensemblemitglieder ein erster Preis zuerkannt.

Gerne erinnern sich die erfolgreichen Wiener Musiker an die Tage in Vorarlberg zurück. Sie waren mit Begeisterung und nahezu unnachahmlicher Gastfreundschaft aufgenommen und betreut worden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist der Wunsch der Wiener Musiker verständlich, daß die Zusammenarbeit mit dem „Ländle“ weiter ausgebaut wird. (Schluß) ull/gg

Wien bereitet sich auf verstärkten Tourismus aus dem Osten vor

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Schnell reagiert hat der Wiener Fremdenverkehrsverband auf die angekündigten Ausreiseerleichterungen aus der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Wie der Präsident des WFVV, Vizebürgermeister Mayr, der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilt, wird auf Grund des zu erwartenden Gästestroms Informationsmaterial in tschechischer Sprache vorbereitet. In Wien erinnert man sich noch lebhaft an das sprunghafte Ansteigen der Nächtigungen von Gästen aus der CSSR im „Prager Frühling“ (ein Zuwachs von nahezu 100 Prozent im Jahr 1968). Fremdenverkehrsdirektor Krebs wurde weiters von Mayr beauftragt, den zuständigen Gremien des Verbandes Vorschläge zur Einrichtung von Tourist-Informationsstellen Nord und Ost vorzulegen, denen auch durch die in der DDR gewährte Reisefreiheit erhöhte Bedeutung zukommen wird.

Schließlich wird der Österreichische Handelsdelegierte in Prag als ehrenamtlicher Vertreter der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung wesentlich stärker als bisher in die Arbeit des WFVV eingebunden werden, wobei die Bestellung einer sogenannten „Tourismusfachkraft“ zu seiner Unterstützung im Rahmen des ÖFWV überlegt werden muß. (Schluß) wfv/rr

Dynamische Stadtentwicklung: Konflikte unvermeidbar

Zuwanderer werden Arbeit und Wohnung brauchen

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Wien wird wachsen. Darüber waren sich die Teilnehmer des Wiener Stadtentwicklungs-Symposiums 1989 einig. Die erwartete Zuwanderung wird — zusätzlich zu den steigenden Ansprüchen der bisherigen Einwohner an Umwelt und Lebensqualität — neue Herausforderungen bringen. Es wird mehr Platz für Handel, Wohnen und Grün sowie für Betriebe, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, benötigt werden. Das wird zweifellos zu vermehrten Konflikten führen, wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gestern, Montag, bei der Plenumsdiskussion feststellte. Swoboda bekannte sich aber dazu, Konflikte nicht zu vermeiden, da sonst Probleme ungelöst blieben.

Beim Symposium war von voraussichtlichen Zuwanderungsgewinnen von 10.000 bis 12.000 Menschen pro Jahr die Rede.

Wohnen als zentrales Problem

Auf den Wiener Wohnungsmarkt werden große Herausforderungen zukommen. So rechnet man mit einem Ansteigen der 1- bis 2-Personen-Haushalte, mit einer Aufwertung innerstädtischer Wohngebiete, mit neu zu schaffenden Möglichkeiten des Wohnens im Grünen — u.a. auch durch eine Verbesserung der Wohnumgebung erzielbar —, aber auch mit einem stark steigenden Bedarf an billigen Wohnungen. Die durch die Stadterneuerung geschaffene Wohnqualität kann auch zur Folge haben, daß einkommensschwache Gruppen sanierte Häuser aus Kostengründen nicht besiedeln können. Wo diese Menschen, wie auch die Zuwanderer, die ohne wirtschaftliche Basis nach Wien kommen, wohnen werden, ist zweifellos eines der großen Probleme der künftigen Stadtentwicklung.

Öffentlicher Verkehr muß engmaschig weiter ausgebaut werden

Einigkeit herrschte darüber, daß der ständig zunehmende Autoverkehr die Hauptgefahr für die Stadtqualität darstelle. Durch ausreichende Angebote des öffentlichen Verkehrs müsse er verringert werden.

Wichtig sei dabei, daß ein möglichst engmaschiges Netz öffentlicher Verkehrsmittel an der Oberfläche — zusätzlich zur U-Bahn — vorhanden sei. Auf die technische Realisierung eines wirtschaftlich erschwinglichen kleinen, sauberen, leisen und langsamen Stadtautos könne man keinesfalls warten, da Maßnahmen jetzt zu setzen seien.

Die Forderungen nach Einführung einer „Laterndlsteuer“ sowie nach Reduktion von Parkmöglichkeiten in gewissen Bereichen blieben unwidersprochen. Ebenfalls sprachen sich die Symposiumsteilnehmer für Tempo 30 in allen Wohngebieten aus.

Arbeitsplätze - Grün - Handel

Weitere zentrale Themen, die beim Wiener Stadtentwicklungs-Symposium erörtert wurden, waren: der Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen, wobei hier nicht exakt definiert werden konnte, in welchen Bereichen die neuen Arbeitsplätze liegen werden; weiters wurde eindeutig festgestellt, daß Grünflächen keine „Restflächen“ oder Bauhoffnungsflächen, sondern wichtige Bestandteile der Stadt darstellen. Um den Verkehr zu verringern, sei eine bessere Zuordnung von Arbeitsplätzen zu Wohngebieten wünschenswert, teils durch Stärkung und umweltfreundliche Gestaltung der Klein- und Mittelbetriebe in Wohngebieten, teils durch Förderung der Ansiedelung von Betrieben im Nordosten Wiens statt im Süden. Der Wiener Handel werde durch professionelles Management und entsprechende Investitionen Qualität und Ambiente verbessern müssen. Dies und auch flexiblere Ladenöffnungszeiten würden dazu beitragen, daß die Stadt als

Erlebnisraum attraktiver werde. In Wien sei — wie festgestellt wurde — noch viel Platz für innerstädtische Handelsaktivitäten.

Mayr: Wohnung, Arbeitsplatz, Erholung und Kultur näherrücken

Für eine drastische Verkürzung der Verkehrswege durch ein Zusammenrücken von Wohnen, Arbeitsplatz, Erholungsmöglichkeiten und Kulturstätten sprach sich Vizebürgermeister Hans MAYR aus. Allerdings müsse man sich in Fragen der Stadtplanung immer vor Augen halten, daß das schönste Modell nichts nütze, wenn die Akzeptanz nicht gegeben sei.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ meinte, daß die Wiener Realität in vielen Fällen unbefriedigend sei, so etwa bei der unzureichenden U-Bahn-Anbindung an die großen Bahnhöfe und bei der umweltmäßig unerträglich gewordenen Belastung gewisser Gebiete durch den Individualverkehr. Er urgierte Garagen und Park-and-ride-Anlagen. Allerdings hoffe er sehr auf die EXPO, da große, singuläre Dinge in Wien immer etwas bewirkt hätten.

Auch GR Dr. Wolfgang PETRIK forderte die Realisierung des Park-and-ride-Konzeptes und regte „Verkehrsversuche“ an.

Univ.-Doz. Dr. Bernd LÖTSCH forderte eine konsequente Wohnumfeldverbesserung sowie billige Startwohnungen. Die Stadtteilsanierer bezeichnete er als eine „Elitetruppe der Menschlichkeit“, die man mehr fördern solle. Gezielte Umweltförderung müsse auch das Gewerbe einbeziehen.

Allgemein wurde festgestellt, daß nicht alles planbar sei und ein Zuviel an Gestaltung Freiräume zerstöre. Partielle Unkontrollierbarkeit müsse in Kauf genommen werden. Die Stadt brauche dörfliche bzw. kleinstädtische überschaubare Bereiche ebenso wie unreglementierte Freiräume, die Anonymität zulassen.

Einig war man sich darüber, daß die Entwicklung Wiens — das ein kongeniales Zentrum für Osteuropa darstelle — durch die derzeitige Entwicklung in Osteuropa stark beeinflußt werden wird. (Schluß) emw/bs/gg

Forts. von Blatt 2572

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) In seinem Arbeitszimmer überreichte Mittwoch vormittag Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK an den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Dr. Ludwig ADAMOVICH, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen wurden die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes Dr. Peter FESSLER, Dr. Peter JANN, Dr. Karl KORINEK, Dr. Karl PISKA und Dr. Dietrich ROESSLER sowie mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Dr. Christine KELLER, Präsidentsvorstand des Verfassungsgerichtshofes, ausgezeichnet.

In einer kurzen Ansprache sagte Zilk, wir wissen aus der Geschichte Wiens eine unabhängige Rechtssprechung zu schätzen. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung heraus wünschen und hoffen wir, daß die Gerichtsbarkeit nie mehr Spielball der Politik wird. An der Ehrung nahmen auch die Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR und Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Rudolf EDLINGER, Ing. Günther ENGELMAYER und Komm.Rat Walter NETTIG sowie Landesamtsdirektor Dr. Josef BANDION und Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL teil. (Schluß) red/rr

CMS bietet jetzt auch Alternativmenü

Wien, 15.11. (RK-WIRTSCHAFT) Die CMS — Club Menü Service — eine Tochtergesellschaft der WIGAST-GUSTANA, gehört mit einem Jahresumsatz von 120 Millionen Schilling zu den führenden Unternehmen Österreichs in Sachen Betriebsverpflegung und Außer-Haus Menü Service.

Jetzt bietet sie auch ein Alternativmenü, ein Schonkost- und Diabetikermenü und ein Islamisches Menü an. Dies gab Geschäftsführer Hans Jürgen CARHOUN am Mittwoch in einer Pressekonferenz bekannt.

Von den 16.000 täglich ausgelieferten Menüs sind etwa schon 10 Prozent Alternativ-Menüs. Die Tendenz zum „gesunden“ Menü ist steigend, ein Problem ist die mangelnde Information über das neue Angebot. Das Alternativ-Menü ist nicht teurer als das Normalmenü (49 Schilling). (Schluß)
rs/gg

Hatzl: Begrüße „Neue Wiener Schnellbahn“

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Ausdrücklich begrüßt hat Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL das von der Wiener Arbeiterkammer vorgeschlagene Maßnahmenpaket „Neue Wiener Schnellbahn“. „Die Schnellbahn ist neben der U-Bahn das zweite kreuzungsfreie, vom Individualverkehr unbehinderte und damit hochleistungsfähige öffentliche Nahverkehrsmittel. Ein Ausbau des Schnellbahnnetzes könnte schon aus technischen und finanziellen Gründen wesentlich schneller erfolgen als es bei der U-Bahn geschieht. Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir die Verkehrslawine, die hinsichtlich EXPO, aber auch die Öffnung der tschechischen Grenzen auf uns zukommt, ohne einem effizienten Ausbau des Schnellbahnnetzes bewältigen werden können“, sagte Hatzl gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Stadtrat Hatzl erinnerte daran, daß er bereits bei der Inbetriebnahme der S 45 deren Verlängerung gefordert habe. „Der nun von der AK vorgeschlagene Ausbau zu einem 'Schnellbahnring' in Wien ist zweifellos ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Nicht vergessen darf man aber die von mir angeregte Direktanbindung niederösterreichischer Gemeinden an die S 45, die ja in Zukunft mit der U 3 einen direkten Anschluß an das Zentrum bekommen wird. Ich denke dabei vor allem an die Richtung Tulln/Krems. Dadurch könnte der Anreiz zum Umsteigen für Einpendler aus dem Nordwesten doch wesentlich erhöht werden.“

Nachdrücklich bekannte sich Stadtrat Hatzl in diesem Zusammenhang aber auch zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung bei den oberflächengebundenen öffentlichen Nahverkehrsmitteln. „Straßenbahn und Autobus dürfen, trotz U-Bahn und Schnellbahn, nicht zu Stiefkindern des öffentlichen Verkehrs werden. Wir werden auch in Zukunft alles daransetzen, durch Bevorrangungsmaßnahmen gegenüber dem Individualverkehr, Intervallverdichtungen und neuen Anschlüssen Tram und Bus attraktiver zu machen. Für das kommende Jahr liegt bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket im Rahmen des Bevorrangungsprogrammes vor, das demnächst im Detail der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann“, sagte Hatzl abschließend. (Schluß) roh/gg

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsort: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/8971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 16. November 1989

Blatt 2577

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Neue Zugverbindung Wien — Warschau ab Juni 1990: Zilk unterstützt
Ministerpräsident Mazowiecki (2589)

Kommunal/Lokal:

- Offener Brief von Umweltstadtrat Dr. Michael Häupl an den Generalsekretär des ÖAMTC,
Dkfm. Ing. Heinz Döring (2578/FS: 15.11.)
- Goldenes Verdienstzeichen an Erwin Fischer (2579/FS: 15.11.)
- Getränkesteuer: Schock für die Gemeinden (2580/FS: 15.11.)
- Schirmer weist Klagen wegen strenger Lebensmittelkontrollen zurück (2581/FS: 15.11.)
- Der neue Ballkalender ist da! (2582)
- Heinz-Conrads-Park in Penzing (2583)
- Abschlußveranstaltung von „Wer weiß, gewinnt“ (2584)
- Wie ein neuer Stadtteil entsteht: Ausstellung Wienerberg eröffnet (2585-2587)
- Nächste Woche großes Lesofantenfest (2588)
- 5000 Liter Öl drohen auszutreten (nur FS/15.11.)
- Montag Pressekonferenz über Sanierung der Allee in der Hernalser Hauptstraße (nur FS)

Kultur:

„Rauchfangaufsätze — Zierde und Zweck“ im Rauchfangkehrermuseum (2583)

**Offener Brief von Umweltstadtrat Dr. Michael Häupl an
den Generalsekretär des ÖAMTC, Dkfm. Ing. Heinz Döring**

Bereits am 15. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL)

„Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Verwunderung und Erstaunen hat sich bei mir schon im Zusammenhang mit Ihrer gestrigen Kritik am Entwurf für eine Verordnung des Wiener Landeshauptmannes zum Bundessmogalarmgesetz breit gemacht. Ich freue mich, daß wir wenigstens diese beiden emotionellen Elemente heute teilen. Denn: Gerade weil es Tatsache ist, daß Diesel-PKW in den Schadstoffbereichen krebserregende, cyclische Kohlenwasserstoffe, Stickoxide und Partikelemission über den vergleichbaren Werten von Benzin-PKW mit 'Dreiwegkatalysator' liegen, habe ich Ihre gestrige Kritik nach Rücksprache mit qualifizierten Technikern auch entsprechend zurückgewiesen. Sie bestätigen dies indirekt auch in Ihrem Brief, denn, wenn ein moderner Diesel-PKW soviel umweltfreundlicher als ein Benziner mit geregelterm 'Kat' wäre, wie Sie briefeingangs behaupten, so wäre ein von Ihnen am 22. November 1989 zu präsentierendes Forderungsprogramm zur Schadstoffreduzierung dieselbetriebener Kraftfahrzeuge relativ überflüssig.

Grundsätzlich glaube ich allerdings, daß dies kein wirklicher Anlaß zu einem Streit sein kann, denn dies wäre wirklich zu kindisch. Wir haben die entsprechenden Smogalarmverordnungen (Kompetenz des jeweiligen Bundeslandes) durchaus abgestimmt und wo ohnehin minimale Unterschiede bestehen, so sind diese durch die regionale Situation und die geographische Lage bestimmt. Ich meine ganz schlicht: Wenn schon die schlimme Situation eines Smogalarms eintreten sollte, so haben die Menschen der betroffenen Region primär das Recht auf eine möglichst rasch umzusetzende, einfache, übersichtliche und effiziente Lösung. Darum und um nichts anderes bemühe ich mich. Zur Zusammenarbeit ohne Vorbehalt in Umsetzung dieses Bemühens bin ich so wie in der Vergangenheit gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Michael Häupl
Amtsführender Stadtrat für
Umwelt, Freizeit und Sport"

(Schluß) red/gg

Goldenes Verdienstzeichen an Erwin Fischer

Wien, 15.11. (RK-LOKAL) Der Ressortleiter im ORF, Erwin FISCHER, erhielt am Mittwoch nachmittag von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht. Erwin Fischer, der in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag feierte, kam 1966 als freier Mitarbeiter für den ORF nach Wien und war zunächst für das Schulfernsehen tätig. Seine „große Stunde“ schlug in der US-Wahlnacht 1968, wo er für seine informativen Kommentare hervorragende Kritiken erhielt. Nachdem er in verschiedenen Ressorts eingesetzt wurde, ist er derzeit Ressortleiter innerhalb der Hauptabteilung Unterhaltung/Fernsehen und damit auch Stellvertreter des Hauptabteilungsleiters. Landeshauptmann Zilk würdigte ihn als einen Mann, der bei allen seinen Reportagen stets informativ und korrekt über Wien berichtet hat. An der Ehrung nahmen auch Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, und der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Kultur, Dkfm. Dr. Adolf AIGNER teil. (Schluß) ull/szm

Bereits am 15. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet



Foto: PID/Hutterer

Getränkesteuer: Schock für die Gemeinden

Reform wurde verhindert

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Böse Überraschung für Österreichs Gemeinden: In der gestern, Dienstag, vom Ministerrat dem Parlament zugeleiteten FAG-Novelle war keine Rede mehr von einer Getränkesteuerneuregelung. Und dies, obwohl sich die Finanzausgleichspartner, Bund, Länder und Gemeinden, im Sommer dieses Jahres geeinigt hatten, die Getränkesteuer von einer Gemeindeverbrauchssteuer in eine Verkehrssteuer umzuwandeln und so der derzeitigen Aushöhlung dieser bedeutenden Gemeindeabgabe (über vier Milliarden Schilling jährlich) entgegenzuwirken. Am Widerstand des Landes Niederösterreich, das eine Besteuerung des Ab-Hof-Verkaufs seiner Weinbauern ablehnt, scheiterte die an sich einvernehmlich getroffene Lösung, die den Gemeinden Mehrerträge gebracht und Wettbewerbsverzerrungen von Supermärkten am Stadtrand und nahversorgenden Betrieben beseitigt hätte. Während nämlich die Getränkeumsätze nahversorgender Betriebe voll der Besteuerung unterliegen, können Supermärkte am Stadtrand geltend machen, daß ein Teil der verkauften Getränke außerhalb des Gemeindebereiches konsumiert wird und in diesem Umfang die Steuerpflicht entfällt.

Der Städtebund tritt seit Jahren dafür ein, diesen vom Gesetzgeber seinerzeit nicht beabsichtigten Effekt, der durch das Vordringen der Supermärkte immer unerträglicher wird, zu beseitigen. Die Gemeinden brauchen ihre Mittel dringend, um die Versorgungsaufgaben, die sie gegenüber ihren Bürgern haben, weiterhin voll wahrnehmen zu können. Der Städtebund appelliert daher dringend an die Finanzausgleichspartner, insbesondere die Länder, an einer einvernehmlichen Lösung mitzuwirken, die nicht wie derzeit zu Lasten aller österreichischen Gemeinden und ihrer Bürger geht. (Schluß) roh/szm

Bereits am 15. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Schirmer weist Klagen wegen strenger Lebensmittelkontrollen zurück

Bereits am 15. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 15.11. (RK-KOMMUNAL) Zu den heutigen Angriffen des Freien Wirtschaftsverbandes auf den Leiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, Direktor PSOTA, stellte die für die Lebensmitteluntersuchungsanstalt zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER fest: „Ich habe die mir unterstehenden und mit Lebensmittelkontrollen bzw. Gewerbebefragungen befaßten Magistratsabteilungen von vornherein aufgefordert, genau zu kontrollieren und, wie es ja auch ihre Pflicht ist, Verstöße gegen das Lebensmittelrecht, gegen Hygieneerfordernisse usw. streng zu ahnden. Diese Politik muß im Interesse der KonsumentInnen und deren Gesundheit selbstverständlich akzeptiert werden.

Angriffe gegen den Leiter der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt Direktor Psota wegen strenger Kontrollen bzw. Prüfmethode in dieser Eigenschaft sind ungerechtfertigt und zurückzuweisen. Übertretungen des Lebensmittelrechts können im Interesse der KonsumentInnen keinesfalls akzeptiert werden. Der Freie Wirtschaftsverband sollte sich daher nicht darüber beklagen, sondern auch im Interesse seiner Mitglieder für entsprechende Informationen und Einhaltung der Bestimmungen sorgen.

Was aber die Tätigkeit Direktor Psotas bei Gericht betrifft, so liegt es an den entsprechenden Gerichtsbehörden, Sachverständige heranzuziehen. Die Leistungen Prof. Psotas auf dem Gebiet der Lebensmittelkontrolle und -hygiene sind unbestritten“, betonte Schirmer.

Übrigens wird bei bestimmten Übertretungen, bei Verstößen gegen die Hygienebestimmungen (z.B. nicht abgedecktes Brotkörperl, schmutzige Arbeitskleidung) vom Marktamt direkt ein Organmandat verhängt oder über das Magistratische Bezirksamt ein Verwaltungsverfahren eingeleitet. Beide Dinge sind aber eben Verwaltungsstrafsachen und bedeuten keine Vorstrafe. Bei Proben aber, die vom Marktamt gezogen, den Untersuchungsanstalten übermittelt und von diesen beanstandet werden, wird erforderlichenfalls von der Untersuchungsanstalt Anzeige bei Gericht erstattet, und im Gerichtsverfahren wird dann über die Bestrafung entschieden. (Schluß) hrs/szm

Der neue Ballkalender ist da!

Wien, 16.11. (RK-LOKAL) Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien hat auch heuer wieder einen Ballkalender herausgebracht. Darin finden Ballbesucher Termine der Ballsaison 1989/90. Die Ballsaison, die bereits im November angelaufen ist, hat auch diesmal ihren traditionellen Höhepunkt in den Monaten Jänner, Februar und März. Aber auch im Mai und Juni kann noch getanzt werden, unter anderem beim Nostalgieball im Palmenhaus Schönbrunn (18. Mai) und beim Concordiaball (8. Juni im Rathaus).

Ballkalender sind kostenlos in den „Z“-Zweigstellen, den Ankerbrot-Filialen und in der Stadtinformation im Rathaus erhältlich. (Schluß) emw/gg

Heinz-Conrads-Park in Penzing

Wien, 16.11. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der Grünanlage in Wien 14, an der Schloßallee gegenüber dem Technischen Museum nach Prof. Heinz Conrads in Heinz-Conrads-Park. Als Schauspieler und Präsentator von Rundfunk- und Fernsehsendungen zählte Conrads zu den Wiener Publikumslieblichen.

Weitere Benennungen, die der Ausschuß beschloß:

Die unbenannte Verkehrsfläche in Wien 10, von der Wiesmayergasse südlich zum Umspannwerk Südost führend, wird nach dem alten Flurnamen in „Am Johannesberg“ benannt.

Das Teilstück der Heubergstättengasse in Wien 10, zwischen Per-Albin-Hansson-Straße und Reifentalgasse wird nach dem Bezirksrat und Präsidenten des Zentralverbandes der Kleingärtner Vinzenz Macholda (1898-1973) in „Macholdastraße“ benannt.

Der Steg über die Grenzackerstraße in Favoriten wird nach dem sozialdemokratischen Volksbildner und Politiker Engelbert Pernerstorfer in „Pernerstorfersteg“ benannt.

Die unbenannte Verkehrsfläche im Bereich Eisteichstraße und Fuchsröhrenstraße in Simmering wird nach dem Armenarzt Dr. Leopold Abelles, der 1942 als Opfer der Gestapo starb, in „Leopold-Abelles-Gasse“ benannt.

Die Grünanlage im Bereich Anzbachgasse/Bierhäuselberg/Mondweg, neben der Kirche am Wolfersberg, in Penzing wird nach dem beliebten Seelsorger Pfarrer Franz Sauer (1898-1981) in „Franz-Sauer-Park“ benannt.

Die unbenannte Verkehrsfläche in Liesing, die die Deutschstraße zur Jochen-Rindt-Straße fortsetzt, wird nach dem 1975 verstorbenen Staats- und Volksoberndirektor Prof. Franz Salmhofer in „Salmhoferstraße“ benannt. (Schluß) gab/rr

„Rauchfangaufsätze – Zierde und Zweck“ im Rauchfangkehrermuseum

Wien, 16.11. (RK-KULTUR) Im Rauchfangkehrermuseum, im 4. Bezirk, Klagbaumgasse 4, ist zur Zeit die Ausstellung „Rauchfangaufsätze – Zierde und Zweck“ zu sehen. Verschiedene Objekte, wie kunstvolle Rauchfangbegründungen, die sonst nur aus der Ferne zu sehen sind, werden gezeigt. Die Schau ist jeden Samstag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/bs

Abschlußveranstaltung von „Wer weiß, gewinnt“

Wien, 16.11. (RK-LOKAL) Der von der MA 13 und dem ORF seit sieben Jahren durchgeführte Seniorenquiz „Wer weiß, gewinnt“, geht für das Jahr 1989 in die Zielgerade. Am kommenden Samstag, dem 18. November, findet um 14.45 Uhr die Abschlußveranstaltung im Festsaal des Wiener Rathauses statt. Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL wird das Finale eröffnen, für die musikalische Umrahmung sorgen Edith SCHMIDT-LIENBACHER und Josef LUFTENSTEINER von der Volksoper, am Klavier spielt Prof. Norbert PAWLICKI. Interessenten, die der Veranstaltung persönlich beiwohnen wollen, können bis Freitag, 18 Uhr, in der Stadtinformation am Friedrich-Schmidt-Platz kostenlos Eintrittskarten erhalten. (Schluß) ull/rr

Wie ein neuer Stadtteil entsteht: Ausstellung Wienerberg eröffnet

Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Auf den Wienerberggründen im 10. Wiener Gemeindebezirk entsteht derzeit ein völlig neuer Stadtteil. Gestern, Mittwoch, eröffneten Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER im Beisein des Favoritner Bezirksvorstehers Leopold PRUCHA in der Wiener Planungswerkstatt eine Ausstellung über die städtebaulichen Planungen auf den Wienerberggründen. Planungsstadtrat Swoboda verwies auf die Notwendigkeit einer geordneten Stadterweiterung, wie sie auf den Wienerberggründen exemplarisch erfolgt, wenn einerseits der Weg der sanften Stadterneuerung in Wien fortgesetzt werden und andererseits einem prognostizierten stärkeren Wohnraumbedarf Rechnung getragen werden soll. „Diese Ausstellung ist ein Beispiel dafür, daß wir bei allen größeren, aber auch kleineren Planungsvorhaben die nötige Information der Bevölkerung und Transparenz der Planung gewährleisten wollen“ sagte Dr. Swoboda.

Wohnbaustadtrat Edlinger kündigte an, daß die Grundstücke für den 3. Bauteil möglichst noch 1990 an die Bauträger vergeben werden sollen, um einen Baubeginn 1991 zu ermöglichen.

Edlinger betonte, daß in diesem Bauteil Genossenschaften zum Zuge kommen werden, die ergänzend zum Wohnbauprogramm der Stadt Wien verstärkt den sozialen Wohnbau betreiben sollen.

Die Ausstellung ist bis 1. Dezember in der Wiener Planungswerkstatt (Friedrich-Schmidt-Platz 9/Ecke Rathausstraße) bei freiem Eintritt Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr (Donnerstag bis 19 Uhr zu sehen).

Sie soll darüber hinaus im Planungs- und Baugebiet selbst gezeigt werden. Besondere Anziehungspunkte der Ausstellung sind ein großes Modell des gesamten Wienerberges sowie Arbeiten von Kindern des Kindertagesheims Otto-Probst-Straße.

Städtebauliche Planung auf den Wienerberggründen

Die städtebauliche Planung auf den Wienerberggründen bezieht sich auf das 260 Hektar große Gebiet westlich und östlich der Triester Straße und reicht von der Neureichgasse bis zur Eibesbrunnengasse und von der Wienerbergstraße bis nach Inzersdorf.

Dieses riesige Planungsgebiet hat für Wien große Bedeutung:

- historisch, durch die ehemals größten Ziegeleien am Südabhang des Wienerberges, woher der Rohstoff für einen Großteil der Wiener Bauten geliefert wurden.
- topographisch, durch seine besondere Lage auf der Höhe des Wienerberges mit seinem 40 Meter hohen Geländebruch, durch die bestehenden Ziegelteiche und seine charakteristischen Geländeformen.

Dieser einzigartige Planungsraum ist zusätzlich geprägt durch eine nach Süden hin weit sichtbare und größtenteils durchgehend geschlossene Stadtsilhouette mit einem einheitlich hohen Bebauungsrand, durchbrochen von architektonischen Merkmalen, wie dem Favoritner Wasserturm und der Kirche am Stephans-Fadinger-Platz.

Im Süden schließt sich der ehemals noch intakte Dörfelkranz an das Planungsgebiet an, wobei der Ortskern Inzersdorf für Planungsüberlegungen wesentlich ist.

Am nördlichen Bebauungsrand liegen — gewissermaßen stellvertretend für die Wohnbauentwicklung der Zwischenkriegszeit — einige bemerkenswerte Großwohnanlagen, wie der George-Washington-Hof, Siedlung am

Wasserturm, Johann-Mithlinger-Siedlung und dem Jean-Jaures-Hof.

Im März 1978 wurde von der Stadt Wien ein zweistufiger städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Von den 58 eingereichten Projekten wurden zehn gleichrangige Projekte prämiert und die Projektverfasser zu einer zweiten Wettbewerbsstufe von der Stadt Wien eingeladen.

Wesentliche Aufgaben des Wettbewerbes war es, unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten des Planungsgebietes Lösungen für den Ausbau des Wettbewerbsgebietes vorzuschlagen, die dem Standort in ausgewogener Weise funktionell entsprechen.

Ziel der 1. Wettbewerbsstufe war es, grundsätzliche Nutzungs- und städtebauliche Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für einen schrittweisen Ausbau zu erarbeiten.

In der 2. Wettbewerbsstufe sollten die städtebaulichen Lösungsvorschläge die Grundlage für die Ausarbeitung eines Entwurfes des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes bilden.

1981 wurde Architekt Häuselmayer mit der Ausarbeitung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes auf der Grundlage seines Wettbewerbsprojektes beauftragt.

Infolge der Größe des Planungsgebietes und seiner Komplexität wurde die Planungsarbeit derart geteilt, daß zunächst für das gesamte Areal die Flächenwidmung erarbeitet wurde und die Bebauungsplanung selbst abschnittsweise darauf aufbauend erarbeitet wurde. Nur so war es möglich, daß bereits im Herbst 1982 die Planungsarbeiten zur Flächenwidmung soweit gediehen waren, daß der Wiener Gemeinderat für den gesamten Planungsbereich die Flächenwidmung beschloß und gleichzeitig für den 1. Bauteil der Wohnwidmung den Bebauungsplan festlegte.

Für die städtebauliche Konzeption ergaben sich folgende Grundsätze:

- Der Grünzug des Wald- und Wiesengürtels wird uneingeschränkt mit möglichst breitem, nach Ost-West offenem Anschluß für die dicht bebauten Bezirke Meidling und Favoriten erhalten und ausgebaut.
- 3- bis 4-geschossige Wohnbauten wurden nur im südlichen Bereich des Wienerberges im 1. Bauabschnitt, ausgehend von der Neilreichgasse, geplant. Diese beeinträchtigen nicht die weithin sichtbare Stadtsilhouette auf der Höhe des Wienerberges, wodurch der durch die vorhandenen niedrigen, von Bäumen durchsetzten Wohnbauten geprägte grüne Gesamteindruck des Wienerberges durch keine zu hohen Bauten gestört wird.
- Die topographischen Gegebenheiten des Wald- und Wiesengürtels, die charakteristischen Geländeformen, Pflanzen und Pflanzenbestände (Naturdenkmal), sowie Oberflächengewässer werden erhalten und in die städtebauliche Konzeption einbezogen. Dies gilt vor allem für charakteristische Baumreihen sowie für einzelne Solitärbaumgruppen.
- Eine vertiefte Bearbeitung wurde für den Anschluß des Wohngebietes an den Ortskern Inzersdorf beauftragt, wobei versucht wurde, die dörfliche Struktur von Inzersdorf in eine vorstädtische Neubebauung des anschließenden Wohngebietes zu übersetzen. Die vorgesehenen zentralen Einrichtungen der Wohnbebauung sollen auch für die Bewohner Inzersdorf wirksam sein. Diese städtebauliche Verbindung nimmt die Sichtbeziehung zur Stadtsilhouette — Merkzeichen Kirche Stephan-Fadinger-Platz — auf.
- Durch die Anordnung eines ca. 12,5 Hektar großen Betriebsbaugebietes nur im südlichen Bereich des Planungsgebietes westlich der Triester Straße, kann der Anschluß des angrenzenden Stadtteils Meidling an den Grünraum des Wald- und Wiesengürtels uneingeschränkt erfolgen.

Forts. von Blatt 2585

Forts. auf Blatt 2587

- Grundsätzlich werden alle Sport- und Freizeiteinrichtungen für den organisierten Sport (Vereinssport) im Westen geplant.
- Durch eine Grünverbindung unter der Triester Straße werden die Sport- und Freizeiteinrichtungen Wienerberg Ost derart angeschlossen, daß ein großzügig zusammenhängendes System der Sport- und Freizeiteinrichtungen entsteht.

Die einzelnen Erholungseinrichtungen sind so angeordnet, daß die freie Durchlässigkeit zwischen dem Wohngebiet und dem Wald- und Wiesengürtel gewährleistet ist. Grundlage des Verkehrskonzeptes bildet eine umfassende Berücksichtigung des Gesamtverkehrs. Das vorgeschlagene abgestufte Straßennetz verhindert weitgehend die Anziehung gebietsfremden Verkehrs.

Von den untersuchten Anschlußmöglichkeiten an die Triester Straße wird eine niveaugleiche, reduzierte Lösung gewählt, und die verbindlich vorgegebenen Straßen werden integriert. Ein getrennt angelegtes Fuß- und Radwegnetz verbindet das vom motorisierten Verkehr frei gehaltene Wohnumfeld mit zentralen Einrichtungen und Freiräumen.

Zur Erschließung des Wohngebietes durch den öffentlichen Verkehr wird die Straßenbahnlinie 67 verlängert. Die Abdeckung des ruhenden Verkehrs wird jeweils in Tiefgaragen unter einzelnen Wohnhöfen im Verhältnis 2/3 der Wohnungsanzahl erfolgen. Für die Realisierung des ersten Bauteiles wurden die Preisträger der ersten Wettbewerbsstufe mit der Planung einzelner Wohnprojekte beauftragt.

Der im Norden gelegene Baublock bildet das städtebauliche Rückgrat des gesamten 1. Bauteiles und umschließt in seiner Mitte einen halboffenen Platz, um den sich sämtliche Geschäftslokale (Zentrumsfunktion für den täglichen Bedarf), Arztpraxis und Gemeinschaftseinrichtungen gruppieren. Von diesem Platz geht ein Hauptfußweg aus, der die gesamte Wohnhausanlage in Nord-Süd-Richtung erschließt.

Der erste Bauteil mit 450 Gemeindewohnungen wurde 1987 fertiggestellt. Der zweite Bauteil bildet das eigentliche Zentrum der gesamten Wohnhausanlage und umfaßt 520 Gemeindewohnungen. In der geplanten Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 67 sind um einen halboffenen quadratischen Platz sämtliche zentrale Einrichtungen, wie Geschäftsbereich, Volksschule, Kindertagesheim, Kirche sowie Wohnbauten gruppiert. Die Baukörperdisposition nimmt auf die Grünflächenwidmung (vorhandener Teich) und auf die besondere Topographie (Mulde mit Biotop — Schullehrgarten) Bedacht.

Der zweite Bauteil wurde 1989 größtenteils fertiggestellt, das Zentrum selbst ist in Konstruktion. Im Herbst 1984 wurden die Planungen für den 3. Bauteil mit ca. 1.030 Wohneinheiten vergeben. Bauträger werden gemeinnützige Bauvereinigungen sein. Die Aufteilung in einzelne Bearbeitungsbereiche und die Ausarbeitung und Festlegung der besonderen Bearbeitungsschwerpunkte erfolgt — wie auch bei den ersten beiden Bauteilen — auf der Grundlage des städtebaulichen Leitprojektes.

Besondere Bearbeitungsschwerpunkte des 3. Bauteiles waren spezifische architektonische Themen, wie Wohnhof, Wohnzeile, Einzelbauwerke im Übergang zum Wald- und Wiesengürtel, verdichteter Flachbau im unmittelbaren Anschluß an die Kleingartenanlage „Am Zwillingsee“.

Der 3. Bauteil ist zur Zeit in Planung. (Schluß) lf/bs

Nächste Woche großes Lesofantenfest

Wien, 16.11. (RK-KOMMUNAL) Leseratten, Bücherwürmer und alle, die es noch werden wollen, treffen sich kommende Woche (20. bis 26. November) täglich beim großen LESOFANTENFEST im Haus des Buches, in dem sich bekanntlich die Zentrale der Städtischen Büchereien befindet. Täglich gibt es bei freiem Eintritt Veranstaltungen für Kinder. Vormittags ab 9 Uhr werden Montag bis Freitag Kindergarten- und Volksschulgruppen Theater spielen, außerdem werden Puppenspiele gezeigt und Mitmachtheateraktionen veranstaltet.

Weiters auf dem Programm: Lesungen, Musik, Filme, Clowns und Auftritte von Theatergruppen und Künstlern wie Heinz Zuber, den „Schmetterlingen“, dem Clowntheater Mimo und vielen anderen. Das Nachmittagsprogramm beginnt Montag bis Sonntag um 14.30 Uhr, Filmvorführungen sind jeweils um 17.30 Uhr.

Während der ganzen Woche stehen Büchertische zum Schmökern, viel Papier zum Zeichnen und Gratis-Milch für Durstige zur Verfügung.

Billige Bücher zum Kaufen findet man am Samstag, 25. November, ab 14.30 Uhr beim großen Bücherflohmarkt.

Die Eröffnung des Lesofantenfestes nimmt Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL am Montag, 20. November, um 14.30 Uhr im Haus des Buches, 8, Skodagasse 20, vor. (Schluß) emw/rr

Neue Zugverbindung Wien - Warschau ab Juni 1990: Zilk unterstützt Ministerpräsident Mazowiecki

Wien, 16.11. (RK-POLITIK) Im Zuge der Gespräche, die der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Ende September mit den Führern der Polnischen Regierungsparteien in Warschau geführt hat, wurde mit Ministerpräsident Tadeusz MAZOWIECKI — neben der unterdessen beschlossenen Kreditaktion der Stadt Wien — eine Reihe weiterer Fragen angeschnitten. Dazu hat Mazowiecki heute, Donnerstag, einen Brief an Zilk übermittelt. Darin begrüßt der polnische Ministerpräsident u. a. die Wiener Vorschläge zur Schulung polnischer Fachleute auf den Gebieten des Tourismus und des Molkereiwesens in Wien.

Im weiteren spricht sich Mazowiecki in dem Schreiben für eine rasche Verbesserung der Bahnverbindung aus: „Im Sinne Ihrer Vorschläge, die für die Annäherung unserer beiden Hauptstädte von großer Bedeutung sind, wandte sich die Verwaltung polnischer Eisenbahnlinien an die Verwaltung der österreichischen Eisenbahn mit dem Vorschlag, ab Juni 1990 eine neue Tagesverbindung Wien — Krakau — Warschau in Betrieb zu nehmen. Aus der Antwort der Österreichischen Bundesbahnen geht hervor, daß sie bereit wäre, eine solche Verbindung erst ab Juni 1991 in Betrieb zu nehmen. Ich glaube, daß es im Interesse beider Seiten liegt, die Realisierung dieses Projektes zu beschleunigen.“

Angesichts des stark angewachsenen Reiseverkehrs zwischen Warschau und Wien auf der Straße meinte Zilk, daß sich die ÖBB dieses Wunsches nach einer rascheren Verwirklichung der neuen Tagesverbindung vordringlich annehmen sollten. Darüber hinaus würden die morgigen Gespräche zwischen Verkehrsminister Streicher und seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Podlena in Wien Gelegenheit geben, auch dieses Projekt zu erörtern.

Zu den heutigen Aussagen von ÖBB-Generaldirektor Übleis, sagte Zilk, er begrüße, daß die Bundesbahnen den seinerzeitigen Wiener Vorschlag einer Zugverbindung Wien — Preßburg über die Ostbahn und Marchegg aufgenommen haben. Angesichts der Einbindung von Preßburg in die EXPO 95 halte er es jedoch für ausgeschlossen, gleichzeitig auf die Wiedererrichtung der alten Preßburger Bahn über Wolfsthal, die mit einem vergleichsweise bescheidenen Aufwand verbunden sei und in Preßburg an die U-Bahn angeschlossen würde, zu verzichten, schloß Zilk. (Schluß)
red/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus.
Besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 17. November 1989

Blatt 2590

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Kabel-TV: „Eurosport“ deutsch oder englisch (2592)
- Die Wiener Rettung im Oktober (2594)
- „Sind Stieffamilien anders?“ (2595)
- Wie soll es in der Leopoldstadt weitergehen? (2596)
- Erweiterung des Wiener Wohnbauförderungsgesetzes (2597)
- Der Maulwurf hat Geburtstag (2598-2600)
- Der U-Bahn-Bau im Jahre 1990 (2601)
- Ehrung für Donaustädter Bezirksmandatäre (2602)
- „Silberpfeil“ umrundete 25mal die Erde (2603)
- Terminvorschau vom 20. November bis 1. Dezember (2604/2605)
- FPÖ-Kritik an Budgetvoranschlag (2606)
- Bereits zehn Millionen Besucher im Kurbad-Oberlaa (2607)
- Sicherheitsglas bereits bei Bauordnungs-Novelle vorgesehen (2608)
- Ab morgen wieder Adventzauber und Christkindlmarkt (2609)
- LKW rammt „64er“: Sechs Leichtverletzte (nur FS/16.11.)
- Pressekonferenz Geppert/Smejkal am Montag (nur FS)

Kultur:

- „Il Circo“-Ausstellung im Circus- und Clownsmuseum (2591)
- Dienstag Presseführung durch Arnulf Rainer-Ausstellung (nur FS)

Wirtschaft:

- Ing. Gottfried Glaser neuer Chef der EKAZENT-Gruppe (2593)

„Il Circo“ - Ausstellung im Circus- und Clownmuseum

Wien, 17.11. (RK-KULTUR) Im Circus- und Clownmuseum in der Karmelitergasse 9 in der Leopoldstadt ist bis 31. Dezember die Ausstellung „Il Circo“ mit Werken von Lorenzo Maria BOTTARI zu sehen.

Bottari, der in Mailand lebt, beschäftigt sich seit langem mit der Zirkuswelt. Er bedient sich der verschiedensten Techniken, von der Ölmalerei und dem Aquarell bis zur Keramik, zum Mosaik und zum Wandteppich. Die Ausstellung im Circus- und Clownmuseum ist jeweils Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr, am Samstag von 14.30 bis 17 Uhr und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. (Schluß) gab/bs

Kabel-TV: „Eurosport“ deutsch oder englisch

Wien, 17.11. (RK-LOKAL) Seit Anfang dieses Monats kann der „Eurosport“, eines der zwölf von Telekabel eingespeisten Fernsehprogramme, auch in deutscher Sprache empfangen werden. Die meisten der ausgestrahlten Live-Ereignisse und Aufzeichnungen, darunter Fußball, Tennis, Motorsport und viele Wintersportarten, werden von „Eurosport“ in drei Sprachen nach Europa angeboten, je nach Landessprache englisch, deutsch oder holländisch. Eine Serviceleistung dürfte den knapp 220.000 Wiener Kabel-TV-Teilnehmern dagegen noch unbekannt sein: Wer ein mehrkanaltaugliches Fernsehgerät besitzt, kann wahlweise die Sendungen in deutscher oder englischer Sprache empfangen. (Schluß) ull/rr

Ing. Gottfried Glaser neuer Chef der EKAZENT-Gruppe

Wien, 17.11. (RK-WIRTSCHAFT) Der bisherige Geschäftsführer-Stellvertreter der EKAZENT Realitätengesellschaft m.b.H., Ing. Gottfried GLASER, wurde zum neuen Geschäftsführer der EKAZENT Bautenverwaltung Gesellschaft m.b.H. und der EKAZENT Realitätengesellschaft m.b.H. bestellt.

Gottfried Glaser, Jahrgang 1948, ist seit Dezember 1969 Mitarbeiter der EKAZENT-Gruppe und für Projektentwicklung verantwortlich. Seit August 1980 war er Prokurist der EKAZENT Realitätengesellschaft, seit Oktober 1981 Geschäftsführer der Projekta-Bauvorbereitungsgesellschaft. Im Juni 1987 wurde er Geschäftsführer-Stellvertreter der EKAZENT-Realitätengesellschaft.

Ing. Gottfried Glaser ist verheiratet und Vater einer Tochter. (Schluß)
wh/bs

Die Wiener Rettung im Oktober

7.800 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) 7.803 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Johanniter-Unfall-Hilfe, im Monat Oktober zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 50.553 Kilometer zurück. Von den 7.651 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.753 in Spitäler gebracht.

Die Rettung intervenierte im Oktober bei 4.235 akut Erkrankten; bei 143 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 600 Fällen waren es sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.552 verletzte Personen betreut, davon 527 nach Verkehrsunfällen, 239 nach Betriebsunfällen und 115 nach Sportunfällen. 212 Personen waren schwer, 1.171 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 25 Fällen lagen Verbrennungen, in 318 Fällen Vergiftungen, in 53 Fällen Psychosen vor. Bei 17 Geburten wurde Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 115 Rauschgift- und Drogenkranken, 483 Personen standen unter Alkoholeinfluß, 44 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 270 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 89 Fällen Herzinfarkt, in acht Fällen Selbstmord und in sechs Fällen ein Verkehrsunfall.

Die Krankenbeförderung hatte im Oktober 5.392 Ausfahrten und transportierte 5.383 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 83.033 Kilometer zurück. (Schluß) sc/rr

„Sind Stieffamilien anders?“

Arbeitstagung der österreichischen Jugendamtspsychologen

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 21. bis 23. November findet im Wiener Rathaus die 36. Arbeitstagung der österreichischen Jugendamtspsychologen statt. Sie steht unter dem Thema: „Sind Stieffamilien anders?“ und wird am Dienstag um 9.15 Uhr von Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL eröffnet.

In einer Zeit zunehmender Ehescheidungen werden Stieffamilien immer mehr eine gesellschaftliche Realität. Wie wenig sie jedoch bisher als eigenständige Form des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern wahrgenommen wurden, zeigt der Umstand, daß der Ausdruck „Stieffamilien“ erst in jüngster Zeit in der Literatur zu finden ist — im Gegensatz zu den Begriffen „Stiefmutter“, „Stiefvater“, „Stiefkind“, die eine lange, zumeist negative Tradition haben. Viele Märchen konfrontieren uns mit der „bösen Stiefmutter“. Bewußt oder unbewußt bestimmen diese Bedeutungsinhalte die Einstellungen nicht nur der Betroffenen, sondern auch die ihrer Umwelt. Vielfach können wir daher beobachten, daß sich ergänzte Familien am Bild der vollständigen Kernfamilien orientieren und wesentliche Fakten ihrer eigenen Realität nicht wahrhaben wollen: und zwar, daß ein leiblicher Elternteil des Kindes außerhalb der Familie lebt, das Kind daher Mitglied von mehr als einem Familienverband ist.

In Referaten und Arbeitskreisen soll bei der Tagung versucht werden, die Eigenart und Eigenständigkeit von Stieffamilien zu definieren, ihre Entwicklungsmöglichkeiten und Probleme aufzuzeigen sowie neue Erkenntnisse und Strategien für die Praxis zu gewinnen.

Ziel einer effizienten Beratung muß es sein, das Selbstverständnis von Stieffamilien zu stärken, den einzelnen Familienmitgliedern zu helfen, ihre reale Position in dem Beziehungsgefüge zu finden, ohne sich an vermeintlichen Rollenbildern orientieren zu müssen. Hilfen für die Familien werden aber nur in dem Ausmaß zielführend sein, in dem es auch gelingt, gesellschaftliche Vorurteile im Zusammenhang mit dem Begriff „Stief“ abzubauen und in den Stieffamilien eine eigenständige Form des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern zu sehen.

Themen von Vorträgen und Arbeitskreisen der Tagung sind:

- Die Stieffamilie — Probleme und Chancen einer neuen Lebensgemeinschaft (Prof. Verena Krähenbühl, Evangelische Fachhochschule Darmstadt)
- Stiefvater-Stiefkind-Beziehung in Abhängigkeit vom Besuchskontakt des Kindes mit dem leiblichen Vater (Peter Krehan, Wien)
- Motivation zur Gründung einer Stiefmüttergruppe (Dr. Andrea Krehan, Wien)

Themen der Arbeitskreise:

- Stieffamilie — die (häufigste?) Lebensform der Zukunft
- Problemkreis Stieffamilien unter dem Aspekt der psychischen Krise
- Stiefvater — Stiefmutter: Rollenbilder zwischen Klischee und Wirklichkeit.

(Schluß) red/gg

Wie soll es in der Leopoldstadt weitergehen?

Ausstellung zur Bezirksplanung eröffnet

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Einen Überblick über die Geschichte, Gegenwart und die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Leopoldstadt gibt eine Ausstellung im Bezirksamt des 2. Bezirkes, die gestern, Donnerstag, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Heiz WEISSMANN eröffneten.

Sowohl der Planungsstadtrat als auch der Bezirksvorsteher wiesen in ihren Eröffnungsworten auf die Geschichte der Leopoldstadt hin, die immer stark vom jüdischen Element geprägt war. Nach den furchtbaren Ereignissen während des „Dritten Reiches“ bildet sich nunmehr nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung wieder ein Zentrum dieser Wien stets so befruchtenden Kultur heraus.

Die Ausstellung selbst beschäftigt sich vor allem mit den Problembereichen

- der Barrierebildung in der Leopoldstadt durch Bahn- und Straßenschneisen
- der Stadterneuerung
- dem Grünflächenmangel im Wohnungsbereich
- der Verkehrs- und Parkplatzsituation
- der überdurchschnittlich hohen Gastarbeiterkonzentration
- den Problemen des Praters und selbstverständlich mit den
- Entwicklungschancen des Bezirkes, die nicht zuletzt durch die geplante EXPO 95 positiv beeinflusst werden.

Auch die Neugestaltung des Donaukanals findet weiten Raum in der Ausstellung, die im Magistratischen Bezirksamt der Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, bis 1. Dezember 1989 Dienstag, Mittwoch, Samstag von 9 bis 12 Uhr, Donnerstag und Freitag von 14 bis 19 Uhr geöffnet ist.

In der Ausstellung wird auch ein aktuelles Video über die Bezirksentwicklung gezeigt. (Schluß) lf/rr

Erweiterung des Wiener Wohnbauförderungsgesetzes

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung hat in seiner Sitzung am Freitag die Erweiterung des „Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989“ um zwei Hauptstücke mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt. Das Gesetz kann somit vom Wiener Landtag in seiner Sitzung am 21. November beschlossen werden. Es soll mit Jahresbeginn 1990 in Kraft treten.

Das IV. Hauptstück regelt die Mietzinsbildung bei mit Förderung errichteten oder sanierten Wohnungen, wobei die Förderungsrückzahlung — bei Neubauwohnungen — nicht mehr von der Nutzfläche, sondern vom Nutzwert der Wohnung abhängig sein soll. Diese Regelung gilt aber nur für Wohnungen, die nach den Bestimmungen des neuen Wohnbauförderungsgesetzes errichtet werden, also nicht für Wohnungen, die mit Wohnbauförderung 68 oder 84 errichtet wurden. Das IV. Hauptstück erlaubt künftig, daß der Grundkostenanteil nicht mehr sofort, sondern auch in langjährigen Raten gezahlt werden kann. Für die Wohnhaussanierung ermöglicht das Gesetz eine Verlängerung des Rückzahlungszeitraumes von 10 auf 15 Jahre.

Im V. Hauptstück werden die begünstigte Rückzahlung und die Eigentumsbildung geregelt. Eine begünstigte Rückzahlung von Förderungsmittel wird sowohl für Miet- wie Eigentumswohnungen und Eigenheime ermöglicht. Sie ist frühestens fünf Jahre nach der Endabrechnung möglich und muß auf einmal bezahlt werden. Ein Rechtsanspruch auf Begründung von Wohnungseigentum an Mietwohnungen, die nach den Bestimmungen der neuen Wohnbauförderung errichtet werden, ist erst zehn Jahre nach Endabrechnung und nur bei Bezahlung der Grundkostenanteile innerhalb von zwei Jahren nach Bezug vorgesehen. Ferner muß der Differenzbetrag zwischen fiktiver Eigentumswohnungsförderung und der tatsächlichen — höheren — Mietwohnungsförderung zurückgezahlt werden. Das Mietverhältnis muß mindestens fünf Jahre bestanden haben. (Schluß)
ah/gg

Der Maulwurf hat Geburtstag

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Eine Bilanz über 20 Jahre U-Bahn-Bau zog StR. Johann HATZL Freitag in einer Pressekonferenz.

Als vor zwanzig Jahren, am 2. November 1969, am Karlsplatz die Bauarbeiten an der Linie U 1 begannen, waren die Amerikaner gerade erstmals am Mond gelandet, während Wien mit dem U-Bahn-Bau eines seiner größten kommunalen Bauprojekte der Nachkriegszeit in Angriff nahm. In den folgenden zwanzig Jahren wurden inklusive Mehrwertsteuer rund 40 Milliarden Schilling in die Wiener U-Bahn investiert. Dies bedeutet im Durchschnitt zwei Milliarden Schilling pro Jahr. Der absolute Höhepunkt wurde heuer, im Jubiläumsjahr 1989, mit 5,5 Milliarden Jahresbudget erreicht.

Bis heute wurden mehr als vier Millionen Kubikmeter Aushub vorgenommen, 1,5 Millionen Kubikmeter Beton und 140.000 Tonnen Stahl verbraucht. Der Aushub entspricht dem Volumen von 1,6 Cheopspyramiden. Mit dem Betonverbrauch könnten 60 Prozent einer hohlen Cheopspyramide gefüllt werden. Mit dem verbrauchten Stahl hätte man 320 „Riesnräder“ errichten können. Durchschnittlich waren jährlich 2.000 Arbeitnehmer aus allen Bundesländern für den U-Bahn-Bau tätig.

Ende der 90er Jahre, wenn der U-Bahn-Maulwurf 30 Jahre alt ist, wird das heute 41 Kilometer lange U-Bahn-Netz auf 66 Kilometer angewachsen sein. Wien wird neben der „Ringlinie“ U 2 von Simmering nach Ottakring, von Siebenhirten nach Floridsdorf, vom Reumannplatz nach Kagran und von Hütteldorf nach Heiligenstadt von U-Bahn-Linien durchkreuzt sein. Alle 23 Wiener Gemeindebezirke werden zu diesem Zeitpunkt ihren U-Bahn-Anschluß haben.

30 Meter lange „Schildmaschine“

Beginn der 70er Jahre wurde der U-Bahn-Bau für die Wiener erstmals sichtbar. Mit dem Start der 355 Tonnen schweren und 30 Meter langen, eigens für die Wiener Bodenverhältnisse entwickelten Schildmaschine, auch „Wiener Maulwurf“ genannt, dehnten sich die Bauarbeiten vom Herz des Grundnetzes, dem Karlsplatz, sowohl in Richtung Südtiroler Platz nach Favoriten, als auch direkt ins Zentrum zum Stephansplatz und weiter in Richtung 2. Bezirk, aus.

Reges Interesse wurde dabei der Sicherung des Stephansdomes gewidmet, da Erschütterungen und Setzungen beim Bau der U-Bahn-Station „Stephansplatz“ unabsehbare Folgen für die Bausubstanz des Domes gehabt hätten. Diese technischen Herausforderungen wurden ohne Probleme gemeistert. Von den technischen Problemen, mit denen die U-Bahn-Erbauer immer wieder konfrontiert waren, sind die Querung des Donaukanals in offener Bauweise, die Unterfahrung der ÖBB-Brücken am Praterstern und am Südtiroler Platz bei völliger Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes sowie der Bau des größten Wiener Verkehrsbauwerkes am Karlsplatz als technische Bravourstücke hervorzuheben. Trotz oft schwierigster Arbeitsbedingungen unter Tag mit Lärm, Hitze, Schmutz, Druckluft und den Gefahren der oft unberechenbaren Tertiärsande war die Heilige Barbara als Schutzpatronin des Bergbaues den Tunnelerbauern in Wien in den ersten zwanzig Jahren gnädig. Bis heute mußten keine größeren Unglücksfälle und Schäden durch den Bau der Wiener U-Bahn verzeichnet werden.

Fußgängerzonen und Donauinsel

Wo die Bauarbeiten beendet werden konnten, wurde so schnell wie möglich versucht, der Oberfläche ein neues attraktives Bild zu geben. So konnte schon am 27. Juli 1974 die Fußgängerzone „Favoritenstraße“ vom Reumannplatz bis zur Gudrunstraße fertiggestellt und eröffnet werden. Im

September 1976 wurde die Fußgängerzone „Kärntner Straße“ den Wienerinnen und Wienern übergeben. Dies sind heute attraktive autofreie Einkaufsstraßen, die ohne U-Bahn nicht möglich gewesen wären.

Der Einsturz der Reichsbrücke am 1. August 1976 war Anlaß für den vorgezogenen Beschluß des Gemeinderates, die Linie U 1 vom Praterstern nach Kagran zu verlängern. Damit war mit der Fertigstellung der Donauinsel und der U-Bahn die für eine Großstadt international einmalige Situation gegeben, in nur fünf Minuten vom Stadtkern in ein Erholungs- und Freizeitparadies gelangen zu können. Einige Monate zuvor, am 8. Mai 1976, hatte die Wiener Bevölkerung erstmals U-Bahn-Luft „schnuppern“ können. Die Strecke zwischen Heiligenstadt und der Friedensbrücke wurde als Probestrecke mit Silberpfeilen befahren. Die erste Garnitur der auch international beachteten Silberpfeile war schon am 31. Oktober 1972 fertiggestellt und ausgeliefert worden.

Die erste Eröffnung einer U-Bahn-Strecke — ein Meilenstein in der Geschichte des öffentlichen Verkehrs in Wien — fand am Samstag, dem 25. Februar 1978 mit der Inbetriebnahme der U 1 vom Karlsplatz zum Reumannplatz statt. Mit Bürgermeister Leopold Gratz, Stadtrat Franz Nekula, unter Anwesenheit des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers stürmten an diesem Wochenende an die dreihunderttausend Wiener die Silberpfeile, um das 3,1 Kilometer lange U 1-Teilstück zu befahren.

Zug um Zug konnte nun in den folgenden Jahren bis 1982 in insgesamt zwölf Teileröffnungen der Bevölkerung zehn Kilometer U 1 mit 14 Stationen, fast vier Kilometer U 2 mit sieben Stationen und über 16 Kilometer U 4 mit 18 Stationen übergeben werden.

Mit der am 3. September 1982 erfolgten Eröffnung der U 1-Verlängerung nach Kagran war der Bau des Grundnetzes mit über 30 Kilometer Nutzlänge, 39 Stationen und rund 20 Milliarden Nettogesamtkosten abgeschlossen.

Jeder dritte fährt U-Bahn

Ein Blick auf die Beförderungsstatistik der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe zeigt, welche Attraktivität der öffentliche Verkehr mit der U-Bahn erreichen konnte. Waren die Gesamtbeförderungszahlen bis 1977 sogar rückläufig, stiegen ab dem Jahr 1978 die Beförderungsfälle von 430 Millionen auf mehr als 600 Millionen im Jahr 1988 an. Diese Steigerung um 40 Prozent ist — neben der Tarifreform — vor allem auf die U-Bahn zurückzuführen, die rund ein Drittel der gesamten 600 Millionen Fahrgäste beanspruchen kann. Innerhalb der U-Bahn-Linien ist die U 4 mit rund 54 Prozent der Beförderungsfälle vor der U 1 mit 36 Prozent und der U 2 mit zehn Prozent die am meisten genutzte. Im Sommer 1979 wurde unter diesem Eindruck mit der generellen Planung für die zweite Ausbauphase begonnen. Für diese wurde eine 50-prozentige Kostenbeteiligung des Bundes erreicht.

Zweite Ausbauphase ab 1983

Der bauliche Startschuß für die zweite Ausbauphase mit den Linien U 3 und U 6 erfolgte fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem am 3. September 1982 der Bau des Grundnetzes mit der Eröffnung der U 1-Verlängerung nach Kagran abgeschlossen werden konnte. Am 7. September 1983 wurde im Bereich Pottendorfer Straße — Philadelphiabrücke die Rohbauarbeiten in Angriff genommen. Die Schildmaschine beziehungsweise der „Wiener Maulwurf“ blieb aber eingemottet, da für die Bereiche der geschlossenen Bauweise unter Tag jetzt der Vorzug der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ gegeben wurde. Eine Baumethode, die von österreichischen Ingenieuren entwickelt und in den letzten Jahren einen Siegeszug in den meisten U-Bahn-bauenden Städten angetreten hat. Auch die zweite

Forts. von Blatt 2598

Forts. auf Blatt 2600

Ausbauphase der Wiener U-Bahn war voller technischer Herausforderungen und kritischer Momente. Die „U-Bahn-Maulwürfe“, die diesen Namen der Schildmaschine beibehielten, trafen sowohl beim Bau der U 3 im Bereich Herrengasse als auch bei der U 6 im Bereich des Gaudenzdorfer Gürtels im Boden auf hochgiftige Materialien als Folge historischer Schlampereien. Trotzdem kam es zu keinen entscheidenden Terminverzögerungen. Das hohe technische Können der Ingenieure bewährte sich bei den schwierigen Unterfahrungen des „Generali-Hauses“ im 3. Bezirk, des Kaufhauses Herzmansky im 7. Bezirk oder des Postgebäudes in der Niederhofstraße in Meidling.

Nach sechs Jahren Bauzeit konnte heuer, am 7. Oktober 1989, die Linie U 6 fertiggestellt werden. In den nächsten Jahren wird Schritt um Schritt die Linie U 3 etappenweise eröffnet werden. Waren die 80er Jahre hauptsächlich von den Bauarbeiten geprägt, so werden die 90er Jahre durch beinahe jährlich stattfindende U-Bahn-Eröffnungen gekennzeichnet sein. (Schluß)
roh/bs

Forts. von Blatt 2599

Der U-Bahn-Bau im Jahre 1990

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) StR. Johann Hatzl gab Freitag in einer Pressekonferenz einen Überblick über das U-Bahn-Bauvorhaben im kommenden Jahr.

Im Voranschlag der Stadt Wien wurden dem U-Bahn-Bau (Bau und Erhaltung) insgesamt 5,5 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. Gegenüber dem Vorjahr sind damit die Ausgaben für die U-Bahn etwas rückläufig. Den Hauptanteil der Ausgaben beanspruchen die Investitionen mit 5,15 Milliarden, wovon vier Milliarden auf die baulichen Herstellungen und der Rest auf den Wagenbau entfallen.

Mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln kann im Jahr 1990 der U-Bahn-Bau entsprechend dem gültigen Bauzeitenablaufplan weitergeführt werden.

U 3: Erster Abschnitt vor Fertigstellung

Demnach neigen sich im Jahr 1990 die Arbeiten auf der Linie U 3 von Erdberg über die Landstraße, den Stephansplatz bis zum Volkstheater dem Ende zu. Die Arbeiten im Innenausbau wie die Stationsausgestaltung, die Haustechnik mit dem Einbau der Aufzüge und Rolltreppen sowie dem Einbau der Heizungs- und Lüftungsanlagen, der Gleisbau und die Signaltechnik werden größtenteils 1990 abgeschlossen. Die Arbeiten an der Oberfläche mit den Stiegenüberdachungen und den Wiederherstellungen werden weitergeführt. Die Eröffnung dieses Abschnittes ist für das Frühjahr 1991 geplant.

Im Baubereich Mariahilfer Straße erreichen die Rohbauarbeiten 1990 ihren Höhepunkt. In vielen Bereichen ist die oberste Decke fertig, sodaß teilweise mit der Oberflächenwiederherstellung begonnen werden kann. Der Tunnelbau selbst wird im Schutze der obersten Decke von oben nach unten über die verbleibenden Förderöffnungen weitergeführt. Im Bereich des Westbahnhofes wird die neue U 6-Station provisorisch fertiggestellt und in den folgenden Bauabschnitten werden die Rohbauarbeiten mit dem Tunnelvortrieb in NÖT sowie Schlitzwandarbeiten vorangetrieben. Für die restlichen drei Bauabschnitte nach Ottakring ist der Abschluß der Planungen und der bauvorbereitenden Arbeiten (Einbautenverlegungen) vorgesehen, sodaß Ende des Jahres mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden könnte.

Ab Mitte 1990 wird mit der generellen Planung für die Verlängerung der U 3 nach Simmering begonnen werden.

Für die Linie U 6 zwischen Heiligenstadt/Friedensbrücke und Philadelphia-Brücke, die im Oktober 1989 eröffnet wurde, sind nach den Schlußrechnungsbearbeitungen umfangreiche Restzahlungen notwendig. Darüber hinaus müssen in Stellwerken und Betriebsräumen verschiedene Restarbeiten vorgenommen werden.

Für die U 6-Verlängerung nach Siebenhirten ist der Abschluß der bauvorbereitenden Arbeiten und der Beginn der Rohbauarbeiten möglich. Im Hinblick auf eine notwendige Fertigstellung der U 6-Verlängerung nach Floridsdorf im Jahr 1995 müssen 1990 die Planungen und Einbautenverlegungen abgeschlossen werden, um gegen Ende des Jahres mit den Rohbauarbeiten an allen Bauabschnitten beginnen zu können.

Im Zuge des Wagenbauprogrammes ist eine Weiterführung des nachträglichen Einbaues einer Notsprechverbindung zwischen Fahrer und Fahrgastraum bei allen Silberpfeilen des Grundnetzes geplant. Ebenso wird der Bau der 45 U-Bahn-Doppeltriebwagen für die U 3 Erdberg — Volkstheater weitergeführt. 24 Doppeltriebwagen werden 1990 fertiggestellt und ausgeliefert. Für die Linie U 6 ist hauptsächlich der Bau von neun Zwischenwagen c6 vorgesehen. (Schluß) roh/bs

Ehrung für Donaustädter Bezirksmandatäre

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ überreichten am Donnerstag Nachmittag im Haus der Begegnung in der Donaustadt Ehrenzeichen des Landes Wien an verdiente Mandatäre des 22. Bezirkes.

Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten: Bezirksrat a.D. Franz BRANDSTÄTTER, Bezirksrat Franz HORVATH, Bezirksrat Dipl.-Ing. Michael NEBEL, Gemeinderat Walter PRINZ, Bezirksrat Kurt SIMSA, Bezirksrätin Gertrude SCHWAB und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Leopold WEDEL.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten: Bezirksrat a.D. Rudolf GRAF, Bezirksrat Johann HADINEC, Bezirksrat Komm.Rat Johann JAKISCH, Bezirksrat Leopold PESEK, Bezirksrat a.D. Ing. Gottfried SCHABBAUER und Bezirksrat Alois SCHUSTER. (Schluß) red/bs

„Silberpfeil“ umrundete 25 mal die Erde

Eine Million Kilometer Fahrleistung

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) 1.000.000 km — in Worten: eine Million Kilometer — weist mit heute, Freitag, der „Tachostand“ des U-Bahn-Triebwagens Nummer „2033“ auf. Erstmals hat damit im Wiener U-Bahn-Betrieb ein „Silberpfeil“ eine siebenstellige Fahrleistung erreicht. Der Wagen hat Wiens U-Bahn-Geschichte komplett miterlebt: Er wurde im November 1976 von der SGP ausgeliefert und hatte einen „offiziellen“ Ersteinsatz am Eröffnungstag der U 1 am 25. Februar 1978, zwischen Reumannplatz und Karlsplatz. Bis heuer wurde er turnusmäßig auf allen bestehenden U-Bahn-Linien eingesetzt. Seinen „einmillionsten Kilometer“ feiert der Veteran heute während seines Einsatzes auf der U 4. In den knapp zwölf Jahren seines Einsatzes hat der „2033er“ — der als Einzeltriebwagen ja nur eine „Hälfte“ der auf der U-Bahn verkehrenden „Doppeltriebwagenzüge“ darstellt — damit überschlagsweise mehr als zehn Millionen Fahrgäste befördert.

Eine Million Kilometer — das entspricht vergleichsweise dem 25fachen Erdumfang oder fast dreimal der Reise zum Mond.

Ein U-Bahn-Doppeltriebwagen — es werden zwei zusammenhängende Triebwagen mit der Bezeichnung „a“- und „b“-Wagen eingesetzt — hat folgende technische Daten:

Gesamtlänge	36,8 Meter
Wagenbreite	2,8 Meter
leere Masse	53.600 Kilogramm
Antriebsleistung	200 Kilowatt
Anfahr- und Bremsbeschleunigung	1,2 m/s ²
Höchstgeschwindigkeit	80 km/h
Sitzplätze	98
Stehplätze	182

(Schluß) roh/bs

Terminvorschau vom 20. November bis 1. Dezember

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 20. November bis 1. Dezember hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 20. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz mit Bundesminister Dr. Walter Geppert und Vbgm. Ingrid Smejkal anl. der „Landessozialreferentenkonferenz“ (Büro Smejkal)

12.30 Uhr, Festakt anl. „20 Jahre U-Bahn-Bau in Wien“ mit Bgm. Zilk, StR. Hatzl (Festsaal, Rathaus)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Prim. Dr. Herbert Haberler, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Holzner, Prim. Dr. Erich Lhotka, Univ.-Prof. Dr. Alfred Rosenkranz und Univ.-Prof. Dr. Herbert Schnack (Roter Salon, Rathaus)

14.30 Uhr, Lesofantenfest mit Vbgm. Smejkal (Haus des Buches, 8, Skodagasse 20)

DIENSTAG, 21. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte), anschließend Landtag

10.00 Uhr, Presseführung durch die Arnulf-Rainer-Ausstellung im Historischen Museum

19.00 Uhr, Eröffnung der Arnulf-Rainer-Ausstellung

MITTWOCH, 22. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte)

DONNERSTAG, 23. NOVEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat (Budgetdebatte)

FREITAG, 24. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressegespräch StR. Swoboda und der Frankfurter Planungsdezernent Dr. Martin Wentz „Der Osten ist in Bewegung — verstärkt sich jetzt die Städtekonkurrenz in (Mittel)Europa?“ (PID)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Rene Clemencic und Hochschulprofessor Alexander Jenner (Steinerner Saal I, Rathaus)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Oberamtsrätin Edith Zenisek, Altenseelsorger Johannes Butschek, Dkfm. Dr. Erich Graf, Elisabeth Gründl und Lucia Schiefthaler (Steinerner Saal, Rathaus)

SAMSTAG, 25. NOVEMBER:

Tag der offenen Tür in der Arthotek (1, Schönlaterng.)

SONNTAG, 26. NOVEMBER:

Familiensonntag

MONTAG, 27. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „WHO-Studie“ (Rudolfspital)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Dr. Jean Jaques Oechslin (Roter Salon, Rathaus)

MONTAG, 27. NOVEMBER (Forts.):

11.00 Uhr, Präsentation einer Müllskulptur, Bgm. Zilk, StR. Häupl
(Kärntner Straße beim U-Bahn-Abgang)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Vbgm. Mayr an Min.-Rat.
i.R. Dr. Friedrich Grubmann, Dr. Alfred Fürst, Dr. Elisabeth Petritsch,
Walter Bärthl, Komm.-Rat Friedrich Horak und Hans Otto Kosteletzky
(Stein.Saal, Rathaus)

18.00 Uhr, Pressekonferenz BV Pfleger, „Sanierung der Allee in der
Hernalser Hauptstraße“ (Hotel Mate, Ottakringer Straße 34-36)

DIENSTAG, 28. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch StR. Schirmer an Revier-
insp. Helmut Gröbner, Bezirksinsp. Johann Zamar, Bezirksinsp.
Wolfgang Blach, Bezirksinsp. Ferdinand Haberler, Insp. Hilmar
Magedler, Insp. Anton Matejka u. Bezirksinsp. Gerhard Reiner (Stein.
Saal, Rathaus)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Vbgm. Smejkal an Dr.
Josefa Breuer und Camillo Heger (Arb.-Zi, Vbgm.)

MITTWOCH, 29. NOVEMBER:

8.30 Uhr, Eröffnung des Symposiums „15 Jahre Gebietsbetreuungen in
Wien“ (Gartenhotel Altmannsdorf, 12, Hoffingerg. 26-28)

10.00 Uhr, Festakt „75 Jahre Teerag-Asdag“

10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding, „Kabel-TV-Wien“
(Rathauskeller, Salon Ziehrer)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger „15 Jahre Gebietsbetreuungen
in Wien“ (Gartenhotel Altmannsdorf, Adr. w.o.)

18.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „75 Jahre Teerag-Asdag“

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen, Podiumsdiskussion „Maria Montessori
— Möglichkeiten für eine humanistische Pädagogik heute“
(Stadtsenatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 30. NOVEMBER:

9.00 Uhr, Eröffnung Enquete „Recht des Kindes“ (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Bgm. Zilk an Dkfm.
Dr. Helmut Andreas Schuster (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Smejkal „Recht des Kindes“ (PID)

FREITAG, 1. DEZEMBER:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch StR. Edlinger an Lorenz
Kugler (Arb.-Zi, Edlinger)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch StR. Edlinger an Rudolf
Pegac (Arb.-Zi, Edlinger)

18.30 Uhr, Begrüßung neuer Staatsbürger, Bgm. Zilk, StR. Schirmer
(Festsaal, Rathaus)

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 2604

FPÖ-Kritik an Budgetvoranschlag

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Kritisch setzte sich Freitag vormittag FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL in einem Pressegespräch mit dem Budgetvoranschlag der Stadt Wien für 1990 auseinander. Er sagte, ein Abgang von 6,6 Milliarden Schilling sei in Zeiten einer guten konjunkturellen Lage unvertretbar. Er sprach sich für eine antizyklische Budgetpolitik aus, die nun Defizite abbauen solle, um bei einem Nachlassen der Konjunktur Impulse setzen zu können.

Als positiv bezeichnete es Hirnschall, daß sich im Budget kein Ansatz für die EXPO finde. Die Weltausstellung solle nicht aus dem Budget finanziert werden und daher sei dies nur richtig und konsequent. Hirnschall sprach sich auch dagegen aus, daß von der Stadt Wien irgendwelche Haftungen oder Bürgschaften übernommen werden.

Wiener Familienmilliarde

In der kommenden Budgetdebatte wird die FPÖ einen Initiativantrag auf Vorlage eines Wiener Familienförderungsgesetzes einbringen. Ziel sei die finanzielle Förderung einkommensschwacher Wiener Familien mit einem Nettoeinkommen bis zu mtl. 15.000 Schilling. Der Familienzuschuß, der nach Familien-Nettoeinkommen sowie Kinderzahl gestaffelt werden soll, würde im Höchstfall 3.500 Schilling monatlich betragen. Hirnschall bekannte sich zur Unterstützung alleinerziehender Elternteile und nannte als Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Förderung die österreichische Staatsbürgerschaft sowie eine vorausgegangene Mindestaufenthaltsdauer in Wien von sechs Monaten. (Schluß) ull/rr

Bereits zehn Millionen Besucher im Kurbad-Oberlaa

1992 wird eine Kneipp-Anlage errichtet

Wien, 17.11. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte am Donnerstag abend im Kurbad-Wien-Oberlaa Frau Helga POLLAK als zehnmillionste Besucherin des Kurbades. Frau Pollak aus Margareten ist ein langjähriger Stammgast des Kurbades. Sie erhielt neben einer Gratulationstorte aus der Kurkonditorei einen Ausweis, der sie lebenslang zum Gratisbesuch des Kurbades berechtigt.

In der anschließenden Pressekonferenz zog Kurdirektor Ing. Josef PUNTSCHART Bilanz über den Kurbetrieb. Seit Eröffnung des Bades im April 1974 wurden zehn Millionen Besucher gezählt. Allein im Vorjahr waren es mehr als 750.000 Badegäste, wobei der bisherige Tageshöchstrekord mit 3.914 Besuchern am 31. Jänner 1988 erreicht wurde. In den 15 Jahren des Bestehens des Bades wurden zahlreiche Erweiterungen vorgenommen; 1974 betrug die Wasseroberfläche 600 Quadratmeter, heute mehr als 1.500 Quadratmeter. Die Wasserqualität und die Hygiene stimmen, betonte der Kurdirektor. Die von ÖVP-Gemeinderat Mag. KAUER vor einiger Zeit vorgebrachten Mißstände hat es nie gegeben. Mag. Kauer, so Ing. Puntschart, hat sich für diese Vorwürfe bereits entschuldigt und sie zurückgenommen.

1992 kommt eine Kneipp-Anlage

An weiteren Ausbauplänen für Oberlaa nannte der Kurdirektor die Einrichtung einer Kneipp-Anlage. 1992 feiert der Wiener Kneipp-Bund sein 100-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß wird auch der Internationale Kneipp-Kongreß in Wien abgehalten. In Wien gibt es bis jetzt keine repräsentative Kneipp-Anlage. Bis zum Jubiläum wird daher im Kurbad-Oberlaa eine solche Kneipp-Anlage errichtet. Zunächst wird im östlichen Teil des Kurparkes ein Kneipp-Lehrpfad in Zusammenarbeit mit Kneipp-Bund und Stadtgartenamt gebaut. Weiters wird innerhalb der Badeanlage ein „Kneipp-Pavillon“ errichtet, in dem sich die Badebesucher mit den Methoden des weltberühmten Pfarrers Kneipp vertraut machen können.

Bäderstudie beweist die Qualität von Oberlaa

Die Bäderstudie attestiert Oberlaa den höchsten Bekanntheitsgrad unter den Wiener Bädern. Nach Oberlaa kommt man in erster Linie des Wassers wegen. Das Thermalbad bietet seinen Gästen ein komplettes Angebot:

- Je zwei Innen- und Außenbecken mit entschwefeltem Thermalwasser, Temperatur 34 bis 36 Grad Celsius, 1.200 Quadratmeter Wasserfläche
- Freischwimmbecken mit 300 Quadratmeter Wasserfläche, Wassertemperatur 28 Grad C
- Kinderbecken mit 18 Quadratmeter
- Drei Sprudelbecken
- Damen- und Herrensauna (je zwei Kammern), je ein Bio-Saunarium für Damen und Herren, vier Eukalyptusstuben, vier Biosolarien, vier Solarien, fünf Helarien
- Ein Badegarten mit einer Fläche von 5.700 Quadratmetern.

Zur erweiterten „Infrastruktur“ des Bades gehören auch Selbstbedienungsrestaurant, Massage, Pediküre und Friseursalon, die alle auch vom Bad aus erreichbar sind. (Schluß) fk/rr

Sicherheitsglas bereits bei Bauordnungs-Novelle vorgesehen

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die Frage des Sicherheitsglases für Wohntüren, wie es gestern von ÖVP-Gemeinderat Ing. Mandahus gefordert wurde, ist bereits für den Entwurf zur Novellierung der Bauordnung vorgesehen. Die ÖVP-Forderung ist damit nicht mehr aktuell, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Wie Schirmer sagte, wurde die Frage des Sicherheitsglases für Glastüren vor allem in Zusammenhang mit einer behindertenfreundlicheren Bauordnung beraten. „Ich sehe daher nun, nachdem diese Forderung auch von einem ÖVP-Mandatar erhoben wird, mit besonderem Interesse der Stellungnahme der Interessensvertretung entgegen“, sagte Schirmer. (Schluß) hrs/szm

Ab morgen wieder Adventzauber und Christkindlmarkt

Wien, 17.11. (RK-LOKAL) Ab morgen, Samstag, wird es bis 24. Dezember, vor dem und im Wiener Rathaus den Wiener Christkindlmarkt und den Adventzauber geben. Die heurigen Attraktionen sind:

- Der traditionelle Christkindlmarkt am Rathausplatz. Täglich von 9 bis 20 Uhr.
- Ein durch Künstlerhand verzauberter Rathauspark. Ebenfalls im Park: ein Postamt „Christkindl“, Eislaufbahn, Ponyreiten, Kinderwunschland und Christkindl-Express.
- Christkindls Werkstatt in der Volkshalle: Kinder malen, backen, töpfern und basteln Weihnachtsgeschenke zum Mitnehmen. Täglich von 9 bis 18 Uhr. Freitag, Samstag und Sonntag bis 19 Uhr.
- Magic Screen: Ein Märchen-Computerprogramm von Elisabeth Vitouch. Täglich von 9 bis 18 Uhr in der Volkshalle.
- Kunsthandwerk aus Österreich: Kunsthandwerker demonstrieren ihre Fertigkeiten. Täglich von 10 bis 18 Uhr in der Volkshalle.
- Erstmals werden beim Christkindlmarkt beim Rathauspark auf der Seite der Universität drei Behindertenparkplätze geschaffen.

Aktion „Lebendige Weihnacht“

In den Festräumen des Wiener Rathauses findet bis 24. Dezember die Aktion „Lebendige Weihnacht“ statt, in deren Rahmen für die Kleinen Kasperltheater und für die Erwachsenen vorweihnachtliche Lieder und Musik geboten werden. Über 80 Chöre aus der BRD, Großbritannien, Italien und Spanien, aber auch nationale Ensembles aus den Bundesländern bringen charakteristische Stücke vorwiegend aus ihrem Heimatbereich.

Gespielt wird an den Freitagen, Samstagen und Sonntagen, jeweils von 14 bis 15.30 Uhr Kasperltheater, anschließend finden bis 18 beziehungsweise 19 Uhr die gesanglichen bzw. musikalischen Darbietungen statt. (Schluß) sei/fk/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Druckerei der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 20. November 1989

Blatt 2610

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- U 6: Alle Garnituren im Einsatz (2611/FS: 17.11.)
- Neuer Leiter der Magistratsabteilung 61 (2612/FS: 17.11.)
- Straßenausbau in Simmering (2613/FS: 18.11.)
- „Julius-Deutsch-Hof“ in Döbling (2614/FS: 19.11.)
- Neuanlegung der Scheffelstraße (2615)
- Lärmschutzmontagen im Knoten Kaisermühlen (2615)
- „Otto-Probst-Platz“ am Wienerberg (2616)
- Dienstag beginnt die dreitägige Budgetdebatte (2618)
- Fünf prominente Mediziner wurden ausgezeichnet (2619/2620)
- Mayr: Gesetze müssen auch in der Weihnachtszeit eingehalten werden (2621)
- Meiselstraße: Bäume müssen wegen U-Bahn-Bau entfernt werden (nur FS/17.11.)

Kultur:

- Frist für Verkehrsflächenbenennungen verkürzt (2614/FS: 18.11.)
- 500.000 Schilling für Orgelrestaurierungen (2617)

Sport:

- Staatsmeisterehrung beim „Phantom“ (2621)

U6: Alle Garnituren im Einsatz

Bereits am 17. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Auf der U6 wurden mit Beginn dieser Woche die Intervalle in den Spitzenzeiten von dreieinhalb auf drei beziehungsweise von fünf auf vier Minuten verdichtet. Dies gab Freitag Verkehrsstadtrat Johann HATZL bei der Pressekonferenz über 20 Jahre U-Bahn-Bau bekannt.

Der Hintergrund dieser Maßnahme: Auf der U 6 werden derzeit tagsüber um bis zu 30 Prozent, während der Spitzenzeiten sogar um 50 Prozent mehr Fahrgäste verzeichnet als zuvor auf der Stadtbahn und der Linie „8“ gemeinsam. Deshalb wurden auch die Betriebszeiten mit den höchsten Frequenzen bis in den Vormittag und wieder beginnend am Nachmittag ausgeweitet. Stadtrat Hatzl dazu: „Wir haben jetzt alles, was an Garnituren zur Verfügung steht, auf der U6 eingesetzt.“

Die zusätzlichen Fahrgäste auf der umgebauten Stadtbahnstrecke und der neu errichteten Verlängerungsstrecke bis zur Philadelphiabrückestrammen im wesentlichen aus Umlagerungen von der U2, Zuwächsen bei den Schnellbahn- und Straßenbahnzubringern (Linie „64“, die auch bereits wesentlich öfter fährt als vor der U6-Inbetriebnahme) sowie von Umsteigern vom Individualverkehr.

Dritte Ausbauphase des U-Bahn-Netzes

Wie Stadtrat Hatzl weiters bekanntgab, gebe es bereits eine mündliche Zustimmung des Finanzministers zu den Verlängerungen der U3 nach Ottakring und Simmering sowie der U6 nach Floridsdorf und Siebenhirten. Die U6 soll auf jeden Fall bis 1995 die Donau überqueren und das EXPO-Gelände anschließen, für die Inbetriebnahme der U3 bis Ottakring und damit die Anbindung an die Vorortelinie gilt derzeit ein Zeithorizont von 1996 bis 1998.

Vorortelinie verlängern

Im Zusammenhang mit der Vorortelinie wiederholte Stadtrat Hatzl seine Forderung nach einer Verlängerung in beiden Richtungen (Preßbaum/St. Pölten sowie Tull/Krems). Die Einpendler aus Niederösterreich müßten dazu gebracht werden, bereits in ihrem Bundesland in ein öffentliches, „schnellbahnähnliches“ und damit entsprechend attraktives Verkehrsmittel umzusteigen. Nach Inbetriebnahme der U3 könnte man dann mit nur einmal Umsteigen direkt von Tulln oder St. Pölten ins Zentrum Wiens gelangen. Park & Ride-Anlagen etwa bei der U4 im Bereich Unter- oder Ober-St. Veit steht Hatzl skeptisch gegenüber: „Wer so weit mit dem Auto in die Stadt fährt, wird auch bis ins Zentrum weiterfahren.“ (Schluß) roh/szm

Neuer Leiter der Magistratsabteilung 61

Bereits am 17. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 17.11. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 61 — Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten — hat einen neuen Leiter. Senatsrat Dr. Erich LEINWEBER wurde Freitag von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in dieses Amt eingeführt. Er folgt damit Obersenatsrat Mag. Roland FUHS, der in den Ruhestand getreten ist.

SR Leinweber, Jahrgang 1943, war bisher in der MA 50 als Abteilungsleiter-Stellvertreter und Leiter der Gruppe Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung tätig.

OSR Fuhs, Jahrgang 1924, hatte die MA 61 seit 1978 geleitet.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte, daß einem österreichischen Paß heute ein besonderer Stellenwert in der Welt zukomme. Die Österreichische Staatsbürgerschaft ist Ziel der Wünsche vieler Menschen. „Wir wollen auch offen sein, wir wollen helfen und keine bürokratischen Hürden aufbauen“, sagte der Bürgermeister, der zugleich darauf hinwies, daß der Stellenwert der Staatsbürgerschaft erhalten bleiben müsse, daß die Staatsbürgerschaft niemandem „nachgeworfen“ werden dürfe. „Wir wollen neue Bürger, die würdig sind, Bürger zu sein!“ Zilk erinnerte daran, daß der Zustrom von Menschen nach Wien keine neue Situation für diese Stadt sei. Um die Jahrhundertwende sind innerhalb von zwei Jahrzehnten 700.000 Menschen zugewandert. Die Hälfte der damaligen Wiener Bevölkerung war nicht in Wien geboren, davon wiederum hatten drei Viertel eine andere Muttersprache als Deutsch. Es dürfe doch, so Zilk, keine Frage sein, daß neue Bürger auch heute integriert werden können.

Stadträtin Christine SCHIRMER unterstrich, daß das Staatsbürgerschaftswesen in einem Stadium der politischen Diskussion und Veränderung sei. Es ist unser Anliegen, die Verleihung der Österreichischen Staatsbürgerschaft für Menschen, die sich dazu bekennen, hier leben zu wollen, zu erleichtern.

Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA wies ebenfalls darauf hin, daß die Aufgaben im Bereich des Staatsbürgerschaftswesens größer und schwieriger geworden sind. In der MA 61 ist es, ohne viel Aufhebens, gelungen, vielen Menschen zu helfen.

Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION betonte, daß die MA 61 mit dem Staatsbürgerschaftswesen über die Bedeutung für den unmittelbar Betroffenen hinaus gesellschaftspolitische Verantwortung trage. Es gehe darum, den im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa zu erwartenden Strom von Menschen so zu kanalisieren und zu integrieren, daß durch die Zuwanderung keine gefährlichen sozialen Spannungen entstehen. Bandion wies auch auf den hohen Stellenwert des Personenstandswesens hin. Die Standesämter sind eine Institution, mit der jeder Bürger dieser Stadt an vielleicht entscheidenden Wendepunkten seines Lebens — Heirat, Geburt von Kindern, Tod naher Angehöriger — zu tun hat. Für die hier tätigen Beamten erwächst daraus ein hohes Maß an Verantwortung, an erforderlichem Takt und Einfühlungsvermögen.

Alle Redner dankten dem scheidenden Abteilungsleiter für seine hervorragenden Leistungen. Für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten überbrachte deren Vorsitzender, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, den Dank an OSR Fuhs und die besten Glückwünsche für seinen Nachfolger.

An der Amtseinführung nahmen auch Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL sowie Mitglieder des Wiener Gemeinderates teil. (Schluß)
ger/bs

Straßenausbau in Simmering

Wien, 18.11. (RK-KOMMUNAL) Im 11. Bezirk sind für die Aufschließung einer großen Wohnhausanlage im Bereich Trinkhausstraße/ Oberleitengasse ein Straßenausbau sowie diverse Adaptierungsarbeiten in den umliegenden Straßenzügen erforderlich, im besonderen Änderungen der Höhenlage im Straßenzug Fuchsröhrenstraße — Trinkhausgasse, der Neubau der Oberleitengasse und der Dr.-Leopold-Abelles-Gasse sowie der Einbau einer Straßenentwässerung. Die Fahrbahnen werden in bituminöser Bauweise ausgeführt, außerdem werden Parkspuren sowie ein Fußweg in der Oberleitengasse angelegt. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung für das Gesamtvorhaben finanzielle Mittel in der Höhe von 6,7 Millionen Schilling. (Schluß)
pz/rr

Bereits am 18. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Frist für Verkehrsflächenbenennungen verkürzt

Wien, 18.11. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Verkürzung der „Interkalarfrist“ für Verkehrsflächenbenennungen von drei Jahren auf ein Jahr. Damit wird dem vielfachen Wunsch Rechnung getragen, die Benennung von Verkehrsflächen nach bedeutenden Persönlichkeiten in kürzerer Frist nach deren Tod vornehmen zu können. (Schluß) gab/rr

„Julius-Deutsch-Hof“ in Döbling

Wien, 19.11. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in der Grinzinger Allee 54 in Döbling in „Julius-Deutsch-Hof“. Julius Deutsch (1884-1968) war ein führender Politiker der Sozialdemokratie in der Ersten Republik.

Er war Staatssekretär für Heerwesen in der Ersten Staatsregierung und bis 1934 Nationalratsabgeordneter. Nach dem Krieg lebte Julius Deutsch als freier Publizist in Wien.

Weiters beschloß der Ausschuß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in der Greinergasse 36 nach dem im KZ Mauthausen verstorbenen Widerstandskämpfer Edwin SCHUSTER in „Edwin-Schuster-Hof“ und die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in der Breitenfurter Straße 184-196 in Liesing nach dem Bezirksvorsteher der Wiederaufbauzeit Johann RADFUX in „Johann-Radfux-Hof“. (Schluß) gab/gg

Bereits am 18. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 19. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuanlegung der Scheffelstraße

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Im 21. Bezirk muß bedingt durch den Neubau einer Wohnhausanlage auf der westlichen Seite der Scheffelstraße im Bereich zwischen der Floridusgasse und dem Kinzerplatz ein Neubau der Scheffelstraße erfolgen, da der bestehende Straßenzug gemäß dem gültigen Bebauungsplan im Bauland liegt und deshalb aufgelassen werden muß. Der neue Straßenzug wird mit einer Fahrbahnbreite von 5,5 Metern und mit Parkspuren mit Baumbesatz sowie mit Grünflächen ausgestattet sein, wofür der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung einen Gesamtbetrag von 2,7 Millionen Schilling genehmigte. (Schluß) pz/rr

Lärmschutzmontagen Im Knoten Kaisermühlen

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Auf der A 23/Südost-Tangente werden im Bereich des Knotens Kaisermühlen auf den Brücken Lärmschutz- und Spritzschutzwände montiert. Die Arbeiten beginnen morgen, Dienstag, 21. November, und werden voraussichtlich einen Monat dauern. Während dieser Zeit wird es untermittags bei den jeweiligen Montagebereichen zu fallweisen Einengungen der angrenzenden Fahrspur kommen. (Schluß) pz/rr

„Otto-Probst-Platz“ am Wienerberg

Wien, 20.11. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß eine Reihe von Straßenbenennungen im Bereich des Wienerberggeländes in Favoriten, darunter die Benennung des Platzes zwischen Bauteil I und Bauteil II nach dem ehemaligen Verkehrsminister und 3. Präsidenten des Nationalrates Otto PROBST (1911-1978) in „Otto-Probst-Platz“.****

Weitere Benennungen im Bereich des Wienerberges:

Der Weg, der von der Biegung der Otto-Probst-Straße zur Gutheil-Schoder-Straße verläuft, wird in „Friedrich-Adler-Weg“ benannt. Friedrich ADLER, der Sohn Viktor Adlers, arbeitete als Wissenschaftler und Publizist. Im Oktober 1916 verübte er das Attentat auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh, den er als Hauptschuldigen am Krieg sah.

Der Platz zwischen den Blöcken 20, 22 und 23 wird nach einem der Begründer der Rote-Falken-Bewegung, Prof. Anton TESAREK, in „Tesarekplatz“ benannt.

Der Verbindungsweg vom zukünftigen Tesarekplatz in Richtung Westen wird nach dem Betreuer des Fußball-„Wunderteams“, Prof. Hugo MEISL, in „Hugo-Meisl-Weg“ benannt.

Der Weg entlang der Kleingartenanlage „Zwillingsee“ wird nach dem Wiener Gemeinderat und Obmann des Zentralverbandes der Kleingärtner, Karl FÜRSTENHOFER (1899-1965), in „Fürstenhoferweg“ benannt.

Die Verkehrsfläche zwischen den Baublöcken 1-24, die Nord-Süd-Verbindung des Bereiches, wird nach dem Widerstandskämpfer und SPÖ-Bezirkspolitiker Josef SEDLACEK, in „Sedlacekweg“ benannt.

Die Verkehrsfläche zwischen den Blöcken 24 und 25 wird nach dem ehemaligen Stadtdechanten für den 10. Bezirk, Pfarrer Raimund JUNGBAUER, in „Jungbauerweg“ benannt. (Schluß) gab/bs

500.000 Schilling für Orgelrestaurierungen

Wien, 20.11. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte 500.000 Schilling als Beitrag für die Restaurierung von drei Orgeln.

100.000 Schilling erhält die Pfarre St. Michael als Nachtragssubvention zur Restaurierung der bedeutenden barocken „Sieber-Orgel“.

Die Pfarre St. Rochus, deren im Jahr 1799 errichtete Orgel unter Beibehaltung des historischen Gehäuses renoviert wird, erhält 200.000 Schilling.

Ebenfalls 200.000 Schilling gehen an die Pfarre St. Nepomuk für die Anschaffung einer neuen Orgel. (Schluß) gab/rr

Dienstag beginnt die dreitägige Budgetdebatte

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt am Dienstag, dem 21. November, zu der für drei Tage anberaumten Budgetdebatte zusammen. Die Sitzung beginnt am Dienstag um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Im Anschluß daran hält Vizebürgermeister Hans MAYR seine Budgetrede. Nach der Generaldebatte werden am Dienstag die Geschäftsgruppen „Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst“ (Stadträtin Christine SCHIRMER), „Stadtentwicklung und Stadtplanung“ (Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA) und „Wohnbau und Stadterneuerung“ (Stadtrat Rudolf EDLINGER) behandelt. Am Abend findet dann noch eine Sitzung des Landtages statt.

Mittwoch, den 22. November, werden die Budgetkapitel „Personal“ (Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA), „Umwelt, Freizeit und Sport“ (Stadtrat Dr. Michael HÄUPL), „Kultur“ (Stadträtin Dr. Ursula PASTERK) sowie „Bildung, Jugend, Familie und Soziales“ (Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL) behandelt.

Donnerstag, den 23. November, stehen die Budgetkapitel „Gesundheits- und Spitalswesen“ (Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER) sowie „Verkehr und Energie“ (Stadtrat Johann HATZL) auf dem Programm. Im Anschluß daran wird der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke behandelt.

Nach der Abstimmung über das Budget und den Wirtschaftsplan findet eine weitere Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates statt. (Schluß)
fk/bs

Fünf prominente Mediziner wurden ausgezeichnet

Stacher überreichte Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zeichnete Montag nachmittag im Wiener Rathaus fünf bekannte Mediziner aus: Univ.-Prof. Dr. Heinrich HOLZNER und die Primärärzte Univ.-Prof. Dr. Alfred ROSENKRANZ, Univ.-Prof. Dr. Herbert SCHNACK, Dr. Herbert HABERLER und Dr. Erich LHOTKA erhielten das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Professor Holzner ist seit 1969 ordentlicher Universitäts-Professor für Pathologie und Vorstand des Instituts für Pathologische Anatomie der Universität Wien. Neben der Reorganisation und dem Aufbau seines Instituts, der Errichtung von Abteilungen für Histochemie, Molekular-Pathologie, Zytologie, Hämatopathologie und Zellbiologie führte er die EDV-Dokumentation sowie das interdisziplinäre Knochengeschwulstregister am Institut für Pathologie ein. Prof. Holzner ist Präsident nationaler und internationaler Fachgesellschaften und kann auf zahlreiche Publikationen, darunter das Lehr- und Arbeitsbuch für Pathologie in der 4. Auflage, verweisen.

Professor Rosenkranz ist seit 1964 Primarius der Kinderklinik der Stadt Wien — Glanzing. Er widmete dort einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit dem Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit, die von 26 Promille im Jahr 1974 auf acht Promille heute zurückging. Das an der Kinderklinik Glanzing 1974 errichtete Intensiv-Neonatologie-Zentrum war eine Musterstation für ähnliche Zentren in den Bundesländern und auch im Ausland. Es wurde auch ein rund um die Uhr einsatzbereiter Transportdienst für die einer Intensivtherapie bedürftigen Neugeborenen eingerichtet. Bis heute wurden rund 7.600 Neugeborene in die Kinderklinik Glanzing transportiert. In Glanzing wurden auch eine Risikoambulanz für entwicklungsgestörte Kinder und Spezialambulanzen für kindliche Diabetiker, Nierenkrankheiten und Kardiologie eingerichtet.

Professor Schnack arbeitete seit dem Jahr 1965 im Rahmen der Gesundenuntersuchungen der Stadt Wien mit. Durch großen persönlichen Einsatz reorganisierte er diese Untersuchungen und dehnte sie auf die Früherkennung von Stoffwechselkrankheiten aus, so daß Wien heute ein besonders umfangreiches Untersuchungsprogramm hat. 1970 wurde Prof. Schnack zum Vorstand der 1. Medizinischen Abteilung des Wilhelminenspitals berufen. In der Österreichischen Krebsgesellschaft — Krebsliga setzte er sich besonders für die Aktion „Kampf dem Krebs“ ein, vor allem für die Verbesserung der endoskopischen Untersuchungen und die Einführung der Computertomographie in Österreich. Durch mehr als 160 wissenschaftliche Arbeiten und viele Referate im In- und Ausland hat Prof. Schnack wesentlich zum guten Ruf der Wiener medizinischen Schule beigetragen.

Dr. Haberler ist seit 1975 Primararzt im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien — Baumgartner Höhe. Er wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer forensischen Abteilung zur Betreuung, Behandlung und Rehabilitation geisteskranker Rechtsbrecher aus ganz Österreich betraut. Außerdem baute er eine Rehabilitationsstation für chronische Alkoholiker auf, in der durch ein spezielles sozialpsychiatrisches Angebot besonders jene Alkoholiker erfaßt werden, die entwöhnungswilling sind. Primarius Haberler unterrichtet an der Krankenpflegeschule des Psychiatrischen Krankenhauses und ist gerichtlich beeideter Sachverständiger für Psychiatrie und Neurologie.

Primarius Lhotka wurde 1978 zum Vorstand der 6. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz der Stadt Wien ernannt. Er setzte sich besonders für die Rehabilitation alter Menschen ein und verbesserte die Betreuung der Patienten wesentlich durch die Einführung der physikalischen und der Ergotherapie. Als Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie ist er um die weitere Entwicklung der Geriatrie und der Sozialmedizin bemüht. (Schluß) sc/rr

Staatsmeisterehrung beim „Phantom“

Wien, 20.11. (RK-SPORT) Im Rahmen einer Sondervorstellung des Erfolgsmusicals „Phantom der Oper“ wurden gestern, Sonntag, im Theater an der Wien 417 Sportler und Sportlerinnen geehrt, die im Jahre 1988 Staatsmeistertitel für die Bundeshauptstadt in 44 Disziplinen errungen haben.

Für die Teilnehmer gab es Erinnerungsgeschenke der Stadt, stellvertretend für alle überreichte Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL Christine PRASICEK und Karl IGL dieses Präsent. (Schluß) hof/rr

Mayr: Gesetze müssen auch in der Weihnachtszeit eingehalten werden

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Aufforderung von ÖVP-Stadtrat Walter NETTIG im Montag-Kurier, die Kurzparkzonen in den Geschäftsstraßen während der Weihnachtszeit weniger zu überprüfen, stellte Wiens Finanzstadtrat gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß das ja fast eine Aufforderung zur Vernachlässigung der vom Gesetz auferlegten Pflichten darstelle. „Ich kann daher, weil ich vom Gesetz dazu verpflichtet bin, nicht auf die Überprüfung der Kurzparkzonen — weder in der Weihnachtszeit noch zu anderen Terminen — verzichten“, betonte Mayr.

Wenn allerdings die Wiener Handelskammer glaube, in den Geschäftsstraßen auf die Kurzparkzonen verzichten zu können, dann könne sie ja die entsprechenden Anträge stellen und, so Mayr, „ich bin gerne bereit, diese Aufhebung zu unterstützen.“

Zweckmäßiger wäre es allerdings, wenn die Wiener Handelskammer aus den Zwangsbeiträgen ihrer Mitglieder jene Mittel aufbringt, damit die Geschäftsleute ihren Kunden die Kurzparkgebühren ersetzen könnten, schloß Mayr. (Schluß) fk/bs

Postfach vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 21. November 1989

Blatt 2622

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Smejkal für bundesweite Regelung der Hauskrankenpflege (2623/FS: 20.11.)
- Landesjugendreferat im Museum für Völkerkunde (2626)
- Wiener Gemeinderat (2628-2638)
- Zilk schlägt „Marshall-Plan“ für die Oststaaten vor (2639)
- Wiener Landtag (2640)
- Auffahrunfall beim Schottentor: „44er“ auf „43er“ (nur FS)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmung in Atzgersdorf (2624)

Kultur:

- Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien 1990 (2625)
- Rosa Mayreder als Librettistin von Hugo Wolf (2627)
- Arnulf Rainer-Ausstellung im Historischen Museum (2627)

Smejkal für bundesweite Regelung der Hauskrankenpflege

Interministerielle Arbeitsgruppe wird bis Mai beraten

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Bei der Landessozialreferentenkonferenz, die Ende vergangener Woche in Wien stattgefunden hat, trat Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL dafür ein, wovon im Bereich der Hauskrankenpflege als auch im Bereich der Pflegesicherung für Behinderte und alte Menschen, bundesweit entsprechende Regelungen zu treffen. In einem Pressegespräch heute Montag, sicherte Bundesminister Dr. Walter GEPPERT zu, daß eine einheitliche Lösung für ganz Österreich auch in seinem Sinne sei. Bis Mai werde der Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe vorliegen, der konkrete Vorschläge beinhalten wird. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen würden aber zweifellos erst in der nächsten Legislaturperiode erlassen werden können.

Zur Frage der Finanzierung der Hauskrankenpflege vertrat Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal, wie sie in dem Pressegespräch erläuterte, den Standpunkt, daß eine finanzielle Abdeckung der Hauskrankenpflege nur als Pflichtleistung aus der Krankenversicherung erfolgen könne, da Hauskrankenpflege ein Teil der gesamten Krankenpflege sei und — neben den sozial und menschlich positiven Aspekten — wesentlich zur Entlastung der Spitäler beiträgt.

Ausbildung für Behinderten- und Altenpflege kombinieren

Es erscheint aus Wiener Sicht nicht zielführend, gesondert AltenpflegerInnen auszubilden. Viel eher möchte man den Weg beschreiten, nicht-diplomiertes Pflegepersonal, aber auch Heimhelferinnen durch eine entsprechende Ausbildung in die Lage zu versetzen, sowohl im Spital als auch außerhalb Pflegearbeit zu leisten.

Pflegebedürftige: Geld allein löst Probleme nicht

So wichtig finanzielle Zuschüsse für Menschen, die Pflege brauchen, sind, so zeigt doch die Erfahrung, daß es nicht immer möglich ist, daß sich pflegebedürftige Menschen gewissermaßen auf dem freien Markt geeignete und qualifizierte Pflege beschaffen, stellte Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal fest. Sachleistungen (wie Maßnahmen zur Eingliederungshilfe, Hilfe zur Unterbringung, Wohnheime, soziale Dienste etc.) müssen die Geldleistungen (Pflegegelder) ergänzen.

Arbeitsplätze für Behinderte: Wirtschaft muß mithelfen

Die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze für Behinderte ist ohne entsprechende Bereitschaft der Wirtschaft nicht möglich, auch dann nicht, wenn der öffentliche Dienst verstärkt seinen Beitrag dazu leistet, meinte Vizebürgermeisterin Smejkal. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung soll verstärkt erreicht werden, daß die Wirtschaft sich nicht wie bisher in vielen Fällen durch Abschlagszahlungen von ihrer Verpflichtung gegenüber Behinderten freikaufte. Zur Zeit wird seitens der Stadt Wien in vielen Einzelgesprächen mit Personalchefs und in eigenen Informationsveranstaltungen im WIFI versucht, die Unternehmer verstärkt zur Einstellung von Behinderten zu motivieren. Der Magistrat der Stadt Wien hat in den vergangenen drei Jahren 350 Behinderte eingestellt und wird bis 1992 seine Einstellungsverpflichtung voll erfüllt haben.

Wien erhöht Richtsätze

Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal berichtete, daß Wien ab 1.1.1990 die Richtsätze der Sozialhilfe, des Pflegegeldes und der Blindenbeihilfe um drei Prozent erhöhen wird. Die allgemeine Erhöhung für Pensionen nach dem ASVG wird bekanntlich ebenfalls drei Prozent betragen. ASVG-Pensionen mit Ausgleichszulage werden durch die Gewährung fixer Sockelbeträge (300 bzw. 430 Schilling) um ca. 5,8 Prozent erhöht. (Schluß)
emw/bs/rr

Bereits am 20. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Neue Flächenwidmung in Atzgersdorf

Wien, 21.11. (RK-BEZIRKE) In Liesing-Atzgersdorf ist eine Änderung des bisherigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vorgesehen. Er betrifft das Gebiet zwischen Liesingbach, Altmannsdorfer Straße, Anton-Baumgartner-Straße sowie Kripsgasse bzw. Mühlbreiten.

Folgende Ziele sollen erreicht werden: Sicherung und Erweiterung der Grünzone an der Liesing, da die Stadt Wien angrenzende Grundflächen erwerben konnte; Überprüfung der Parkplatzsituation, da durch Neubauten und Zunahme der PKW ein Stellplatz-Defizit entstanden ist.

Der Entwurf (Plan Nr. 6173) liegt vom 23. November bis 21. Dezember in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, von Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr (Donnerstag bis 17.30 Uhr) zur Einsicht und Stellungnahme auf.
(Schluß) smo/rr

Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien 1990

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) 1990 kommt der Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien zum dritten Mal zur Vergabe. Der Preis wurde 1985 anlässlich des 85. Geburtstages von Ernst Krenek gestiftet. Er ist mit 100.000 Schilling dotiert und wird alle zwei Jahre an einen Komponisten oder Musikschriftsteller vergeben. Die bisherigen Preisträger sind Rene STAAR und die in Wien lebende japanische Komponistin Kyoko ABE.

Die Bewerbungen für den Ernst-Krenek-Preis 1990 sind bis 31. März 1990 an die Kulturabteilung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, zu richten.

Die Bewerber sollen ihren Wohnsitz in Wien haben oder der Stadt besonders nahe stehen. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf mit Beschreibung des künstlerischen Werdeganges und das Werk, das für den Preis eingereicht wird, beizugeben. Der Preis wird von der amtsführenden Stadträtin für Kultur aufgrund des Vorschlages einer Jury zuerkannt. Die Verleihung erfolgt zu Beginn der Konzertsaison und ist, wenn es sich um eine Komposition handelt, mit der Aufführung des preisgekrönten Werkes verbunden. (Schluß) gab/rr

Landesjugendreferat im Museum für Völkerkunde

„Kleider von nebenan“ und „Nikolausfest hier und anderswo“

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen zweier Ausstellungen im Museum für Völkerkunde ist auch das Landesjugendreferat vertreten: Während sich im Museum für Völkerkunde alles um exotische Trachten und Schmuckarten dreht, wird die Aktion „Kleider von nebenan“ veranstaltet. Sie läuft vom 22. bis 26. November, Mittwoch von 10 bis 17 Uhr, Donnerstag, Freitag und Samstag von 10 bis 13 Uhr und Sonntag von 9 bis 13 Uhr.

Dabei haben Kinder die Möglichkeit, sich selbst als Designer zu versuchen, sie können verschiedene Schmuckstücke selbst anfertigen und damit ihre Kreativität beweisen. Zum Abschluß gibt es eine Ausstellung der schönsten Werkstücke. Jeder Besucher kann die selbstgefertigten Schmuck- und Kleidungsstücke übrigens mit nach Hause nehmen.

Alles über den Nikolaus

„Nikolaustime“ ist vom 2. bis 6. Dezember im Völkerkundemuseum. Dazu wird die Aktion „Das Nikolausfest hier und anderswo“ veranstaltet, die eine Auseinandersetzung der Kinder mit diesem kulturellen Phänomen ermöglicht. Über die lange Geschichte des Nikolaus wird in Form von Mitmach-Aktionen informiert. Aktionszeiten: Samstag, 2. Dezember und Sonntag, 3. Dezember, 10 bis 13 Uhr, Montag, 4. Dezember, 9 bis 13 Uhr, Dienstag, 5. Dezember, 9 bis 17 Uhr. (Schluß) ull/rr

Rosa Mayreder als Librettistin von Hugo Wolf

Beispiele aus der Oper „Der Corregidor“ im Historischen Museum

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) Beispiele aus der Oper „Der Corregidor“ sind am Donnerstag, dem 23. November, 19 Uhr, im Historischen Museum der Stadt Wien zu hören. Der Opernabend, der als Begleitprogramm zur Ausstellung „Aufbruch in das Jahrhundert der Frau? Rosa Mayreder und der Feminismus in Wien“ stattfindet, gibt ein Beispiel für die Tätigkeit Rosa Mayreders als Opernlibrettistin. Die Musik zu „Der Corregidor“ stammt von Hugo Wolf. Die Operausschnitte werden von Studierenden der Hochschule für Musik und darstellende Kunst präsentiert. Vor Veranstaltungsbeginn, um 18.15 Uhr, findet eine Kurzführung durch die Ausstellung statt.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Mayreder-Ausstellung:

- 28. November 1989: „Bilanz 100 Jahre österreichische Frauenbewegung: Gleiche Gesetze — gleiche Chancen?“ Podiumsdiskussion mit Staatssekretärin Johanna Dohnal
- 7. Dezember 1989: Traditionelle und neue Frauenlieder aus Wien. (Schluß) gab/bs

Arnulf Rainer-Ausstellung im Historischen Museum

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 22. November 1989 bis 28. Jänner 1990 die Ausstellung „Arnulf Rainer“. Nach dem Guggenheim Museum, New York, und dem Museum of Contemporary Art, Chicago, ist Wien die erste europäische Station dieser vom Haags Gemeentemuseum, Den Haag, zusammengestellten Schau. Ausgehend von den frühen Übermalungen der 50er-Jahre dokumentiert die Ausstellung exemplarisch alle wichtigen Stationen in Rainers Werk. In seinen meditativen Übermalungen, den „Kreuzbildern“, der „Fingermalerei“, den „Face Farces“ und den „Body Poses“ präsentiert sich Rainers Kunst als ebenso vielgestaltig wie komplex, widersprüchlich wie geschichtsverbunden.

Das Historische Museum der Stadt Wien entspricht mit dieser Ausstellung dem Auftrag, sich auch in besonderer Weise der Gegenwartskunst, der Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte als Teil unserer unmittelbaren Geschichte zu stellen.

Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Der reichbebilderte Ausstellungskatalog kostet 250 Schilling. (Schluß) gab/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Dienstag um 9 Uhr zu seiner für drei Tage anberaumten Budgetdebatte zusammen. Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet:

Er fürchte die Meinung der Bevölkerung nicht, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Beantwortung der ERSTEN ANFRAGE von GR Mag. Franz KARL (ÖVP) über eine mögliche bezirkswise Volksbefragung bezüglich der Linie 8. Sobald die nötige Unterschriftenzahl erreicht sei, so Zilk, werde er eine Diskussion zwischen den Parteien über die Durchführung dieser Befragung veranlassen. Eine Abgrenzung des Einzugsbereiches der Linie 8 sei allerdings problematisch, da diese Verkehrsverbindung, die durch die leistungsstärkere U 6 ersetzt wurde, viele Bezirke und viele Bewohner betreffe.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Mag. KAUER (ÖVP), welche Initiativen er gesetzt habe, um den provokanten Auftritt des Schriftstellers Irving in Wien zu verhindern, sagte Bgm. Zilk, er habe nur anzeigen und intervenieren können. Nach Kenntnis der Sachlage habe er sofort den Innenminister und den Polizeipräsidenten verständigt. Es wäre nun nötig, so Zilk, die Justiz zu befragen, warum gegen Irving in Wien kein Haftbefehl vorgelegen sei. Es sei ihm nicht bekannt, betonte Zilk, daß der Polizeipräsident eine Weisung des Innenministers, Irving festzunehmen, abgelehnt haben soll.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR WURM (SPÖ), welche Auswirkungen der Resolutionsantrag über das Verbot wirtschaftlicher Beziehungen mit der Republik Südafrika hat, antwortete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, daß dafür Vorsorge getroffen ist, keine Produkte aus diesem Land für die Stadt Wien anzuschaffen. So verhalten sich auch die Stadtwerke und die Wiener Holding. Auch die Kontrahenten der Stadt Wien müssen die Herkunft ihrer Produkte nachweisen. Wien hat sich damit dem Beschluß der Bundesregierung angeschlossen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR NEUMANN (SPÖ), wann der letzte Teil des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus aufgestellt werde, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, der letzte Teil, das „Tor der Gewalt“, werde voraussichtlich erst innerhalb Jahresfrist fertiggestellt werden können. Es müsse ein 27 Tonnen schwerer Marmorblock bearbeitet werden, und schöpferische Prozesse könnten nicht einem Netzplan — wie Bauprojekte — unterworfen werden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Pläne bisher umgesetzt werden konnten, die zum Ankauf des Bierlokals Oberbayern geführt hatten, erklärte Vbgm. MAYR, das Lokal wurde angekauft, um für die Weiterentwicklung des Praters in den nächsten Jahren neue Flächen zur Verfügung zu haben. Bisher wurden keine endgültigen Verwertungspläne erstellt, aber es werde sicher zu einer Lösung im Einvernehmen mit den Praterunternehmern kommen, betonte Mayr. Bezüglich der eventuellen Unterbringung eines Wachfigurenkabinetts meinte Mayr, dies sei durchaus vorstellbar, allerdings gebe es noch Probleme bei der Herstellung der Figuren.

Die ÖBB habe erste detaillierte Informationen über das Projekt „Bahnhof Wien“ als Durchgangsbahnhof im Bereich des Süd- und Ostbahnhofs vorgelegt, erklärte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR Ing. Rolf HUBER (SPÖ) über die Auswirkungen des ÖBB-Projekts auf das innerstädtische Verkehrssystem und die Stadtstruktur. Durch dieses Projekt mit dem Zubringer unter dem Lainzer Tiergarten könnte ein Teil des Güterverkehrs aus der Verbindungsbahn genommen werden. Er habe die ÖBB gebeten, Varianten zu überprüfen. Der neue Bahnhof könne bis zur Weltausstellung sicher nicht fertiggestellt werden.

Zur Zukunft des Westbahnhofs sagte Swoboda, daß mit der Errichtung des neuen Bahnhofs große Teile des Westbahnhofs stadtgerechter genutzt werden könnten, eventuell sei auch eine Verlegung der Westeinfahrt möglich, wenn diese gedeckt erfolgt.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR Mag. Ruth BECHER (SPÖ) über Übertretungen im Rahmen der Bauordnung teilte Stadtrat Dr. SWOBODA mit, daß die Ursache für Übertretungen nicht in unzureichenden Bestimmungen liege. Seitens der Bauherren, die beispielsweise Instandhaltungspflichten verletzen, werde meist mit wirtschaftlichen Gründen argumentiert. Leider gebe es vor allem in Schutzzonen wiederholt Übertretungen der Bauordnung. Er habe die Anweisung gegeben, in Zukunft gegen Bauherren und gegebenenfalls auch gegen Architekten strenger vorzugehen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR BRIX (SPÖ) berichtete Stadtrat Dr. Swoboda, daß bei einer Enquete Anfang November dieses Jahres für das Schloß Neugebäude eine schrittweise Vorgangsweise vorgeschlagen wurde. Es sei geplant, das Schloß Neugebäude in Wien bekannter, attraktiver und für die Bevölkerung benutzbarer zu machen. Dies könnte unter anderem durch Veranstaltungen und durch eine entsprechende Gestaltung des Gartens geschehen. Im Detail gebe es aber noch keine konkreten Pläne darüber, welche Teile des Areals in welcher Form instandgesetzt würden. Swoboda bekannte sich dazu, daß die baulichen Entscheidungen nur in Abstimmung mit der geplanten Nutzung getroffen werden können, und daß eine etwaige Gesamtkonstruktion nur schrittweise im Verlauf des nächsten Jahrzehnts erarbeitet werden kann. Veranstaltungen wären frühestens 1991 möglich.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ) über die Erfahrungen mit dem „Dogofanten“ sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), der „Dogofant“ sei vom 23. Mai bis 14. Juli hauptsächlich in der Innenstadt und den Fußgängerzonen sowie in Bereichen des 2. und 5. Bezirkes im Einsatz gewesen. Die Leasing-Firma sei allerdings der Ansicht, daß für sie erst ein Einsatz von mindestens fünf dieser Geräte rentabel sei. Andererseits könnten um diesen jährlichen Betrag von etwa fünf Millionen Schilling in der MA 48 rund 20 Arbeiter beschäftigt werden. Man werde, sagte Häupl, das Netz der Straßenkehrer sicherlich verdichten, müsse aber auch die Aufklärung und den Dialog mit den Hundehaltern forcieren. Die Entscheidung über den „Dogofanten“ sei noch nicht endgültig getroffen.

Angelobung von Gemeinderäten

Statt der aus dem Wiener Gemeinderat ausgeschiedenen SPÖ-Mandatarin Eleonore HOSTASCH wurde die 1952 in Jois, Bgld. geborene und seit 1984 im Stadtgartenamt tätige kaufmännische Angestellte Hermine MOSPOINTNER (SPÖ) als neue Gemeinderätin angelobt. Mospointner ist seit 1987 Bezirksrätin in Favoriten.

Budgetrede Mayr

Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Gemeinderat möge den Budgetentwurf 1990 mit Einnahmen von 81,8 Milliarden und Ausgaben von 88,4 Milliarden bei einem Abgang von 6,6 Milliarden Schilling genehmigen. Mit dem Budget 1990, so Mayr, könne man zuversichtlich in das letzte Jahrzehnt dieses Jahrtausends gehen. Das Budget 1990 enthalte erstmals einen Beitrag in der Höhe von 100 Millionen zur Hilfe in den osteuropäischen Ländern, es sei von einem Geist der Weltoffenheit getragen.

Die Kommunalpolitik der 90er Jahre müsse sozial und umweltbetont sein. Und zur sozialen Kommunalpolitik gehöre, daß im kommenden Jahrzehnt in Wien mehr Wohnungen gebaut werden müssen als in den achtziger Jahren. zur umweltbetonten Kommunalpolitik gehören attraktive öffent-

Forts. von Blatt 2628

Forts. auf Blatt 2630

Forts. von Blatt 2629

liche Verkehrsmittel. So enthalte das Budget 1990 für die U-Bahn Investitionen in der Höhe von 9,2 Milliarden. Die U 6-Verlängerung nach Floridsdorf ist mit 361 Millionen dotiert. Mit den Investitionen in das Wasserleitungsnetz können die Wasserverluste weiter verringert werden, angepeilt wird die Traumgrenze von sechs Prozent. Mayr urgierte umweltfreundliche bundeseinheitliche Regelungen, z.B. für Verpackungsmaterial, die für eine umweltbetonte Kommunalpolitik nötig seien.

Die Ausgaben für die Gesundheit steigen um 10,6 Prozent, das ist weit höher als die Inflationsrate, sagte Mayr. Mit 17,7 Milliarden fließt bereits ein Fünftel der Gesamtausgaben in den Bereich Gesundheit. In den Spitälern werden 1.895 neue Dienstposten geschaffen.

Mayr sprach sich für umfassende Reformen im Gesundheitswesen aus. Die Financiers im Gesundheitswesen müßten einen gemeinsamen Nenner für eine optimale Gesundheitsversorgung erarbeiten. Mayr schlug eine Girozentrale der Gesundheitsfinanciers vor, die ohne großen Apparat die verschiedenen Geldströme zusammenfassen sollte. Gleichzeitig sollten die Spitäler durch den Ausbau der vor- und nachgelagerten Einrichtungen sowie durch die Einbeziehung der Pflege entlastet werden. Das Gesundheitswesen selbst müßte dezentral organisiert werden.

Die Wiener Wirtschaftsentwicklung soll durch Weltoffenheit und durch ein liberales Wirtschaftsklima dynamischer werden. Wien benötige mehr Arbeitsplätze. Mayr sprach sich dafür aus, die Ausländerbeschäftigung liberaler zu handhaben. Die Arbeitsgenehmigung sollte künftig dem Arbeitnehmer und nicht so wie bisher dem Arbeitgeber gegeben werden. Auch die Anmeldefrist bei der Sozialversicherung, sie beträgt derzeit drei Tage, sollte fallen, die Anmeldung müßte sofort erfolgen, das ermögliche eine Überprüfung der Schwarzarbeit.

Die Stadtverwaltung fördere unbürokratisch und effizient die Wirtschaft. Im Budgetentwurf sind 27,4 Milliarden Schilling an nachfragewirksamen Ausgaben enthalten.

Zu den politischen Veränderungen im Osten Europas meinte Mayr, die Lage Wiens im geographischen Zentrum des Kontinents biete große Chancen. Diese Chancen sollten genutzt werden. „Was wir in den nächsten Monaten versäumen, ist ein Versäumnis für immer“, sagte Mayr.

Entgegen den früheren Prognosen sei Wien keine sterbende Stadt. Die Wanderungsbilanz sei positiv. Das stelle den Schulen und den Bildungseinrichtungen zusätzliche Aufgaben. Die bestmögliche Ausbildung der Kinder sei die Garantie für den Lebensstandard von morgen.

Generaldebatte

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß das Defizit trotz positiver Konjunkturlage praktisch unverändert hoch geblieben sei. Die Grundsätze der antizyklischen Budgetpolitik würden jetzt eigentlich die Bildung von Reserven vorsehen. Zumindest müßte aber das Defizit geringer werden. 1990 wird der Schuldendienst geringer, und werden die Ertragsanteile des Bundes steigen. Diese zusätzlichen Mittel werden jedoch kaum für effektive Investitionspolitik verwendet. Die Ausgaben im Wohnbau gingen sogar dramatisch zurück. Parallel zur Kürzung der Bundesförderung habe auch Wien seinen 500 Millionen-Schilling-Anteil, der bisher beigetragen worden war, ausgesetzt. Angesichts erwartbarer Zuwanderungen aus den östlichen Nachbarländern und zahlreicher vorgemerkter Wohnungssuchender wären jedoch Wohnbaugelder dringen notwendig. Hirnschall räumte ein, daß Wien für viele Ausgaben für den Bund in Vorleistung treten muß, weil die Bundesmittel nicht vereinbarungsgemäß bereitgestellt werden. Das betreffe unter anderem auch die Familienpolitik, und die FPÖ werde im Landtag die Schaffung einer Familienhilfe zur Diskussion stellen, die einkommensschwachen Familien Erleichterungen bringen würde. Entschie-

Forts. auf Blatt 2631

Forts. von Blatt 2630

den sprach sich Hirnschall gegen den Einsatz öffentlicher Mittel für die EXPO 1995 aus. Es sei aber auch bedenklich, daß private Investoren Projekte in diesem Zusammenhang vorsehen, deren Aufwand dem vierzigfachen des Konferenzentrums entspräche. Massive Eingriffe in das Stadtbild seien zu befürchten. Andererseits müßten Projekte wie die Verlängerung von U 1 und U 6, der Ausbau des Schnellbahnnetzes und die Schaffung von Park-and-Ride-Anlagen am Stadtrand auch ohne EXPO dringend verwirklicht werden. Abschließend wandte sich Hirnschall gegen die Wiener Gebührenpolitik, die für das kommende Jahr Erhöhung bei Wasser und Müllabfuhr bringe, obwohl dort die Kostendeckung auch ohne Erhöhung erreicht sei. Alle diese Gesichtspunkte seien ausschlaggebend dafür, daß die FPÖ den Voranschlag 1990 ablehnen werde, schloß Hirnschall.

Die Wiener ÖVP könne dem Rechnungsvoranschlag nicht zustimmen, weil er von Struktur und Tendenz nicht einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung entspreche, sondern nur eine Zahlenfortschreibung sei, erklärte GR Dr. PETRIK (ÖVP). Ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte wurden nicht berücksichtigt, sodaß keine ökosoziale Stadtpolitik gemacht werden könne. Ein Budget müsse Prioritäten setzen, die auch über ein Jahr hinausgehen, wie etwa beim öffentlichen Verkehr, der doppelt so schnell und halb so teuer werden müsse. Erfreut äußerte sich Petrik darüber, daß die FPÖ als „Trittbrettfahrer“ jetzt bei Forderungen der ÖVP aufspringe und etwa die Forderungen der ÖVP zum öffentlichen Verkehr, der Familienpolitik usw. übernehme.

Petrik kritisierte den sorglosen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. In Wien werde wertvolles Trinkwasser noch immer verschwendet. Es sei an der Zeit, sich ernsthaft mit der Frage von Nutzwasserleitungen oder dem Schlagen neuer Brunnen zu beschäftigen. Falsch sei es, meinte Petrik, den Wienern das Autofahren verbieten zu wollen. Besser wäre es, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten. Weiters forderte er ein Müllkonzept, das eine Umstellung möglich mache. Ziel müsse es sein, Müll nicht zu verbrennen, sondern Müll zu vermeiden. Ein Budget müsse Initiativen in dieser Richtung setzen. Das vorliegende Budget deute zwar verbal in diese Richtung, der Weg werde aber nicht begangen, sondern mit der Erhöhung der Gebühren werde eine aggressive Tarifpolitik betrieben.

Petrik wiederholte das klare JA der Wiener ÖVP zur Weltausstellung, die dem Steuerzahler aber nichts kosten dürfe. Es wäre ein Gebot der Stunde gewesen, daß Wien etwa zur Vorfinanzierung von Park-and-ride-Plätzen im Budget Vorsorge getroffen hätte. Von den insgesamt 9.000 geplanten Parkplätzen sind nur 380 in einem konkreten Stadium.

Bei der Dezentralisierung gebe es im Budget keine Weiterentwicklung, bemängelte Petrik, sondern es sei sogar eine Reduzierung der Ansätze für die Bezirke festzustellen. Ein wesentliches Anliegen der ökosozialen Stadtpolitik sei auch die direkte Mitsprache und Entscheidung der Bürger. Daher sei die Fünf-Prozent-Klausel bei Volksbefragungen zu hoch, und es müssen auch die Bürger in Stadtteilen und Bezirken die Chance zur direkten Mitsprache erhalten.

GR Ing. SVOBODA (SPÖ) bezeichnete den Budgetvoranschlag für 1990 als gelungen und zukunftsbejahend, es gebe um 5,1 Prozent mehr Mittel für Investitionen, um 14,4 Prozent mehr Mittel für Instandhaltung, der Schuldenstand werde sich verringern, das Budget sei sozial ausgewogen, und die Erfordernisse der Dezentralisierung seien berücksichtigt. Svoboda wertete es als absolut unseriös, die Erhöhung der Müll- und Wassergebühren als Verschlechterung der Lebensbedingungen in Wien zu bezeichnen. Immerhin sei Wien die einzige Millionenstadt der Welt, die mit Gebirgsquellwasser versorgt wird. In der von GR Hirnschall angeschnittenen Frage eines Erziehungsgeldes vertrete er den Standpunkt, daß verantwortungsbewußte Familienpolitik nicht durch Geldleistungen ersetzt werden könne. Gerade Wien verfüge über eine Fülle von Einrichtungen für Familien und

Forts. auf Blatt 2632

Kinder, die beweist, welch hohen Stellenwert die Familienpolitik in Wien seit jeher besitzt.

Der im Budget vorgesehene Abgang von 6,6 Milliarden Schilling sei durchaus verantwortbar, da in den Jahren 1990/91 wichtige Maßnahmen, vor allem im Gesundheits- und Spitalsbereich, gesetzt werden müßten. Svoboda bekannte sich zur Dezentralisierung, die noch weiter entwickelt werden soll. Zu überlegen sei eine Form des Mitspracherechtes für türkische und jugoslawische Mitbürger auf Bezirksebene. Svoboda bezeichnete es als undemokratisch, wenn zehn Prozent der Wohnbevölkerung von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Er regte ein Überdenken der Ausländerpolitik bei allen Parteien an.

Svoboda kündigte für die Zukunft ernste Probleme trotz intensiver Budgetkonsolidierungsmaßnahmen an, da die Umverteilung durch den Finanzausgleich immer stärker zu Lasten Wiens gehe, die „Fremdpatienten“ das Budget bereits mit einer Milliarde Schilling belasten und Wien Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr hat, die anderswo fast ausschließlich von Bahn und Post getätigt werden. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft habe die Sozialpolitik entscheidend verändert. Unter anderem werde man die Probleme des Personalmangels in Spitälern und der Versorgung Pflegebedürftiger lösen müssen. Heftige Kritik übte Svoboda an der ÖVP-Forderung eines „Wegweiserechts“. Dieser Vorschlag mache einer Partei, die sich als ökosozial bezeichnet, keine Ehre. Das Obdachlosenproblem könne man wohl nicht durch die Schaffung einer „Bannmeile“ rund um Wien lösen. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Zubau zum Heim Gänsbachergasse.

Abschließend betonte Svoboda, daß das Budget 1990 eine Reihe von wesentlichen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte und weltoffene Entwicklung Wiens schaffe.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Die ablehnende Haltung der FPÖ zum Budgetvoranschlag 1990 unterstrich Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Pawkowicz forderte die Privatisierung einzelner städtischer Betriebe, wie z.B. des Landwirtschaftlichen Betriebes der Stadt Wien, der Zentralwäscherei und der städtischen Bäckerei, weil dadurch Klein- und Mittelbetriebe der Wiener Wirtschaft im Wettbewerb durch große städtische Wirtschaftseinrichtungen, die einen besseren Zugang hätten, kraß benachteiligt werden. Die Stadt Wien solle, meinte Pawkowicz, am besten überhaupt keine Wirtschaftstätigkeit im engeren Sinne ausüben und diese an Private abgeben. Eine wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt sei, sagte Pawkowicz, nur dort tatsächlich gerechtfertigt, wo die gleichen Leistungen von Privaten nicht im gleichen Maß und kostendeckend erbracht werden können. Es sei der Marktwirtschaft abträglich, daß private Unternehmen unter dem Konkurrenzdruck öffentlicher und defizitär geführter Wirtschaftsunternehmen mit wettbewerbsverzerrenden Bedingungen und Risiken konfrontiert seien. Es gelte, schloß Pawkowicz, die protektionistischen Vergabegewohnheiten schnellstens abzuschaffen, da eine Fehlentwicklung und eine Abkoppelung von der internationalen Wirtschaftspolitik sonst unvermeidlich wären.

Der österreichischen Wirtschaft gehe es gut, sagte ÖVP Stadtrat Komm.-Rat Walter NETTIG, aber Wien hinke der gesamtösterreichischen Entwicklung nach. Auch die Arbeitslosigkeit sei in Wien höher als in den anderen Bundesländern. Die Langzeitarbeitslosigkeit, besonders bei den Jungen, sei ein großes Problem. Die Ursachen sieht Nettig in der Bevölkerungsentwicklung der Bundeshauptstadt, der Randlage der Ostregion in Europa und der zu geringen Exportintensität der Wiener Wirtschaft. Die Daten für die Zukunft seien aber günstig, die Konjunktur wird auch im nächsten Jahr weiter anhalten und die jüngsten Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten geben auch Wien eine große Chance, von der Randlage wegzu-

Forts. von Blatt 2631

Forts. auf Blatt 2633

kommen. Die Bevölkerungsentwicklung in Wien selbst könne man für die Zukunft optimistisch beurteilen. Nettig sprach sich für eine Liberalisierung der Ausländerbeschäftigung aus.

Die EXPO 95 lasse eine dynamische Entwicklung für Wien erwarten. Nach seriösen Schätzungen könnte der Beschäftigungseffekt der EXPO allein für Wien 39.000 Arbeitsplätze bringen.

Die Stadt solle für die Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht selbst Wirtschaft betreiben. In diesem Zusammenhang trat Nettig für eine weitere Privatisierung der Wiener Holding ein, sie solle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, deren Aktien frei an der Börse gehandelt werden können.

Die Wirtschaft erwarte sich von der Stadtverwaltung weniger Bürokratie und eine vernünftige Gebühren- und Tarifpolitik. Zur Diskussion über neue Einkaufszentren sagte Nettig, die derzeit geplanten bzw. schon eingereichten Einkaufszentren würden zu einer Verdoppelung der Verkaufsflächen in Wien führen, was den sicheren Tod zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe bedeuten und die Nahversorgung schlechthin gefährden würde. Daher sollten die Pläne für weitere Einkaufszentren sehr sorgfältig geprüft werden.

Gemeinderat FREITAG (SPÖ) befaßte sich mit der Situation des Wien-Tourismus. Es sei nicht gerechtfertigt, darauf das Offenhalten der Geschäfte am Samstag-Nachmittag zu stützen, denn die Ausgaben der Gäste und damit die Umsätze der Betriebe wären in dieser Zeit bei weitem nicht so groß, wie von den Befürwortern dieser Liberalisierung ins Treffen geführt. Freitag verlangte, die Eigenständigkeit des Wiener Erscheinungsbildes nicht durch Fast-food-Ketten und andere Anpassungen an gesichtslose Geschäftsstraßen in ausländischen Städten aufs Spiel zu setzen. Er erinnerte daran, daß sich die Zufriedenheit der Arbeitnehmer mit den Arbeitsbedingungen im Verhalten gegenüber den Gästen beispielsweise in Fremdenverkehrsbetrieben reflektiere. Gerade dort seien die Arbeitsbedingungen jedoch extrem ungünstig und Verbesserungen keinesfalls in Sicht. Von den Wirtschaftsvertretern der ÖVP verlangte Freitag, Beiträge zur Verbesserung der Qualifikation von Mitarbeitern zu leisten. Hinsichtlich des Arbeitsmarktes bemerkte Freitag, daß Wien scheinbar ungünstige Arbeitslosenzahlen aufzuweisen habe. Man müsse sie jedoch im Lichte der Pendlerströme betrachten: Müßten die netto 120.000 Einpendler, die in Wien arbeiten, in anderen Bundesländern Arbeit suchen, würde österreichweit die Arbeitslosenzahl rapid hinaufschnellen. Von der Wirtschaft verlangte Freitag, den Arbeitsstrich zu ächten. „Wir bekennen uns zur gezielten und kontrollierten Ausländerbeschäftigung bei Beibehaltung der sozialen Situation“, sagte Freitag. Abschließend forderte er die Unternehmer auf, zu den Ausbildungskosten der Beschäftigten beizutragen. Die Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen scheitere weniger an Qualifikationsmängeln als an der systematischen Bevorzugung junger und billigerer Arbeitskräfte. Dieses Problem sollte von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam gelöst werden.

Investitionen seien ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung des Budgets, erklärte GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Wenn jetzt die Investitionen wieder steigen, sei dies erfreulich, bisher habe allerdings der Budgetvollzug immer wieder gezeigt, daß viel weniger investiert wurde als veranschlagt worden war.

Die Frage der Budgeterstellung sei ein wesentlicher Punkt, sagte Wöber. Die ÖVP stelle sich dazu einen Budgetausschuß wie in den Bezirken vor. Wöber brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem die Stadtverfassung und die Geschäftsordnung des Gemeinderates geändert werden soll. Analog dem Finanzausschuß auf Bezirksebene soll ein Budgetausschuß zur Beratung und Erstellung des Voranschlages geschaffen werden.

Forts. von Blatt 2632

Forts. auf Blatt 2634

Weiters schlug Wöber als konkrete Schritte die Privatisierung des Landwirtschaftsbetriebes der städtischen Wäscherei und Bäckerei, der TEERAG-ASDAG, der Holding sowie der Minderheitenbeteiligungen vor. Dies bedeute nicht den Verkauf des „Familiensilbers“, sondern eine Besinnung auf die eigentliche kommunale Aufgabe, der Verbesserung der Wiener Infrastruktur. Dabei solle nichts verschenkt, sondern eine Vermögensumschichtung vorgenommen werden, die einen Schub für Wien bedeuten würde.

GR SRAMEK (SPÖ) wies auf das positive Wirken des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hin, der durch 346 Betriebsansiedlungen bereits ein Investitionsvolumen von 12 Milliarden Schilling mobilisiert und so die Schaffung von 22.000 neuen Arbeitsplätzen in Wien ermöglicht hat. Auch die Initiative „qualifizierte Mitarbeiter“, in deren Rahmen Klein- und Mittelbetrieben bei Neuanstellung von Spezialisten bedeutende Zuschüsse zu den Personalkosten gewährt werden, sei bisher erfolgreich gewesen.

Das Budget 1990 setze durch höhere Investitionen Impulse für die Wiener Wirtschaft, was sich besonders bei den Klein- und Mittelbetrieben positiv auswirken wird. Darüberhinaus werde dieses Budget die gesamte Ostregion wirtschaftlich beleben.

Die Kritik am Budget 1990 habe sich in Promillesatzgrenzen bewegt, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ). Sie sei nicht sehr gravierend gewesen, und man könne auf dieses Ergebnis stolz sein.

Die Gebühren, ging Mayr auf einen der Debattenpunkte ein, könnten nicht an der Inflationsrate gemessen werden, sie würden sich vielmehr an der Investitionsrate orientieren. Zu den Bezirksbudgets sagte Mayr, man müsse den Irrtum, daß diese gekürzt worden seien, richtigstellen. Die Bezirke hätten durch Steueraufkommen fixierte Anteile. Die Budgetsituation sei also auch durch die Steuerreform beeinflusst. Man habe sich mit diesen Auswirkungen einer gemeinsam beschlossenen Steuerreform vertraut zu machen. Der Finanz- und Investitionsplan, sagte Mayr, sei ein Beispiel für die transparente Wirtschaftspolitik der Stadt Wien.

Mayr warnte vor unüberlegten massiven Unterstützungen von Bürgerinitiativen und Auswirkungen von Teil-Volksbefragungen zum Beispiel in einzelnen Bezirksbereichen. Man dürfe eine Kollision von lokalen mit den Gesamtinteressen der Stadt nicht forcieren.

Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

GR Mag. KABAS (FPÖ) brachte in Vertretung von GR Ingrid KARIOTIS den ANTRAG zur Privatisierung der Nußdorfer Markthalle unter vertraglicher Sicherung des Bestandes der Halle ein. Damit solle diese wichtige Einrichtung der Nahversorgung saniert und erhalten werden.

GR Rosemarie WALLNER (ÖVP) sprach sich für eine verbesserte, systematische Förderung der Wiener Land- und Forstwirtschaft aus. Derzeit werde lediglich der Weinbau initiativ seitens der Stadt Wien gefördert. Als Zielkatalog nannte Wallner gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Landwirtschaft des In- und Auslandes, die Aufrechterhaltung der Produktion der Wiener Landwirtschaft und die Abgeltung der Aufwendungen für die Erhaltung der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft. Im Speziellen forderte die Rednerin die Verbesserung der Infrastruktur in den Dörfern am Stadtrand, vor allem den Ausbau der Güterwege, die Behebung der Verkehrsmisere im Bereich der Simmeringer Gärtnereien und die Förderung von Jung- und Neuübernehmern im landwirtschaftlichen Bereich. Insgesamt sei die Förderung der Land- und Forstwirtschaft aus volks- und raumwirtschaftlichen, aus ökologischen und aus kulturellen Gründen eine Notwendigkeit.

Frauenfragen seien überall präsent, sagte GR Elisabeth DITTRICH (SPÖ). Das Frauenreferat in der Geschäftsgruppe der Stadträtin Schirmer sei ein

Forts. von Blatt 2633

Forts. auf Blatt 2635

Impulsgeber für frauenspezifische Fragen. Dittrich bekannte sich zu mehr Frauen in der Politik und zum Prinzip der „Einmischung“. Frauen sollten überall vertreten sein. Das unter der früheren Stadträtin Seidl initiierte Frauenförderungsprogramm werde intensiv fortgesetzt, und es gehe auch darum, mehr Frauen in leitende Positionen zu befördern. Das Beispiel der Neubesetzung der Leitung der Magistratsabteilung 15 mit Frau Dr. Kapaun sei positiv, sagte Dittrich.

Ihr gehe es besonders darum, von der individuellen Hilfe zu einer strukturellen Hilfe zu kommen. Dies sei eines der Ziele einer modernen Frauenpolitik.

GR Maria PAUL (SPÖ) ging auf die Situation ausländischer Mitbürger ein und stellte fest, daß vor allem die zweite Generation Schwierigkeiten hat, hier zu bleiben, wenn sie keine Beschäftigung nachweisen kann. Die Einbürgerung wurde in mehreren Belangen erleichtert. Jetzt sei es notwendig, die Gebühren nach sozialen Gesichtspunkten zu reduzieren.

Umweltpolitik sei nicht nur Sache der Verwaltung, sondern jedes einzelnen, der schon beim Einkaufen umweltbewußt handeln soll. Er müsse die Gesichtspunkte der Entsorgung und der Wiederverwertung berücksichtigen. Die Stadt Wien sei bei ihrer Einkaufspolitik umweltbewußt. Bei einem Pilotprojekt der Stadt Wien und des österreichischen Ökologieinstitutes werden in der Ganztagschule Hochsatzengasse Umweltaspekte vermittelt.

StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) stellte zur Nußdorfer Markthalle fest, daß die Sanierung 15 Millionen Schilling kosten würde. Diese Investition ist nicht vertretbar, wenn die Ständler weiter darauf beharren, zu Zeiten anzubieten, die für die Kunden ungünstig sind. Im Zusammenhang mit dem FPÖ-Antrag meinte Schirmer, sie hoffe, daß die Privatinitiative zünde und in dieser Markthalle Kundenservice geboten werde.

Die Bauordnungsnovelle, zu der 400 Anträge und Änderungswünsche eingelangt sind, wurde nun fertiggestellt und wird zur Begutachtung ausgesendet. Die Rechtsbereinigung, die weiterhin praktiziert werde, trage zu mehr Klarheit und Transparenz bei. Obwohl für den Bürgerdienst kein eigener Budgetansatz vorhanden sei, werde hier dennoch wichtige Arbeit — für mehr als 80.000 Bürger pro Jahr — geleistet. Neu eingeführte Bürgerdienstage in Bezirken, in denen keine Außenstellen bestehen, sollen das Service weiter verbessern. Die Frauenförderung werde verdoppelt und betrage nun zwei Millionen Schilling.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

GR PRINZ (FPÖ) kritisierte die Verkehrsplanung Wiens. Da es so gut wie keine Parkplätze an den U-Bahn-Stationen gebe, dränge alles mit dem Auto in die Stadt. Das Ergebnis sei ein Verkehrschaos. Es gebe zwei Rezepte. Jenes von Stadtrat Hatzl, den Verkehr an sich selbst ersticken zu lassen und die Autofahrer durch fiskalische Maßnahmen wie Laterndlsteuer usw. zum Umsteigen zu nötigen oder am Stadtrand Parkplätze zu schaffen, das heißt mit geordneten Zukunftsperspektiven zu arbeiten, wie es die FPÖ verlange. Auch für den zu erwartenden Transitverkehr müßte vorgesorgt werden. Weiters forderte Prinz eine verbindliche Wohnverträglichkeitsprüfung für den geförderten Wohnbau, damit nicht mit öffentlichen Mitteln in wohnunverträglichen Umfeldern wie am Gürtel Wohnbauten errichtet oder saniert werden.

GR Dr. Peter MAYR (ÖVP) zeigte einige Probleme auf, deren Lösungen in nächster Zeit diskutiert werden müssen. So könne die Entwicklung in den östlichen Nachbarländern für die Stadt Wien eventuell sogar dramatische Folgen haben. Wenn Wien auf Wachstum, das heißt auf Zuwanderung setzt, so erfordere dies, daß die Existenz der Zuwanderer gesichert werden müsse. Neben der Arbeitsplatzfrage bedeute dies, daß es in Zukunft in Wien ein eminentes Wohnungsproblem geben werde, sagte Dr. Mayr. Auch

Forts. von Blatt 2634

Forts. auf Blatt 2636

müsse eine entsprechende soziale Infrastruktur, besonders im Bereich der Gesundheitspolitik, geschaffen werden. All diese Fragen müßten aufgrund der europäischen Entwicklung umgehend mit der Wiener Bevölkerung diskutiert und dann entschieden werden. Dies werde aber bedeuten, daß 1991 die Budgetschwerpunkte zweifellos anders gesetzt werden müßten.

Stadtgestaltung, sagte GR KÖNIG (SPÖ), sei ein konkreter Eingriff in das Leben von Menschen, die die widersprüchlichste Art zu leben, nämlich jene in der Stadt, gewählt hätten. Stadtgestaltung müsse deshalb eine soziale Orientierung haben, die auch durch das Budget 1990 unterstrichen werde. Es könne nicht genügen, Stadtgestaltung als einen Prozeß der Ästhetisierung zu betrachten und Ausgrenzung und Segregation als zwangsläufige Beigaben zu betrachten. So gebe es auch in bezug auf die EXPO 95 und die diesbezüglichen Stadtgestaltungsmaßnahmen die wesentliche Komponente der sozialen Modernisierung. König forderte dazu auf, die Stadtentwicklung zu einem Modernisierungsschub in Richtung Humanismus werden zu lassen. In diesem Sinne müsse man auch die Überzeugung des ungarischen Partners stärken.

GR Dipl.-Ing. Dr. Herlinde ROTHAUER (ÖVP) stellte einen ANTRAG, in dem sie kurzfristige verkehrspolitische Maßnahmen bei Öffnung der CSSR-Grenzen umriß. Eine Studie solle die Auswirkungen der Grenzöffnung feststellen, das Messegelände solle für Park-and-ride-Betrieb mit Shuttlebussen zu den Geschäftszentren eingerichtet werden, und Sondermaßnahmen für das Abstellen von Bussen sollten vorbereitet werden.

Rothauer setzte sich dann mit dem Garagenbau auseinander und forderte die Verwirklichung der seit langem geplanten Tiefgaragen rund um die Innenstadt, die für die Handelsbetriebe ebenso nötig seien wie für das Gewerbe, die Gastronomie und den Fremdenverkehr. Es seien genügend Rücklagen zur Garagenförderung vorhanden, diese sollten endlich genutzt werden. Schließlich forderte die Rednerin auch den Bau von Garagen für die Wohnbevölkerung im dichtverbauten Gebiet, Sondergenehmigungen für die Wohnbevölkerung der City für die Kurzparkzonen und den verstärkten Ausbau von Park-and-ride-Anlagen an der Peripherie. Insgesamt sei ein Maßnahmenbündel konkreter Förderungen notwendig, um die Garagenmisere in Wien zu beenden.

Zur Problematik der „Verkehrshölle“ Südost-Tangente meinte GR KLACKL (SPÖ), man könne auf diese Verkehrsverbindung nicht verzichten. Die Stadtplanung gehe bei der Bewältigung des Verkehrs neue Wege, wobei auch der ruhende Verkehr bewältigt werden muß. Vielleicht werde in wenigen Jahren die „Laterndl-Steuer“ Wirklichkeit sein müssen. Die Wiener zeigten eine Scheu vor Garagen, Theoretiker und Planer müßten hier eine Garagenwilligkeit erzeugen.

Die Entwicklung im Osten, die offenen Grenzen, das seien Themen, die uns heute alle bewegen. Eine ganze Phase der europäischen Politik der Nachkriegszeit gehe nun zu Ende. Die Stadtplanung müsse sich auf Mitteleuropa umorientieren. Die neuen Planungsszenarien rufen Begeisterung hervor. Wien und die Ostregion kommen aus ihrer Randlage heraus ins Zentrum Mitteleuropas. Mit einem gerüttelten Maß an Begeisterung könnte der Aufbruch Europas bewältigt werden.

Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) kündigte an, den in der Verkehrspolitik eingeschlagenen Weg weiterzugehen und Maßnahmen teilweise auch zu verstärken. Dem öffentlichen Verkehr solle noch mehr zum Durchbruch verholfen werden. Zur EXPO meinte Swoboda, die Gesellschaft solle zwar privatwirtschaftlich geführt werden, die Veranstaltung sei jedoch ein Wiener Projekt, und die Stadt werde daher ihre Interessen an der EXPO zum Ausdruck bringen. Wien wolle die EXPO mitbestimmen — nicht umgekehrt. Zur Forderung nach Autoabstellplätzen für die Bewohner der

Forts. von Blatt 2635

Forts. auf Blatt 2637

Inneren Stadt sagte Swoboda, daß ein großer Teil der erwähnten Fahrzeuge nicht von Bewohnern, sondern von Betriebsinhabern stamme. Man könne nicht öffentlichen Verkehr fordern und gleichzeitig Garagenbau verlangen. Beim Heldenplatz habe eine Verkehrsfreimachung in Zusammenhang mit der Garagenerrichtung durchgesetzt werden können. Wenn sich der 1. Bezirk nicht zu ähnlichen Lösungen auch an anderen geplanten Garagenstandorten entschließe, werde es in der Inneren Stadt keinen weiteren Garagenbau geben können. Die Phantasie mit dem Machbaren zu verbinden, sei der Anspruch der Planung in den nächsten Jahren, schloß Stadtrat Swoboda.

In einer kurzen Wortmeldung bekundete Bürgermeister Zilk sein großes Interesse an einem Beschlußantrag der ÖVP zu dem Thema „Öffnung der Grenzen der CSSR“. Wie Zilk mitteilte, habe sich über seine Weisung bereits am 15. November der Presse- und Informationsdienst in einer Sitzung mit diesem Thema beschäftigt. Ihm liege bereits ein Konzept vor, das Informationen an der Grenze, ein Auskunftstelefon in der Stadtinformation, die Einschaltung von Inseraten in Medien der CSSR und anderes vorsehe. Weiters teilte Zilk dem Gemeinderat mit, daß eben über die Fernschreiber die Information gelaufen sei, Ministerpräsident Adamec habe bekanntgegeben, daß Gespräche mit der Charta 77 aufgenommen werden.

Wohnbau und Stadterneuerung

Er könne den Voranschlag 1990 nicht bejubeln, erklärte GR KIRCHNER (FPÖ), da allein der Rückgang der Mittel für den Wohnbau mehr als 13 Prozent ausmache. Das neue Wohnbaugesetz aus dem Frühjahr müsse bereits novelliert werden, und der Markt regelt sich wegen der ideologischen Kleinkariertheit der SPÖ nicht. Die Verländerung des Wohnbaus wäre eine Chance für das Umdenken gewesen, die nicht genutzt wurde. Kirchner forderte die Herstellung des freien Wettbewerbes und die Gleichbehandlung der Wohnbauträger. Bei einem Förderungsvolumen von vier Milliarden könnten bei Gleichbehandlung der privaten mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern viel mehr Wohnungen gebaut werden. Abschließend meinte Kirchner, der Wohnbau werde zunehmend unfinanzierbarer, die Wohnbauqualität sinke durch die überproportional steigenden Baukosten und die immer knapper und daher teurer werdenden Grundstücke.

GR FUCHS (ÖVP) stellte fest, daß die bisherigen Wohnbedarfsprognosen aufgrund der aktuellen Entwicklungen zu revidieren seien. Zweifellos bestehe ein wesentlich größerer Wohnungsbedarf als bisher angenommen. Die geplante jährliche Neubauquote von 4.400 Wohnungen bis zum Jahr 2007 und von 5.800 Sanierungen müsse ganz erheblich nach oben verändert werden. Außerdem sei diese Quote bereits heuer keineswegs erfüllt worden, da 1989 statt 4.400 nur 1.200 neue Wohnungen errichtet worden seien, meinte Fuchs. Die Frage des Wohnungswesens werde immer dramatischer. Der Direktor der Caritas habe Alarm geschlagen, es bestehe in Wien ein Akutmangel an 2.500 Sozialwohnungen. Da die Wohnbedarfsrechnung nicht stimme, stimme daher auch die Finanzbedarfsprognose nicht. Wenn Stadtrat Edlinger Maßnahmen zur Sicherung des Wohnbedarfs und dessen Finanzierung trifft, so werde man diese Maßnahmen unterstützen. Versäumnisse in diesem Bereich werden später nur sehr schwierig wieder aufzuholen sein, meinte Fuchs.

Ihre Fraktion, sagte GR Ruth BECHER (SPÖ) werde weiterhin einem Verkauf von Gemeindewohnungen nicht zustimmen. Die Stadt Wien messe dem Wohnbau eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung bei. Becher wies auf das geringfügige Wachstum der Zahl an Haushalten in Wien hin, weshalb die Wohnraumumgestaltung besonders im Vordergrund stehe. So sei für das Jahr 2007 geplant, daß alle Wiener Wohnungen mindestens Kategorie B Standard haben. Dem Trend zum Wohnen im Grünen komme man einerseits mit Bauweisen wie dem verdichteten Flach-

Forts. von Blatt 2636

Forts. auf Blatt 2638

Forts. von Blatt 2637

bau, andererseits aber auch mit Möglichkeiten zur Grünraumgestaltung in Gemeindebauten durch die Mieter entgegen.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) sprach sich unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von GR. Freitag dafür aus, durch verstärkte Kontrollen Maßnahmen gegen nichtangemeldetes Personal am Bau zu ermöglichen. Dadurch könne man der Wettbewerbsverzerrung, aber auch der Ausbeutung ausländischer Arbeiter entgegenzutreten.

Abschließend widmete sich Mandahus dem Energiesparbericht der Stadt Wien 1980-88. Mandahus zeigte sich von der ausgewiesenen Gesamteinsparung von 25 Prozent beeindruckt und forderte in diesem Zusammenhang verstärkte Bemühungen um weitere Einsparungen. Er stellte den ANTRAG, bei Objekten, bei denen die im Energiesparbericht zitierte kurze Amortisationszeit von 1,5 bis 3 Jahren zu erreichen ist, entsprechende Maßnahmen auf dem Kreditweg zu finanzieren und die Kredite durch die Einsparung für Energieaufwendungen zu bezahlen. Nach der Amortisationszeit freiwerdende Beträge könnten für weitere längerfristige Einsparungen eingesetzt werden. Mandahus plädierte auch dafür, im Bereich der Wohnungsverbesserung Energiesparmaßnahmen verstärkt zu fördern.

Wohnbau- und Stadterneuerung stehen in einem engen Konnex zur Stadtplanung, betonte GR BROSCHE (SPÖ) und verwies darauf, daß mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz und den entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten alle Chancen für „besseres Wohnen“ gegeben seien. Mietermitbestimmung und Gebietsbetreuung hätten sich bewährt. Der Wohnbaubedarf ist gegeben, allein die 20.000 Vormerkungen bewiesen dies. Zusätzlicher Wohnraum könne durch die innere Stadterweiterung, durch die Verwertung vorhandener Baugründe geschaffen werden. Da hoher Bedarf nach billigem Wohnraum bestehe, würde dieser billige Wohnraum nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage immer teurer. Daher seien Eingriffe der öffentlichen Hand nötig, um billigen Wohnraum mit vertretbaren Mieten zu bieten.

Im Spannungsfeld Angebot und Nachfrage spielen die 200.000 Gemeindewohnungen eine marktordnende Rolle. Er trete dafür ein, die Kategorieobergrenzen beizubehalten und lehne einen Verkauf von Gemeindewohnungen ab.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) stellte fest, daß das für heuer gesteckte Ziel von 4.000 geförderten Wohnungen und 3 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung übertroffen werden konnte. Durch zusätzliche Mittel konnte auch ein Beitrag zur Winterbeschäftigung von Bauarbeitern geleistet werden. Die 1988 fertiggestellte Wohnbedarfsprognose müsse aufgrund neuer Entwicklungen in den Nachbarstaaten überdacht werden. Er sei überrascht über die Kritik am Wiener Wohnbauförderungsgesetz, sagte Edlinger. Es ist am 1. Juli 1989 in Kraft getreten, und viele Bauträger wollten erst die Erfahrungen mit der Förderung abwarten, bevor sie eine Zusage beantragten. Den Verkauf von Gemeindewohnungen lehnte Edlinger neuerlich ab und verwies auf negative Folgen dieser Vorgangsweise anhand von ausländischen Beispielen. Der Wohnbauscheck sei eine mögliche Form der Förderung für das Eigenheim, aber untauglich für den Mietwohnungsbereich, weil die Restfinanzierung ungeklärt bleibe. Gerade sie brächte aber Schwierigkeiten für die sozial Schwachen. Der Rechnungshof sei von der ÖVP völlig unreflektiert widergegeben worden. Der Rechnungshof verlange eine Wohnraumbewirtschaftung, die eine Einweisung bedeuten würde und eine Kündigung auf Verdacht einschliesse. Die Stadt Wien als Hausverwalter darf jedoch keine Daten aus dem Bereich der Hoheitsverwaltung nützen, um etwa auf diese Weise leere Wohnungen ausfindig zu machen. Aber wenn man davon ausgehe, daß jährlich 8.000 Wohnungen neu vermietet werden, lasse sich rein rechnerisch nachweisen, daß zu jedem Zeitpunkt notgedrungen 660 Wohnungen leerstehen müssen, weil sie gerade im Stadium der Weitervermietung sind. In Zukunft sollen Mittel in die Verbesserung schlecht ausgestatteter Wohnungen fließen, während man Fensterkeilern nicht mehr durch Förderungsanreize in die Hand arbeiten werde. Ebenso soll die Ausstattungsverbesserung bei sehr kleinen Wohnungen künftig nicht mehr gefördert werden.

Die Sitzung des Gemeinderates wird Mittwoch fortgesetzt. (Schluß)

Zilk schlägt „Marshall-Plan“ für die Oststaaten vor

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Eine Art „Marshall-Plan“ für Osteuropa schlug Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in einem Pressegespräch vor. Die Mittel des im Verkehrsministerium verwalteten ERP-Fonds (European Recovery Program), die aus der Nachkriegshilfe der Vereinigten Staaten („Marshall-Plan“) stammen, sollten, so Zilk, teilweise oder zur Gänze für gewinnträchtige Investitionen in den demokratischen Ländern Osteuropas verwendet werden. Zilk verwies darauf, daß die Ostblockstaaten, die sich mühsam in Richtung Demokratie entwickeln, diese Hilfe des Westen nötig hätten. Wenn der Westen die Demokratisierung der COMECON-Staaten nicht finanziell unterstütze, könnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Staaten einen gewaltigen Flüchtlingsstrom auslösen, von dem vor allem Österreich betroffen wäre.

Wesentlich sei für Zilk, daß die Hilfe nicht als Geschenk gegeben werde, sondern als Kredit mit niedriger Verzinsung. Damit sei gewährleistet, daß sich die Hilfe selbst finanziere. Als Finanzvolumen stünden aus den ERP-Geldern zwischen zehn und 20 Milliarden Schilling zur Verfügung. Der Vorschlag sei mit der Bundesregierung noch nicht abgesprochen, er erseuche aber die Bundesregierung unverzüglich die ERP-Richtlinien entsprechend zu erweitern. Er sei sich auch sicher, betonte Zilk, daß die USA eine Umwidmung der ERP-Gelder befürworten würden. (Schluß) red/rr

Wiener Landtag

Auslieferungsersuchen: Absetzung

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Wiener Gemeinderates trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN zu einer Sitzung zusammen.

Unter protestierenden Zwischenrufen der ÖVP wurde mit Stimmenmehrheit der SPÖ die Absetzung eines Tagesordnungspunktes, das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur Verfolgung des LAbg. Robert KAUER von der Tagesordnung beschlossen.

Bezirksgrenze: Änderung

Berichterstatte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) legte ein Gesetz über eine geringfügige Änderung der Grenze zwischen dem 17. und 18. Bezirk vor. Auf Wunsch der Bewohner Herbeckstraße soll dieser Teil des 17. Bezirkes, zum 18. Bezirk kommen. Damit werden Behördenwege zum Bezirksamt, dem Polizeikommissariat, usw. erleichtert.

LAbg. Prof. WELAN (ÖVP) meldete sich zu Wort und erklärte, er wolle nicht über die Grenzen zwischen Bezirken sprechen, sondern über die Grenzen zwischen der Mehrheit und der Minderheit in diesem Haus. Es sei bisher nicht üblich gewesen, Auslieferungsanträgen stattzugeben, habe Klubobmann Svoboda bei dem letzten Auslieferungsantrag festgestellt. Mit der Absetzung dieses Tagesordnungspunktes sei die Rechtssicherheit verletzt worden, meinte Welan. Der Glaube des einzelnen Mandatars an diese sei verloren gegangen. Es geschehe nur mehr, was die Mehrheit wolle.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Wohnbauförderungsgesetz

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) beantragte die Erweiterung des „Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989“. Die Hauptstücke IV und V regeln unter anderem Mietzinsbildung, Ratenzahlung beim Grundkostenanteil, eine Verlängerung des Rückzahlungszeitraumes für die Wohnhaussanierung von zehn auf 15 Jahre sowie begünstigte Rückzahlung von Förderungsmitteln und die Eigentumsbildung.

LAbg. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte die vorliegende Novellierung und führte an, daß mobile Gebietsbetreuung, Arbeiterkammer, Wiener Handelskammer und Rechtsanwaltskammer sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in ihren Stellungnahmen ebenfalls Kritik geübt hätten. So gebe es einen unzureichenden Schutz der Mieter, fragwürdige Kompetenzregelungen und unübersichtliche Bestimmungen, meinte Kirchner. Diese Unschärfen des Gesetzes würden die derzeit bereits rettungslos überforderten Schlichtungsstellen noch mehr belasten und den Mietern die Durchsetzung ihrer Rechte erschweren. Kirchner sprach sich für die Umstellung auf Subjektförderung aus und forderte eine Überprüfung der Bauträger durch das Wiener Kontrollamt.

LAbg. FAYMANN (SPÖ) betonte, daß die Gesetzesregelung zur Mietzinsbildung und zur Förderungsrückzahlung im Sinne der Wohnbaupolitik der Wiener SPÖ weitere Verbesserungen für die Wohnungsnutzer bringe. Die Stellungnahme von LAbg. KIRCHNER (FPÖ) sei keine inhaltliche, der Vorschlag eines Wohnbauschicks sei lediglich als Schlagwort ohne Substanz zu sehen. Die SPÖ werde weiter bei ihrer Politik einer differenzierten Förderung unter Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse bleiben.

StR. EDLINGER (SPÖ) betonte in seinem Schlußwort, daß die FPÖ im Unterausschuß nicht gegen dieses Geschäftsstück gestimmt habe. Im übrigen handle es sich dabei um keine Novellierung, sondern um zwei eigene Hauptstücke des Wiener Wohnbauförderungsgesetzes, deren Einbringung erst jetzt aufgrund der Verlängerung der entsprechenden Kompetenzen möglich geworden sei. Dies habe er jedoch bereits bei den ersten Hauptstücken dieser Gesetzesmaterie angekündigt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages schloß um 20.45 Uhr. (Schluß) red

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MfR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 22. November 1989

Blatt 2641

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Rekord bei den Wiener E-Werken (2642)
- Grüner Bezirksrat mußte sich entschuldigen (2643)
- 10 Jahre Kinderdialyse im Wiener Allgemeinen Krankenhaus (2644)
- Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung (2645)
- Häupl: Wien setzt auf die Müllvermeidung (2646)
- Instandsetzungsarbeiten im Laaerbergtunnel (2648)
- Hatzl: Nagelprobe für Grünpolitiker (2649-2651)
- Wiener Gemeinderat (2652-2660)
- Freitag Pressekonferenz Swoboda/Wentz (nur FS)

Bezirke:

- Anderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk (2648)

Kultur:

- Wiener Kulturbudget 1990: Steigerung um 297 Millionen (2647)

Rekord bei den Wiener E-Werken

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Am 20. November verzeichneten die Wiener E-Werke eine neue, absolute Leistungsspitze seit ihrem Bestehen sowohl bei Strom wie auch bei Fernwärme: Um 17.30 Uhr wurde die neue Höchstlast von 1.426 Megawatt erreicht. 1.030 Megawatt wurden durch die eigenen Kraftwerke der Wiener E-Werke erzeugt, 396 Megawatt trug die Verbundgesellschaft dazu bei. Gleichzeitig wurden aus den „Kraft-Wärme-Kupplungen“ der Wiener E-Werke zusätzlich 435 Megawatt Fernwärme an die Heizbetriebe Wien abgegeben.

Der Spitzenwert von Montag trat bei einer Außentemperatur von durchschnittlich plus drei Grad Celsius auf, bei tieferen Temperaturen ist im kommenden Winter mit neuerlichen Rekordwerten zu rechnen. (Schluß)
roh/bs

Grüner Bezirksrat mußte sich entschuldigen

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Der Bezirksrat der Grünen Alternative Wien Franz FRANKE, der in einer Presseaussendung vom 6. Juli Stadtrat Johann HATZL als Verantwortlichen eines „Skandals um die Giftfracht der Petersberg“ und als „wichtigsten Handlanger der Müllmafia“ bezeichnet hatte, mußte dies nun in einer Ehrenerklärung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückziehen. Stadtrat Hatzl hatte wegen dieser Formulierungen Privatanklage eingebracht, Bezirksrat Franke in einer weiteren Presseaus-sendung gemeint, „er sehe den rechtlichen Schritten Hatzls gelassen ent-gegen“. Durch die Erklärung Frankes, daß er diese Ausdrücke nicht länger aufrecht erhalte, wurde nun das Verfahren vor dem Landesgericht für Straf-sachen Wien eingestellt. (Schluß) roh/rr

10 Jahre Kinderdialyse im Wiener Allgemeinen Krankenhaus

Fast 10.000 Dialysebehandlungen

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Vor 10 Jahren eröffnete der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an der Universitäts-Kinderklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus die damals — und bis heute — einzige Dialysestation in Österreich, die ausschließlich Kindern und Jugendlichen dient. Seither werden pro Jahr rund 1.000 Blutwäschen durchgeführt — demnächst wird die zehntausendste Dialysebehandlung erfolgen. Anlässlich des Jubiläums wird Freitag vormittag in der Eingangshalle der Kinderklinik eine kleine Ausstellung eröffnet.

Noch vor 20 Jahren war für Kinder und Jugendliche mit einem chronischen Nierenleiden keine Hilfe möglich. In den 70er Jahren begann man dann in Europa, für Kinder eigene Dialysestationen einzurichten. Diese spezialisierten Stationen brachten für die Kinder bessere Ergebnisse — sowohl in körperlicher Hinsicht wie auch bei der psychosozialen Rehabilitation. In Wien begann man vor einem Jahrzehnt mit zwei Dialysegeräten, heute stehen in der Kinderklinik vier Maschinen zur Verfügung. Mit zwei Dialyseapparaten können auch Hämofiltrationen und Plasmaseparationen, besondere Formen der Blutreinigung, vorgenommen werden.

In der Kinderdialysestation im AKH wurden bisher an 131 Kindern Dialysen nach einem akuten Nierenversagen durchgeführt, im chronischen Hämodialyseprogramm standen 38 Patienten, an sieben Kindern und Jugendlichen wurden kontinuierlich ambulante Peritonealdialysen (Bauchwäschen) vorgenommen. Zehn Patienten konnten noch vor Beginn einer Dialysebehandlung eine Niere von einem Verwandten erhalten.

Ziel der Behandlung im Kindesalter ist es, durch einen Nierentransplantation die Zeit der Dialyse so kurz wie möglich zu halten. Seit 1981 wurden an 42 Kindern Nierentransplantationen, zum Teil auch Zweittransplantationen, durchgeführt. 37 Kinder leben noch, 32 davon mit einer funktionierenden verpflanzten Niere.

Seit 1981 werden die Kinder, die eine neue Niere erhielten, an der Kinderdialysestation nachbetreut. Dabei ist die auf das entsprechende Alter abgestimmte Behandlung ebenso wichtig wie die psychosoziale Betreuung, zum Beispiel durch Vorlesen, Unterricht im Krankenhaus, Ergotherapie usw. Die Kinder sollen unbedingt die Schule und eine Berufsausbildung abschließen, um im Erwachsenenleben bestehen zu können. (Schluß)
sc/gg

Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung

Bisher nur 2.700 Impfungen

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Bevölkerung ist offensichtlich „impfmüde“ geworden. So melden die Gesundheitsbehörden, die seit Jahren bisher geringste Frequenz an der alljährlich durchgeführten Impfkation gegen Kinderlähmung. Seit 13. November beteiligten sich in den Gesundheitsämtern nur insgesamt 2.731 Personen an dieser Schutzimpfung. Das ist — verglichen mit dem Vorjahr — ein Rückgang um 25 Prozent (!).

In Wien ist diese Impfung, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene kostenlos.

Nur noch diese Woche Impfmöglichkeit

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER appelliert daher angesichts der alarmierend geringen Impfbeteiligung, an die Wienerinnen und Wiener, die nur noch diese Woche bestehenden Impfmöglichkeiten zu nützen. Geimpft wird noch kommenden Freitag, den 24. November in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern von 8.30 bis 11 Uhr. Außerdem gibt es in den Bezirksgesundheitsämtern im 2., 10., 13./14. und 18. Bezirk Impfmöglichkeiten morgen Donnerstag von 17 bis 19 Uhr sowie kommenden Samstag, den 25. November, von 9 bis 11 Uhr. (Schluß) zi/rr

Häupl: Wien setzt auf die Müllvermeidung

Entsorgungssicherheit muß gewährleistet sein

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Wien setzt auf die Abfallvermeidung! Deshalb lauten die Prämissen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes auch Abfallvermeidung, Abfallverringern, Wiederverwertung und Wiederverwendung, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Speziell die getrennte Müllsammlung kann als wesentlicher Wiener Beitrag zur Abfallverringern und zur ökologischen Kreislaufwirtschaft angesehen werden. Durch das gut ausgebaute System von Mistplätzen, Problemstoffsammelstellen und Altstoffzentren sowie das Projekt Biotonne konnten bereits 1988 13 Prozent der gesamten Wiener Hausmüllmenge einer Wiederverwertung zugeführt werden. Um wirklich österreichweit den Abfallberg verringern zu können, ist allerdings ein strenges Bundesabfallwirtschaftsgesetz nötig, das Wirtschaft und Industrie zu Umweltinvestitionen veranlassen muß.

Unabhängig von allen nur erdenklichen Strategien zur Abfallvermeidung ist beim gegenwärtigen Müllaufkommen die Müllverbrennung — allerdings mit heutigem Stand der Technik und eingebettet in ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept — zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit unerlässlich, betonte Häupl abschließend. (Schluß) du/rr

Wiener Kulturbudget 1990: Steigerung um 297 Millionen

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Das Wiener Kulturbudget wurde um 297 Millionen angehoben. Das für 1990 veranschlagte Kulturbudget beträgt damit 1 Milliarde 294 Millionen Schilling. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1989 von 29,8 Prozent bei einer Ausgabensteigerung des Gesamtbudgets von 1,8 Prozent. Das Kulturbudget nimmt damit 1,46 Prozent des gesamten Wiener Budgets ein. Im Vergleich dazu ist dieser Anteil 1989 bei 1,15 Prozent, 1988 bei 1,13 Prozent und 1987 bei 1,07 Prozent gelegen.

Die fast dreißigprozentige Erhöhung des Kulturbudgets kann als Zeichen des Aufbruchs gesehen werden, den die Kulturstadt Wien derzeit erlebt. Wien schafft damit — so Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK — die Grundlagen, seinen Status als eine der Kulturhauptstädte Europas in den kommenden Jahren nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen. Das in einer IFES-Studie vor kurzem festgestellte deutlich gesteigerte Kulturinteresse der österreichischen Bevölkerung und — damit korrespondierend — deutlich gestiegene Besucherzahlen bei den Festwochen 1989 und beim Wiener Musiksommer (22 Prozent), sowie das rapid steigende Interesse, das das Ausstellungswesen in Wien findet, zeigen ja bereits den Aufwärtstrend der Kulturstadt Wien an. Nun kann Wien daran gehen, auf die Anforderungen einer Metropole im Mittelpunkt eines neu geordneten Europas und auf die Zukunft als Weltausstellungsstadt entsprechend zu reagieren, eine international noch konkurrenzfähigere kulturelle Infrastruktur zu schaffen und sich als Kulturstadt zu präsentieren, die ihre Traditionen hütet, aber zugleich offen für alles Neue und Innovative, aufgeschlossen dem internationalen Kulturgeschehen ist. Konkrete Zukunftsaufgaben wie die Renovierung des Neugebäudes, die Adaptierung der Gasometer und die Beteiligung am Wiener Museumsquartier stehen dabei ebenso im Vordergrund wie die generelle Bereitschaft der Stadt, der Kultur — noch mehr als bisher — einen führenden Rang in der Prioritätenliste der kommunalen Aufgaben der Stadt einzuräumen. (Schluß) gab/gg

Änderung einer Flächenwidmung im 3. Bezirk

Wien, 22.11. (RK-BEZIRKE) Für den Block Erdbergstraße, Apostelgasse, Hainburger Straße und Wassergasse im 3. Bezirk soll der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan abgeändert werden (Plan Nr. 6155). Mehr als die Hälfte des Blockes ist im Eigentum der Firma Siemens, die den Standort Hainburger Straße aufläßt und den Betrieb in der Erdberger Lände konzentriert. Damit verbunden ist die Absiedlung eines derzeit an der Erdberger Lände gelegenen Einkaufszentrums, das im Plangebiet an der Erdbergstraße wieder errichtet werden soll.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: Abstimmung des Flächenwidmungsplanes auf die stadtstrukturelle Entwicklung des Bereiches (unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen für Handel und Gewerbe), Vorsorge für die Errichtung von Wohnungen.

Der Entwurf liegt vom 23. November bis 21. Dezember, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Instandsetzungsarbeiten im Laaerbergtunnel

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Im Laaerbergtunnel im Zuge der A 23/ Südosttangente sind verschiedene Instandsetzungsarbeiten wie Reparaturen an der Verkleidung und Erneuerungen von Abdichtungen notwendig geworden, die in nächster Zeit durchgeführt werden und mit Verkehrsbeschränkungen verbunden sind:

- In der Nacht von Donnerstag, 23. November, auf Freitag muß der Tunnel in der Zeit von 21 bis 5 Uhr früh in Fahrtrichtung Süden komplett gesperrt werden. Die Umleitung des Verkehrs wird über den Verteilerkreis Favoriten zurück zur Südosttangente erfolgen.
- Beginnend mit kommenden Montag, 27. November, werden für die Dauer von voraussichtlich zwei Wochen jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 15 Uhr (an den Freitagen bis etwa 12 Uhr) die Reparaturarbeiten vorgenommen, wodurch der erste Fahrstreifen im Tunnel jeweils während der Arbeitsstunden verkehrsfrei bleiben muß.

(Schluß) pz/rr

Hatzl: Nagelprobe für Grünpolitiker

Spittelau geht in Betrieb, Flötzersteig wird eingereicht

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) „Wir sind keine Fanatiker der Müllverbrennung“, sagte Energiestadtrat Johann HATZL einleitend in seiner heutigen Pressekonferenz zur Genehmigung des Probebetriebes beim Fernheizwerk Spittelau. „Das zeigt schon die Tatsache, daß es keine Bestrebungen zur Errichtung einer dritten oder vierten Müllverbrennungsanlage in Wien gibt, obwohl der Bedarf durchaus noch vorhanden wäre.“

Trotz aller Maßnahmen zur Müllvermeidung, Mülltrennung, Recycling oder Kompostierung bleibt die Müllverbrennung heute noch ein wesentlicher Bestandteil bei der Entsorgung des Hausmülls. Wir fühlen uns der Bevölkerung verantwortlich, sowohl hinsichtlich einer geregelten Müllentsorgung, als auch hinsichtlich der Verhinderung jeglicher Gesundheitsgefährdung durch die bei der Müllverbrennung entstehenden Emissionen. In dieser Hinsicht wird die Müllverbrennungsanlage Spittelau auch nach ihrer Wiederinbetriebnahme die sauberste der ganzen Welt sein. Wir vertrauen den österreichischen Wissenschaftlern, Technikern und Ärzten, die dies zustande gebracht oder durch Gutachten bestätigt haben.“

Bezüglich der Inbetriebnahme der Spittelau fühlt sich Stadtrat Hatzl auch durch die Umweltministerin bestätigt, mit der er Mittwoch vormittag ein Gespräch darüber führte. „Die Umweltministerin unterstützt diese Entscheidung, auch sie steht auf dem Standpunkt, daß heute Müllverbrennung unter allerbesten umwelttechnischen Voraussetzungen eine Notwendigkeit darstellt“, sagte Hatzl.

Flötzersteig: Sanierungsantrag vor 1. Dezember

Zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig gab Stadtrat Hatzl bekannt, daß die Betreiberfirma noch im November beim Magistrat einen Sanierungsantrag gemäß Luftreinhaltegesetz einbringen wird. Durch die schon seit 1985 bestehende Rauchgasreinigungsanlage werden fast alle Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes auch jetzt schon eingehalten, Probleme gibt es im wesentlichen beim Dioxin und beim Staub. Hatzl dazu: „In fast allen europäischen Ländern wären wir mit den gemessenen Dioxinwerten von höchstens 1,7 Nanogramm pro Kubikmeter im erlaubten und also absolut ungefährlich deklarierten Bereich — in den meisten Ländern gibt es gar keine Dioxingrenzwerte. Wir werden aber durch Zusatzmaßnahmen innerhalb der gesetzlichen Fristen den strengsten Grenzwert der Welt von 0,1 Nanogramm einhalten können.“

Die im Luftreinhaltegesetz eingeräumte Frist von drei Jahren zur Nachbesserung von Altanlagen beginnt mit der Genehmigung des Sanierungsantrages durch die Behörde. Hatzl: „Das wird nun die Nagelprobe für alle Grüninitiativen und Grüne Parteien. Wenn sie durch Einsprüche das Genehmigungsverfahren wieder bis in die dritte Instanz — Wirtschaftsministerium — treiben, sind sie es, die den Beginn des Fristablaufes und damit die Sanierung der MVA Flötzersteig auf Jahre verzögern. Jeder ernstzunehmende Grünpolitiker müßte mich in dieser Situation voll unterstützen, will er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren.“

Zur Rücktrittsforderung der FPÖ

Amüsiert nahm Stadtrat Hatzl bei der Pressekonferenz auch zur Rücktrittsforderung von FP-Gemeinderat Mag. Hilmar KABAS Stellung: „Wenn man die Fakten kennt, weiß man, daß er mich 'aus Umweltschutzgründen' zum Rücktritt auffordert, weil die Müllverbrennungsanlage Spittelau 1987 einige Monate mit Rauchgasreinigungsanlage anstatt ohne, wie es die formale Situation erlaubt hätte, betrieben wurde. Tatsächlich wurde ein formaler Fehler begangen, weil der für ein Jahr genehmigte Probebetrieb der Rauch-

gasreinigungsanlage aus technischen Gründen kurze Zeit fortgesetzt werden mußte, ohne daß neuerlich um Genehmigung angesucht wurde. Die zuständige Behörde hat aber selbst schriftlich mitgeteilt, daß dieser Formfehler nicht zu verfolgen sei, weil ein Abschalten der Rauchgasreinigung und damit ein ungereinigter Betrieb der MVA Spittelau — der keiner neuen Genehmigung bedurft hätte — der Bevölkerung nicht zumutbar gewesen wäre.“

Nach Brand modernste Rauchgasreinigung

Am 15. Mai 1987 hat ein Großbrand die neue Rauchgaswäsche der Müllverbrennungsanlage im Fernheizwerk Spittelau sowie die beiden großen ölbefeuerten Spitzen- und Reservekessel zerstört.

Aufgrund der Notwendigkeit einer geregelten Müllentsorgung auf höchstem technischen Niveau in Wien wurde der umgehende Wiederaufbau der vernichteten Anlagen beschlossen. Von einer Inbetriebnahme ohne einer Rauchgaswäsche, die technisch und rechtlich wesentlich früher möglich gewesen wäre, wurde aus Umweltschutzgründen abgesehen.

Es erfolgte der Auftrag an die Heizbetriebe Wien, eine noch effektivere Rauchgaswäsche auf neuestem technischen Stand zu installieren. Erstmals auf der Welt wurde eine katalytische Entstickung (Denoxanlage) in eine Müllverbrennungsanlage eingebaut, von der man nun auch erwartet, daß sie durch den Wiederaufheizprozeß auch die Dioxinmissionen entscheidend verringert.

Seit 1987 wurden auch die Heißwasserkessel erneuert. Unter Berücksichtigung des steigenden Fernwärmebedarfes wurde deren Leistung auf 340 Megawatt ausgedehnt. Durch die Konstruktion der Kessel nach neuestem Stand des Wissens über die Schadstoffminimierung in Verbrennungsanlagen und durch Verwendung von Erdgas als Brennstoff werden die Emissionen trotz der gestiegenen Leistung in Zukunft wesentlich geringer als bei den durch den Brand zerstörten Heißwasserkessel sein. Damit können sämtliche Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes **für Neuanlagen** eingehalten werden.

Auch bei der Müllverbrennungsanlage werden nach der Inbetriebnahme sämtliche Emissionswerte des Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen eingehalten werden können. Nur beim Dioxinäquivalenzwert wird erst nach genauen Messungen während des Betriebes feststehen, ob noch zusätzlich Maßnahmen erforderlich sind.

Gewerberechtliches Verfahren

Für die Neuerrichtung der Anlage wurde noch im Dezember 1987 um gewerberechtliche Betriebsanlagengenehmigung angesucht. Nach positiven Bescheiden in 1. und 2. Instanz, die jedoch infolge von Parteieinsprüchen nicht in Rechtskraft erwachsen sind, wurde das Verfahren in der 3. und letzten Instanz, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, abgewickelt. Obwohl die Anlage bereits Ende Mai 1989 betriebsbereit war, konnte sie nicht in Betrieb gehen, da das Verfahren im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten alleine mehr als 14 Monate beansprucht hatte. Nun wurde der Bescheid mit Datum 17. November 1989 erteilt.

Die wesentlichen Bescheidaufgaben sind:

Die Emissionen von Staub, SO₂, NO_x, HCl und Restkohlenstoff im Reingas sowie O₂, CO und CO₂ im Rohgas sind kontinuierlich registrierend zu messen und diese Meßwerte sind mittels Datenerfassungseinrichtung direkt an das Wiener Luftmeßnetz der MA 22 zu übermitteln.

Von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik sind täglich zwischen 1. Oktober und 31. März Wetterbulletins einzuholen, die Tempe-

Forts. von Blatt 2649

Forts. auf Blatt 2651

ratur, Inversionen, Inversionsneigungen, Windgeschwindigkeiten und Windrichtungen beinhalten. Bei Eintritt gewisser Wettersituationen ist sodann festzustellen, ob bei den Immissionsmeßstellen der MA 22 „Hohe Warte“, „Schafbergbad“ und „Stephansplatz — Kerzenkammer“ erhöhte SO_2 -Konzentrationen auftreten. Sollte dies der Fall sein, ist das Magistratische Bezirksamt für den 9. Bezirk hievon zu verständigen, über dessen Anordnung der Betrieb auf schadstoffärmere Brennstoffe umzustellen bzw. einzuschränken oder einzustellen ist.

Die bei der Müllverbrennung anfallenden Reststoffe wie Filterkuchen, Filterasche und Schlacke sind folgendermaßen zu entsorgen:

Der Filterkuchen ist — obwohl seine Eluationswerte der Deponieklasse III (Hausmülldeponie) entsprechen — in „big bags“ wie gefährlicher Sonderabfall zu entsorgen. Dies bedeutet, da in Österreich keine Deponie für diesen Sonderabfall vorhanden ist, daß der Filterkuchen exportiert werden muß. Es handelt sich dabei um eine Menge von 1.500 Tonnen pro Jahr.

Die Filterasche wird befeuchtet und mit der Schlacke vermischt, wobei von diesem Gemisch bis zur Inbetriebnahme der Denoxanlage wöchentlich, danach monatlich, das Eluatverhalten festgestellt werden muß. Liegen die Eluatwerte innerhalb der Grenzwerte für die Deponieklasse III, darf das Schlacke-Asche-Gemisch auf einer Deponie der Deponieklasse III (Hausmülldeponie) abgelagert werden. Der Transport des Schlacke-Asche-Gemisches hat mittels abgedeckter Fahrzeuge zu erfolgen.

Vorgangsweise bei Inbetriebnahme

Am Donnerstag, dem 23. November 1989, beginnt das Ausheizen der beiden Müllkessel mittels Erdgas und die Reinigung der Rohrleitungen mit Dampf. Dabei wird der zur Reinigung verwendete Dampf zeitweise über einen Schalldämpfer ins Freie abgeführt. Dabei kann es kurzfristig zu Lärmentwicklung kommen. Gleichzeitig ist vorgesehen, ebenfalls mittels Erdgasbrennern, die Katalysatorenboxen auszuheizen.

Diese Maßnahmen werden voraussichtlich am Dienstag, dem 28. November 1989 abgeschlossen sein. An den beiden folgenden Tagen werden die Katalysatoren-Elemente eingebaut. Während dieser Zeit kann bei den Müllkesseln kein Feuerungsbetrieb stattfinden.

In den ersten Dezembertagen soll der Müllbetrieb aufgenommen werden.

Während der ersten vier bis sechs Wochen nach der Inbetriebnahme der Müllverbrennung wird die Rauchgasreinigung erprobt und justiert. Nach Erreichen sämtlicher Emissionsgrenzwerte — ausgenommen Stickoxide und Dioxine — wird die Entstickungsanlage zugeschaltet.

Die beiden Heißwasserkessel werden voraussichtlich in der kommenden Woche mit Erdgas den Betrieb aufnehmen.

Für die gesamte Anlage ist ein einjähriger Probetrieb vorgesehen, nach dessen positiver Durchführung um die endgültige Betriebsbewilligung eingereicht wird. Da die Emissionsmessungen bezüglich der Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Werte frühestens im Februar 1990 durchgeführt werden können und deren Auswertung vier bis sechs Wochen in Anspruch nimmt, wird vorbeugend entsprechend der Sanierungspflicht gemäß Luftreinhaltegesetz noch im Dezember 1989 ein Sanierungsantrag zwecks dioxinmindernder Maßnahmen mittels Aktivkohlefilter gestellt werden. Der Einbau dieser Filter, sofern er nach Vorliegen der Meßergebnisse überhaupt notwendig ist, kann allerdings erst nach einem rechtsgültigen Bescheid für die Sanierung erfolgen. (Schluß) roh/bs

Wiener Gemeinderat

Tatsächliche Berichtigung

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Mittwoch seine am Vorabend unterbrochene Sitzung fort. Zu Beginn der Sitzung meldete sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit einer TATSÄCHLICHEN BERICHTIGUNG zu Wort.

In der gestrigen Fragestunde habe GR Mag. KAUER (ÖVP) einen Artikel des Nachrichtenmagazins „Profil“ nicht korrekt wiedergegeben. Der Innenminister hätte im übrigen gar nicht die Weisung geben können, den Schriftsteller IRVING zu verhaften. Dies wäre in der Kompetenz des Justizministers gelegen. Zur Aussage, Polizeipräsident Bögl hätte veranlassen können, Irving bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Schwechat zu verhaften, stellte Zilk fest, Schwechat liege bekanntlich in Niederösterreich, und eine solche Handlung wäre daher von niederösterreichischer Seite zu setzen gewesen.

Personal

Er hätte erwartet, daß der zuständige Stadtrat irgendeinen Akzent in Richtung Verwaltungsreform und modernes Verwaltungsmanagement setzen würde, sagte GR Mag. KABAS (FPÖ) zu Beginn seiner Wortmeldung. Dies sei aber leider nicht geschehen. Dabei gelte es, wichtige Probleme zu lösen, etwa von der Parteibuchwirtschaft wegzukommen und sich mit Personaleinsparungen zu beschäftigen. Kabas sprach sich in diesem Zusammenhang für das „Kärntner Modell“ aus. Zur Diskussion um die Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sagte er, diese Forderung werde immer wieder erhoben, obwohl sie einen weiteren Wettbewerbsnachteil unserer exportorientierten Wirtschaft bringen würde.

GR Mag. KARL (ÖVP) befaßte sich mit der Suspendierung des Lainzer Primarius Dr. Pesendorfer. Eigentlich sei es Pesendorfer gewesen, der die Mordserie auffliegen ließ und schon früher hätte auffliegen lassen, wenn seinen Hinweisen nachdrücklich nachgegangen worden wäre. Die Suspendierung sei von Zilk ausgesprochen worden, und dies habe einen de facto-Druck auf die Disziplinarkommission bedeutet. Warum konnte die Suspendierung nicht nach der Einstellung des Disziplinarverfahrens durch die Disziplinarkommission aufgehoben werden? Jedenfalls sollte jetzt die Disziplinarioberkommission rasch zu einer Entscheidung kommen. Das sei auch eine Frage der Menschlichkeit.

Die Stadtverfassung enthalte Bestimmungen, die wenig bürgerfreundlich sind, und auch Ungereimtheiten. So sei wohl die Frist für die Einberufung von Sitzungen geregelt, nicht jedoch der Zeitraum bis zum Zustandekommen der Sitzung von Gemeinderatsausschüssen. Ähnlich sei die Situation auch auf Bezirksebene, sagte Mag. Karl. Den Meidlinger Bezirksvorsteher Ing. Neiger bezeichnete er als „Bezirksdespoten“, weil dieser ihn an der Einsichtnahme in ein Geschäftstück gehindert habe, das Bestandteil eines Protokolls über eine Bezirksvertretungssitzung gewesen sei. Für die Formulierung „Bezirksdespot“ wurde ihm vom GR-Vorsitzenden OUTOLNY (SPÖ) ein Ordnungsruf erteilt.

Abschließend befaßte sich Karl mit der direkten Demokratie und bemerkte, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die SPÖ augenscheinlich vor dem Volk fürchte. Anders sei es nicht zu verstehen, daß sie bei der Volksbefragung über den „8er“ inhaltenden Widerstand leiste. „Der 8er muß wieder fahren, weil das Recht vom Volk ausgeht“, schloß Mag. Karl.

GR Ing. SVOBODA (SPÖ) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Bezirksvorsteher NEIGER habe GR Ing. KARL nicht, wie dieser behauptet hatte, die Einsicht in das Protokoll verweigert, sondern in einen Akt,

Forts. von Blatt 2652

der nicht Bestandteil des Protokolls gewesen sei. Damit habe Neiger keineswegs entgegen der Stadtverfassung gehandelt.

GR SCHIEL wies auf die außerordentliche Aufstockung der Dienstposten in den Wiener Spitälern um 1.895 Plätze im Jahr 1990 hin. Damit gibt es im AKH und in den übrigen Wiener Krankenanstalten und Pflegeheimen 24.314 Dienstposten. Dies sei jedoch nur die Fortführung einer kontinuierlichen Erhöhung in diesem Bereich seit den frühen 70er Jahren. Auch mit der Ausbildung von derzeit 1.500 SchülerInnen im Bereich des Pflegepersonals liege Wien in Österreich an der Spitze. Schiel verwies auch darauf, daß auf 100 Betten in Wiener Spitälern 30 Ärzte und 78 Pflegepersonen entfallen. Schließlich sprach sich Schiel für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Wien, aber gegen die völlige Liberalisierung des Arbeitsmarktes aus, da diese eine Aushöhlung des sozialen Arbeitsrechtes bedeuten würde.

StR. Komm.-Rat NEUSSER (ÖVP) berichtete von dem Versuch des Wiener Gewerbehause, die beim Arbeitsamt gemeldeten österreichischen Arbeitslosen zweier Berufsgruppen, der Friseure sowie der Hafner und Fliesenleger, zu vermitteln. Der Versuch bei den Friseuren ist noch nicht abgeschlossen, doch zeichnet sich schon ab, daß nur ein geringer Prozentsatz vermittelt werden kann. Bei den Hafnern und Fliesenlegern waren 35 Prozent schwer zu vermitteln, da körperlich oder geistig behindert. Von den 50 Prozent Vorgemerkten, die arbeitsfähig waren, wollten nur zwei wirklich arbeiten. Neusser kündigte an, aufgrund dieser Versuche Vorschläge ausarbeiten zu lassen.

GR FÜRST (ÖVP) konstatierte ein Sicherheitsproblem in Wien. Im letzten Jahr sei es zu einer beängstigenden Zunahme der Kriminalität in Wien gekommen. Es mangle aber an sicherheitspolitischen Konsequenzen. Fürst warnte davor, erst immer nach einer Katastrophe die notwendigen Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen, wie es beim Einsturz der Reichsbrücke oder der Mordserie im Krankenhaus Lainz passiert sei. Das Sicherheitsproblem in Wien sei im wesentlichen ein Personalproblem bei der Polizei. Durch Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen usw. seien die Einsatzstunden der Wiener Polizei in den letzten 25 Jahren um ein Drittel zurückgegangen. Der Dienstpostenplan des Innenministers für 1990 sehe um 150 Posten mehr bei der Polizei vor, dabei sei aber nur ein Posten für Wien. Die Stadt Wien dürfe sich dies nicht bieten lassen. Weiters erinnerte Fürst daran, daß in den nächsten Jahren mit der Öffnung der Ostgrenzen, der Weltausstellung und da Wien insgesamt attraktiver werde, mit zusätzlichen Problemen zu rechnen sei.

Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA (SPÖ) bezweifelte die von GR Fürst genannte niedrige Aufklärungsquote bei Vergehen und Verbrechen, wenngleich die Steigerungsrate auch ihn besorgt mache. Man könne auch nicht von einer gefängnislosen Gesellschaft sprechen, da Österreich von allen europäischen Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens, die höchste Zahl von Strafgefangenen bezogen auf die Bevölkerungszahl aufzuweisen habe.

Zu den Behauptungen über Parteibuchwirtschaft verlangte Swoboda konkrete Angaben seitens der Oppositionsparteien. Man dürfe nicht Behauptungen in den Raum stellen, ohne Belege vorzuweisen.

Zum Fall Pesendorfer, den GR Mag. KARL erneut angesprochen hatte, stellte Swoboda fest, nach seiner persönlichen Meinung sei Pesendorfer als Abteilungsleiter nicht voll den Erwartungen und dem in ihn gesetzten Vertrauen gerecht geworden.

Die Disziplinaroberkommission werde nun völlig unabhängig von der Stadtverwaltung ihre Entscheidung treffen. Seiner Kenntnis nach werde diese Kommission Ende des Monats zusammentreten.

Die Beschäftigung Behinderter in der Stadtverwaltung sei ein weiteres Ziel der Personalpolitik. Bei den Arbeitsämtern sind derzeit etwas mehr als 900

Forts. auf Blatt 2654

Behinderte arbeitslos gemeldet, ein Teil von ihnen wird bei der Stadtverwaltung beschäftigt werden. 1981 waren 50 Behinderte beschäftigt, Ende des Vormonats bereits fast 350.

Umwelt, Freizeit und Sport

GR Mag. KABAS (FPÖ) erklärte StR. HATZL habe nach Auslaufen der befristeten Betriebsbewilligung der Rauchgasreinigung Anfang 1987 bis zum Mai 1987, dem Zeitpunkt, zu dem die Spittelau durch einen Brand außer Betrieb gesetzt worden ist, verheimlicht, daß die MVA widerrechtlich in Betrieb sei. Aus diesem Grund, so Kabas, fordere die FPÖ den Rücktritt des Stadtrates für Verkehr und Energie. Die Spittelau dürfe auch nicht als sogenannte Altanlage im Sinne des Luftreinhaltegesetzes in Betrieb gehen, sondern erst dann den Dauerbetrieb aufnehmen, wenn die Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes und nicht nur die Übergangswerte eingehalten werden können. Das gleiche gelte für die EBS und die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig.

Kabas beantragte, daß die Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport mit den Vorbereitungsarbeiten für eine separierte Sammlung von Kunststoffen beginne. Für eine Lagerung dieser Kunststoffe bis zum Zeitpunkt einer Wiederverwertung sei, forderte Kabas in seinem ANTRAG, ebenfalls umgehend Vorkehrung zu treffen. Ein weiterer BESCHLUSSANTRAG befaßte sich mit der Sammlung von organischen Reststoffen, getrennt vom übrigen Müll, um diese einer umweltgerechten Verwertung, z.B. Kompostierung, zuzuführen.

Das Sportbudget sei von beträchtlichen Mitteln zur Sanierung von Sportstätten gekennzeichnet, es werde zu wenig für den Breitensport getan, sagte GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Als Beispiele, wo durch Fehler Sanierungsmaßnahmen dringend nötig seien, nannte er das Stadionbad, das Hanappi-Stadion und das Dusika-Hallenstadion. Er kritisierte, daß in vielen Fällen Arbeiten zum Nachteil von Jugendlichen verspätet begonnen wurden, etwa beim Garderobengebäude Wienerbergplatz. Dort habe man deshalb sogar einen Garderobencorner aufstellen müssen. Neubert forderte deutlich mehr finanzielle Mittel für Sportvereine. Überhaupt müsse dem Sport ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.

Wie Dr. Neubert weiter ausführte, werde auch der Zivilschutz vernachlässigt. Es fehlten finanzielle Mittel für ein Frühwarn- und Alarmsystem, was geschehe, sei eine reine Alibihandlung. Die Bevölkerung könne damit nichts anfangen, er vermisse Information und Öffentlichkeitsarbeit. Niederösterreich stelle vergleichsweise wesentlich mehr finanzielle Mittel bereit. Es mache ihn betroffen, wie sorglos man mit der Bevölkerung umgehe — die SPÖ habe im Bereich des Zivilschutzes versagt.

GR Brunhilde FUCHS (SPÖ) erklärte, die sozialistische Umweltpolitik trage dafür Sorge, daß alle Aspekte des Umweltschutzes bei den Problemlösungen berücksichtigt werden. Vor kurzem konnte das Abfallwirtschaftskonzept präsentiert werden und fand Anerkennung bei einem internationalen Kongreß. Brunhilde Fuchs berichtete über die Modernisierung des Wiener Luftmeßsystems und die Schadenserhebung beim Wienerwald, die aufgrund eines Forschungsauftrages Umsetzungsstrategien ermöglichen werde. Mit der jetzt fertiggestellten Biotopkartierung werde ein wichtiger Beitrag für die Stadtentwicklungsplanung und eine Bewußtseinsbildung für die Bevölkerung geleistet. Auf dem Wienerberg werden auf 100.000 Quadratmetern tausende Bäume und Sträucher gepflanzt und damit der Wald- und Wiesengürtel in diesem Bereich geschlossen. Einer der neuesten Radwege verbindet den Süden Wiens über das Liesingtal mit der Donau. Das Sommerbad Simmering wird fertiggestellt werden, beim Gänsehäufel, beim Laaerberg-, beim Diana- und beim Stadthallenbad werden Erhaltungs- und Sanierungsarbeiten durchgeführt, das Stadion-

Forts. von Blatt 2653

Forts. auf Blatt 2655

Forts. von Blatt 2654

bad wird in den nächsten drei Jahren um 150 Millionen saniert. Der gute Zustand der Wiener Sportanlagen sei die Grundlage dafür, daß hier immer wieder Europa- und Weltmeisterschaften abgehalten werden können. Im Sommer 1991 werden auf der Neuen Donau Kanu- und Ruderweltmeisterschaften stattfinden. Die dafür umweltschonend errichteten Gebäude werden künftig dem Wassersport zur Verfügung stehen. Im 22. Bezirk wird bis zum Jahr 1993 eine neue Eishalle errichtet.

Das kürzlich vorgestellte Warn- und Alarmsystem für den Zivilschutz sei ein erster, wichtiger Schritt. Brunhilde Fuchs wies den Vorwurf zu geringer Information der Bevölkerung zurück. Man könne die Menschen nicht zwangsbeglücken, doch sollen die Informationen weiter verstärkt werden.

GR Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte die Erhöhung der Wasser- und Müllgebühren in Wien als auch ökologisch nicht gerechtfertigt. Die laufenden Gebührenerhöhungen im Entsorgungsbereich dienten nicht der Verbesserung der Umwelt, sondern der Abdeckung alter Fehler vom Rinterzelt bis zur nicht entsprechend funktionierenden Müllverbrennung. Generell, so Hawlik, vermisse er in Wien eine ökologische Planung in Ergänzung zur Flächenwidmung, Ökobilanzen mit der Auflistung der getroffenen Maßnahmen und deren Wirksamkeit sowie die Ausrichtung des Steuersystems auf umweltwirksame Lenkungssteuern. Abschließend kritisierte der Redner, daß die SPÖ den Bürgerinitiativen gegenüber zuwenig gesprächsbereit sei und damit undemokratisch agiere.

Die Wassergebühren werden angehoben, um damit die hohe Qualität des Wiener Wassers zu sichern und das Wasserleitungsnetz auszubauen bzw. zu erneuern, erklärte GR BRIX (SPÖ). Die tatsächliche tägliche Mehrbelastung betrage etwa bei einer Substandardwohnung 10 Groschen, bei einer Mittelwohnung 35 Groschen, bei einem Einfamilienhaus 60 Groschen.

Auch die Mehreinnahmen bei den Müllgebühren in der Höhe von 130 Millionen sind zweckgebunden. So fließen 80 Millionen der Wiener Altlastensanierung zu, die restlichen 50 Millionen müssen dem ÖKO-Fonds des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Brix warf der ÖVP eine Politik der Verunsicherung der Bevölkerung vor, die der Stimmenhascherei diene. Im internationalen Vergleich der Städte stehe Wien sehr gut da. Weiters verlangte Brix ein bundeseinheitliches Pfandsystem für Dosen, Einwegglas und Batterien.

Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) ging auf die Sanierung der Rundturnhallen ein. Spritzasbest sei seinerzeit mit bestem Wissen zum Brandschutz verwendet worden, heute wissen wir, daß derartige Anlagen saniert werden müssen.

Der Luftbericht 1988 stelle fest, daß die Kraftfahrzeuge einen großen Anteil an der Schadstoffemission tragen. Zur Emissions- und Lärmreduktion seien Bundesgesetze nötig. Wien habe dazu ein Paket von Vorschlägen erarbeitet.

Zum Thema Abfallwirtschaft stellte Dr. Häupl fest, daß die Abfallvermeidung einen hohen Stellenwert habe. Aber auch hier gebe es Schwierigkeiten, wie etwa bei der Verwirklichung eines bundeseinheitlichen Pfandsystems. Es fehlen noch Instrumentarien, und Häupl belegte dies am Beispiel der Altbatterien: Auf freiwilliger Basis werde derzeit eine Rücklaufquote von 50 Prozent erreicht, für ein kostendeckendes Recycling wäre aber eine Rücklaufquote von 80 Prozent nötig, um die Kreislaufwirtschaft realisieren zu können.

Die getrennte Müllsammlung in Wien habe sich sehr bewährt. In die integrierte Abfallwirtschaft muß alles einbezogen werden, Müllverbrennung und Deponien seien unerläßlich. Auch das Forum der österreichischen Wissenschaftler gehe davon aus, daß die thermischen Verfahren mit definierten Bedingungen erforderlich seien. „Wer gegen Müllverbrennungsanlagen auftritt, handelt ökologisch und ökonomisch falsch, sagte der Umweltstadtrat.“

Forts. auf Blatt 2656

Stadtrat Häupl definierte seine ökologische Grundhaltung: Frieden mit der Natur — nicht Frieden durch Angst. Es gehe um eine neue Aufklärung mit aller Offenheit und darum, an die Vernunft und nicht an die Angst der Menschen zu appellieren.

Kultur

Das Kulturbudget 1990 sei, sagte GR GINTERSDORFER (FPÖ), im Vergleich zu 1989 um 33,87 Prozent gestiegen, das heißt von 876,8 Millionen auf 1,173 Milliarden. 83,8 Prozent Steigerung, ein Plus von über 200 Millionen Schilling, sei im Bereich Förderung der Darstellenden Kunst — Theater zu verzeichnen. Rund 250 Millionen Schilling würden — im nächsten Jahr im Gegensatz zu etwa 130 Millionen im heurigen — für die Theater aufgewendet. Schwerpunkt seien die Vereinigten Bühnen Wien. Es stelle sich die Frage, kritisierte Gintersdorfer, wie es mit dem Ronacher, dem Raimundtheater und dem Theater an der Wien weitergehe und ob es Aufgabe der öffentlichen Hand sei, derartig hohe Subventionen für ein weltweit gewinnbringendes Kommerztheater wie das Musicaltheater zu investieren. Gintersdorfer regte im Bereich der Bezirkskulturaktivitäten wesentliche Verbesserungen und Koordinationsmaßnahmen sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für diesen wichtigen Bereich der Kulturarbeit an. Dazu müßten aber, sagte Gintersdorfer, die Bezirksmuseen, deren Ansatz von 1989 auf 1990 mit 2,1 Millionen Schilling gleichgeblieben sei, besser dotiert werden und ein Raumkonzept erstellt werden. Die Bezirkskulturarbeit solle ausgeweitet und überparteilich durchgeführt werden. Gintersdorfer kritisierte die Streichung der Förderung für Sommertheater, die nicht allein Sache des Fremdenverkehrsverbandes sein könne.

Man müsse sich die Zahlen des Budgetvoranschlages genau durchlesen und mit vergangenen Jahren vergleichen, sagte GR Mag. KAUER (ÖVP). So sei in einigen Bereichen zwar für 1990 mehr Geld als 1989 vorhanden, weniger dagegen als im Rechnungsabschluß 1988 nachgewiesen. Er habe sich ausgerechnet, wieviel Geld die Stadt Wien pro Tag und pro Einwohner für Kultur auszugeben bereit ist: Es seien 2,10 Schilling. Dies sei, genauso wie der Anteil von 1,3 Prozent, der im Budget für Kultur vorgesehen ist, entschieden zu wenig.

Kauer kritisierte, daß Budgetsteigerungen so gut wie ausschließlich großen Kulturorganisationen zugute kommen. Dieses „Zentralveranstaltungs-konzept“ stehe im Gegensatz zu den meisten vergleichbaren Städten. Er regte eine Neuorientierung der Kulturpolitik an, Ziel sei echte Kulturautonomie der Bezirke mit der Zurverfügungstellung finanzieller Mittel. Nach welchem Schlüssel auch immer dabei vorgegangen werde, der Betrag sollte mindestens 10 Schilling pro Jahr und pro Kopf betragen. Die derzeitigen 30.000 bis 40.000 Schilling pro Bezirk seien nicht ausreichend und eine Kulturschande.

Kauer regte eine wesentliche Erhöhung des Kulturbudgets an, wie sie auch vom österreichischen Städtetag empfohlen worden sei. Damit könnten Löcher gestopft werden. Als Beispiele nannte er einen Auftragsschub an Künstler, notwendige Restaurierungen des Stadtbildes, und Entschuldungsaktionen für Wiener Kleinbühnen. Er sprach die Hoffnung aus, daß Budgetansätze künftig durchberaten und auch verändert werden, sich die „Spielregeln“ weiterentwickeln. Abschließend dankte er Präsidentin STIEHL für ihre geleistete Arbeit und das gute Klima im Volksbildungswerk.

GR Gertrude STIEHL (SPÖ) nahm ihre letzte Rede im Gemeinderat, ehe sie in den Ruhestand tritt, zum Anlaß, sich vehement für die Förderung und Unterstützung der Basiskultur einzusetzen. Kultur dürfe kein Luxus und kein Privileg bestimmter Schichten sein, sondern tägliches Brot für alle, denn erst Kultur gebe dem Leben Sinn. Man müsse dem einzelnen helfen, den Reichtum der Kultur zu erschließen. Kultur ist Lebenshilfe, Lebensmittel, Überlebensmittel, formulierte Gertrude Stiehl. Der Bürger dürfe nicht

Forts. von Blatt 2655

Forts. auf Blatt 2657

Forts. von Blatt 2656

nur Publikum sein. Derzeit sei es eine dünne Schicht von Menschen, die das Kulturangebot nützt. Aber was ist mit den anderen, die eine sinnvolle Gestaltung des Lebens suchen? Das Volksbildungswerk mit seiner Ringgalerie beispielsweise öffne unbekanntem Autodidakten die Möglichkeit der Selbstpräsentation, wobei diese von anderen lernen und sich daraus weiterentwickeln können. Wie hier ist die persönliche Beteiligung auch in vielen anderen Kulturbereichen entscheidend für das Kulturerleben der Menschen. Verbände und Gruppen würden als Kulturträger oft viel zu wenig beachtet. Sie jedoch gingen von den Bedürfnissen des jeweiligen Stadtteils aus, ermöglichen dem Menschen Kreativität und förderten bei der Bevölkerung das Interesse. Basiskultur sei mehr als Kunst von oben herab. Örtlich gewachsene Aktivitäten müssen unterstützt, Kreativität gefördert werden. Die Forderung nach „mehr Qualität statt Quantität“ dürfe bei der Basiskultur nicht gelten, denn sie wäre ein Druckmittel. Wichtig für die Basiskultur seien die Mitmachaktionen. Amateure könnten keine Spitzenleistungen erbringen. Von ihnen könne man nicht Professionalität und die Qualität der „Hochkultur“ verlangen, denn daran würde die Basiskultur scheitern. Zu begrüßen sei die neugeschaffene Beratungsstelle für Kulturarbeit, die allerdings ihre Aufgabe im Auge behalten und nicht zu einer Wertungskommission werden dürfe. Sie bitte alle, mehr Wert auf die Basiskultur zu legen, um damit die Entfaltung der Menschen zu ermöglichen und zu fördern. Sie werde ihren Vorsitz im Volksbildungswerk zurücklegen, kündigte Gertrude Stiehl an, weil sie der Meinung sei, daß nur ein aktiver Politiker eine wirkungsvolle Vertretung für diese Anliegen gewährleisten kann. Sie schloß mit dem Dank an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die sie in den 16 Jahren ihrer Tätigkeit im Gemeinderat unterstützt haben, den Dank an die Opposition für vielfach bewiesenes Verständnis und an ihre eigene Fraktion für die gute Zusammenarbeit.

GR Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) forderte die verstärkte Förderung von Künstlerinnen. Noch immer seien Frauen, die sich einem künstlerischen Beruf widmen, durch Doppelbelastung, fehlende Unterstützung und fehlende Öffentlichkeit benachteiligt und vor allem in führenden Positionen im Kulturbetrieb unterrepräsentiert. Wie erfolgreich Frauen in entsprechenden Positionen sein können, sei am Beispiel Emmy Werners als Volkstheaterdirektorin zu sehen. Rauch-Kallat forderte die gezielte Förderung von Frauen etwa in den Bereichen Literatur und Bildende Kunst durch spezielle Stipendien und auch weitere Anpassungen der Parität in der Zusammensetzung von Jurys für Preise der Stadt Wien. Es sei zwar bereits einiges in diesem Bereich geschehen, doch müsse man weiterhin das Ziel verfolgen, den Frauen in Kunst und Kultur zur Gleichberechtigung zu verhelfen.

Das Wiener Kulturbudget greift in viele Bereiche des Lebens ein und dient den Bürgern dieser Stadt, den Gästen aus den Bundesländern und auch aus dem Ausland, erklärte GR HANKE (SPÖ). Das Budget sei um ein Drittel angestiegen und überschreite erstmals die 1-Milliarden-Traumgrenze. Wien brauche keinen Vergleich zu scheuen. So habe etwa das Land Oberösterreich mit 1,27 Millionen Einwohnern nur ein Kulturbudget von 665 Millionen jährlich.

Wenn eine Untersuchung des Unterrichtsministeriums feststellt, daß 28 Prozent mehr Österreicher in Ausstellungen gehen, 13 Prozent mehr in Konzerte und zwölf Prozent mehr in Theater, so basieren diese Erfolge in der Kulturarbeit zum großen Teil auf Leistungen Wiens, betonte GR Hanke. Die Festwochen bilanzieren künstlerisch und finanziell erfolgreich, ebenso der Musiksommer und die Vereinigten Bühnen. Dies seien Beispiele für gutes Kunst- und Kulturmarketing, meinte Hanke. Auch das Theater ist in Wien stark im Aufwind, wie etwa das Theater der Jugend, das Volkstheater oder die Josefstadt.

Forts. auf Blatt 2658

Forts. von Blatt 2657

Sie freue sich, sagte Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß die grundsätzlichen Vorstellungen einer Kulturpolitik für Wien im Gemeinderat außer Streit stehen. Die Teilnahme der Bevölkerung an den Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen sei deutlich gestiegen. Waren 1985 nur 25 Prozent der Bevölkerung Theaterbesucher, so waren es 1989 bereits 36 Prozent. Der Anteil der Konzertbesucher hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, und in Wien geht bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung ins Museum. Pasterk verwies insbesondere auf die Besucherrekorde der Ausstellungen des Historischen Museums und der Wiener Festwochen.

Neben der Bewahrung der großen Tradition Wiens dürfe aber die Zukunft nicht außer acht gelassen werden. Zu ihren leitenden Überlegungen gehöre es, den produzierenden Künstlern gegenüber den reproduzierenden Künstlern immer mehr Gewicht im Kulturleben zu verschaffen. Dazu zählen die Canetti-Stipendien, die Autorenstipendien sowie die Reihe Wien-Modern mit Auftragskompositionen.

Es sei auch gelungen, die Internationalisierung der Wiener Kulturszene voranzutreiben. Wie wichtig Kultur für die Stadt geworden sei, zeige das Kulturbudget. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung von 29,8 Prozent, das sind 297 Millionen mehr, auf insgesamt 1,294 Milliarden Schilling erzielt werden.

Mit der neuen Entwicklung im Osten Europas wird auch Wien und seine Kultur herausgefordert. Auch die EXPO 95 verlange konkrete Aktionen, damit Wien seine Konkurrenzfähigkeit und seine Funktion als Drehscheibe zwischen Ost und West behaupten kann.

Im kommenden Jahr werde es eine Vielzahl kultureller Aktivitäten geben; bei der Viennale soll mit einem Neuanfang eine Signalwirkung für Wien als künftige Filmstadt gesetzt werden. Das Schwerpunktthema der Wiener Vorlesungen gilt im nächsten Jahr der „Politik im Umbruch“. Eine große Ausstellung zum Thema „125 Jahre Wiener Ringstraße“ in der Volkshalle wird vorbereitet. In der Albertina und im Historischen Museum ist eine zweiteilige Ausstellung Adolf Loos gewidmet. Das Historische Museum und die Prager Nationalgalerie organisieren die Ausstellung „Prag um 1400 — der schöne Stil der Gotik“. Als Sommerattraktion werden Werke von Egon Schiele aus amerikanischem Besitz gezeigt. Die Hauptausstellung der Wiener Festwochen 1990 zum Thema „Kunst und Natur“ wird von Peter Weiermair für den Messepalast zusammengestellt.

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

Das Sozialbudget, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ), sei erfreulicherweise um 16,3 Prozent auf 4,7 Milliarden Schilling aufgestockt worden. 31,8 Millionen davon seien für sozialtherapeutische Maßnahmen für Nichtseßhafte vorgesehen. Vorrangiges Problem dieser Randgruppe seien die Arbeitslosigkeit und die triste Situation für Langzeitarbeitslose, die durch die Arbeitsämter nicht behoben werden könne. Landauer forderte, die Monopolstellung der Arbeitsämter abzuschaffen und private Stellenvermittlungen miteinzubeziehen. Im Sozialbereich sei Risikovorbeugung noch wichtiger als Risikobegrenzung, weshalb die FPÖ für ein Landesfamilienförderungsgesetz eintrete. Man könne, meinte Landauer, menschliches Glück nicht erzwingen, müsse aber gezielte Verbesserungen von Rahmenbedingungen und spürbare Entlastungen für die Familien veranlassen. Weiters forderte Landauer mehr Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere Öffnungszeiten der Kindergärten.

GR Dr. SALCHER (ÖVP) kritisierte die Konstellation des Jugendinformationszentrums einschließlich seiner budgetären Ausstattung und seines, wie er sagte, überdimensionierten Aufgabenumfanges. Daraus habe sich eine deutliche Erhöhung des Finanzierungsbedarfs und des Personalstandes ergeben. Nach den Jugendzentren sei dies nun das nächste Finanz-

Forts. auf Blatt 2659

Forts. von Blatt 2658

debakel, wofür Vizebürgermeisterin Smejkal die volle Verantwortung zu tragen habe. Es müsse die Frage nach der Sinnhaftigkeit solcher Einrichtungen gestellt werden, wenn man sich beispielsweise vor Augen halte, daß sogar die kostenlosen Jungbürgerveranstaltungen nur von der Hälfte des Zielpublikums besucht würden. Es müsse einem zu denken geben, daß junge Menschen offenbar eine Abneigung gegenüber Institutionen dieser Stadt haben und sich nicht mit dem „undurchsichtigen Bürokratiedschungel“ auseinandersetzen wollen, den zu lichten das Jugendinformationszentrum nicht geeignet ist. Für sinnvoller hält Dr. Salcher die Schaffung eines Jugendombudsmannes mit Anfrage- und Antragsrecht. Zu kritisieren sei auch die ungleiche Behandlung etwa zwischen öffentlicher „Lernstatt“ und privater „Baustatt“, zwei Projekten, die sich um die Integration Jugendlicher bemühen, wobei jedoch die Lernstatt mit drei Millionen zehnmal so hoch dotiert sei wie die private Baustatt. Darüber hinaus setzte sich Dr. Salcher mit der finanziellen Ausstattung und Ankaufspolitik der städtischen Büchereien auseinander und zog den Vergleich mit Hamburg und München, die beide deutlich höhere Ansätze bei Budget, Buchausstattung und Mitarbeiterstand vorzuweisen hätten. Werde die Notwendigkeit einer Aufstockung urgiert, antworte das zuständige Ressort jedoch stets mit dem Argument, daß die Mittel für notwendige Aufwendungen im sozialen Bereich benötigt würden.

GR Gerda JERABEK (SPÖ) verwies zunächst darauf, daß die von GR Dr. Salcher angegebene Summe für die Jugendinfostelle in zwei Jahren aufgebraucht wurde. Salchers Aussage, man habe fünf Millionen in einem Jahr verbraucht, stimme daher nicht.

Anschließend verwies Jerabek auf die Leistungen der Stadt Wien im Bildungs- und Schulbereich. In 358 öffentlichen Pflichtschulen wurden im vergangenen Schuljahr 71.725 Schüler verzeichnet. Durch die leicht gesunkene Schülerzahl konnten die Durchschnittsanzahl von Schülern pro Klasse gesenkt werden und Nebenräume für Schulversuche und andere Aktivitäten freigemacht werden. Ab September 1990 wird Informatik Pflichtgegenstand, bis dahin wird jede Schule acht Computerarbeitsplätze besitzen. Bis zum kommenden Schuljahr werden 1.500 Lehrer dafür ausgebildet.

Die Gemeinderätin wies auf die Erfolge bei den Schulversuchen hin, die in das Regelschulwesen übertragen werden sollen und die Chancengleichheit wieder ein Stück näher gebracht haben. Weiters berichtete Jerabek über die Berufsausbildung in den Wiener Berufsschulen, verwies auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Schulzeit und forderte mehr Allgemeinbildung sowie Englisch und Turnen als Pflichtfächer.

GR GINTERSDORFER (FPÖ) sagte, daß die in einer IFES-Studie festgestellte beachtliche Zunahme der Lesefertigkeit und Leselust beim Budget keine Entsprechung finde. Das Buchankaufsbudget wurde bereits im Budget 1988 drastisch gekürzt, das Budget 1990 sei ein absoluter Tiefpunkt. Für die Kürzungen der Vergangenheit wurde kein Ausgleich geschaffen und auch die Inflation nicht berücksichtigt.

Das Budget sei für die großen volksbildnerischen Aufgaben unzureichend. Wien führe zwar große Museumsdebatten, in denen es um hunderte Millionen Schilling gehe, eine Büchereidebatte vermisse er aber. Weiters regte er an, den Budgetansatz Büchereien wieder in das Kulturbudget zu transferieren, damit es keinen Konflikt mit dem Sozialbereich gebe.

Es sei erfreulich, daß die Novelle zur Kindertagesheimverordnung am 1.1.1991 in Kraft treten wird, sagte GR Mag. Eva PETRIK (ÖVP). Als besonders positiv wertete sie, daß es gelungen sei, einen Passus über die Gruppenkinderhöchstzahl mit 25, höchstens 28, einzubauen. Sie sprach die Hoffnung aus, daß bei verschiedenen Kindergruppen in der verbleibenden Zeit noch eine Reduzierung der Höchstzahl ermöglicht wird.

Grundsätzlich haben sich die Wünsche der Eltern in den vergangenen Jahren geändert: Mehr und mehr wird auch pädagogische Betreuung gefordert, die weit über den ursprünglichen Kindergarten hinausgeht. In den

Forts. auf Blatt 2560

Kindern dürfe man nicht nur künftige Konsumenten, Wähler, Steuerzahler, Hoffnungsträger oder Objekte zur Selbstverwirklichung von Vätern und Müttern sehen, sondern vor allem junge Menschen mit konkreten Wünschen und Bedürfnissen. Für sie müsse noch mehr getan werden. Jede Familie und jedes Kind sind individuell, sagte Petrik, und daher müsse auch jede Hilfe individuell sein.

GR Erika STUBENVOLL (SPÖ) betonte, daß es in Wien sehr wohl Modelle zur Obdachlosenbetreuung gebe. Die Privatisierung der Arbeitsämter sei abzulehnen, da sie Geschäftemacherei nach sich ziehen würde. Die Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindergärten könnte dazu führen, die Kinder durch zu lange Aufenthalte im Kindergarten zu überfordern.

Stubenvoll betonte die Familienfreundlichkeit der Politik der SPÖ in Wien und wies auf das reiche Angebot kommunaler Einrichtungen für Familien hin. Daß Wien für weitere Herausforderungen im Bereich Soziales und Familie gerüstet sei, zeige der Anstieg des Sozialbudgets um 16 Prozent. Schon jetzt habe Wien eine führende Stellung in Österreich bei der Versorgung mit Kindergärten und Krippen, auch für das kommende Jahr seien neue Kindertagesheime geplant. Die soziale Tarifgestaltung der Kindergärten sei ebenfalls vorbildlich. Die Rednerin verwies auch darauf, daß die Familienbeihilfe in Österreich über dem europäischen Schnitt liege und nannte Familienberatung, Kinderanwalt und Notruf als wesentliche Einrichtungen der Wiener Familienpolitik. Generell forderte sie die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Atmosphäre und die Solidarität der sozial Stärkeren mit den Schwächeren, um auch diesen einen entsprechenden Platz in der Gesellschaft zu sichern.

Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) wies darauf hin, daß der Kinder- und Jugendanwalt als Ergänzung zur Einrichtung des Kindernotrufes eingerichtet wurde und sich bewährt habe. Das „Finanzdebakel“, von dem im Zusammenhang mit den Jugendzentren gesprochen worden war, sei keines gewesen, da sich die ursprünglichen Voraussetzungen geändert haben und der eingeschlagene Weg korrigiert werden mußte. Daher war auch die Finanzierung neu zu konzipieren. Zur Kritik am „Charme einer Bahnhofshalle“ bei der Jugendinformation meinte Smejkal, entscheidend sei, daß die Einrichtung von den Jugendlichen angenommen werde. Auch habe sich die Richtigkeit einer zentralen Stelle erwiesen. Sie sei froh, daß das Sozialbudget in eindrucksvoller Weise angehoben werden konnte. Im Zusammenhang mit dem Budget der städtischen Büchereien stellte die Vizebürgermeisterin fest, daß es 1987 tatsächlich einen Einbruch gegeben habe und die Ankäufe gekürzt werden mußten, während die Steigerungen 1988 und 1989 in der Gegend um 7,5 Prozent betragen, und heuer auch der Ankauf eines Bücherbusses dazukomme. Die Zahl der Bücher allein sei kein Indikator für das Funktionieren der Bildungspolitik: Die Ausleihzahlen sind deutlich angestiegen. Dies sei nicht auf die Zahl der Bücher, sondern auf die Auswahl bei den Ankäufen zurückzuführen. Sie sei froh, sagte Smejkal, daß sich die FPÖ nun Sorgen um die Eingliederung von Randgruppen, Obdachlosen, in den Arbeitsprozeß mache. Das sei ein Fortschritt gegenüber der seinerzeitigen Haltung bei der Gänsbachergasse. Hinsichtlich der Jungbürgerveranstaltungen sprach Smejkal die Einladung zur Zusammenarbeit für ein zukunftsweisendes Modell aus, durch das Jugendliche animiert werden sollen, mindestens einmal eine Veranstaltung der Stadt Wien zu besuchen. Es sei für sie außergewöhnlich, fügte Vbgm. Smejkal hinzu, daß Sozialthemen nunmehr auch schon im Rahmen der Generaldebatte und der Wirtschaftsdebatte abgehandelt wurden. Sie sehe darin eine positive Tendenz in der Meinungsbildung innerhalb des Gemeinderates.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 19.05 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag fortgesetzt. (Schluß) red

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 23. November 1989

Blatt 2661

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk lädt Havel und Hajek nach Wien ein (2667)

Kommunal/Lokal:

„Im milden Schein des Gaslichts“ (2662)

Gemeinde Wien: Gegenüber Vorjahr 30 Prozent mehr Behinderte aufgenommen (2663)

Ehrungen im 14. Bezirk (2664)

Hatzl: Wiener Planungsverantwortliche brauchen keine Nachhilfe (2666)

Öffentliche Auflage einer Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes (2668)

Familiensonntag: Veranstaltungen in 10 Bezirken (2669)

Wiener Gemeinderat (2670-2677)

Schirmer: Keine Mißstände bei Refundierung der Ausgleichsabgabe für Schlachtvieh (2678)

Neue Einbahnregelung im 17. Bezirk (2678)

Kultur:

Verdienstzeichen des Landes Wien (2664)

10 Jahre Artothek (2665)

„Im milden Schein des Gaslichts“

Buch des Gaswerke-Direktors erschienen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Am 27. November 1962 wurde in Hietzing an der Kreuzung Sauraugasse/Nothartgasse die letzte öffentliche Gaslaterne gelöscht. Zur Erinnerung daran wurde sie vor dem Bezirksmuseum Hietzing (Am Platz 2) wieder aufgestellt. In diesem Bezirksmuseum wurde Mittwoch abend das Buch „Im milden Schein des Gaslichts“, verfaßt vom Direktor der Gaswerke, Dipl.-Ing. Rudolf SCHLAUER, vorgestellt.

Der Verlag in seinem Begleittext dazu: „Ein literarischer Leckerbissen für alle Wien-Freunde, die amüsante Anekdoten, verknüpft mit nostalgischen Schmankerln, trockenen Berichten vorziehen. Aus aktuellem Anlaß des 90jährigen Bestehens des Gaswerkes vermag die Broschüre, unterstützt von zahlreichen Illustrationen, anhand umfangreicher Ausführungen über die Geschichte dieser einst völlig neuartigen Beleuchtungstechnik Zeugnis der Entwicklung des 'guten alten Wiens' zu geben.“

Rudolf Schläuer, „Im milden Schein des Gaslichts“, Compress-Verlag, 72 Seiten, 98 Schilling, erhältlich in allen Buchhandlungen. (Schluß) roh/rr

Gemeinde Wien: Gegenüber Vorjahr 30 Prozent mehr Behinderte aufgenommen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Zur immer wiederkehrenden Fragestellung nach der Aufnahme von Behinderten in den Dienst der Stadt Wien stellte Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß zwar der Dienstpostenplan des Magistrats der Stadt Wien keine eigens für Behinderte systemisierte Dienstposten vorsieht, daß aber insbesondere aufgrund der Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Vergleich zum Vorjahr (Vergleichszeitraum: Frühjahr 88/89) eine Steigerung von 30 Prozent zu registrieren ist.

Für Behinderte wurden im Detail folgende Überstandsposten bewilligt:

1981:	50
1983:	150
1984:	200
1986:	230
1988 (März):	256
1989 (Mai):	310
1989 (Nov.):	342

Insgesamt finden derzeit 829 Behinderte im Sinn des Behindertenbeschäftigungsgesetzes bei der Stadt Wien — davon 745 im Magistrat im engeren Sinne — Beschäftigung.

Die intensiven Bemühungen der Stadt Wien, besonders initiiert von Bürgermeister Zilk, haben in den letzten Jahren positive Ergebnisse erbracht.

Stadtrat Dr. Swoboda: „Dennoch besteht nach wie vor die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet große Anstrengungen zu unternehmen. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß gerade bei den personalintensiven Dienststellen eine Beschäftigung behinderter Dienstnehmer oft nur schwer möglich ist. Es ist jedoch meine feste Absicht, auch in Zukunft die Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer nach Kräften zu fördern“.
(Schluß) lf/gg

Ehrungen im 14. Bezirk

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch abend überreichte Stadträtin Christine SCHIRMER Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Mandatare der Bezirksvertretung für den 14. Bezirk.

Das Silberne Ehrenzeichen erhielt Bezirksvorsteher-Stellvertreter Peter EREMIAS, das Goldene Verdienstzeichen erhielten die Bezirksräte Kurt BRAUN, Paul BRIXLER, Franz GROSSMANN, Hermine HASLINGER, Ferdinand HILLER, Anton LADICS, Komm.-Rat Franz SEISER und Ernst STILLER.

Das Silberne Verdienstzeichen erhielten die Bezirksräte Karl ACHITZ, Markus BERGER, Reg.-Rat Kurt BRÜNDL, Karl FEICHTINGER, Gerald GASCHLER, Harry GROSMAN, Willi JAKSCH, Michael KRESS, Ing. Helmut LIENDLBAUER, Dr. Franz SATZINGER, Johann SEDLACEK, Rudolf STARK und Robert ZAWIACIC. (Schluß) emw/gg

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL überreichte Donnerstag das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien an Elisabeth REISINGER. Frau Reisinger ist die musikalische Leiterin des Ersten Wiener Mandolinenorchesters. (Schluß) red/bs

10 Jahre Artothek

Tag der offenen Tür am Samstag

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Die Artothek feiert ihren zehnten Geburtstag. Die Bildverleihstelle, die 1979 vom damaligen Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK ins Leben gerufen wurde, ist zu einer fixen Institution des kulturellen Angebots der Stadt geworden. Rund 1.600 Werke, Ölbilder, Grafiken und auch Kleinskulpturen von österreichischen Künstlern stehen dem interessierten Publikum zur Verfügung. Der Verleihpreis für zwei Monate beträgt 30 Schilling. Die Autothek ist Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr, geöffnet.

Anlässlich des Jubiläums gibt es in der Artothek am Samstag, dem 25. November, von 10 bis 18 Uhr einen „Tag der offenen Tür“. (Schluß) gab/rr

Hatzl: Wiener Planungsverantwortliche brauchen keine Nachhilfe

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Zu der heute seitens der Grünen erhobenen Forderung, die Stadt Wien und insbesondere der Verkehrsstadtrat sollten sich eindeutig von dem Straßenprojekt einer B 301 distanzieren, stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL in einer ersten Stellungnahme fest, weder er noch die Stadt Wien benötigten Nachhilfe hinsichtlich des Umweltbewußtseins. Er habe sich, so Hatzl, und das sei allgemein bekannt, stets gegen Vorhaben ausgesprochen, die eine weitere Verkehrsbelastung der Wohnbevölkerung im Süden Wiens mit sich brächten. Eben deshalb trete er dafür ein, einen zu erwartenden stärkeren Verkehrsstrom aus dem Osten um die Wohngebiete herumzuführen. Man könne es sich aber nicht so leicht machen wie die Grünen, die nach dem Motto, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“, die LKW-Problematik zwangsweise auf die Schiene verlagern wollen. „Wir werden uns um Lösungen im Einvernehmen mit allen Betroffenen bemühen, die Wien nicht zu einer LKW- und PKW-Durchfahrtsroute werden lassen“, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Zilk lädt Havel und Hajek nach Wien ein

Wien, 23.11. (RK-POLITIK) Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei hat der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Bürgerrechtskämpfer und Dramatiker Vaclav HAVEL sowie den ehemaligen Außenminister zur Zeit des Prager Frühlings, Dr. Jiri HAJEK, namens der Bundeshauptstadt zu einem Besuch nach Wien eingeladen. Beide haben die offizielle Einladung, die vom österreichischen Botschafter in Prag, Dr. Karl PETERLIK, übermittelt wurde, dankend angenommen. Der Zeitpunkt des Besuchs, den beide möglichst bald absolvieren wollen, ist vorläufig noch offen, da er nicht zuletzt von den aktuellen Ereignissen und den Reisemöglichkeiten abhängt. (Schluß) red/rr

Öffentliche Auflage einer Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Bis zum 29. Dezember liegt eine vom Amt der Wiener Landesregierung ausgearbeitete Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsicht in den Entwurf ist in allen Magistratischen Bezirksämtern Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag auch bis 17.30 Uhr möglich.

Die letzte bedeutende Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes erfolgte im Februar 1982 — damals kam es auch zu einer Tarifierpassung. Nun soll es neben Klarstellungen und Vereinfachungen des Gesetzes für einen Teil der Tarife — die sogenannten festen Tarife, die in absoluten Beträgen im Gesetz enthalten sind — nach acht Jahren zu einer Erhöhung um 25 Prozent kommen.

Im Budget 1990 werden die Einnahmen aus der Gebrauchsabgabe mit 1.093 Millionen geschätzt. Allerdings kommt der überwiegende Teil dieser Einnahmen nicht aus den festen Tarifen, sondern aus Tarifen, die sich am wirtschaftlichen Ergebnis der Betriebe orientieren — die somit einer Dynamisierung unterliegen und die nicht erhöht werden sollen. Die sogenannten festen Tarife erbringen ohne Erhöhung Einnahmen von rund 140 Millionen Schilling im Jahr. Durch die geplante Erhöhung der festen Tarife könnte es zu Mehreinnahmen von rund 35 Millionen Schilling im Jahr kommen. (Schluß) sei/rr

Famillensonntag: Veranstaltungen in zehn Bezirken

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) 16 Veranstaltungen in zehn Bezirken bietet das Landesjugendreferat den Wiener Familien am kommenden Sonntag, dem 26. November. Das Angebot beinhaltet u. a.

- Kennenlernen und Ausprobieren von Brett- und Gesellschaftsspielen im Wappensaal des Rathauses
- Adventzauber im Wohnpark Alt-Erlaa (Kaufparkhalle)
- Umweltaktion im Volksheim Stammersdorf
- Diskussion über seelische Probleme in Schule und Erziehung in der Volkshochschule Favoriten
- „Fun with English“ im British Council
- Herbstwanderung entlang des Wienflusses
- Museumsaktion im Völkerkundemuseum
- Lesofantenfest im „Haus des Buches“ und vieles andere mehr.

Nähere Auskünfte beim Landesjugendreferat unter 42 800/4100 und bei der Stadtinformation. (Schluß) emw/gg

Wiener Gemeinderat

Gesundheits- und Spitalswesen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Mittwoch abend unterbrochene Gemeinderatssitzung wurde Donnerstag fortgesetzt.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) stellte fest, daß der Ausgabenrahmen im Spitalswesen um 1,7 Milliarden angehoben wird und der Personalaufwand um 837 Millionen steigt. Die personelle Aufstockung allein löse die Probleme aber noch nicht. So müsse etwa eine bessere Arbeitszeitregelung (Halbtags- und Teilzeitarbeit, überschneidender Schichtdienst) getroffen werden. Ein Fernsehbericht habe offenkundig gemacht, daß die Verhältnisse in den Vorarlberger Spitälern wesentlich besser sind, und die Patienten dort deutlich freundlicher behandelt werden. In Wien passiere alles nur in kleinen Schritten. Das Argument, daß alle Forderungen Geld kosten, zähle nicht, denn es wäre wichtig, die Mittel effizienter einzusetzen. In einem ANTRAG forderte Landauer Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung aller Sparten der Medizinisch-Technischen Dienste. Die Ausbildung sollte einheitlich drei Jahre dauern. Weil die Medikamentenkosten weiterhin steigen, forderte Landauer in einem weiteren ANTRAG, den finanziellen Aufwand für die pharmazeutischen Produkte zu senken. Die Mobilisierung sei manchmal durch Therapeuteneinsatz erfolgreicher und schneller und verglichen mit den Medikamenten auch ohne Nebenwirkungen. Sie unterstrich die erfolgreiche Tätigkeit der AIDS-Hilfe und forderte, das Methadonprogramm für die Drogenabhängigen verstärkt anzubieten. Parallel dazu sei eine soziale Unterstützung für die Drogenabhängigen notwendig. Weiter verlangte Karin Landauer, den Standard der Pflegeheime jenem der Pensionistenheime anzupassen. Von der Ärztekammer verlangte die Rednerin, junge niedergelassene Ärzte rascher mit Kassenverträgen auszustatten, um die Patientenversorgung sicherzustellen.

GR DKfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER (ÖVP) kritisierte, daß durch eine quantitative Vermehrung des Personals und eine Anhebung der Bezüge im Krankenpflegeteam dringend nötige Reformen nicht ersetzt werden könnten. Es bestehe die Gefahr, daß die zusätzlich zur Verfügung gestellten Finanzmittel in ein veraltetes System sinnlos investiert würden. Sie vermisse, sagte Festge-Weinrother, weiterhin systemisierte Teilzeitarbeitsplätze in Krankenanstalten sowie verbesserte Bedingungen und eine damit erfolgende Attraktivierung der Teilzeitarbeit. Es gebe nach wie vor zu wenig zusätzliche Verwaltungskräfte, und bei der Personalaufstockung sei zum Beispiel das Krankenhaus Lainz wieder kraß benachteiligt worden. Ein weiterer Kritikpunkt sei, daß kein einziger zusätzlicher Dienstposten für die Mobilen Krankenschwestern geschaffen worden sei. Die Hauskrankenpflege müsse umgehend flächendeckend ausgebaut werden. Derzeit funktioniere sie unbefriedigend und nicht bürgernah. Als Organisationsform schlug Festge-Weinrother eine Anlehnung an das Hamburger Modell der Sozialstationen vor und stellte den ANTRAG, die Zahl der Dienstposten bei den Mobilen Schwestern auf 300 anzuheben, die organisatorische Zuständigkeit in die MA 17 zurückzuführen und die Schwestern im Einsatz mit einem Schild „Hauskrankenpflege“ oder „Krankenschwester im Dienst“ analog der Regelung „Arzt im Dienst“ auszustatten.

Die tragischen Vorfälle von Lainz hätten uns allen erst den Stellenwert eines funktionierenden Gesundheitswesens ins Bewußtsein gebracht, sagte GR Eveline ANDRLIK (SPÖ). Das Gesundheitswesen benötige ständige Reformen und Verbesserungen. Die Reformen dürfen sich nicht nur auf das Krankenhaus beschränken, die extramuralen Einrichtungen, die Vor- und Nachsorgeeinrichtungen müssen ausgebaut werden, für ausreichendes Personal ist zu sorgen. Das Modell „Medizin 2000“ und das WHO-Projekt „Gesunde Stadt“ bieten die besten Voraussetzungen für Gesundheitsförderung, für Schutz, Erhaltung und Verbesserung der Gesund-

heit. Ziel ist die Gesundheitsförderung in allen Bereichen der Gesellschaft, in der Schule, in der Erwachsenenbildung, in der Stadtplanung, in der Umwelt- und Verkehrspolitik. Wien könne hier an die große sozialmedizinische Tradition der Zwischenkriegszeit anknüpfen.

Andrlik sprach sich für den Ausbau der Serviceleistungen aus und berichtete in diesem Zusammenhang über den Erfolg des Versuches „Gesundheitsstraße“ in der Leopoldstadt. Mit lokalen Aktionen, etwa Gesundheitstagen, Gesundheitsbusse in den Bezirken, könnten gute Erfolge erzielt werden. Positiv wertete es Andrlik, Frauenprojekte in die Gesundheitspolitik mit einzubeziehen.

GR Dr. RASINGER (ÖVP) sprach sich für die Aufwertung des praktischen Arztes im Gesundheitswesen aus. Hausärzte müßten in die Lage versetzt werden, etwa auch Laboruntersuchungen zu machen und Vorsorgemedizin zu betreiben. Dadurch könnte das Gesundheitswesen einerseits verbessert und andererseits finanziell entlastet werden. Entsprechende Schritte müßten bei der Gebietskrankenkasse durchgesetzt werden. Rasinger sprach auch eine Reihe von Vorschlägen von Vizebürgermeister Mayr in dessen Buch „Patient — Spital“ aus dem Jahr 1985 wie etwa die Dezentralisierung des Spitalswesens an, die bis heute nicht verwirklicht worden seien. Generell sei es offensichtlich sehr schwierig, die in Wien notwendige Reform in Richtung Vorsorge und Dezentralisation im Gesundheitswesen durchzusetzen. Es bedürfe immer eines Schocks, wie seinerzeit vor der Psychiatriereform und zuletzt in Lainz, wobei die Vorschläge von Gesundheitsstadtrat Stacher und der internationalen Expertenkommission im Gefolge von Lainz größtenteils bis heute nicht umgesetzt seien. Rasinger kritisierte weiters, daß die Psychotherapie nach wie vor in Wien keine Kassenleistung sei und daß der Ausbau der Hauskrankenpflege und damit im Zusammenhang auch der Ausbau der Nachbarschaftshilfe nach wie vor zu wünschen übrig lasse. Auch in ihren Publikationen widme die Stadt Wien der Gesundheit zu wenig Augenmerk. Der Redner schloß mit einem Apell zu mehr Zusammenarbeit, um im Gesundheitswesen wirklich die behauptete Spitzenposition zu erreichen.

Die Stadt Wien sei bemüht, die regionale Versorgung in allen Bereichen der Gesundheit weiter zu verbessern, sagte GR Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ). Wien sei durch den Beschluß, dem WHO-Projekt „Gesunde Städte“ beizutreten, einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Denn dadurch seien die 38 Einzelziele des WHO-Projektes Ziele der Wiener Gesundheitspolitik geworden. Als Beispiele nannte sie die Bekämpfung von Infektionskrankheiten; die Absicht, bis zum Jahr 2000 eine Senkung der Sterblichkeit durch Kreislauferkrankungen bei Personen unter 50 Jahren um 15 Prozent zu erzielen, sowie eine Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit. Weiters würdigte Neck-Schaukowitsch die Psychiatriereform. Stadtrat Stacher sei es gelungen, die Psychiatrie aus dem „Narrenhaus-Dasein“ herauszubringen. Wie ernst die Stadt Wien Gesundheitspolitik nehme, zeige sich auch daran, daß dafür ein Fünftel des Gesamtbudgets aufgewendet wird.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) befaßte sich mit der Situation beim städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Sie sagte, das Personal müsse durchschnittlich 70 bis 80 Stunden pro Woche arbeiten und erhalte dafür netto 17.000 bis 18.000 Schilling. Es gebe keine geregelten Ruhe- und Mittagspausen im Außendienst. In einer Dienstschicht müßten 200 bis 250 Kilometer gefahren werden, die Patienten müßten wegen der Personalüberlastung oft lange warten, und das Rettungspersonal müsse seine Fortbildung in der Freizeit absolvieren. Wenn Mitarbeiter Änderungen des bestehenden Systems verlangen, werden ihnen Gehaltskürzungen in Aussicht gestellt. Hampel-Fuchs schlug vor, neue Regelungen gemeinsam mit dem Personal in Richtung einer 40-Stunden-Woche auszuarbeiten, wobei Gehaltseinbußen durch eine Anhebung des Gehalts-

Forts. von Blatt 2670

Forts. auf Blatt 2672

schemas kompensiert werden sollten. Es sollte mehr Personal oder eine bessere Kooperation mit den privaten Rettungsorganisationen sowie eine Untersuchung auf den einzelnen Rettungsstationen und dort für die einzelnen Touren geben. Ihr gehe es darum, sagte Hampel-Fuchs, daß die Mitarbeiter des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes das bekommen, was Millionen andere längst haben.

Er habe, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), in einem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit Gesundheitsminister Ettl ein Hauskrankenpflegegesetz gefordert, das nun auf Ettls Weisung vorbereitet werde. Dieses Gesetz dürfe das Krankenpflegegesetz aber nicht ersetzen. Er mache darauf aufmerksam, erklärte Stacher, daß dies nach wie vor Bundeskompetenz sei. Zum Problem der flexiblen Diensterteilungen sagte Stacher, er kenne die Wünsche der Personalvertretung, die derzeit keine Änderung möchte. Zur Teilzeitbeschäftigungssituation sei zu sagen, daß nun ohne Rücksicht auf den systemisierten Stand Teilzeitbeschäftigte über den Dienstpostenplan hinaus aufgenommen werden können. Für die Hauskrankenpflege müsse man, ebenso wie dies bei den Sozialen Diensten geschehen sei, eine übergeordnete Organisationsform schaffen, doch könne dies nicht allein auf Kosten der Stadt Wien, sondern nur in Zusammenarbeit und mit massiver finanzieller Unterstützung von Kassen und Versicherungen erreicht werden. Er stehe einer neuen Personalgruppe, wie sie Dr. Rasinger gefordert habe, überaus positiv gegenüber, unterstrich Stacher, wolle jedoch den Begriff „Altenpfleger“ nicht verankert sehen. Er stelle sich die Bezeichnung „Chronischkrankenpfleger“ vor, da Pflegefälle nicht nur bei alten Menschen vorkommen. Dieser Begriff solle auch in das Pflegegesetz aufgenommen werden. Stacher machte darauf aufmerksam, daß eine Umstrukturierung in Krankenhäusern nur langsam und stufenweise, vor allem aber mit Rücksicht auf die Sensibilität des Betriebes möglich sei und deshalb Zeit brauche. Abschließend sagte Stacher, das Budget 1990 enthalte nicht nur eine Steigerung um 1,7 Milliarden Schilling, sondern auch vielversprechende Ansätze für Fortschritte und Neuerungen im medizinischen und organisatorischen Bereich der Wiener Krankenanstalten.

Verkehr und Energie

Das Verkehrschaos werde täglich ärger, meinte StR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Innerhalb des Gürtels gebe es zu wenig Parkplätze, zu wenig Garagen, der Wirtschaftsverkehr sei behindert, die Busse und Straßenbahnlinien bleiben stecken. Das müßte nicht so sein, wenn die richtigen Maßnahmen rasch ergriffen werden. Pawkowicz sprach sich für die Verlängerung der U-Bahn-Linie aus; so der U 1 nach Norden und Süden. „Wer einmal im Auto sitzt, der steigt nicht mehr in die U-Bahn um“. Auch die U 4 sollte nach Meinung von Pawkowicz zum Auhof verlängert werden, wo ein großer Park-and-Ride-Platz errichtet werden könnte. Die S-Bahn sei in Wien ein bisher vergessenes Kind. So sei einfach nicht einzusehen, warum der Flughafen mit der S-Bahn kaum erreichbar sei.

Es gelinge offensichtlich nicht, die Autofahrer zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bewegen. Das Beschleunigungsprogramm funktioniere nur ansatzweise. Pawkowicz bemängelte weiters, daß der 71er keine Anbindung an die U-Bahn habe.

Es gelte, neue Flächen für den ruhenden Verkehr im Bereich innerhalb des Gürtels zu schaffen, Garagen, Tiefgaragen oder auch Garagenhäuser. Damit könne es gelingen, den Parkplatz-Suchverkehr zu verringern. Im Zusammenhang mit der EXPO 95 werde die Verwirklichung der Park-and-Ride-Konzepte immer dringlicher.

GR HAUBENBURGER (ÖVP) plädierte zunächst für die Wiederinbetriebnahme der Linie 8, die vor allem für die ältere Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich dringend nötig sei. Es sei auch nicht zu verstehen, warum sich die SPÖ hier gegen eine Volksbefragung wehre.

Forts. von Blatt 2671

Forts. auf Blatt 2673

Für den U-Bahn-Bereich schlug Haubenburger vor, die Tarife für Senioren zu halbieren und Lehrlinge Schülern tarifmäßig gleichzustellen. Ferner forderte er eine bessere Information bei Störungen und Verspätungen, Intervallverkürzungen bei der U 4, die beschleunigte Durchführung nachträglicher Aufzugseinbauten und den Bau der Station Reinprechtsdorfer Straße. Bezüglich der Station Hütteldorfer Straße — Breitenseer Straße bei der U 3 forderte Haubenburger das Gespräch mit der betroffenen Bevölkerung und schlug eine Verschiebung der Station stadteinwärts vor, wodurch der Hausbestand erhalten werden könnte. Ein neuer Termin-, Kosten- und Finanzierungsplan für den Ausbau der U 3 nach Ottakring und Simmering sowie der U 6 nach Floridsdorf und Siebenhirten sei notwendig, um einen Überblick über die Fertigstellung dieser wichtigen Linien zu bekommen.

Im Bereich des Straßenbaus sprach sich der Redner für den Bau der B 301 von Vösendorf bis Schwechat, für die Öffnung der Abfahrt Simmering über den Weichseltalweg zur Simmeringer Hauptstraße und für die Umfahrung der alten Ortskerne in der Donaustadt aus.

GR SEVCIK (SPÖ) sagte, Wien könne schon jetzt auf sein öffentliches Verkehrsnetz stolz sein. Es gelte aber nach weiteren Verbesserungen zu suchen, denn laut jüngster Prognosen schrumpfe die Einwohnerzahl Wiens nicht, sondern werde bis zur Jahrtausendwende gleichbleiben oder sogar wachsen. Dazu komme, daß Wien 1995 eine EXPO veranstalten möchte, schon jetzt eine europäische Tourismusmetropole ist und angenommen werden darf, daß der Verkehr aus dem Osten und Westen weiter zunehmen werde. Trotz Priorität für den öffentlichen Verkehr müßten auch Maßnahmen im Straßenbau gesetzt werden. Dies geschehe durch die Bereitstellung wesentlicher finanzieller Mittel, wobei auch eine Verbesserung der Umweltsituation erzielt werden wird.

Zu einer heutigen Zeitungsmeldung, derzufolge Wirtschaftsminister Schüssel kein Geld für den Margareten-Tunnel zur Verfügung stellen wolle, meinte Sevcik, es gebe einen Brief des Wirtschaftsministeriums an den Wiener Landeshauptmann, in dem die Bereitstellung dieser finanziellen Mittel zugesagt wird. Um die Größenordnung ins richtige Licht zu rücken, müsse man feststellen, daß tagtäglich 65.000 bis 70.000 Autos am Margareteingürtel fahren, durch den Arlbergtunnel in Spitzenzeiten 4.600 Kraftfahrzeuge pro Tag und auf der Brenner-Autobahn maximal 17.600 Fahrzeuge. Er sei bestürzt, das plötzliche „Nein“ aus der Zeitung zu erfahren und könne diese Entscheidung nicht zur Kenntnis nehmen. Er brachte einen BESCHLUSS- und RESOLUTIONSANTRAG ein, den Umwelttunnel Margareteingürtel raschest zu realisieren, und mit Bundesminister Schüssel unverzüglich Gespräche aufzunehmen, um den Bau sicherzustellen.

GR Josefa TOMSIK (SPÖ) befaßte sich mit dem Wiener U-Bahn-Bau. Sie erklärte, auch ihre Fraktion würde gerne die U 1 nach Norden und Süden verlängert sehen, müsse sich jedoch mit den finanziellen Grenzen abfinden. Im kommenden Jahr werden für die U-Bahn 5,5 Milliarden ausgegeben werden. Im Bereich der Mariahilfer Straße werde 1990 der Höhepunkt beim Rohbau erreicht. Die Verlängerung der U 6 nach Norden wird 1995, rechtzeitig für die EXPO, fertiggestellt sein, kündigte Josefa Tomsik an. Bei der Oberflächengestaltung besteht eine Mitsprachemöglichkeit im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Zum direkten Kontakt mit der Bevölkerung werden für die Baudurchführungen Ombudsmänner installiert werden.

Stadtrat Johann HATZL (SPÖ) ging auf die Argumente seiner Vorredner ein. Die Parallelführung der U 6 und der Straßenbahnlinie „8“ sei zu teuer. Mit dem Geld, das beim „8er“ eingespart werde, konnten die Intervalle bei U-Bahn-Linien verbessert, neue Buslinien geschaffen, die freigewordenen Garnituren und Mitarbeiter auf anderen Linien eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang wies Hatzl auf die Problematik von lokalen Volksbefragungen über überregionale Probleme hin. Man müsse sich gegen Grup-

Forts. von Blatt 2672

Forts. auf Blatt 2674

penegoismen schützen und zugleich den Mut haben, den Bürgern die Wahrheit zu sagen.

Zur Forderung nach Tarifsenkungen stellte Hatzl fest, mit weniger Einnahmen könnten nicht mehr Leistungen erbracht werden. Den Seniorentarif lehnte Hatzl ab. Eine Ermäßigung nur auf Grund des Alters könne er nicht verstehen, man könnte genauso gut fordern, daß Pensionisten auf Grund ihres Alters Ermäßigungen beim Erwerb von Lebensmitteln oder technischen Geräten erhielten.

Zur Frage der Errichtung von Aufzügen bei der U 4 sagte Hatzl, er sei dafür, wichtiger sei allerdings der formale Abschluß mit dem Bund über die Mitfinanzierung von U 3 und U 6. Alles auf einmal sei nicht finanzierbar. Ein neuer Finanz- und Terminplan für den U-Bahn-Bau wird ausgearbeitet, sichergestellt sei auf jeden Fall, daß die U 6 bis 1995 die Donau überquert.

Es sei richtig, daß es viele Baustellen und oft zu viele gibt. Hatzl regte in diesem Zusammenhang eine Prüfung der Tonnagenbegrenzung an, da viele Fuhrwerke, deren Beladung von Jahr zu Jahr höher wird, große Schäden an der Infrastruktur der Straßeneinbauten verursachen.

Es gebe leider keine dehnbaren Straßen, daher werde es immer wieder in den Verkehrsspitzenzeiten zu Staus kommen. Jährlich werden zwischen 20.000 und 30.000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen, täglich kommen 160.000 Tagespendler nach Wien. Diese sollten verstärkt öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Zu den Forderungen, vorhandene U-Bahn-Linien zu verlängern, meinte Hatzl, wichtig sei zuerst, das Grundnetz fertigzustellen. Die Verlängerung sei im Rahmen der dritten Ausbauphase vorgesehen. Die Schnellbahn zum Flughafen halte er für nötig, und er werde darüber mit den ÖBB reden. Die Busspur in der Burggasse werde demnächst verwirklicht, ebenso die Tempo 30-Zonen. Zur Kritik am Beschleunigungsprogramm meinte Hatzl, daß oft lokale Widerstände von ÖVP und FPÖ in den Bezirken die Verwirklichung verzögern.

Abstimmung über Budget

Die in der Debatte von ÖVP und FPÖ eingebrachten Anträge wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Der von der SPÖ gestellte Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Das Budget 1990 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

Stadtrat Hatzl legte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke vor. Dieser sei — so Hatzl — von großem Verantwortungsbewußtsein getragen und ein Garant weiterer guter Entwicklung. Hatzl wies besonders auf die hohen Investitionen in der Gesamthöhe von 3,862 Millionen Schilling hin, die dem Umweltschutz sowie der weiteren Verbesserung in allen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Verkehr, dienen.

Erträgen der Wiener Stadtwerke in der Höhe von 21.564,8 Millionen Schilling stehen 1990 voraussichtlich Aufwendungen von 22.112,7 Millionen Schilling gegenüber. Das Defizit beträgt daher 547,9 Millionen Schilling. Die Hoheitsverwaltung gewährt den Verkehrsbetrieben 1990 einen Betriebskostenzuschuß von 2.071,1 Millionen Schilling, darüberhinaus eine Kapitalaufstockung von 663,9 Millionen Schilling zur Finanzierung von Investitionen und 1.026,2 Millionen Schilling zur Pensionsentlastung.

Die E-Werke rechnen 1990 mit einem Anstieg der verkauften Energie um 2 Prozent, die Gaswerke mit einem Anstieg um 4 Prozent. Auch bei den Verkehrsbetrieben ist eine geringe Steigerung der Förderungsfälle zu erwarten. Im Investitionsbereich hob Hatzl die Umweltschutzmaßnahmen

Forts. von Blatt 2673

Forts. auf Blatt 2675

bei den E-Werken hervor. Das Kraftwerk Donaustadt verzeichnet bereits heuer einen Rückgang der Stickoxydemissionen um 90 Prozent, die Müllverbrennung Spittelau wird nach strengsten Umweltrichtlinien wieder in Betrieb genommen, und der neue Kraftwerksblock 3/4 in Simmering wird ebenfalls über optimale Umweltschutzeinrichtungen verfügen. Hatzl betonte, daß der Personalstand der Wiener Stadtwerke 1990 unverändert bleibt und wies auf die neue Tarifgestaltung — den Grünen Stromspartarif — im Bereich der E-Werke hin. Im öffentlichen Verkehr war das Jahr 1989 durch die Inbetriebnahme der U6 und weitere wichtige Verbesserungen im öffentlichen Verkehr gekennzeichnet. Hatzl dankte abschließend allen Bediensteten der Stadtwerke für ihren Einsatz.

Es sei verlockend, über große Zahlen im Budget zu sprechen, es lohne sich aber auch, die kleinen Zahlen einer näheren Betrachtung zu unterziehen, sagte GR ZEIHSEL (FPÖ). Er kritisierte den Posten „16 Millionen Beiträge für Berufsvertretungen“, die Ausgabe von zwei Millionen für Zeitungen und Zeitschriften und ein starkes Ansteigen unvorhergesehener Ausgaben.

Zu den E-Werken sagte Zeihsel, das Verlangen der FPÖ nach einem gerechten Strompreis sei berechtigt gewesen. Dies habe auch der Rechnungshof festgestellt. Den „Grünen Stromtarif“ habe man erst kürzlich mit viel Werbung verkauft, obwohl er der Bevölkerung schon lange zugestanden wäre.

Die Verkehrsbetriebe befänden sich im Kampf gegen das Auto hoffnungslos im Nachteil. Dies zeigten stagnierende Fahrgastzahlen öffentlicher Verkehrsmittel gegenüber ständig mehr werdenden Personenwagen. Es fehle an Phantasie und Taten, die Unzufriedenheit wachse. Als Beispiele nannte er die Einstellung der Straßenbahnlinie „8“, den schleppenden Ausbau des Park-and-Ride-Angebotes und die mangelhafte Einhaltung von Fahrplänen. Eine Verlängerung der U 1 in beide Richtungen rücke in weite Ferne, die U 4 könne kaum vor der Jahrtausendwende verlängert werden, und an den Ausbau der U 3 nach Simmering sei noch garnicht zu denken. Er forderte ein verbessertes Kundenservice, wie in anderen Städten sollte es auch in Wien möglich sein, daß eine Anzeigentafel informiert, wann der nächste Zug eintrifft.

GR STRATIL (ÖVP) meinte einleitend, die Frequenzsteigerung bei der U 6 sei kein Grund zum Jubeln, denn die Fahrgäste hätten nach der Einstellung der Straßenbahnlinie 8 keine Alternative.

Beim Wirtschaftsplan der Stadtwerke kritisierte Stratil mangelnde Transparenz und die nur geringen Steigerungen bei den Investitionen. Obwohl der öffentliche Verkehr eigentlich Vorrang genießen sollte, gingen die Investitionen hier zurück. Damit könne man keine Attraktivierung erreichen. Außerdem gebe es trotz erwartbarer enormer Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel kein Geld für die Planung im Zusammenhang mit der EXPO. Im Zahlenmaterial „tummelten“ sich 186,783 Millionen Schilling, die nicht zuzuordnen seien und aus denen nicht zu entnehmen sei, welches Teilunternehmen als „Melkkuh“ diene. 150 Millionen gingen in die anteilige Bedeckung der gemeinsamen Gas- und Stromverrechnung. Dieser Anteil sei sowohl von der ÖVP als auch vom Kontrollamt kritisiert worden, ohne daß es zu einer Änderung komme. Der Finanzplan weise Fremdmittelaufnahmen von 712 Millionen Schilling auf, während die Rücklagen 10 Milliarden ausmachen. Es wäre billiger gewesen, meinte Stratil, statt Krediten die Rücklage in dieser marginalen Größenordnung anzugreifen. Beim grünen Spartarif sollte man den Menschen sagen, daß die Auswirkungen aufgrund des Verrechnungsmodus nicht sofort in voller Höhe zum Tragen kommen.

Der Wirtschaftsplan 1990, sagte GR MENTSCHIK (SPÖ), sei durch hohe Investitionen gekennzeichnet. Schwerpunkte seien das Umweltprogramm

Forts. von Blatt 2674

Forts. auf Blatt 2676

der E-Werke und das Bevorrangungsprogramm der Verkehrsbetriebe. So werde der Grüne Stromtarif für 96 Prozent der Haushaltskunden billigere Strompreise ergeben, und die Stadtwerke werden mehr als 400 Millionen Schilling für diesen Stromtarif zusetzen. Allein 1,3 Milliarden Schilling seien für die Blöcke 3 und 4 des Kraftwerkes Simmering vorgesehen. Die Verkehrsbetriebe planen Investitionen von 750 Millionen Schilling. 120 Millionen seien für das Bevorrangungsprogramm vorgesehen.

Stadtrat Johann HATZL (SPÖ) verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß für den öffentlichen Verkehr nichts geschehen sei. Hatzl verwies auf den Ausbau der U-Bahn, auf die Einrichtung neuer Linien, auf die Streckenverlängerungen, die Intervallverdichtungen, das Beschleunigungsprogramm und auf die Verlängerung der Betriebszeiten.

Da es nötig sei, jene Bediensteten der Verkehrsbetriebe, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre Fahrtauglichkeit verlieren, weiterhin in den städtischen Unternehmen zu beschäftigen, werden daher logischerweise weniger Behinderte neu eingestellt. Das dürfe allerdings nicht als behindertenfeindlich bezeichnet werden.

Den Vorschlag, Straßenbahnbeiwagen in den Abendstunden abzukuppeln, lehnte Hatzl ab, da der Aufwand — Wiederankuppeln in den Nachtstunden zur Vorbereitung des Tagesbetriebes — höher wäre als das Weiterführen der ganzen Garnituren.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturverein Donaustadt

Anschließend trat der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. GR STEINBACH (SPÖ) beantragte eine Ausfallhaftung für den Kulturverein Donaustadt für das Jahr 1989 in der Höhe bis zu 600.000 Schilling. Er frage sich, wieviel Geld aus Steuermitteln der Kulturverein Donaustadt schon erhalten habe, sagte GR PRINZ (FPÖ). Das Subventionsansuchen verschweige mehr als es erkläre. So seien unter anderem 300.000 Schilling für eine Bürokraft und 60.000 Schilling für Steuerberatungskosten ausgewiesen. Er frage sich, welche Firma sich einen solchen Beratungsluxus leisten könne.

GR HANKE (SPÖ) stellte eingangs fest, es sei selten, daß Abgeordnete so sehr gegen Bezirksinteressen argumentieren. Es sei seinerzeit ein Anliegen gewesen, Kultur auch jenseits der Donau anzubieten. Inzwischen habesich das Kulturangebot verlagert, der Kulturverein Donaustadt habe aber schon vielen Menschen ein interessantes Programm geboten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Subventionen, u. a. „Rockhaus“

GR STRANGL (SPÖ) beantragte 4,57 Millionen Schilling Subventionen bzw. Ausfallhaftung für verschiedene kulturelle Einrichtungen, darunter das „Rockhaus“, vormals „Fritz“.

GR Dr. SALCHER (ÖVP) kritisierte, daß das Jugendzentrum „Fritz“ von allem Anfang an ungeeignet gebaut wurde. Nachdem die Betriebskosten Horrorzahlen erbracht hätten, habe die SPÖ für die Gründung einer Ges. m.b.H. gesorgt. Per Salamitaktik seien immer wieder neue Mittel aus dem Budget angesprochen worden. Die VÖM habeschließlich 99 Prozent übernommen, der Verein Jugendzentren bleibe jedoch Besitzer und verpachte an die VÖM. Nun übersiedle das „Fritz“ vom Jugend- ins Kulturressort. Die VÖM habe ein unrealistisches Konzept entwickelt, das für die Finanzierung nicht ausreichen werde. In einem GEGENANTRAG verlangte die ÖVP, das Geschäftsstück abzusetzen und vor einer Beschlußfassung über weitere Mittel das Kontrollamt prüfen zu lassen. In einem weiteren ANTRAG

Forts. von Blatt 2675

Forts. auf Blatt 2677

Forts. von Blatt 2676

verlangte die ÖVP, die ordnungsgemäße und sparsame Verwendung der von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Mittel für das „Fritz“ vom Kontrollamt überprüfen zu lassen. Diesem Akt zuzustimmen, bedeute politische Fahrlässigkeit.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) erinnerte daran, daß die ÖVP dem Geschäftsstück im Ausschuß zugestimmt habe. Sie räumte ein, daß sich die ursprünglichen Ziele bei dieser Einrichtung geändert haben, nachdem auch das Konzept der Jugendzentren nach einer Änderung der Geschäftsführung überdacht worden war. Es sollte eine Einrichtung geschaffen werden, bei der im Interesse der Jugend nicht kommerzielle Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Die VÖM suchte für die an Hardrock interessierte Jugend ein Veranstaltungsgebäude. Nun könne hier ein Teil der Wünsche der Szene abgedeckt werden. Die ÖVP solle nicht übersehen, daß auch das Metropol und das Hernalser Stadttheater, die finanzstärkere Publikumsschichten ansprechen, trotzdem subventioniert werden, unterstrich Dumser.

ABSTIMMUNG: Der Gegenantrag (Absetzung von der Tagesordnung) wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß sich dieser ÖVP-Antrag auf eine nichtbestehende Einrichtung („Fritz“) beziehe. Die SPÖ stimmte dem „Rockhaus“ zu, die übrigen Subventionen wurden einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde zugewiesen.

Refundierung Ausgleichsabgabe Fleischexport

GR Elisabeth DITTRICH (SPÖ) beantragte, für eine Refundierung der für exportiertes Schlachtvieh eingehobenen Ausgleichsabgabe der Jahre 1988 sowie Jänner bis Juli 1989 980.000 Schilling zu genehmigen.

GR Ingrid KARIOTIS (FPÖ) begündete die Ablehnung ihrer Fraktion damit, daß diese Refundierung nur sechs Großexporteuren, die im Schlachthof St. Marx für den Export schlachten lassen, zugute kommen. Darüber hinaus fehle ein exaktes Kontrollsystem, und eine lückenlose Überprüfung bis hin zur Auszahlung dieser Ausgleichsabgabe sei nicht möglich. Kariotis kritisierte weiter, daß ohne Vergleichszahlen aus niederösterreichischen Schlachthöfen die Argumentation, daß die Exporteure in das benachbarte Bundesland abwandern könnten, haltlos sei.

GR JANK (SPÖ) wies den Verdacht der Manipulation mit der Begründung zurück, daß die Rechnungen über das für den Export geschlachtete Vieh unter Beischluß der Zollbestätigungen an die MA 60 gehen müßten, die per Bescheid die Ausgleichsabgabe zuerkenne. Die Rückvergütung erfolge erst nach Einreichung der zollamtlichen Bestätigungen, Manipulationen seien unmöglich. 1988 seien im Schlachthof St. Marx 21.182 Rinder für Exportzwecke geschlachtet worden, was immerhin 64 Prozent der gesamten Rinderschlachtungen in St. Marx seien. 1987 seien es rund 22.000 bzw. 63 Prozent aller Schlachtungen gewesen, für die ein Entgelt von 11.249.000 Schilling eingehoben worden sei. Die Stadt Wien habe eine Summe von 693.880 Schilling rückvergütet. Bei nichterfolgter Schlachtung bzw. einem Ausweichen der Exporteure in niederösterreichische Schlachthöfe wären der Stadt Wien fast 11 Millionen Schilling im Jahr 1987 entgangen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.45 Uhr. (Schluß) red

Schirmer: Keine Mißstände bei Refundierung der Ausgleichsabgabe für Schlachtvieh

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Stadträtin Christine SCHIRMER wies heute die in einer Presseaussendung von GR KARIOTIS (FPÖ) geäußerten Verdächtigungen im Zusammenhang mit der Refundierung der für nachweislich exportiertes Schlachtvieh eingehobenen Ausgleichsabgabe auf das Schärfste zurück.

„Wie Frau Gemeinderätin Kariotis, vor allem aber deren Klubobmann Dr. Hirnschall, wissen sollte, hat das Kontrollamt die MA 60/Schlachthof St. Marx eingehendst geprüft und die Höhe des als Refundierung auszahlenden Betrages wurde weder in Frage gestellt noch wurde das angebliche Fehlen nachvollziehbarer Unterlagen beanstandet“, stellte Stadträtin Schirmer gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest.

Das Kontrollamt regte lediglich an, von der bisherigen Praxis, die Ausgleichszulage bei Rindfleischexportgeschäften generell aus Billigkeitsgründen zu refundieren, umgehend Abstand zu nehmen. Auch schlug es vor, einvernehmlich mit der Finanzverwaltung zu prüfen, ob es aus wettbewerbsspolitischen Rücksichten tatsächlich weiterhin zu rechtfertigen wäre, im Falle von Rind- und Schweinefleischexporten eine generelle Entlastung der Exporteure von der Ausgleichszulage vorzusehen. Wenn dies grundsätzlich bejaht würde, sollte auf der Grundlage des Lebendviehausgleichsabgabegesetzes für Wien 1983 eine Ausnahmeregelung für Rinder, die für den Export bestimmt sind, bei der Wiener Landesregierung erwirkt werden.

Darüber hinaus empfahl das Kontrollamt, einen Refundierungsbetrag ausdrücklich festzulegen und die Form der Exportnachweise klar zu regeln. Dieser Empfehlung des Kontrollamtes wurde nachgekommen, und zwar in Form einer Verordnung, die am 11.7.1989 von der Wiener Landesregierung beschlossen wurde.

FPÖ wurde auf Wunsch voll informiert

Die Behauptung von Gemeinderätin Kariotis, daß die FPÖ bei mehrmaligen Anfragen keine erschöpfende Auskunft erhalten habe, entbehrt jeder Grundlage, sagte Schirmer. Als die FPÖ in einer Ausschußsitzung vom 9.11. eine diesbezügliche Anfrage stellte, wurde umgehend die gewünschte Information erteilt.

„Den Versuch der FPÖ, in einer Presseaussendung Formulierungen zu wählen, die den Eindruck erwecken sollen, es sei hier zu Unkorrektheiten gekommen, muß ich auf das Schärfste zurückweisen“, stellte Schirmer abschließend fest. (Schluß) emw/bs

Neue Einbahnregelung im 17. Bezirk

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Im 17. Bezirk wird ab Freitag, 24. November, im Zuge der Röttergasse im Bereich von der Gschwandnergasse bis und in Richtung Comeniusgasse eine Einbahnregelung in Kraft gesetzt. (Schluß) pz/gg

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 24. November 1989

Blatt 2679

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

75. Geburtstag von Vizebürgermeister a.D. Hans Bock (2683)

Kommunal/Lokal:

„Nachzügler-Termine“ für Polioimpfaktion (2680)

Gesetzentwurf über unabhängigen Verwaltungssenat liegt öffentlich auf (2684)

Terminvorschau vom 27. November bis 8. Dezember (2685/2686)

Sicherungsarbeiten in der Unterfahung Erzherzog-Karl-Straße (2687)

Verkehrsbeschränkung am Handelskai (2687)

Smejkal: Nur speziell ausgebildetes Personal für Hauskrankenpflege und für Pflege
alter und behinderter Menschen (2688)

7,8 Millionen Schilling für Buchankäufe (2689)

Zilk und Häupl präsentieren „Weihnachtspaket“ (nur FS)

Montag Pressekonferenz Stacher (nur FS)

Kultur:

150. Todestag von Ludwig Anzengruber (2681/2682)

Ehrenmedaillen für Rene Clemencic und Alexander Jenner (2690)

„Nachzügler-Termine“ für Polioimpfaktion

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der alarmierenden Meldungen über die geringe Beteiligung an der diesjährigen Polioimpfaktion hat Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER angeordnet, die zu Ende gehende Impfaktion in der kommenden Woche fortzusetzen. So gibt es noch „Nachzügler-Termine“, und zwar: kommenden Dienstag, den 28. November und kommenden Freitag, den 1. Dezember, von 9 bis 11 Uhr in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern. Der Gesundheitsstadtrat hofft, daß das Interesse in den nächsten Tagen noch steigen wird, und appelliert an die Wienerinnen und Wiener, die Chance dieser kostenlosen Impfung zu nützen. (Schluß) zi/rr

150. Geburtstag von Ludwig Anzengruber

Wien, 24.11. (RK-KULTUR) Ludwig Anzengruber wurde am 29. November 1839 in Wien geboren. Sein Vater stammte aus dem Hausruckviertel und war neben seinem Beruf als Beamter der k.k. Gefällen- und Domänen-Hofbuchhaltung dichterisch tätig (Lyrik, fünf Dramen). Nach dem frühen Tod des Vaters 1844 wuchs Ludwig in der Obhut von Mutter und Großmutter auf. Er besuchte nur die Unterrealschule und verließ diese schon nach der dritten Klasse. Ludwig Anzengruber versuchte sich nun ohne jegliche Anleitung als Zeichner und Maler, trat aber dann als Praktikant in die renommierte Wiener Sallmeyer'sche Buchhandlung ein, die er jedoch ohne Lehrabschluß 1858 wieder verließ. Nun wandte er sich der Schriftstellerei und ganz besonders dem Theater zu: Er nahm dramatischen Unterricht, zuerst bei Karl Treumann, dann auch bei anderen, obwohl ihm jedes darstellerische Talent fehlte. Sein erstes Engagement fand Anzengruber 1860/61 in Wiener Neustadt und zog dann in der Provinz herum, wo er das Elend des erfolglosen Schauspielers kennenlernen mußte. In dieser Zeit, in der er schon an zahlreichen — nicht angenommen — Stücken schrieb, lernte er den Bühnenschauspielplan seiner Zeit kennen und erwarb sich das praktische Wissen um Bühnenmöglichkeiten und -wirksamkeiten, und diese Routine befähigte ihn dann, nach diesen unbeachteten Anfängen seinen Meisterwerken den verdienten Erfolg zu schaffen.

Anzengruber schrieb für ein Zeilenhonorar für die Zeitschrift „Kikeriki“ von O. F. Berg, und schließlich verschaffte ihm ein Verwandter eine Kanzlei-praktikantenstelle bei der Polizeidirektion, die er im Mai 1869 antrat.

Am 5. November 1870 kam es zur Aufführung des „Pfarrers von Kirchfeld“ im Theater an der Wien. Dieses Stück, ganz im Sinne des aufkommenden religiösen Liberalismus geschrieben, fand mit Ausnahme des klerikalen „Österreichischen Volksfreundes“ in der Presse und beim Publikum großen Anklang und wurde bis Ende des Jahres 1870 in Wien 29 Mal gespielt. In der Folge fand es seinen Weg auf alle österreichischen und deutschen Bühnen und wurde im März 1872 auch in Detroit, Michigan, einem Zentrum der Deutsch-Amerikaner, aufgeführt.

Durch ein Angebot Maximilian Steiners, des Mitdirektors am Theater an der Wien, für ein fixes Jahresgehalt von 1200 Guldene als Theaterdichter alljährlich zwei neue Stücke zu liefern, finanziell abgesichert, entsagte Anzengruber am 25. März 1871 dem Staatsdienst. 1871 entstand der „Mein-eidbauer“, arbeitete Anzengruber an den „Kreuzelschreibern“, die nach einigen Zensurschwierigkeiten am 12. Oktober 1872 im Theater an der Wien unter großem Erfolg aufgeführt wurden und die mit der Figur des Steinklopferhanns auch heute noch zu den bekanntesten Stücken Anzengrubers zählen.

Am 11. März 1873 heiratete Anzengruber Adelinde Lipka, die achtzehn-jährige Schwester eines Jugendfreundes, eine Ehe, die sich bald als sehr unglücklich erwies und schließlich am 25. September 1887 geschieden wurde.

Nach Vollendung der „Kreuzelschreiber“ arbeitete Anzengruber an mehreren, weniger bedeutenden Stücken, bis ihm mit dem „G'wissenswurm“ im April 1874 (Vollendung) und dessen Aufführung am 19. September 1874 im Theater an der Wien wieder ein Erfolg gelang.

1876 arbeitete Anzengruber an seinem ersten Roman „Der Schandfleck“. 1877 schrieb er für das Josefstädter Theater sein berühmtes „Viertes Gebot“. Die Pläne für dieses Trauerspiel reichen bis in jene Zeit zurück, in der Anzengruber als Schauspieler herumzog. Nach zahlreichen Zensurschwierigkeiten fand die Aufführung am 29. Dezember 1877 großen Beifall. Jedoch blieben schon nach 16 Vorstellungen die Zuschauer aus: mit seinem Naturalismus und seiner erschütternden Milieuschilderung traf es

in keiner Weise den Geschmack des Wiener Publikums, zählt aber zu jenen Dramen Anzengrubers, die heute noch aufgeführt und in Schulen gelesen werden.

In der Folge arbeitete Anzengruber noch an zahlreichen Dramen, allerdings ohne allzu großen Erfolg. Anzengruber versuchte sich auch an einem der ersten Stücke, die den Konflikt zwischen Arbeitgeber und -nehmer auf die Bühne brachten („Ein Faustschlag“, aufgeführt am 4. Januar 1879).

Er verstarb am 10. Dezember 1889 und wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. (Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 2681

75. Geburtstag von Vizebürgermeister a.D. Hans Bock

Wien, 24.11. (RK-POLITIK) Hans Bock wurde als Kind einer Arbeiterfamilie am 27. November 1914 in Wien geboren und verlor schon als Achtjähriger seinen Vater.

Schon frühzeitig kam er in Kontakt mit der sozialdemokratischen Bewegung: 1921 trat er bei den Kinderfreunden ein und kam wenig später zu den Roten Falken. Als kaufmännischer Lehrling wurde er 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und 1933 deren Obmann für den Bezirk Hernals. Als Angehöriger des nach den Ereignissen des Februars 1934 verbotenen Schutzbundes war er dann bei der Revolutionären Sozialistischen Jugend aktiv und verbrachte bis 1938 insgesamt 19 Monate aus politischen Gründen im Gefängnis. 1939 wurde Hans Bock zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und verbrachte die letzten vier Wochen des Zweiten Weltkrieges als sogenanntes „U-Boot“.

Gleich nach Kriegsende war Hans Bock beim Wiederaufbau der Sozialistischen Partei in seinem Hernalser Heimatbezirk aktiv. Bereits im Mai 1945 wurde er zum Bezirkssekretär gewählt.

Am 17. Dezember 1948 wurde er im Wiener Gemeinderat angelobt. 1957 wurde er zum Bezirksobmann der Hernalser SPÖ und im selben Jahr zum Obmann des neugegründeten Wohnbauvereins „Junge Generation“ gewählt.

Nach dem Tode des Stadtrates Hans Riemer übernahm Hans Bock am 17. Jänner 1964 als Amtsführender Stadtrat die Leitung der Verwaltungsgruppe I — Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, eine Funktion, die er bis zum 23. November 1973 (danach Ablöse durch Kurt Heller) innehatte.

Am 21. Dezember 1970 bekleidete Hans Bock zusätzlich auch das Amt eines Vizebürgermeisters.

Diese Funktion gab er zugleich mit seiner Stadtratsfunktion auf. Hans Bock gehörte dann noch bis Ende März 1977 dem Wiener Gemeinderat an. Nach wie vor ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Wiener Holding.

Die Stadt Wien hat seine Leistungen in der Kommunalpolitik durch die Verleihung des Titels eines „Bürgers“ gewürdigt. (Schluß) red/rr

Gesetzentwurf über unabhängigen Verwaltungssenat liegt öffentlich auf

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Das Amt der Wiener Landesregierung hat einen Gesetzentwurf über den unabhängigen Verwaltungssenat ausgearbeitet. Der Entwurf mit erläuternden Bemerkungen liegt bis 18. Dezember in den Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf (Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr). Zu dem Gesetzentwurf können auch schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

Durch die Bundesverfassungsgesetznovelle 1988 wurde vorgesehen, in jedem Bundesland einen unabhängigen Verwaltungssenat einzurichten, der hauptsächlich über Berufungen in Verwaltungsstrafsachen und über Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt zu entscheiden hat. (Bisher wurde diese Aufgabe in Wien von verschiedenen Magistratsdienststellen wahrgenommen.) Da der unabhängige Verwaltungssenat seine Tätigkeit mit 1. Jänner 1991 aufzunehmen hat, ist zeitgerecht ein entsprechendes Landesorganisationsgesetz zu beschließen. (Schluß) ger/bs

Terminvorschau vom 27. November bis 8. Dezember

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 27. November bis 8. Dezember hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 27. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Gesundheit und Krankenhaus“ (Rudolfspital)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Dr. Jean Jaques Oechslin (Roter Salon, Rathaus)

11.00 Uhr, Präsentation eines „Weihnachtspaketes“, Bgm. Zilk, StR. Häupl (Kärntner Straße bei der Oper)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Min.-Rat. i. R. Dr. Friedrich Grubmann, Dr. Alfred Fürst, Dr. Elisabeth Petritsch, Walter Bärtil, Komm.-Rat Friedrich Horak und Hans Otto Kosteletzky (Stein. Saal, Rathaus)

18.00 Uhr, Pressekonferenz BV Pfleger, „Sanierung der Allee in der Hernalser Hauptstraße“ (Hotel Mate, Ottakringer Straße 34-36)

DIENSTAG, 28. NOVEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Schirmer an Revierinsp. Helmut Gröbner, Bezirksinsp. Johann Zamar, Bezirksinsp. Wolfgang Blach, Bezirksinsp. Ferdinand Haberler, Insp. Hilmar Magedler, Insp. Anton Matejka und Bezirksinsp. Gerhard Reiner (Stein. Saal, Rathaus)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Dr. Josefa Breuer und Camillo Heger (Arb.-Zi, Vbgm.)

MITTWOCH, 29. NOVEMBER:

8.30 Uhr, Eröffnung des Symposiums „15 Jahre Gebietsbetreuungen in Wien“ (Gartenhotel Altmannsdorf, 12, Hoffingerg. 26-28)

10.00 Uhr, Festakt „75 Jahre Teerag-Asdag“ (Zilk, Rathaus, Festsaal)

10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „Kabel-TV-Wien“ (Rathauskeller, Salon Ziehrer)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger „15 Jahre Gebietsbetreuungen in Wien“ (Gartenhotel Altmannsdorf, Adr. w.o.)

19.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „75 Jahre Teerag-Asdag“ (Gästehaus Schloß Wilhelminenberg, 16, Savoyenstraße 2)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen, Podiumsdiskussion „Maria Montessori — Möglichkeiten für eine humanistische Pädagogik heute“ (Stadtsenatssitzungssaal)

19.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Hans Moser — Der Nachlaß“ (Bgm. Zilk, Palais Palfy, Josefsplatz 1)

DONNERSTAG, 30. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dkfm. Dr. Helmut Andreas Schuster (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Smejkal „Rechte der Kinder“ (PID)

19.00 Uhr, Pressegespräch Vbgm. Mayr

FREITAG, 1. DEZEMBER:

9.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Lorenz Kugler (Arb.-Zi, Edlinger)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Rudolf Pegac (Arb.-Zi, Edlinger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Planungsgemeinschaft Ost (Zilk, Ludwig, Sipötz, Rathaus, Stein. Saal I)

18.30 Uhr, Begrüßung neuer Staatsbürger, Bgm. Zilk, StR. Schirmer (Festsaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Eröffnung der Adolf-Loos-Ausstellung (Festsaal der Albertina)

SAMSTAG, 2. DEZEMBER:

17.00 Uhr, Illumination des Weihnachtsbaumes auf dem Rathausplatz

MONTAG, 4. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Pressegespräch anl. der Ausstellungseröffnung „Umweltbewußt einkaufen“ (Stadtwerkstatt, 1, Rathausstraße/Ecke Friedrich-Schmidt-Platz)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

11.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Hofrat“ an SR i. R. Ing. Karl Bodner (MD Bandion, Rathaus, Grüner Salon)

DIENSTAG, 5. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters

MITTWOCH, 6. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Porzellanmanufaktur Augarten

DONNERSTAG, 7. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien (Bgm. Zilk, Rathaus, Wappensaal)

FREITAG, 8. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Eröffnung des Weihnachtsmarktes im AKH (Bgm. Zilk, Hof 1, Eingang Alser Straße 4 oder Spitalgasse 2)

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 2685

Sicherungsarbeiten in der Unterfahrung Erzherzog-Karl-Straße

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Im 22. Bezirk müssen in der Unterfahrung Erzherzog-Karl-Straße nach einem Anfahrungsfall, bei dem, wie leider so oft, der schuldtragende LKW-Lenker geflüchtet ist, wegen Gefahr im Verzug an den Deckenlamellen aus Aluminium Sicherungs- beziehungsweise Reparaturarbeiten durchgeführt werden. Die Arbeiten beginnen noch heute, Freitag, in den Mittagsstunden und machen in beiden Fahrtrichtungen abwechselnd die Sperre einer Fahrspur notwendig. (Schluß) pz/gg

Verkehrsbeschränkung am Handelskai

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Im 2. Bezirk muß auf dem Handelskai unterhalb der Reichsbrücke in Fahrtrichtung Stadion ein Anfahrungsfall behoben werden, weshalb kommenden Dienstag, 28. November, und voraussichtlich auch noch Mittwoch, 29. November, jeweils in der Zeit von 9 bis 15 Uhr die Fahrbahn auf eine Fahrspur eingeengt werden muß. (Schluß) pz/gg

Smejkal: Nur speziell ausgebildetes Personal für Hauskrankenpflege und für Pflege alter und behinderter Menschen

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik des Kuriensprechers der medizinischen Fakultät der Universität Wien an einer angeblichen „Wiener Lösung“ der Hauskrankenpflege stellte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß die Kritik wohl nur auf einem Mißverständnis beruhen könne. Selbstverständlich ist daran gedacht, nur wirklich speziell ausgebildetes Personal in diesen so wichtigen Bereichen einzusetzen. Da dieses Personal derzeit aber nicht zur Verfügung stehe, werde es notwendig sein, Menschen für diese sozial unerläßliche Aufgabe auszubilden. Über die Art und Dauer der Ausbildung und über die Art des Einsatzes wird noch im Detail zu reden sein. Allenfalls erforderliche bundesgesetzliche Gesetzesänderungen würden in jedem Fall nur nach ausführlicher Erarbeitung und Beratung mit ExpertInnen erfolgen. Zu den vom Kuriensprecher der medizinischen Fakultät der Universität Wien geäußerten Befürchtungen besteht also kein Anlaß, sagte Smejkal. (Schluß) emw/gg

7,8 Millionen Schilling für Buchankäufe

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Wie Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, wird das Buchankaufsbudget der Wiener Städtischen Büchereien im Jahr 1990 7,817 Millionen Schilling betragen. Die Städtischen Büchereien verfügen derzeit über einen Buchbestand von 1.158.963 Stück, die den 111.012 Lesern an 59 Standorten davon 5 Lehrlings- und eine Patientenbücherei, zur Verfügung stehen.

Neuer Bücherbus

Im Jahr 1990 werden die Städtischen Büchereien einen neuen Bücherbus ankaufen. Für ihn sind 3,4 Millionen Schilling im Budgetvoranschlag 1990 vorgesehen.

Zur auch in der Budgetdebatte seitens der FPÖ geäußerten Kritik am Budget der Städtischen Büchereien stellte Vizebürgermeister Ingrid Smejkal fest, daß die Städtischen Büchereien über ein reichhaltiges und aktuelles Angebot verfügen, das durchaus den Wünschen und Bedürfnissen der Leser gerecht wird und das ständig durch Ankäufe von Neuerscheinungen auf literarischem Gebiet wie auch aus dem Bereich der Sachbücher auf den neuesten Stand gebracht wird. (Schluß) emw/bs

Ehrenmedaillen für Rene Clemencic und Alexander Jenner

Wien, 24.11. (RK-KULTUR) Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus Dr. Rene CLEMENCIC und Prof. Alexander JENNER Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Rene Clemencic ist in der Musikwelt als virtuoser Flötist, als Komponist und Musikschriftsteller zum Begriff geworden. Bahnbrechend sind die Interpretationen alter Musik, die Clemencic mit seinem Ensemble verwirklichte. Alexander Jenner zählt seit langem zu den führenden Pianisten Österreichs. Neben seiner weltumfassenden Konzerttätigkeit ist er auch an der Wiener Hochschule für Musik als Professor tätig.

An der Feier nahm auch der brasilianische Botschafter in Österreich, Yoao Tabayara de Oliveira teil. (Schluß) gab/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Papier: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. — Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 27. November 1989

Blatt 2691

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Aus Frankfurter Sicht: Wien wird zentrale europäische Funktion bekommen (2692/FS: 24.11.)
- Ehrung für sozial engagierte Bürger (2693/FS: 24.11.)
- „... und keiner hat davon gewußt“ — Veranstaltungsreihe in der VHS Hietzing (2694/FS: 25.11.)
- Junge Gemeindebedienstete zu Gast bei „Phantom der Oper“ (2696/FS: 26.11.)
- Abschlußfeier für Lehrlinge der Stadt Wien (2696)
- Bezirksvorsteher Franz Weber gestorben (2698)
- Ehrenzeichen für internationalen Arbeitgeberfunktionär (2699)
- ÖVP für vermehrten Garagenbau in den Innenbezirken (2700)
- Zilk und Häupl präsentieren Müll-Objekt (2701)
- Gesundheitsförderung im Krankenhaus (2702/2703)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Symposium und Pressekonferenz „15 Jahre Gebietsbetreuungen“ (nur FS)
- Mittwoch Pressekonferenz Teerag-Asdag AG (nur FS)

Kultur:

- Anzengruber-Ausstellung der Stadtbibliothek (2695/FS: 26.11.)
- Am Mittwoch Wiener Vorlesungen (2697)
- Diskussion „100 Jahre österreichische Frauenbewegung“ im Historischen Museum (2697)
- 300. Aufführung von „Les Misérables“ (2697)

Aus Frankfurter Sicht: Wien wird zentrale europäische Funktion bekommen

Bereits am 24. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 24.11. (RK-KOMMUNAL) Wien wird aufgrund der Entwicklungen im Osten sehr rasch verstärkte gesamteuropäische Bedeutung bekommen, die seiner historischen Funktion entspricht. So charakterisierte heute der Frankfurter Planungsdezernent Dr. Martin WENTZ in einem gemeinsamen Pressegespräch mit seinem Wiener Amtskollegen Dr. Hannes SWOBODA die künftige Entwicklung der Bundeshauptstadt aus Frankfurter Sicht.

Der Planungsdezernent, der sich auf Informationsbesuche in Wien befindet und insbesondere Wiens Wohnbau-Planung als Vorbild für Frankfurt nannte, schilderte im Pressegespräch die Hauptprobleme der Frankfurter Stadtentwicklung, die angesichts der möglichen Entwicklungen Wiens auch für diese Stadt an Bedeutung gewinnen könnten.

Der Investitionsdruck erschüttert das gesamte Frankfurter Stadtgefüge. Dem ist aus der Sicht der neuen rot-grünen Mehrheit in drei Punkten zu begegnen:

- durch eine starke Willensbildung seitens der Stadt
- durch intensive Planung im Wohnbau (wobei Wien Vorbild ist)
- durch eine Verkehrspolitik, die rigoros den Individualverkehr einschränkt auf ein verbessertes Netz des öffentlichen Verkehrs baut und unter anderem flächendeckend Tempo 30-Zonen in Wohngebieten sowie „Parkpickerl“ für Bewohner vorsieht.

Planungsstadtrat Dr. Swoboda sagte im Zusammenhang mit den EXPO-Planungen, daß er dem bevorstehenden Investitionsdruck durch gezielte Bodenkäufe und eine gezielte Vergabe an Investoren (durch den Bodenbereitstellungsfonds und den Wirtschaftsförderungsfonds) vorbeugen will. Die bereits jetzt auftretenden Mega-Investoren dürften keinesfalls die Stadtentwicklung beeinflussen. (Forts. mgl.) lf/gg

Ehrung für sozial engagierte Bürger

Wien, 24.11. (RK-LOKAL) Im Steinernen Saal des Wiener Rathauses überreichte Freitag nachmittag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Oberamtsrätin Edith ZENISEK. Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielt Altenseelsorger Johannes BUTSCHEK, mit der Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Bronze wurden Dkfm. Dr. Erich GRAF, Elisabeth GRÜNDL und Lucia SCHIEFTHALER ausgezeichnet.

Edith Zenisek begann 1951 ihre Tätigkeit im Jugendamt der Stadt Wien. Sie erwarb sich um die „Gemeinwesenarbeit“ und später um die Organisation wichtiger Enqueten wie „Moderne Familienfürsorge“, „Pflegekinder“, „Mutterberatung“ oder „Sozialarbeit im Dienste der Familie“ große Verdienste. Auch wirkte sie bei der Verwirklichung wichtiger Neuerungen auf dem Gebiet der Sozialarbeit wesentlich mit.

Johannes Butschek ist seit September 1978 im Auftrag der Evangelischen Kirche als Seelsorger im Pflegeheim und im Krankenhaus Lainz tätig.

Dkfm. Dr. Erich Graf stellt sein umfangreiches Wissen seit zehn Jahren dem gemeinnützigen Verein „Hilfe für Behinderte“ unentgeltlich zur Verfügung.

Elisabeth Gründl gehört der christlichen Kirchengemeinde Endresstraße 59 an, und ist Vorstandsmitglied im „Therapiezentrum für halbseitig Gelähmte“.

Lucia Schiefthaler ist Physiotherapeutin, arbeitete im Wilhelminenspital mit Kindern, die an den Folgeerscheinungen der Kinderlähmung litten, und richtete ein erfolgreiches Therapiezentrum in der Rudolf-Zeller-Gasse ein. (Schluß) ull/rr

Bereits am 24. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„.... und keiner hat davon gewußt“ – Veranstaltungsreihe in der VHS Hietzing

Ausstellung in der Volkshochschule noch bis 20. Dezember

Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Das offizielle Gedenkjahr ist zwar bereits vorbei. In der Volkshochschule Hietzing will man die Ereignisse von 1938 und der folgenden Jahren aber jetzt nicht einfach abhaken. Deshalb werden dort, in der Hofwiesengasse 48, noch bis 20. Dezember die Ausstellung „Aus Nachbarn wurden Juden“ und „Schöne Zeiten“ gezeigt. Sie sind Montag bis Freitag von 8 bis 21 Uhr frei zugänglich. Parallel dazu gibt es unter dem Titel „.... und keiner hat davon gewußt“ ein Rahmenprogramm.

Die nächste Veranstaltung daraus: Am Dienstag, dem 28. November, um 19 Uhr der Spielfilm „Ein Wagen nach Wien“ über zwei Soldaten, die sich aus den Tschechoslowakei nach Wien absetzen wollen und eine tschechische Frau zwingen, ihnen dabei zu helfen. Der Eintritt kostet 35 Schilling.

Die weiteren Termine:

Donnerstag, 30. November, 19 Uhr: „Und nähme noch Schaden an seiner Seele“ — Katholische Soldaten an der Ostfront;

Dienstag, 5. Dezember, 19 Uhr: „Draußen vor der Tür“ — eine Diskussion über die Situation derer, die immer noch „draußen sind“ — der Kranken, Alten und Fremden;

Donnerstag, 7. Dezember, bereits 18 Uhr: „Fortzeugend Böses muß gebären“ — Diskussion;

Dienstag, 12. Dezember, 19 Uhr: „Salim — ein Traum vom besseren Leben“. Szenen aus dem Alltag eines türkischen Gastarbeiterkindes, gespielt von Schülern der Unterstufe des BRG III;

Donnerstag, 14. Dezember, 19 Uhr: „44 Jahre später“ — hat sich am Umgang mit Juden, Zigeunern, Homosexuellen, den „Anderen“ kaum etwas geändert? — Diskussion;

Freitag, 15. Dezember, 19 Uhr: Wiederholung der Veranstaltung vom 12. Dezember.

Veranstaltet werden die Ausstellungen und das Rahmenprogramm von der Volkshochschule Hietzing, dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung und der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik. (Schluß)
ans/szm

Bereits am 25. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Anzengruber-Ausstellung der Stadtbibliothek

Wien, 26.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Titel „Ludwig Anzengruber — Ein Klassiker des Volksstückes“ widmet die Wiener Stadt- und Landesbibliothek dem bedeutenden österreichischen Volksdramatiker eine Ausstellung, die bis Februar 1990 auf dem Bibliotheksgang zu sehen ist.

Der äußere Anlaß der Ausstellung ist ein zweifacher Gedenktag, nämlich der 150. Geburtstag und der 100. Todestag des Dichters.

Darüber hinaus soll aber wieder einmal nachdrücklich an einen Mann erinnert werden, der als Reformator des Wiener und österreichischen Volksstückes galt und es zu einem neuen Höhepunkt geführt hat. Diesem Umstand wird allerdings — vor allem seitens der Theaterpraxis — heute nur mehr wenig Beachtung geschenkt.

Unter den zahlreichen handschriftlichen Nachlässen der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (Grillparzer, Raimund, Nestroy, Saar, Ebner-Eschenbach, Karl Kraus, Hochwälder und Torberg, um nur einige wenige herauszugreifen) ist der Nachlaß Anzengrubers nicht nur umfangmäßig einer der größten, sondern gehört auch zu den literaturgeschichtlich wertvollsten Materialbeständen. So ist es für die Wiener Stadt- und Landesbibliothek nur eine selbstverständliche Pflicht, dieser für die österreichische Literaturentwicklung so bedeutenden Persönlichkeit zu gedenken.

Leben und Werk Anzengrubers werden in der Ausstellung ausführlich dokumentiert. Zahlreiche Originalmanuskripte geben Einblick in die dichterische Arbeit des Künstlers. Auch die Umsetzung auf der Bühne und im Film wird durch zahlreiche Exponate wie Theaterzettel, Programme, Szenenbilder etc. illustriert.

Die Ausstellung ist ab sofort bis Februar 1990 von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr (ausgenommen Samstag, Sonn- und Feiertag) im Bibliotheksgang der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, 1082 Wien, Rathaus, Stiege 4, 1. Stock, Zimmer 333, zu besichtigen. Ein ausführlicher Katalog zur Ausstellung ist kostenlos erhältlich. (Schluß) gab/gg

Bereits am 26. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Junge Gemeindebedienstete zu Gast bei „Phantom der Oper“

Wien, 26.11. (RK-KOMMUNAL) Junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren am Samstag abend zu Gast beim „Phantom der Oper“. Damit fand bereits zum 23. Mal im Rahmen der Jugendbetreuung der Stadt Wien ein Theaterbesuch statt, zu dem Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hoheitsverwaltung, der Wiener Stadtwerke, der Kindertagesheime sowie Gärtner und Steinmetze begrüßte.

Der Besuch von Theaterveranstaltungen ist nur ein Teil des kulturellen Betreuungsprogrammes für die jungen Mitarbeiter. Allein im laufenden Jahr fanden 145 Veranstaltungen, Fach- und Bildungsvorträge, Exkursionen und Besichtigungen statt. Mehr als 3.200 junge Mitarbeiter haben an diesen Veranstaltungen teilgenommen. (Schluß) red/gg

Abschlußfeier für Lehrlinge der Stadt Wien

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Abschlußfeier endete heute, Montag, die Ausbildungszeit für 125 Lehrlinge der Stadt Wien. Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, wiesen in ihren Worten auf die Bedeutung der Stadt Wien als größter Dienstgeber und auf die Funktion der Lehrlingsausbildung hin.

An der Abschlußfeier nahmen auch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personal sowie mehrere Spitzenbeamte und Vertreter des Stadtschulrates teil. (Schluß) lf/bs

Bereits am 26. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Am Mittwoch Wiener Vorlesungen

Wien, 27.11. (RK-KULTUR) Am kommenden Mittwoch, den 29. November, findet wieder eine Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen statt. Prof. Dr. Hans CZERMAK, Lena L. GITTER und Christiane LUTZ diskutieren über das Thema „Maria Montessori — Möglichkeiten für eine humanistische Pädagogik heute“.

Die Podiumsdiskussion beginnt um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses; Eintritt frei. (Schluß) ger/rr

Diskussion „100 Jahre österreichische Frauenbewegung“ im Historischen Museum

Wien, 27.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Historischen Museum der Stadt Wien findet am Dienstag, dem 28. November, 19 Uhr, eine Diskussion zum Thema „Bilanz 100 Jahre österreichische Frauenbewegung: gleiche Gesetze — gleiche Chancen?“ statt.

An der Diskussion nehmen Staatssekretärin Johanna DOHNAL, Dr. Anneliese ROHRER („Die Presse“), Dr. Barbara WICHA (Institut für Politikwissenschaft, Salzburg) und Univ.-Prof. Dr. Ruth WODAK (Institut für Sprachwissenschaft, Wien) teil.

Die Podiumsdiskussion findet im Rahmen des Begleitprogramms zur Sonderausstellung des Historischen Museums „Aufbruch in das Jahrhundert der Frau? Rosa Mayreder und der Feminismus in Wien“ statt. Das Historische Museum wird eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn, 18 Uhr, geöffnet. Um 18.15 Uhr findet eine Kurzführung durch die Ausstellung mit Dr. Reingard WITZMANN statt. (Schluß) gab/gg

300. Aufführung von „Les Misérables“

Wien, 27.11. (RK-KULTUR) Das Musical „Les Misérables“ erlebt in diesen Tagen und Wochen einen regelrechten Publikumsboom. Am vergangenen Samstag wurde im Raimund Theater die 300. Vorstellung gezeigt, und es hat — möglicherweise, so die Vereinigten Bühnen, zusammenhängend mit der Aufbruchstimmung, die derzeit in Teilen Europas herrscht — eine Nachfrage nach Karten eingesetzt, wie sie nicht einmal kurz vor oder nach der Premiere der Fall war. Alle Vorstellungen sind restlos ausverkauft, lange Menschengruppen stehen täglich an der Abendkasse, um vielleicht restliche Stehplatzkarten zu erhalten. Dennoch läuft für „Les Misérables“ der Countdown: Die Revolutionsshow mit der mitreissenden Musik von Claude Michel Schönberg läuft voraussichtlich nur noch bis 31. März 1990. Sollte das Interesse allerdings in jetzigen Ausmaß anhalten, wird eine Verlängerung nicht ausgeschlossen. (Schluß) ull/rr

Bezirksvorsteher Franz Weber gestorben

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Der ehemalige Bezirksvorsteher von Döbling, Franz Weber, ist vergangene Woche nach kurzem Leiden im 80. Lebensjahr verstorben. Der am 18. November 1910 geborene SPÖ-Bezirkspolitiker war in den Jahren von 1965 bis 1975 Bezirksvorsteher des 19. Bezirkes. (Schluß) red/rr

Ehrenzeichen für internationalen Arbeitgeberfunktionär

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN überreichte Montag im Roten Salon des Wiener Rathauses das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an den Belgier Dr. Jean-Jaques OECHSLIN, der seit 1980 Präsident der Internationalen Arbeitgeberorganisation (IOE) ist. Präsident Dr. Oechslin, ein Fachmann des internationalen Arbeitsrechts und der Sozialgesetzgebung, hat in seinen Funktionen die Interessen Österreichs und auch Wiens unterstützt. (Schluß) emw/bs

ÖVP für vermehrten Garagenbau in den Innenbezirken

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Für eine umfassende Parkraumpolitik sprach sich am Montag LAbg. Dipl.-Ing. Dr. Herlinda ROTHAUER (ÖVP) in einem Pressegespräch aus. Primär sollten Garagen in den dicht verbauten Innenbezirken errichtet werden, wo der größte Stellplatzbedarf bestehe; wobei eine effiziente Überwachung des ruhenden Verkehrs besonders in Gegenden wo bereits Garagenbauten zur Verfügung stehen, die Annahmefähigkeit der Bevölkerung zur Benützung der Garagen erhöhen könnte.

Außerdem sprach sich Rothauer für „Parkpickerln“ in Kurzparkzonen für die Wohnbevölkerung aus, wobei die Kurzparkzonen ausgeweitet werden sollten. Eine rasche Realisierung der Park-and-Ride-Anlagen, vor allem für den Berufspendelverkehr, sei dringend nötig. (Schluß) fk/bs

Zilk und Häupl präsentieren Müll-Objekt

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL öffneten Montag ein riesiges „Weihnachtspaket“ auf dem Platz neben der Oper. Das „Überraschungspaket“ enthielt eine überdimensionale Mülltonne, angefüllt mit den Abfällen einer vierköpfigen Familie, die in einem Jahr anfallen: 1.120 Kilogramm bzw. elf Kubikmeter Müll. Zilk verwies darauf, daß gerade in der Vorweihnachtszeit dieses Müll-Objekt ein bißchen zum Nachdenken anregen sollte.

Häupl erklärte, wie wichtig die Müllvermeidung — angesichts dieser großen Abfallmenge — sei. (Schluß) du/gg

Gesundheitsförderung im Krankenhaus

WHO-Modellprojekt in der Rudolfstiftung

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wird in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein internationales Modellprojekt gestaltet. Unter dem Titel „Gesundheit und Krankenhaus“ sollen unter Einbeziehung des gesamten Krankenhauses — Ärzte, Pflege- und Verwaltungspersonal — Möglichkeiten der Gesundheitsförderung in einem Krankenhaus erarbeitet beziehungsweise in verschiedenen Teilbereichen modellartig durchgeführt werden. Montag wurde dieses Modellprojekt von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einem Pressegespräch gemeinsam mit Boltzmann-Institutsleiter Univ.-Prof. Dr. Jürgen M. PELIKAN und Dr. Johannes VANG von der WHO, sowie dem Ärztlichen Direktor der Krankenanstalt Rudolfstiftung Hofrat Dr. Alfred HUBER vorgestellt.

Gesundheit 2000

Das Projekt „Gesundheit und Krankenhaus“ baut auf Zielsetzungen und Strategien der Weltgesundheitsorganisation auf. In Anschluß an die WHO-Strategie „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ entwickelte das Regionalbüro für Europa der WHO in den letzten zehn Jahren das Gesundheitsförderungskonzept. Nachdem das erste konkrete Umsetzungsprojekt der Gesundheitsförderungsidee, das „Gesunde Städte“-Projekt (unter Beteiligung Wiens) europaweit erste große Erfolge zeigte, wurde 1988 mit der Entwicklung des zweiten Umsetzungsprojektes „Gesundheitsförderung und Krankenhaus“ begonnen.

Wiener Modellprojekt

Das „Wiener Modellprojekt“ wurde im Juni 1988 von Dr. Ilona KICKBUSCH, Referentin für Gesundheitsförderung in der WHO-Europa, und Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher initiiert. Seine Vorbereitung bzw. Weiterentwicklung erfolgte durch das Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie (Leiter: Univ.-Prof. Dr. Jürgen M. PELIKAN) in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Hannes VANG, dem Referenten für Krankenhauswesen der WHO-Europa.

Univ.-Prof. Dr. Stacher bezeichnete die Durchführung dieses Projektes mit Unterstützung der WHO als eine neue Chance, das Gesundheitsbewußtsein gerade im Krankenhausbereich nicht nur bei den Patienten, sondern auch beim Spitalspersonal zu wecken bzw. zu fördern. Dazu wird es sicherlich notwendig sein, meinte der Gesundheitsstadtrat, vorhandene Betriebsstrukturen und Abläufe im Spitalsalltag zu durchleuchten bzw. zu verändern.

Laut Univ.-Prof. Dr. Pelikan könnte die Durchführung dieses Modellprojektes auch ein Beitrag zur Wiener Spitalsreform sein und Verbesserungen in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Patientenumwelt und der Zusammenarbeit der einzelnen Berufsgruppen mit sich bringen.

Optimierung der Gesundheitsversorgung

Das Projekt soll sich direkt auf die bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens und zwar auf das Leistungszentrum der modernen Medizin, das Krankenhaus, richten, wobei eine Steigerung der Effektivität und Effizienz des Krankenhausbetriebes und damit eine ökonomischere Gestaltung des stationären Akutbereiches angestrebt wird. Mittelfristig ist eine Strukturverbesserung zu erwarten, die sowohl eine Optimierung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich des Kranken-

hauses, als auch eine Entlastung des stationären Akutbereiches in der Krankenanstalt mit sich bringen soll.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Wiener Gesundheitssystem sollen im ersten Projektjahr schwerpunktmäßig die Arbeitsbedingungen des Personals berücksichtigt werden, während im zweiten Projektjahr vorwiegend die gesundheitsförderliche Gestaltung der Patientensituation im Vordergrund stehen wird. Die Kosten für die Durchführung dieses Modellprojektes belaufen sich auf 5 Millionen Schilling und werden von der Stadt Wien getragen. (Schluß) zi/gg/bs

Forts. von Blatt 2702

Chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 28. November 1989

Blatt 2704

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrenzeichen des Landes Wien (2705/FS: 27.11.)
- Die Zeit der Adventmärkte beginnt wieder (2707)
- Sanierung der Allee in der Hernalser Hauptstraße (2708)
- Galerie in der Stadtinformation (2709)
- „Winterdienst-Konzept 1989/90“ (2710-2712)
- Ungarische Delegation kommt nach Wien (2713)
- Zilk: Gespräche mit internationaler Finanzgruppe werden fortgesetzt (2713)
- Spitalsreformkommission arbeitet erfolgreich (2714)
- Freitag Pressekonferenz Zilk/Ludwig/Sipötz (nur FS)
- Donnerstag Pressekonferenz Smejkal „Rechte der Kinder“ (nur FS)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmung für Kernzone Meidling (2706)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2706)

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 27.11. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte am Montag Ehrenzeichen des Landes Wien an verdiente Persönlichkeiten.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Ministerialrat i.R. Dr. Friedrich GRUBMANN, das Silberne Ehrenzeichen erhielten die Rechtsanwälte Dr. Elisabeth PETRITSCH und Dr. Alfred FÜRST. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten Verkaufsdirektor Walter BÄRTL, Kommerzialrat Friedrich HORAK und Filialdirektor Hans Otto KOSTELEZKY. (Schluß) red/rr

Bereits am 27. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Flächenwidmung für Kernzone Meidlings

Wien, 28.11. (RK-BEZIRKE) Für ein Kerngebiet von Meidling ist ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgesehen. Er betrifft das Areal westlich der Meidlinger Hauptstraße bis zur Grünbergstraße, nördlich begrenzt von der Tivoligasse bis Hohenbergstraße bzw. Edelsinnstraße im Süden. Das 58 Hektar große Areal umfaßt große Grüengebiete am sogenannten Tivoli ebenso wie rund drei Dutzend dicht verbaute Baublöcke gegen die Hauptstraße zu. Ziele der Überarbeitung des bisherigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sind unter anderen, die bestehende Bausubstanz zu sichern und das charakteristische Stadtbild zu erhalten.

Mit einer Beschränkung der bisherigen Bebauungsmöglichkeiten soll die Qualität der Wohnnutzung verbessert werden. Weiters sollen widmungsmäßige Flächen für öffentliche Grünanlagen sowie bestehende private Grünareale gesichert werden.

Der Entwurf des Planes (Plan-Nr. 6158) liegt vom 30. November bis 28. Dezember 1989 in der MA 21, 1, Rathausstraße 21, 2. Stock, Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr (Donnerstag bis 17.30 Uhr) zur Einsicht und Stellungnahme auf. Außerdem kann der Planentwurf im genannten Zeitraum jeden Donnerstag von 14 bis 17.30 Uhr in der Meidlinger Bezirksvorstehung, 12, Schönbrunner Straße 259, eingesehen werden. Experten stehen für Erläuterungen zur Verfügung. (Schluß) smo/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 28.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Donaustadt: Donnerstag, 30. November, 15 Uhr, BV 22, Schrödingerplatz 1;
 - Hernals: Mittwoch, 6. Dezember, 16 Uhr, BV 17, Elterleinplatz 14;
 - Liesing: Mittwoch, 6. Dezember, 16 Uhr, BV 23, Perchtoldsdorfer Straße 2;
 - Simmering: Donnerstag, 7. Dezember, 14 Uhr, BV 11, Enkplatz 2;
 - Ottakring: Donnerstag, 7. Dezember, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19;
 - Hietzing: Mittwoch, 13. Dezember, 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3;
 - Döbling: Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.
- (Schluß) end/bs

Die Zeit der Adventmärkte beginnt wieder

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Jetzt beginnt wieder die Zeit der Adventmärkte. Der Christkindlmarkt auf dem Platz vor dem Rathaus ist ja schon in Betrieb. Außerdem gibt es ab 2. Dezember an mehreren Orten Adventmärkte: So auf dem neugestalteten Platz vor der Freyung (hier befindet sich nun der früher am Michaelerplatz angesiedelte Adventmarkt), der bis 20 Uhr offenhalten kann; außerdem wurden ein Adventmarkt im 7. Bezirk, Stiftgasse, einer im 9. Bezirk, vor der Servitenkirche, einer in Favoriten, Fußgängerzone Favoritenstraße zwischen Keplerplatz und Viktor-Adler-Markt, einer in der Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße, einer in Währing, Hühnergasse zwischen Gersthofer Straße und Alsegger Straße, einer in Floridsdorf, Pius-Parsch-Platz zwischen Franz-Jonas-Platz und Angerer Straße und einer im 23. Bezirk, auf dem Liesinger Platz, in die Marktordnung einbezogen.

Neben diesen nach der Marktordnung von StändlerInnen durchgeführten Adventmärkten gibt es außerdem kleinere „Adventmärkte“ bzw. Weihnachtsstände, die von Organisationen betreut werden, z.B. die Wohltätigkeitsstände an markanten Punkten Wiens. (Schluß) hrs/rr

Sanierung der Allee in der Hernalser Hauptstraße

Wien, 28.11. (RK-LOKAL) Montag Abend eröffnete Bezirksvorsteher Robert PFLEGER im Hotel Mate in der Ottakringerstraße die erste Diskussionsrunde am Hernalser Journalisten-Stammtisch. Thema des Pressegesprächs war die „Sanierung der Allee der Hernalser Hauptstraße“. Mit der Verwirklichung dieses grünen Großprojekts soll bereits zu Beginn des kommenden Jahres begonnen werden. Fast 80 Prozent der Bäume — die Allee ist um 1900 angelegt worden — sind jetzt vom Absterben bedroht. Vor allem unter den Kriegsereignissen hat die Allee sehr gelitten, denn oft gelangte der Schutt von zerstörten Häusern in die Erdwannen der Bäume.

Erste Rettungsversuche des Stadtgartenamtes, mit Preßluft das Erdreich um die Wurzeln aufzulockern, scheiterten, da der Boden durch Schutt, Staub und Splitt bereits völlig verhärtet war. Jetzt wurde daher das Stadtgartenamt von der Bezirksvorstehung beauftragt, genau zu untersuchen, was ein Baum wirklich braucht, um im dicht besiedelten Stadtgebiet überleben zu können. Im kommenden Jahr soll das von der MA 42 ausgearbeitete Sanierungsprogramm gestartet werden. So werden zunächst breitere Baumwannen ausgebaggert, unterirdische Wasserleitungen angelegt und schließlich die Wannan mit humusreicher Erde aufgefüllt. Im Herbst sollen die neuen ausgewachsenen Alleebäume eingepflanzt werden. Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Programms ist die Schlägerung der kranken Bäume.

Die 1,6 Kilometer lange Allee soll in drei Abschnitten saniert werden: 1. Abschnitt: Rosensteingasse/Wattgasse; 2. Abschnitt: Wattgasse/Vorortelinie; 3. Abschnitt: Wattgasse/Güpferringasse. Gleichzeitig mit der Sanierung der Allee werden die Seitenfahrbahnen verkehrsberuhigt.

Die Sanierung des ersten Abschnitts, Kostenpunkt ca. 6 Millionen, soll Ende 1990 abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten für das grüne Großprojekt betragen ca. 20 Millionen Schilling. Da dem Bezirk für Grünprojekte nur rund vier Millionen jährlich zur Verfügung stehen — der Betrag steigert sich zwar prozentuell von Jahr zu Jahr — präsentierte Robert Pflieger gestern ein alternatives Finanzierungsmodell für dieses kostenintensive Vorhaben. Für alle in Wien als Grünland gewidmeten Flächen könnte bei Umwidmung in Bauland eine Art Gewinnabschöpfungssteuer eingeführt werden. Ebenso könnten auch die Ablösebeträge, die laut Baumschutzgesetz an die Stadt Wien bezahlt werden müssen, wenn ein Baum von bestimmtem Umfang bei einem Bauvorhaben gefällt werden muß, in einen solchen Grünlandfonds einfließen. „Dieser Fonds könnte“, so Bezirksvorsteher Robert Pflieger, „ein geeignetes Modell für die Finanzierung von Grünprojekten in den dichtbesiedelten Teilen der Stadt sein. Außerdem wäre das ein weiterer Schritt in Richtung Dezentralisierung“. (Schluß) red/rr

Galerie in der Stadtinformation

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Jahren wurde die Stadtinformation (Tel. 43 89 89) immer mehr zur zentralen Auskunftsstelle unserer Stadt und betreut jährlich rund 130.000 Kunden.

Die Stadtinformation ist aber mehr als ein Auskunftstelefon: Besucher können sich in der Schmidt-Halle des Rathauses auch an Hand aktueller Plakate und zur freien Entnahme aufliegender Broschüren informieren. Erklärtes Ziel der Stadtinformation ist ein verstärkter persönlicher Kontakt zu den Kunden. Um den Besuch der Stadtinformation noch attraktiver zu gestalten, werden künftig fallweise — im Einvernehmen mit dem Kulturamt der Stadt Wien — auch Ausstellungen bildender Künstler präsentiert.

Als Premiere dieser neuen „Galerie in der Stadtinformation“ ist ab 1. Dezember (Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) eine Ausstellung effektvoller Textilcollagen von Werner Hartinger zu sehen.

Den Bedürfnissen angepaßt: Telefonservice an Wochenenden und Feiertagen

Das auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK ergänzend eingerichtete Telefonservice hat sich bewährt: Das zusätzliche Informationsangebot an Wochenenden und Feiertagen wurde zwischen Mai 1988 und Mai 1989 von rund 12.500 Anrufern genutzt. Fast ausschließlich werden Anfragen im Freizeitbereich, wie etwa Öffnungszeiten von Ausstellungen, Beginnzeiten von Veranstaltungen und Sportmöglichkeiten gestellt. Bislang wurde das Telefonservice zu den werktags geltenden Zeiten (8 bis 18 Uhr) angeboten.

Nach Auswertung der im laufenden Jahr eingelangten Anrufe und Beobachtung der zeitlichen Inanspruchnahme wird das Telefonservice an Wochenenden und Feiertagen künftig von 8 bis 16 Uhr zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird die Stadtinformation diesen Dienst vermehrt nach aktuellen Ereignissen ausrichten und bedarfsweise, etwa bei Großveranstaltungen, verlängern.

Kindgerechte Rathaus-Führungen

Die Stadtinformation wirbt bereits heute um ihre Kunden von morgen. Im Rahmen des „Winter-Ferienspiels“ laden die Stadtinfo-Mitarbeiter zur Besichtigung der Repräsentationsräume des Rathauses ein. Bei speziellen Führungen können unsere jüngsten Mitbürger nicht nur ihr Rathaus näher kennenlernen, sondern erfahren auch in lockerer Atmosphäre Wissenswertes über die verschiedenen Einrichtungen der Stadtverwaltung.

Die Führungen finden von Mittwoch, den 27. Dezember, bis Freitag, den 29. Dezember 1989, sowie von Dienstag, den 2. Jänner, bis Freitag, den 5. Jänner 1990, statt und beginnen jeweils um 10 Uhr. Auf Grund der zu erwartenden Nachfrage wird um telefonische Voranmeldung (Tel. 42 800/2038, Montag bis Freitag 8 bis 15 Uhr) ersucht. Die Rundgänge dauern ca. eine Stunde und sind selbstverständlich kostenlos.

**Stadtinformation, Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz 1
(Schmidt-Halle) – Tel. 43 89 89 –**

Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet

Samstag, Sonntag, Feiertag: Telefonservice von 8 bis 16 Uhr

Außerhalb der Betriebszeiten Tonbanddienst.

(Schluß) red/bs

„Winterdienst-Konzept 1989/90“

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL stellte im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag das Winterdienst-Konzept 1989/90 vor. Ausgehend von den Erfahrungen und Problemen des vergangenen Winters wurde auf seine Initiative in Zusammenarbeit mit den zuständigen Magistratsabteilungen und den Bezirksvorstehern das Winterdienst-Konzept 1989/90 erstellt. Für die Durchführung des Winterdienstes auf allen Straßen, ausgenommen Bundesautobahnen, sowie auf Gehsteigen, soweit nicht Anrainer dafür verantwortlich sind, ist die MA 48 zuständig. Zu ihrem Aufgabenbereich gehören u.a. die Schneeräumung, das Streuen der Fahrbahnen und die Schneeabfuhr.

Außer der MA 48 sind noch die Wiener Verkehrsbetriebe, die Bundesstraßenverwaltung, Bundesdienststellen sowie Haus- und Grundstückseigentümer für die Schneeräumung zuständig.

Bereits 1987 wurde ein neues Winterdienst-Konzept mit zahlreichen Verbesserungen erstellt.

Folgende Maßnahmen aus den vergangenen Jahren werden auch heuer wieder durchgeführt:

- Zusätzliche Kleinfahrzeuge (Unimog und Reform-Muli)
- Raschere Verständigung — Alarmierungssystem
- Quittierungssystem
- Verschärfte Kontrolle — Verdoppelung der Kontrollkapazität
- Vorbeugende Instandsetzung von Fahrzeugen
- Entlastung der Kleinfahrzeuge von der Befüllung auf der Straße aufgestellter Splittboxen
- Weitere Schneeabladestellen
- Weitere Nebenableerstellen
- Vergrößerung der Zahl der Schneeabwurfschächte
- Organisation der Flächenräumung in Abstimmung mit den Verkehrsbetrieben, Einsatz von vorbestimmten Teams
- Kontrollsystem für die Schneeabfuhr
- Schneetelefon
- Abstimmung der Winterdienstaktivitäten mit den Autofahrerklubs, der Polizei, den Verkehrsbetrieben usw.
- Neuorganisation der Schneearbeiteraufnahme, kleinere Arbeitsgruppen und straffere Leitung.

In das Winterdienst-Konzept 1989/90 wurden folgende Verbesserungen aus dem Vorjahr übernommen:

■ Dezentralisierung

Im Rahmen der Dezentralisierung wird den Bezirksvorstehern ein Verfügungsrecht über Kapazitäten des Winterdienstes eingeräumt. Die Bezirksvorsteher arbeiten somit eng mit den jeweiligen Kehrbezirksleitern zusammen.

■ Flächendeckende Schneeräumung

Die MA 48 räumt mit eigenen Fahrzeugen und privatem Fuhrwerk Wien im ersten Durchgang flächendeckend. Wenn Schnee liegt, beginnt unmittelbar nach der Räumung die Schneeabfuhr mit Kranfahrzeugen. Unabhängig von dieser flächendeckenden Räumung stehen den zwölf Kehrbezirksleitern je drei Kleinfahrzeuge für Maßnahmen im Rahmen der Dezentralisierung zur Verfügung.

■ Zentrale Leitung

In der Zentrale ist rund um die Uhr ein Journaldienst im Funkraum eingeteilt. Die Ersteinsätze werden jeweils zentral gesteuert.

■ Organisation der Straßenpflege

Die Straßenpflege wurde 1988 umorganisiert, um die Einsatzbereitschaft zu verbessern. Die Tagschicht kann bei Bedarf schon um drei Uhr früh

begonnen oder am Nachmittag verlängert werden. Weiters wurden die Kehrbezirke neu aufgeteilt, um einen besseren Überblick und Kontrollen zu gewährleisten.

■ Einmannbetrieb für Fahrzeuge der MA 48

Fahrzeuge der MA 48 fahren im Einmannbetrieb. Die dadurch freiwerdenden Dienstposten bzw. Personalkosten wurden zur Einrichtung eines 3-Schichtbetriebes verwendet.

■ Privates Fuhrwerk

Die Fuhrwerksleistungen wurden im Sinne des neuen Konzeptes, das Sparmaßnahmen vorsieht, vergeben. Auch das private Fuhrwerk wird im Einmannbetrieb eingesetzt und ist über Funk mit der Funkzentrale der MA 48 verbunden.

■ Routenpläne

Für den heurigen Winter gelten folgende Routenpläne:

• Bereitschaft der MA 48 – Soforteinsatz

A-Pläne — die 24 wichtigsten Straßenzüge Wiens (LKW)

U-Pläne — Kritische Abschnitte (Unimogs)

S-Pläne — Genehmigte Salzstrecken (LKW)

• Privates Fuhrwerk – auf Abruf (LKW und Unimogs)

B-Pläne — Straßen mit öff. V. und bevorzugtes Straßennetz

C-Pläne — Nebenstraßen

D-Pläne — Prioritäten für Schneeabfuhr und Freischieben

• Fahrzeuge der Straßenpflege – Tagschicht

R-Pläne — enge Gassen, Fußgeherzonen etc. (Reform-Muli u.a.)

T-Pläne — Geh- und Radwege etc. (Klein-Traktoren)

• Notstandsmaßnahmen

F-Pläne — Flächenräumung in wichtigen Straßen

G-Pläne — Gräber etc. Einsatz bei Eisplatten

■ Neuorganisation der Lagerplätze

Die Lagerplätze wurden sowohl organisatorisch als auch baulich verbessert. 28 Silos für Auftaumittel stehen zur Verfügung. Durch die Neuorganisation werden die Wartezeiten bei der Fahrzeugbeladung mit Streusplitt oder Auftaumittel erheblich verkürzt. Außerdem ist ein rascheres und besseres Mischen des Auftaumittels mit dem Streusplitt möglich. Alle Winterdienstplätze fungieren gleichzeitig ganzjährig als Mistplätze für die Wiener Bevölkerung.

■ Fahrzeuge

Das Wiener Straßennetz wird durch Straßenumbauten für große Winterdienstfahrzeuge und große Kehr- und Waschmaschinen immer weniger geeignet. Deshalb erfolgte bereits im Vorjahr eine Umstellung auf vermehrten Einsatz von Klein-LKW und Klein-Traktoren im Winterdienst.

■ Funk

Mit der Verlegung der Funkstelle des Bereitschaftsdienstes in die Zentrale und der Ausrüstung des privaten Fuhrwerks mit Funk wurde die Kommunikation erheblich verbessert. Auch die bereits im Vorjahr begonnene EDV-Unterstützung für die Kontrolle des privaten Fuhrwerks wird heuer wieder genutzt. Weiters ist der Ausbau einer EDV-unterstützten Straßendatei vorgesehen.

Zusätzliche Neuerungen für den heurigen Winter:

Wetterinformation:

Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik liefert zu Fixzeiten täglich viermal einen Wetterbericht mit Prognose. Die unterschiedlichen Klimazonen in Wien erschweren kleinräumige Wetterprognosen. Temperaturdifferenzen innerhalb der Stadt von 7 Grad sind durchaus möglich und auch häufig. Zur Zeit sind die Funkwagenfahrer die wichtigste Informationsquelle für die Wettersituation und den Straßenzustand.

Ein Funkwagen wird versuchsweise für die Erfassung der Lufttemperatur, des Taupunktes und der Bodentemperatur ausgerüstet. In Zusammenar-

beit mit den verschiedenen Betreibern von Wetterstationen wurde im Bereich der MA 48 auf der Deponie Rautenweg eine Wetterstation errichtet. Diese dient auch dem Betrieb der Deponie und der Kompostierung.

Aufbauend auf die Erfahrungen ist die Entwicklung eines EDV-Projektes zur verbesserten Wetterinformation — insbesondere zu kleinräumigen Prognosen — geplant.

Streu- und Auftaumittel

In Wien gibt es nach wie vor das Salzstreuverbot, das nur in Extremfällen aufgehoben wird. Auch der Einsatz der Auftaumittel wurde neu organisiert, wobei Flexibilität bei der Mischung von Splitt und Auftaumittel in speziellen Situationen gegeben ist.

Im Winter 1988/89 wurde intensiv versucht, Splitt nur nach Erfordernis und nicht durchgehend zu streuen. Dies bringt nicht nur Einsparungen im Splittverbrauch, sondern auch erhebliche Minderungen bei der Staubbelastung.

Auftaumittel, egal welcher Zusammensetzung, sollen grundsätzlich sparsam verwendet werden.

Plantabon-Eisex kommt aufgrund der Erfahrungen nicht mehr zum Einsatz.

Salz soll nur in Notfällen und in möglichst geringen Mengen verwendet werden. In früheren Wintern kamen in Wien 8.000 bis 13.000 t Salz zum Einsatz. Nach heutigen Erfahrungen und wegen des Umweltbewußtseins kann je nach Winter mit 1.000 bis 5.000 t das Auslangen gefunden werden. Für den Salzeinsatz sind zwei Fälle zu unterscheiden:

Zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs in Steigungsstrecken ist Salzstreuung vorgesehen. Seitens der MA 48 wurde im Einvernehmen mit den WVB und der MA 22 ein Programm für Salzstrecken erarbeitet. Diese werden von 9 allein für diese Einsätze bestimmten Fahrzeuge betreut. Die Salzstrecken umfassen 87 km des insgesamt rund 2.800 km Wiener Straßennetzes. Von diesen 87 km haben 38 km einen Baumbestand. Dieser Baumbestand wird nach zweijährigen Versuchen über Vorschlag des Stadtgartenamtes und über Vorschreibung der Umweltschutzbehörde mit Strohballen geschützt.

In Katastrophenfällen, insbesondere bei Eisregen und bei anhaltenden Schneefällen und Bildung von Eisplatten kann Natriumchlorid eingesetzt werden. Bei der MA 48 werden laufend neue Auftaumittel erprobt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Ziel des heurigen Winterdienst-Konzeptes ist, auf der Basis der Erfahrungen aus den vergangenen Wintern und durch gezielte Umorganisation eine höhere Effizienz zu erreichen.

Schneetelefon

Für Anregungen, Wünsche und Beschwerden steht auch heuer wieder das Schneetelefon mit der Nummer 55 16 61 zur Verfügung.

Abschließend ein Appell an die Wiener Bevölkerung:

Selbst das beste Winterdienst-Konzept kann nur dann voll zum Tragen kommen, wenn auch die Bevölkerung mithilft. Wenn die Hauseigentümer dafür sorgen, daß die Gehsteige vor ihren Häusern geräumt sind; wenn die Autofahrer dafür sorgen, daß ihre Fahrzeuge wintertüchtig ausgerüstet sind, oder wenn man bei winterlichen Straßenverhältnissen am besten gleich auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt.

(Schluß) du/gal

Forts. von Blatt 2711

Ungarische Delegation kommt nach Wien

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte am Dienstag in seinem Pressegespräch die positive Entscheidung des ungarischen Parlaments zur Beteiligung Budapests an der Weltausstellung 1995. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, daß sich ab morgen, Mittwoch, eine hochrangige Delegation von ungarischen „Noch“-Oppositionellen in Wien aufhalten wird. Die Delegation, die auf Zilks Einladung nach Wien kommt, setzt sich aus Vertretern des Demokratischen Forums, des Bundes Freier Demokraten, der Sozialdemokraten sowie der Kleinlandwirte-Partei zusammen. Zilk meinte in diesem Zusammenhang, daß auch die ungarische Opposition für die Weltausstellung sei. Probleme, die es gebe, resultierten eher aus einem mangelnden Informationsfluß. (Schluß) ger/gg

Zilk: Gespräche mit internationaler Finanzgruppe werden fortgesetzt

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch mitteilte, waren Anfang dieser Woche neuerlich Vertreter jener internationalen Finanzgruppe um Al Ghazzi in Wien, die im Zusammenhang mit der EXPO Großinvestitionen in der Bundeshauptstadt vornehmen möchte. Die Vorstellungen der Gruppe haben sich, so Zilk, mittlerweile auf ein realistischeres Maß reduziert. Die Gespräche werden jedenfalls fortgesetzt. (Schluß) ger/gg

Spitalsreformkommission arbeitet erfolgreich

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte Dienstag in seinem Pressegespräch auf eine Anfrage, daß die Spitalsreformkommission zielstrebig und erfolgreich arbeite. Gerade in der wichtigsten Frage, der Dezentralisierung des Spitalswesens, sei man am weitesten. Schon Anfang des nächsten Jahres soll die Entscheidung darüber getroffen werden, in welchem Spital ein Modellversuch durchgeführt werden soll. (Schluß) ger/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 29. November 1989

Blatt 2715

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Familienbund soll nicht Medien frotzeln (2716/FS: 28.11.)
- Neuerliche Spitzenwerte bei den Wiener E-Werken (2717/FS: 28.11.)
- Rettungs- und Einsatzmedaillen für Sicherheitswachebeamte (2718/FS: 28.11.)
- Ehrenzeichen für Widerstandskämpfer (2719/FS: 28.11.)
- 70. Geburtstag von Direktor i.R. Dipl.-Ing. Arnulf Maier (2720)
- Öffnungszeiten der Adventmärkte (2721)
- 3 Jahre „Kummernummer gegen Sanierungsspekulation“ — 3 Jahre Mobile Gebietsbetreuung“ (2722)
- 15 Jahre Gebietsbetreuungen — 15 Jahre „sanfte“ Stadterneuerung (2723-2725)
- 114 Millionen Schilling für die Jugend (2726)
- Kabel-TV: Novellierung des Urheberrechtsgesetzes ermöglicht Übernahme weiterer Programme (2728)
- Donnerstag Pressefrühstück mit ungarischer Delegation (nur FS)
- Am Freitag wieder Einbürgerungsfeier (nur FS)

Kultur:

- Dr.-Karl-Renner-Preis für Vaclav Havel (2727)

Hatzl: Familienbund soll nicht Medien frotzeln

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) „Eigentlich könnte man sich zu einer so obskuren Aussendung wie der des 'Wiener Familienbundes' von heute jede Stellungnahme ersparen. Behauptungen wie, daß 'offensichtlich ein kalter Winter bevorstehe' — die Dame sollte besser als Meteorologin ihr Geld verdienen — oder daß wegen des neuen Stromtarifes 'Kinder frieren müßten' und in Wien 'Zustände wie nach dem Zweiten Weltkrieg' herrschen, disqualifizieren sich von selbst“, sagte Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

„Trotzdem einige Klarstellungen dazu, die an sich längst bekannt sein müßten: 96 Prozent der Haushalte zahlen in Zukunft weniger für den Strom, darunter selbstverständlich auch Haushalte mit mehreren Kindern. Ein durchschnittlicher Haushalt, der mit allen, teilweise auch dem Luxus zuzurechnenden Geräte ausgestattet ist, verbraucht je nach Familiengröße im Durchschnitt 3.500 bis 4.500 Kilowattstunden pro Jahr. Es besteht also noch eine bedeutende Reserve bis die Progressionsstufe erreicht wird. Auch dann wird nur der 5.840 Kilowattstunden übersteigende Bezug zum höheren Tarif verrechnet, sodaß noch ein Spielraum vorhanden ist, bei dem man sich trotz der Überschreitung der Grenze noch etwas erspart.

Vollkommen entgangen dürfte der Dame vom Familienbund sein, daß die Nachtstromheizung sogar verbilligt wurde, der Grundpreis wurde auf dem alten günstigen Niveau belassen. Für die Nachtstromanwendungen wird kein Anschlußpreis verrechnet, für Heißwasserspeicher mit Nachtstrom kein Grundpreis. Wien hat damit einen der billigsten Nachstromtarife Österreichs, billiger als alle östlichen Bundesländer.

Undurchführbar ist die Forderung nach Staffelung des Stromtarifes nach Einkommen oder Familiensituation. Die E-Werke müßten dabei gleichzeitig Funktionen des Finanzamtes und des Sozialamtes übernehmen — mit genauen Überprüfungen von Besitz, Einkommen und Familiensituation. Das wäre mit enormen organisatorischem Aufwand verbunden, der den Strom wesentlich verteuern müßte, abgesehen von allen Problemen des Datenschutzes und der Verletzungen der Privatsphäre“, sagte Hatzl.
(Schluß) roh/gg

Neuerliche Spitzenwerte bei den Wiener E-Werken

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Am 27. November um 17.30 Uhr war mit 1.441 Megawatt eine neuerliche Höchstlast beim Strombedarf im Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke — E-Werke zu verzeichnen. 1.164 Megawatt davon wurden durch die eigenen Kraftwerke abgedeckt, 277 trug die Verbundgesellschaft bei.

Zum selben Zeitpunkt wurden aus den Kraft-Wärme-Kupplungen der E-Werke zusätzlich 450 Megawatt Fernwärme an die Heizbetriebe Wien abgegeben.

Die neuen Spitzenwerte traten wieder, wie bereits vor einer Woche, bei einer Außentemperatur von plus drei Grad Celsius auf. Bei tieferen Temperaturen im kommenden Winter muß mit neuen Höchstwerten gerechnet werden. (Schluß) roh/bs

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Rettungs- und Einsatzmedaillen für Sicherheitswachebeamte

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Für die Rettung anderer Menschen aus Lebensgefahr wurden Dienstag sieben Sicherheitswachebeamten von Stadträtin Christine SCHIRMER Rettungs- und Einsatzmedaillen des Landes Wien überreicht.

Mit der Rettungsmedaille des Landes Wien wurden Revierinspektor Helmut GRÖBNER und Bezirksinspektor Johann ZAMAR ausgezeichnet. Die beiden Männer hatten im Mai unter Lebensgefahr einen Verunglückten aus der Donau geborgen.

Die Einsatzmedaille des Landes Wien wurde den Bezirksinspektoren Wolfgang BLACH und Ferdinand HABERLER und den Inspektoren Hilmar MAGEDLER und Anton MATEJKA für die Rettung einer alten Dame bei einem Zimmerbrand sowie Bezirksinspektor Gerhard REINER, der bei einem Wohnungsbrand einen Mann aus der raucherfüllten Wohnung bergen konnte, verliehen.

In ihrer Ansprache anlässlich der Überreichung der Auszeichnungen wies Schirmer auf die Leistungen der Sicherheitswachebeamten hin und betonte auch die Bedeutung der eigentlichen Aufgabe der Polizei, nämlich anderen Menschen zu helfen und sie und ihr Eigentum zu schützen.
(Schluß) hrs/rr

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenzeichen für Widerstandskämpfer

Bereits am 28. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL überreichte am Dienstag nachmittag an Dr. Josefa BREUER und Camillo HEGER, zwei ehemalige Widerstandskämpfer, das ihnen verliehene Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Dr. Josefa Breuer gehörte während der Besetzung Österreichs der Widerstandsgruppe „Österreichische Bewegung“ an, wurde 1941 zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und aus dem Schuldienst entlassen. Seit 1978 ist sie im Vorstand der Wiener ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Mitglied der Kontrolle des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes. Dr. Josefa Breuer hat sich im vergangenen Jahr besonders für Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages der Besetzung Österreichs eingesetzt.

Camillo HEGER war bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1940 in der Widerstandsgruppe „Österreichische Front“ tätig. Ein Sondergericht verurteilte ihn zu eineinhalb Jahren Gefängnis wegen „Bildung einer illegalen Parteiorganisation“. 1943 wurde er zum Wehrdienst eingezogen und geriet in russische Gefangenschaft, aus der er 1947 nach Wien zurückkehrte. Camillo Heger ist Mitglied der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und hat sich im Vorjahr bei der Organisation von Veranstaltungen anlässlich des Gedenkjahres 1988 besondere Verdienste erworben.

An der Feier im Rathaus nahm auch Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER teil. (Schluß) fk/rr

70. Geburtstag von Direktor i. R. Dipl.-Ing. Arnulf Maier

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Der ehemalige Direktor der Wiener Verkehrsbetriebe, Dipl.-Ing. Arnulf MAIER, feiert am 30. November seinen 70. Geburtstag. Der Höhepunkt seiner Tätigkeit — 1976 Technischer Vize-Direktor, 1980 bis 1985 Direktor der Verkehrsbetriebe — war die Vollendung des Grundnetzes der Wiener U-Bahn mit den Linien U 1, U 2, U 4. Weitere Meilensteine waren die Tarifreform mit der Einführung einer billigen Jahresnetzkarte sowie die Realisierung des Verkehrsverbundes Ost-Region.

Direktor i. R. Dipl.-Ing. Maier war 1947 in den Dienst der Verkehrsbetriebe eingetreten, 1983 wurde ihm das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Anlässlich seiner Ruhestandsversetzung mit 31. Jänner 1985 sprach ihm der Wiener Gemeinderat Dank und Anerkennung für seine langjährige hervorragende Mitarbeit aus. (Schluß) roh/gg

Öffnungszeiten der Adventmärkte

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Durch einen Irrtum wurde gestern in unserer Aussendung über die Adventmärkte gemeldet, daß der Adventmarkt auf der Freyung bis 20 Uhr offenhalten könne. Diese Öffnungszeit gilt jedoch für den Christkindlmarkt vor dem Rathaus, alle anderen Adventmärkte haben eine Öffnungszeit bis 18 Uhr. Wir bitten um Entschuldigung. (Schluß) hrs/rr

3 Jahre „Kummernummer gegen Sanierungsspekulation – 3 Jahre „Mobile Gebietsbetreuung“

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zog Mittwoch im Rahmen eines Pressegespräches Bilanz über drei Jahre Bekämpfung der Sanierungsspekulation in Wien.

1986 wurden angesichts merkbarer Spekulationstendenzen in Wien eine „Kummernummer gegen unredliche Absiedlung“ (48 88 52/DW 55) beim Wiener Stadterneuerungsfonds sowie eine „Mobile Gebietsbetreuung“ (18, Theresiengasse 48, Tel. 48 69 91) geschaffen. Ihre Aufgaben waren (und sind) die Information betroffener Hausbewohner über ihre — tatsächlich sehr starken — Rechte, die Intervention beim Hauseigentümer sowie — wenn notwendig — Kontaktaufnahme mit Behörden und Mieterorganisationen, wobei die „Kummernummer“ die „Erste Hilfe“ leistet und sich die „Mobile Gebietsbetreuung“ der schwereren Problemfälle annimmt.

1.855 Anrufe bei der „Kummernummer“

Bis Ende September 1989 wurden bei der „Kummernummer“ 1.855 Anrufe aus 1.722 Häusern entgegengenommen. Etwa ein Viertel der Anrufe betraf tatsächlich harte Absiedlungsmethoden. 1987 und 1988 konnte ein erfreulicher Rückgang von Beschwerden verzeichnet werden, 1989 ist jedoch wieder eine Zunahme von Spekulation (Schwerpunkt 2. Bezirk) bemerkbar. Jeden vierten Tag wird derzeit ein neuer Fall von ungerechtfertigter Kündigung oder schweren Baugebrechen bekannt.

600 Problemhäuser für die „Mobile Gebietsbetreuung“

Die „Mobile Gebietsbetreuung“ hat in den vergangenen drei Jahren Probleme in über 600 Häusern behandelt, in der Mehrzahl Absiedlungen, schwere Baugebrechen, ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen und Konflikte um Sanierungsmaßnahmen. Das Team hat an über 160 Hausversammlungen teilgenommen. Es wurden Mietertreffen angeregt, und sogar eine Selbsthilfegruppe ist aus der Tätigkeit der Gebietsbetreuung entstanden. Über 1.000 persönliche Beratungsgespräche wurden im Lokal der Gebietsbetreuung und bei mehreren Aktionen des Bürgerdienst-Busses geführt. Merkblätter und mehrere Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen wurden erarbeitet.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit lagen in den vergangenen drei Jahren im 3., 17. und 18. Bezirk. Vor allem auch im 2., 7., 9., 15. und 20. Bezirk sind Spekulationstendenzen merkbar, wobei häufig mit den örtlichen Gebietsbetreuungen (soweit vorhanden) zusammengearbeitet wird.

Insgesamt konnte festgestellt werden, daß sich die Methoden der Spekulanten ändern, ja die Zahl der Häuser mit harten Absiedlungsmethoden heuer sogar am geringsten ist. Dafür nehmen Baugebrechen und „kalte“ Absiedlungsmethoden etwa durch hohe, ungeforderte § 18-Mieterhöhungen infolge von Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten zu. Schlagartig zurückgegangen ist die Zahl der Interessensbescheide.

Für die Mieter sehr hilfreich erwies sich oftmals eine Berichterstattung über konkrete Fälle in den Medien sowie der Hinweis auf diese beiden Beratungs- und Hilfsdienste der Stadt Wien. (Schluß) ah/rr

15 Jahre Gebietsbetreuungen - 15 Jahre „sanfte“ Stadterneuerung

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Heute, Mittwoch, findet im Gartenhotel Altmannsdorf ein eintägiges Symposium zum Thema „15 Jahre Gebietsbetreuung in Wien“ statt. Rund 200 Experten und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Planung, Bau- und Wohnungswesen, Forschung, Kammern, Bevölkerungsinitiativen, Bundesländern und dem Ausland diskutieren die Erfahrungen, Probleme, Grenzen und Anforderungen der Tätigkeit der Gebietsbetreuungen in den Wiener Stadterneuerungsgebieten.

Seit 15 Jahren bestehen in Wien sogenannte „Gebietsbetreuungen“, derzeit elf Teams von — insgesamt etwa 50 — Fachleuten (vorwiegend Architekten), die im Auftrag der Stadt in den besonders sanierungsbedürftigen Gebieten Wiens die Stadterneuerung vorantreiben.

Ihre Hauptaufgaben bestehen in

- Information und Beratung der Gebietsbevölkerung über Förderungsmöglichkeiten, Wohnrechtsfragen usw.
- Motivation der Hauseigentümer zur Sanierung ihrer Häuser
- Initiative und Planung für Verbesserungsmaßnahmen im öffentlichen Raum (Begrünung, Parks, Verkehrsberuhigung usw.)
- Koordination aller an der Stadterneuerung Beteiligten.

Diese Gebietsbetreuungen sind damit eines der wichtigsten Instrumente einer „sanften“, bewohnerorientierten, partizipativen Stadterneuerung. Daß die Sanierung alter Wohnviertel in Wien weitgehend konfliktfrei und zunehmend unter aktiver Mitwirkung der Bevölkerung erfolgt, ist sehr wesentlich das Verdienst dieser Gebietsbetreuung. Als unbürokratische Informationsstellen, als außerhalb der Magistratshierarchie stehende Koordinationsstelle zwischen Politik, Verwaltung, Betroffenen und Bevölkerung, als Ideensammler und unkonventionelle Planer haben sie seit 15 Jahren wesentlich zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in diesen Vierteln beigetragen und dafür — oft unbeachtet von den Medien — bei der Bevölkerung Zuspruch und bei Fachleuten, Beamten und Politikern Anerkennung gefunden, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER in einer Pressekonferenz am Rande des Symposiums.

Der jährlich aus dem Budget der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Betrag von rund 30 Millionen Schilling für den Personal- und Sachaufwand der Gebietsbetreuungen nimmt sich im Verhältnis zu den öffentlichen und privaten Gesamtinvestitionen in der Stadterneuerung vergleichsweise gering aus. Heuer werden allein für den Neubau und die Sanierung von Wohnungen und Wohnhäusern in Wien von privater und öffentlicher Seite rund 10 Milliarden Schilling investiert, denn Wien hat immer noch einen der größten Althausbestände Europas.

Symposium und Ausstellung über die Gebietsbetreuungen

Die Erfahrungen dieser 15 Jahre, vor allem auch die Probleme und Grenzen ihrer Tätigkeit (Gebietsbetreuungen haben keine Kompetenz gegenüber Verwaltung oder gar Politik und keine eigenen Budgetmittel zur Realisierung von Maßnahmen, sie sind auf ihre Argumente und Überzeugungskraft angewiesen) und die künftig zu erwartenden Anforderungen (hoher Sanierungsbedarf, zunehmende Einwanderung aus Osteuropa, zunehmende Verkehrsprobleme, regionale Spekulationstendenzen infolge der Weltausstellung usw.), sind Thema des Symposiums, in dessen Rahmen auch eine Ausstellung über die Arbeit der elf Gebietsbetreuungen zu sehen ist. Diese Ausstellung soll in den kommenden Monaten durch Wien „wandern“. Und es gibt bereits Interesse aus mehreren Landeshauptstädten, sind doch die Gebietsbetreuungen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa ein bisher einzigartiges Instrument partizipativer Stadterneuerung.

Gebietsbetreuungen werden immer wichtiger

Sicher ist bereits jetzt, daß die Gebietsbetreuungen auch in Zukunft als wichtigstes praktisches Instrument „sanfter“, partizipativer, bevölkerungsorientierter Stadterneuerung nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden. Nachdem in den vergangenen 15 Jahren die vordringlich erneuerungsbedürftigen Stadtteile zu Stadterneuerungsgebieten erklärt und mit Gebietsbetreuungen ausgestattet wurden, werden derzeit die bestehenden Gebiete — je nach Notwendigkeit — verändert und ausgeweitet. Derzeit umfassen die elf Wiener Stadterneuerungsgebiete eine Fläche von über sechs Millionen Quadratmeter mit über 160.000 Menschen. Das sind etwa 10 Prozent der bebauten Stadtfläche und über elf Prozent der Wiener Bevölkerung, wobei die Betreuungstätigkeit in der Regel sogar über die Gebiete hinausreicht.

Die künftigen Aufgaben der Gebietsbetreuungen ergeben sich aus dem immer noch sehr hohen Stadterneuerungsbedarf. So hat sich bereits seit 1985 das Volumen geförderter Wohnhaussanierungen und Wohnungsverbesserungen in Wien von 1,3 auf rund 4 Milliarden Schilling verdreifacht. In vielen Fällen gilt es, die Interessen der Bewohner zu wahren, Mißverständnisse aufzuklären und Konflikte beizulegen.

Will man beispielsweise erreichen, daß es bis zum Jahr 2007 in Wien weder überbelegte noch Substandardwohnungen gibt, so ist dafür ein privater und öffentlicher Gesamtinvestitionsbedarf durch Neubau und Sanierung von Wohnraum im Umfang von mindestens 200 Milliarden Schilling notwendig.

Die Gebietsbetreuungen werden angesichts der zu erwartenden Weltausstellung und der noch gar nicht abzusehenden Entwicklungen in Ost-Europa in Zukunft auch besondere Bedeutung bei der Bewahrung sozialer Stabilität, bei der Konfliktlösung und -vermeidung zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung und besonders bei der Vermeidung von Spekulation haben. Immer wichtiger wird schließlich die Verbesserung der städtischen Wohn- und Lebensqualität durch Maßnahmen im Wohnumfeld (Grün- und Verkehrsmaßnahmen, Blocksanierung).

Hohe Förderung und eigentümerunabhängige Mieterbetreuung

Die Gebietsbetreuungen können und werden aber nicht das einzige Instrument „sanfter“ Stadterneuerung in Wien sein. Die Förderung mieterorientierter Haussanierungen, die Förderung der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Wohnumfeldes bedarf entsprechender gesetzlicher, politischer und administrativer Voraussetzungen. Dazu zählt im Bereich der Wohnhaussanierung insbesondere die sehr hohe öffentliche Förderung (bis zu 80 Prozent der Sanierungskosten übernimmt das Land Wien) sowie die Bindung dieser Förderung an bewohnerorientiertes Vorgehen, etwa durch eine eigentümerunabhängige Mieterbetreuung. Die Mitbestimmung der Mieter bei der Sanierung und die Arbeit von Mieterbetreuern läßt Hauseigentümer rascher zur Förderung kommen (es gibt Pluspunkte bei der Bewertung des Sanierungsprojektes durch den „Stadterneuerungsfonds“), außerdem sind diese Kosten ein Teil der förderbaren Gesamtkosten einer Sanierung.

Entwicklung der Gebietsbetreuungen in Wien 1974 bis 1989

- 1974 Ottakring (16. Bezirk) (bis 1983)
- 1977 Ulrichsberg (7. Bezirk) (bis 1983)
- 1979 Himmelfortgrund (9. Bezirk)
Wilhelmsdorf (12. Bezirk)
- 1982 Gumpendorf (6. Bezirk)
Storchengrund (15. Bezirk)

Forts. von Blatt 2723

Forts. auf Blatt 2725

- 1984 Karmeliterviertel (2. Bezirk)
Margareten-Ost (5. Bezirk)
Inner-Favoriten (10. Bezirk)
Neulerchenfeld (16. Bezirk)
- 1986 Mobile Gebietsbetreuung
- 1988 Kalvarienbergviertel (17./18. Bezirk)
Augartenviertel (20. Bezirk)
- 1989/90 diverse Gebietsvergrößerungen (2., 5., 6., 12., 15. Bezirk)
(Schluß) ah/bs/gg

Forts. von Blatt 2724

114 Millionen Schilling für die Jugend

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch einstimmig die Bereitstellung von Förderungsmitteln in der Gesamthöhe von 114 Millionen Schilling, die jungen Menschen zugutekommen.

Einen Schwerpunkt bildet eine Subvention in der Höhe von 70 Millionen Schilling für den „Verein Jugendzentren der Stadt Wien“. Zu seinen Aufgaben gehören die Führung von Jugendzentren der offenen Tür, Klubzentren, Kultur- und Veranstaltungszentren sowie Familienzentren (Club Bassena). Integrationsmodelle für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche sowie für Gastarbeiterkinder, die Unterstützung von sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Projekten (z.B. Favoritner Lernstatt) sowie Siedlungs- und Stadtteilarbeit sind weitere wichtige Aufgaben des Vereines.

In der selben Sitzung wurden auch 39 Millionen Schilling für den Verein „Wiener Jugendkreis“ bewilligt. An Aktivitäten für 1990 sind unter anderem vorgesehen: Die Durchführung des 18. Wiener Ferienspiels, die Durchführung der Aktionen „Jugend in Wien“, „Familiensonntag“ und „Freizeit und Familie“, der Betrieb einer Jugendleiterschule sowie die Veranstaltung des 17. Wiener Schultheaterfestivals und des „Pop-Odrom 1990“.

Weitere Subventionen die vom Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales am Mittwoch beschlossen wurden, gehen an verschiedene Wiener Jugendorganisationen (4,4 Millionen Schilling) sowie an Jugendklubs und Projekte im Jugendbereich. (Schluß) ull/bs

Dr.-Karl-Renner-Preis für Vaclav Havel

Wien, 29.11. (RK-KULTUR/POLITIK) Der tschechoslowakische Dramatiker und Bürgerrechtskämpfer Vaclav HAVEL erhält den Dr.-Karl-Renner-Preis 1989 der Stadt Wien in Höhe von 200.000 Schilling. Diesen Beschluß faßte auf Antrag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das Kuratorium der Stiftung in seiner heutigen Sitzung. Wien wolle mit diesem Entschluß ein Signal setzen, erklärte Zilk und verwies auf die Verdienste und das engagierte Wirken Havels im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung in der CSSR, aber auch auf seine intensive kulturelle Beziehung zur österreichischen Bundeshauptstadt. Während der Dramatiker in Prag im Gefängnis saß, wurden in Wien seine Theaterstücke „Vernissage“, „Audience“, „Berg-hotel“ und „Largo Desolato“ uraufgeführt.

Die weiteren Preise wurden dem „Verein Aktionsgemeinschaft autonomer österreichischer Frauenhäuser“ (200.000 Schilling) sowie Prof. Dr. Hugo PORTISCH und dem Leiter der Evangelischen Akademie Wien, Prof. Ulrich TRINKS (jeweils 100.000 Schilling), für ihre Bildungsarbeit zuerkannt. Die Verleihung der Preise soll noch vor Weihnachten stattfinden.

Die Dr.-Karl-Renner-Preise der Stadt Wien werden alle drei Jahre vergeben und stellen die höchste Auszeichnung der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet dar. Die letzten Preisträger waren 1986 Kardinal Dr. Franz KÖNIG, Amnesty International und medizinische Selbsthilfegruppen in Wien. (Schluß) red/gg

Kabel-TV: Novellierung des Urheberrechtsgesetzes ermöglicht Übernahme weiterer Programme

Wien, 29.11. (RK-LOKAL) Heute nacht wurden im Parlament die Weichen für die Zukunft des Kabelfernsehens gestellt: Der Nationalrat beschloß eine Ergänzung des Urheberrechtsgesetzes, wodurch künftig Unterlassungsklagen aus urheberrechtlichen Gründen gegen österreichische Kabelunternehmungen wegen eines Programmes nicht mehr möglich sind. Das berichtete Kabel-TV-Geschäftsführer Prof. Fritz SENGER Mittwoch in einem Pressegespräch.

Diese Novellierung, die Auswirkungen für die österreichischen Kabelfernsehunternehmungen, die Verwertungsgesellschaften und für Anbieter von Satellitenprogrammen (TV und Hörfunk) hat, sieht auch eine Neuregelung der Abgeltung für urheberrechtliche Ansprüche bei Satellitenprogrammen vor. Damit ist ab Inkrafttreten des Gesetzes mit 1. Jänner 1990 die Technologie des Satellitenfernsehens im Urheberrecht gesetzlich verankert und geregelt.

Dadurch sei, wie Prof. Senger ausführte, der Weg zur Einspeisung neuer Programme frei, nachdem bereits in den vergangenen Monaten die technischen Voraussetzungen von Kabel-TV dafür geschaffen wurden. Für die nähere Zukunft — etwa Jahresbeginn 1990 — stehen das Fernsehprogramm Music Television (MTV Europe) und CNN (das englisch-sprachige Nachrichtenprogramm Cable News Network) auf der Wunschliste von Kabel-TV. Gespräche haben schon stattgefunden, Einzelheiten der Verträge müssen noch ausgehandelt werden. Auch Radiohörer dürfen sich über weitere Programme freuen: Schon demnächst soll ein von BBC seit Oktober 1989 für Mitteleuropa gemachter Radiosender empfangen werden können, der 18 Stunden in englischer Sprache, vier Stunden in deutscher Sprache und zwei Stunden in französischer Sprache sendet. Weiters soll Radio Luxemburg, ein „Lieblingssender“ junger Leute, bald zu hören sein.

Die weitere Vorgangsweise sieht so aus, daß Anfang kommenden Jahres eine repräsentative Befragung unter Kabelfernsehbenutzern durchgeführt werden wird, an welchen Programmen und Sendungen besonderes Interesse besteht und in welchen Bereichen „mehr“ geboten werden sollte. Aufgrund der Auswertung dieser Umfrage soll entschieden werden, welche weiteren Sender in das Netz eingespeist werden. (Schluß) ull/bs

chef vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 30. November 1989

Blatt 2729

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Ungarische „Opposition“ zu Gast im Wiener Rathaus (2736)

Kommunal/Lokal:

Postamt 1150: Keine Gefährdung durch U-Bahn-Bau (2730/FS: 29.11.)

Neue Leiterin für das Magistratische Bezirksamt 4/5 (2732/FS: 29.11.)

Samstag Illuminierung des Weihnachtsbaumes (2733)

Unbeschwert einkaufen (2733)

Gemeinderat a.D. Dipl.-Ing. Walter Blaschka gestorben (2734)

VAMED baut Herzklinik in Krasnodar (2735)

Neue Neurologische Ambulanz im Franz-Josef-Spital eröffnet (2738)

Goldenes Ehrenzeichen für Ankerbrot-Chef Dr. Schuster (2741)

Verkehrsbeschränkungen in Mariahilf an den Einkaufssamstagen (2742/2743)

Mayr: Umweltabgabengesetz kein Etikettenschwindel (2744)

Smejkal: Neues Jugendwohlfahrtsgesetz sichert Rechte der Kinder (2746-2748)

Montag Pressekonferenz Schirmer „Umweltbewußt einkaufen“ (nur FS)

Bezirke:

Geraser Advent in Meidling (2745)

Sitzungen von Bezirksvertretungen (2745)

Kultur:

Adventkonzert des Hernalser Kammerorchesters und der Singer-Schrammeln (2731/FS: 29.11.)

Hans Moser-Ausstellung der Stadtbibliothek im Palais Palffy (2737)

Wirtschaft:

75 Jahre TEERAG-ASDAG (2739/2740)

Postamt 1150: Keine Gefährdung durch U-Bahn-Bau

Bereits am 29. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Zu Berichten über Bauschäden am Postamt 1150 Wien durch den Bau der U 3 stellt die Magistratsabteilung 38 (U-Bahn-Bau) fest: Am 28.11. kam es bei den Tunnelvortriebsarbeiten im Bereich des Postgebäudes zu einem geringfügigen Eindringen von wassergesättigtem Boden. Der Bereich wurde entsprechend gesichert. Da der Boden aus dem Strossenbereich stammte, sind Hohlräume außerhalb des Tunnels mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Damit ist einerseits die Sicherheit des Tunnels und auch des darüber befindlichen Postgebäudes gegeben. Die aufgetretenen geringfügigen Risse im Postgebäude und das Klemmen mancher Türen sind auf geringfügige Setzungen zurückzuführen, die bei jedem Tunnelvortrieb in ähnlicher Größenordnung und ohne die Sicherheit des Gebäudes zu gefährden auftreten. Eine Gefährdung der Betriebsangehörigen der Post kann daher ausgeschlossen werden. Die Schäden werden wie üblich nach Ende der Vortriebsarbeiten ausgebessert und sind durch eine Versicherung abgedeckt. (Schluß) roh/bs

Adventkonzert des Hernalser Kammerorchesters und der Singer-Schrammeln

Wien, 29.11. (RK-KULTUR) Anlässlich der „Öffnung des Ostens im Gedenkjahr 200 Jahre französische Revolution“ findet am 3. Dezember um 15.30 Uhr im Festsaal des Windhaberhauses, 19, Cobenzlgasse 2, ein Adventkonzert mit dem Hernalser Kammerorchester unter der Leitung von Maximilian Fröschl und mit den Singer-Schrammeln statt. Auf dem Programm stehen unter anderem die Londoner Symphonie — Nr. 104, D-Dur — von Joseph Haydn und die Tritsch Tratsch Polka von Johann Strauß. Die vorweihnachtliche Musikveranstaltung steht unter dem Ehrenschutz der Bezirksvorsteher Robert PFLEGER und Adolf TILLER sowie des Landtagsabgeordneten Lothar GINTERSDORFER. Karten gibt es um 150 Schilling am Veranstaltungsort vor Konzertbeginn. Im Eintrittspreis inbegriffen ist ein Getränk nach Wahl. (Schluß) red/bs

Bereits am 29. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Leiterin für das Magistratische Bezirksamt 4/5

Bereits am 29. November 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Das Magistratische Bezirksamt für den 4. und 5. Bezirk hat eine neue Leiterin. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Mittwoch Obermagistratsrätin DDr. Martha SCHULLER in dieses Amt ein. Sie folgt damit Senatsrat Dr. Herbert PICHL, der dieses Bezirksamt 17 Jahre lang geleitet hatte und nun in den Ruhestand getreten ist.

DDr. Martha Schuller hatte Veterinärmedizin und später nebenberuflich Rechtswissenschaften studiert. Seit 1966 bei der Stadt Wien, war sie zuletzt Stellvertreterin des Leiters des Magistratischen Bezirksamtes für den 17. Bezirk.

Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA wies darauf hin, daß gerade die Mitarbeiter in den Magistratischen Bezirksamtern unmittelbar mit den im einzelnen oft unterschiedlichen und widersprüchlichen Ansprüchen, Forderungen und Wünschen der Bürger konfrontiert sind. Es gelte dabei, nach Möglichkeit einen Mittelweg zu finden, der jedenfalls stets auf dem Recht beruhen muß.

Magistratsdirektor Dr. Bandion bezeichnete die Bestrebungen in Richtung mehr Bürgernähe, Bürgermitbestimmung und Dezentralisierung als die wichtigsten Veränderungen in der Verwaltung unserer Zeit. Bei allen Beteiligten sei dabei auch ein Lernprozeß notwendig. Den Magistratischen Bezirksamtern als oft erste Anlaufstelle für den Bürger kommt in diesem Zusammenhang ein besonderer Stellenwert zu. Der Magistratsdirektor verwies darauf, daß in den Bezirksamtern manche Zielsetzungen der Dezentralisierung und Bürgernähe bereits vorweggenommen worden waren, bevor sie zu programmatischen Inhalten wurden.

An der Amtseinführung nahmen auch Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL sowie die Bezirksvorsteher DDr. Karl LENGHEIMER (Wieden) und Kurt HEINRICH (Margareten) teil. (Schluß) ger/gg

Samstag Illuminierung des Weihnachtsbaumes

Wien, 30.11. (RK-LOKAL) Am kommenden Samstag, 2. Dezember, findet um 17 Uhr die Illuminierung des Weihnachtsbaumes auf dem Rathausplatz statt, der bekanntlich heuer aus der Region Schörfling im Salzkammergut stammt. Oberösterreichs Landeshauptmann Dr. Josef RATZENBÖCK und der Wiener Vizebürgermeister Hans MAYR werden an der kleinen Feier teilnehmen. Für die musikalische Umrahmung sorgen die Markt-musik Schörfling, die Jagdhornbläsergruppe Attergau, eine Volkstanzgruppe aus Schörfling und das Wiener Blasorchester. (Schluß) ull/gg

Unbeschwert einkaufen

Wien, 30.11. (RK-LOKAL) Unbeschwert einkaufen kann man jetzt in Wien ab 2. Dezember (bis 23. Dezember) in der Mariahilfer Straße und in der Kärntner Straße. Von der Stadt Wien wurde, wie alljährlich in der Vorweihnachtszeit, der bewährte „Packerlbus“ am Graben aufgestellt. Auf der Mariahilfer Straße haben sich die Kaufhäuser Stafa, Gerngroß und Leiner bereiterklärt, die Packerlaufbewahrung durchzuführen.

Selbstverständlich ist das Service gratis, und es besteht, auch in den Kaufhäusern, kein Kaufzwang.

Öffnungszeiten: 8 bis 18 Uhr. (Schluß) red/gg

Gemeinderat a. D. Dipl.-Ing. Walter Blaschka gestorben

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat a. D. Dipl.-Ing. Walter BLASCHKA ist am Samstag, dem 25. November, im 71. Lebensjahr verstorben.

Dipl.-Ing. Blaschka begann seine politische Laufbahn 1949 in Favoriten. Von 1954 bis 1961 war er ÖVP-Bezirksrat und von 1961 bis 1973 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates.

Die Trauerfeierlichkeit findet am Montag, dem 4. Dezember, um 15 Uhr, auf dem Ortsfriedhof in Perchtoldsdorf statt. (Schluß) red/gg

VAMED baut Herzklinik in Krasnodar

Bürgermeister von Krasnodar zu Besuch in Wien

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister von Krasnodar, Hauptstadt der gleichnamigen Region in der Russischen Sowjetrepublik, Valery SAMOILENKO, und der Gesundheitsminister der Region, der Kardiologe Valery Nikolayewitsch DOLGOV, statteten Dienstag nachmittag dem Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER einen Besuch ab. Die VAMED ENGINEERING (Voest-Alpine Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft) errichtet derzeit in der 750.000-Einwohner-Stadt Krasnodar ein hochspezialisiertes kardiologisch-herzchirurgisches Zentrum mit 270 Normalpflege- und 38 Intensivpflegebetten.

Stadtrat Stacher unterstrich in dem Gespräch, daß die Stadt Wien sehr an einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gesundheitssektor interessiert ist, und sagte die Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Realisierung des Projektes der Herzklinik in Krasnodar zu. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß ein Kardiologe aus Krasnodar auf der II. Chirurgischen Universitätsklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus bei Prof. Dr. Ernst WOLNER mehrere Monate lang Erfahrungen in der Herzchirurgie sammeln kann. Prof. Wolner erklärte sich bereit, in Krasnodar einen Kurs für Herzchirurgie abzuhalten.

Die Herzklinik in Krasnodar wird über eine Poliklinik, eine Abteilung für bildgebende Systeme mit drei Röntgenuntersuchungsräumen, zwei Angiographieeinrichtungen und einen Computertomographen sowie über funktionsdiagnostische Laboratorien, klinisch-chemische und mikrobiologische Laboratorien und eine Abteilung für physikalische Therapie verfügen. Darüber hinaus werden vier Operationsräume mit allen erforderlichen Nebenräumen, ein Auditorium mit 240 Sitzplätzen, eine Notfallaufnahme und verschiedene zentrale Einrichtungen, wie Apotheke, Blutbank, Zentralsterilisation, Zentraldesinfektion, Küche, Lebensmittellager, Instandhaltungswerkstätten etc., eingerichtet.

Laut Terminplan ist das schlüsselfertige Klinikum bis Ende Mai 1992 zu übergeben. Das 550-Millionen-Schilling-Projekt wird über einen Kompensationsvertrag finanziert, der die Abnahme von Nahrungsmitteln in einem Zeitraum von fünf Jahren vorsieht. (Schluß) sc/gg

Ungarische „Opposition“ zu Gast im Wiener Rathaus

Wien, 30.11. (RK-POLITIK) Auf Einladung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK trafen einander am Donnerstag Angehörige der ungarischen „Opposition“ und Vertreter österreichischer Medien zu einem „Pressefrühstück“ im Wiener Rathaus. Dabei gab es einen regen Gedankenaustausch zu den Themen Weltausstellung, Demokratisierung, wirtschaftlicher Aufschwung und Fragen des Umweltschutzes.

Die Teilnehmer aus Ungarn kamen von folgenden Organisationen: Freie Demokraten (SZDSZ), Junge Demokraten (FIDESZ), Kleine Landwirtpartei, Sozialdemokraten, Umweltschützer und Demokratisches Forum.
(Schluß) fk/bs

Hans Moser-Ausstellung der Stadtbibliothek im Palais Palfy

Wien, 30.11. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnete am Mittwoch abend die Ausstellung „HANS MOSER — Der Nachlaß“, die die Wiener Stadt- und Landesbibliothek in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturzentrum zeigt. Die Ausstellung im Palais Palfy, Wien 1, Josefsplatz 6, ist bis 2. Februar 1990, täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen.

Aktueller Anlaß der Ausstellung war der Ankauf des Nachlasses von Hans Moser durch die Stadt Wien. Dadurch wurde es möglich, einen repräsentativen und dokumentarisch sorgfältig fundierten Überblick des künstlerischen und menschlichen Werdeganges des unvergeßlichen Wiener Volksschauspielers zusammenzustellen — den Menschen Hans Moser im breitesten Spektrum seines Wirkens und seiner Persönlichkeit dem Publikum nahezubringen.

Die Ausstellung zeigt den jungen Hans Moser als unbekanntem Provinzschauspieler, den beliebten Kabarettisten und Komödianten der Zwanzigerjahre, den berühmt gewordenen Filmschauspieler und den souveränen Raimund- und Nestroygestalter. Aber auch seine künstlerische Tätigkeit bei den Salzburger Festspielen, die Gastspielreisen nach Nord- und Südamerika und die filmische Partnerschaft mit Paul Hörbiger wird durch zahlreiche, noch nie gezeigte Fotos, Originalmanuskripte, Plakate und Programmhefte entsprechend dokumentiert. (Schluß) gab/rr

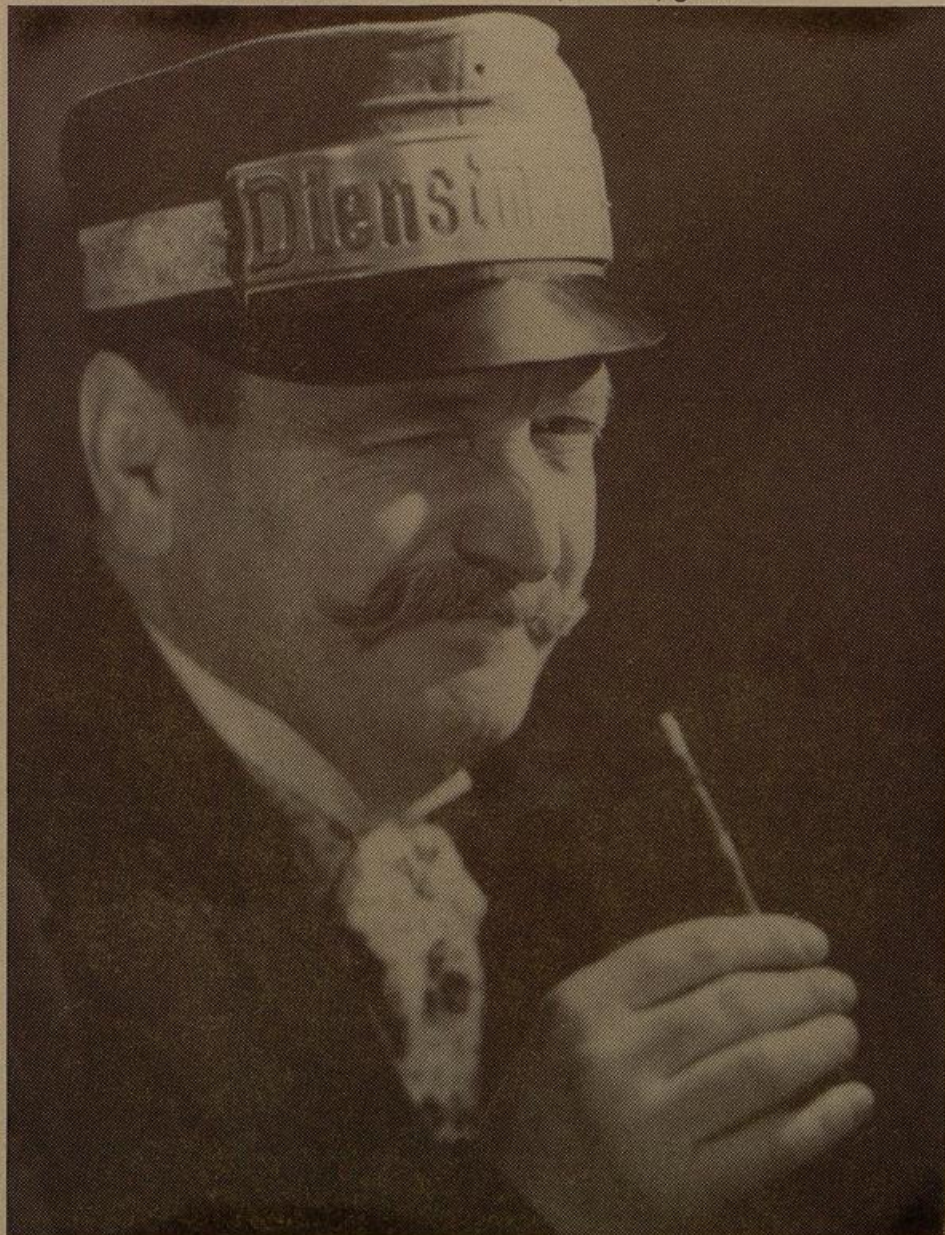


Foto: Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Neue Neurologische Ambulanz Im Franz-Josef-Spital eröffnet

Stacher: 7.000 neurologische Untersuchungen im Jahr

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete Donnerstag vormittag die neue, umgebaute und erweiterte Neurologische Ambulanz im Franz-Josef-Spital der Stadt Wien. Stacher hob die rasche Entwicklung in der Neurologie und die steigende Bedeutung dieses medizinischen Faches hervor. Das hängt auch damit zusammen, daß die Wienerinnen und Wiener immer älter werden und dann auch häufiger an neurologischen Krankheiten leiden. Die erste 1986 eröffnete Neurologische Abteilung im Franz-Josef-Spital — eine Station mit 33 Betten, mehr als 600 Patienten pro Jahr — ist bereits so stark ausgelastet, daß die Errichtung einer zweiten Station geplant ist.

Die Ambulanz der Neurologischen Abteilung (Leitung: Primarius Dr. Wolfgang GRISOLD) war bisher in verschiedenen Häusern untergebracht. Nun wurde sie in einem Gebäude zusammengefaßt und vergrößert, was eine wesentliche Erleichterung für die Patienten bedeutet. Die Kosten des Umbaus betragen rund 2,2 Millionen Schilling. Stacher wies darauf hin, daß in den vergangenen drei Jahren bereits mehr als drei Millionen Schilling in die medizin-technische Ausstattung der Neurologischen Ambulanz investiert wurden. 1988 wurden knapp 7.000 neurologische Untersuchungen durchgeführt.

Das Untersuchungsprogramm umfaßt die Messung von Hirnaktionsströmen — auch über 24 Stunden oder bei Schlafentzug —, von Aktionsströmen der Muskeln, von Nervenleitgeschwindigkeiten und die Messung der Leitungsbahnen des zentralen Nervensystems. Mit der transkraniellen Magnetstimulation werden durch magnetische Reizung des Gehirns die motorischen Leitungsbahnen bis zur Muskulatur untersucht. Diese Untersuchung macht es wahrscheinlich möglich, schon früh einen Schlaganfall zu erkennen.

In Zusammenarbeit mit der Chirurgie und der Pathologie im Franz-Josef-Spital werden auch Nerven- und Muskelbiopsien für die neuromuskuläre Diagnostik durchgeführt. Das Liquorlabor ist in der Lage, Hirn- und Rückenmarksflüssigkeiten zytologisch zu untersuchen.

Eine steigende Frequenz ist in der Epilepsieambulanz festzustellen. Durch die Möglichkeit, Patienten auch stationär aufzunehmen und elektro-physiologische Zusatzuntersuchungen durchzuführen, kann die Diagnose deutlich verbessert werden. Als weitere Spezialambulanz soll eine neuro-onkologische Ambulanz eingerichtet werden, die sich besonders mit den Wechselwirkungen zwischen Krebserkrankungen und dem Nervensystem befassen wird. (Schluß) sc/bs

75 Jahre TEERAG-ASDAG

Wien, 30.11. (RK-WIRTSCHAFT) Die TEERAG-ASDAG feiert ihren 75jährigen Bestand. Aus diesem Anlaß luden Energiestadtrat Johann HATZL sowie der Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Heinrich HORNY, und der Generaldirektor des Unternehmens, Ing. Robert PRADE, am Mittwoch abend zu einer Pressekonferenz.

Die Geschichte der TEERAG-ASDAG Aktiengesellschaft beginnt schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Am 20. November 1914 schlossen sich zwei chemische Fabriken zur TEERAG Aktiengesellschaft zusammen. Die Gesellschaft expandierte rasch und gründete unter anderem Erzeugungsstätten in Königgrätz, Budweis, Agram und Karlsbad. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie blieb die TEERAG Aktiengesellschaft auf die Fabrikationsanlagen im Raume Wien beschränkt. 1920 erwarb die TEERAG AG die ASDAG-„Asphalt-, Straßenbau- und Dachdeckungs-gesellschaft“. Der Chemiebetrieb wurde damit um den Baubereich erweitert und der Grundstein für die heutige TEERAG-ASDAG gelegt. Bald erfolgten die ersten Gründungen von Niederlassungen in den Bundesländern (1927 Graz, 1930 Linz und 1932 Salzburg usw.).

Heute repräsentiert die 1964 so benannte TEERAG-ASDAG Aktiengesellschaft einen der größten industriellen Baukonzerne Österreichs. Sie ist in acht Bundesländern mit Niederlassungen vertreten, neunzehn Tochtergesellschaften sind in allen Sparten des Bauwesens und im Baustoffhandel tätig, an weiteren 17 Gesellschaften ist sie beteiligt. Rund 2.800 Mitarbeiter erwirtschaften einen Produktionswert, der 1989 gegen vier Milliarden Schilling betragen wird.

Finanziell gut fundiert

200 Millionen Schilling Eigenkapital und ein prognostizierter Cash-flow für 1989 von 125 Millionen Schilling machen die TEERAG-ASDAG zu einem wirtschaftlich erfolgreichen und finanziell gut fundierten Unternehmen. Im Jahr 1988 hat die Gesellschaft ihr Grundkapital aus den Gewinnen der vorangegangenen Perioden auf 90 Millionen Schilling verdoppelt. Auftragsstände und Trends zeigen, daß nicht nur das Geschäftsjahr 1989, sondern auch 1990 den Aktionären Gewinn bringen wird.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung des Konzerns, die chemische Produktion von Baustoffen, ist in zeitgemäßer Form noch heute ein wesentlicher Bereich der Tätigkeit. Teer ist längst durch Bitumen ersetzt, und die jahrzehntelange Erfahrung der TEERAG-ASDAG macht sie zu einem führenden Hersteller von Dach- und Isolierbahnen. Auch die Produktion von Vergußmassen, Anstrichstoffen und moderner polymermodifizierter Bitumina läßt die Tradition der TEERAG-Qualitätsprodukte weiterleben.

Besonders in der Zweiten Republik hat sich die TEERAG-ASDAG zu einem führenden Straßenbau-Unternehmen entwickelt. Ob in Asphalt- oder Zementbeton-Bauweise, ob im Erd- oder im Brückenbau, es gibt kaum ein größeres Straßenbauvorhaben in Österreich, an dem die Arbeiter und Techniker der TEERAG-ASDAG nicht mitgewirkt hätten. Das heutige Straßennetz Österreichs wurde von den Mitarbeitern der TEERAG-ASDAG wesentlich mitgestaltet.

Der Straßenbau steht auch im fünfundsiebzigsten Jahr des Bestehens der Gesellschaft im Zentrum des Handelns und des Forschens. Die Mitarbeiter der staatlich autorisierten Prüfanstalt der TEERAG-ASDAG haben einen wesentlichen Beitrag bei der Entwicklung lärmhemmender und die Verkehrssicherheit fördernder Drainasphaltbeläge ebenso geleistet wie bei den Forschungen auf dem Gebiet des Asphaltrecycling und der kostengünstigen Sanierung von Straßendecken durch Dünnschichtbeläge. Immer mehr entwickelt die TEERAG-ASDAG Aktiengesellschaft ihre Fähigkeiten, für neue Herausforderungen Leistungen anzubieten.

Neue Aufgaben im Umweltschutz

Die Entwicklung der Verkehrsströme, der erforderliche Schutz unserer Umwelt und das Wachstum der Industriestellen immer neue Aufgaben, die nicht zuletzt auch der Bauindustrie mit zur Lösung vorgelegt werden. Die TEERAG-ASDAG, deren Flexibilität schon in der Vergangenheit ihr Erfolgsrezept war, hat die Weichen schon gestellt.

Schon in den siebziger Jahren hat der Konzern durch die Errichtung von Seeleitungen einen entscheidenden Beitrag zur Reinhaltung der Kärntner Seen geleistet. Auch die Trinkwasserqualität der Salzkammergutseen ist zu einem guten Teil auf TEERAG-ASDAG-Know-how zurückzuführen.

Spezialunternehmen der TEERAG-ASDAG-Firmengruppe stellen ihre Kenntnisse in der Verarbeitung von Kunststoff-Folien bei der Abdichtung von Tunnelkonstruktionen für die Errichtung von Sondermüll-Deponien und auch bei der Sanierung von Altlasten zur Verfügung. Selbst die Begrünung von Flachdächern und die Errichtung von Schallschutzwänden sind Umweltschutzaufgaben, derer sich die Mitarbeiter des Konzerns annehmen.

Unternehmern der Firmengruppe bewerben sich unter anderem im Zuge des Ausbaus der Bundesbahn und des Autobahnnetzes um den Bau und die Auskleidung von Tunnel. Der weitere Bau von U-Bahnen, die Unterstützung der öffentlichen Verkehrsmittel durch bauliche Veränderungen, die Reinigung von Flüssen und Seen durch Kanäle und Kläranlagen wie auch die menschengerechte Ausgestaltung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und Wohnobjekten werden mit den Fähigkeiten und dem Einsatzwillen von Mitarbeitern des TEERAG-ASDAG-Konzerns geleistet. Auch die alte Handwerkskunst des Pflasterns wurde als Element architektonischer Gestaltung wiederentdeckt.

Die fünfundsiebzigjährige TEERAG-ASDAG-Aktiengesellschaft ist heute ein universelles Bauunternehmen. Die Herausforderung modernster Bauten wie Wasserkraftwerke, U-Bahnen, Industriebauten und der Verkehrswegbau werden von ihren Mitarbeitern angenommen und zur Zufriedenheit der Auftraggeber technisch einwandfrei und termingerecht bewältigt. (Schluß) roh/rr/bs

Forts. von Blatt 2739

Goldenes Ehrenzeichen für Ankerbrot-Chef Dr. Schuster

Wien, 30.11. (RK-LOKAL) In seinem Arbeitszimmer überreichte Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK Donnerstag vormittag an Ankerbrot-Chef Dkfm. Dr. Helmut Andreas SCHUSTER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Es sei dem Ausgezeichneten zu danken, betonte Zilk in einer kurzen Rede, daß die Firma Ankerbrot, der es ja eine zeitlang nicht sehr gut gegangen war, einen gewaltigen Aufschwung erlebt habe, heute wieder über 2.300 Mitarbeiter verfügt, und nicht zuletzt der ganzen Branche durch originelles Sortiment und gute Ideen zu einem Aufschwung verholfen hat.

An der kleinen Feier nahmen auch Stadtrat Kommerzialrat Wilhelm NEUSSER, SPÖ-Klubobmann Ing. Karl SVOBODA und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil. (Schluß) ull/bs

Verkehrsbeschränkungen in Mariahilf an den Einkaufssamstagen

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Wenn auch die Mariahilfer Straße selbst durch die U-Bahn-Bauarbeiten beeinträchtigt ist, so wird dennoch getrachtet, das Funktionieren der Umleitungsstrecke Lindengasse und damit eine gute Erreichbarkeit aller Bereiche der Mariahilfer Straße auch an den Einkaufssamstagen vor Weihnachten zu ermöglichen. Dies macht allerdings eine Reihe von Verkehrsbeschränkungen in der inneren Mariahilfer Straße und in angrenzenden Straßenzügen des 6. Bezirkes und des 7. Bezirkes erforderlich.

Kein Befahren der Mariahilfer Straße

Das Befahren der Mariahilfer Straße im Bereich zwischen Stiftgasse beziehungsweise Theobaldgasse und Mariahilfer Gürtel (Europaplatz) ist an den Samstagen, 2., 9., 16. und 23. Dezember jeweils in der Zeit von 9 bis 18.30 Uhr mit Fahrzeugen aller Art verboten.

Ausgenommen davon sind Straßenbahnlinien, weiters die Autobuslinie 13 A auf dem Streckenabschnitt zwischen Amerlingstraße und Zollergasse auf dem stadteinwärts führenden Straßenbahngleis sowie der allgemeine Verkehr auf den Verbindungsstücken von der Otto-Bauer-Gasse zur Amerlingstraße und von der Kaiserstraße zum Neubaugürtel stadtauswärts.

Bei Bedarf (Verkehrsüberlastung) können von der Polizei als Sofortmaßnahmen die Sperre der Mariahilfer Straße bereits ab Getreidemarkt verfügt und die Relation Otto-Bauer-Gasse/Mariahilfer Straße zur Zieglergasse geöffnet werden.

Die nachfolgenden im 6. Bezirk oder im 7. Bezirk gelegenen Einbahnstraßen werden für die genannten Zeiträume aufgehoben beziehungsweise als Sackgassen (als Stichstraßen jeweils bei der Mariahilfer Straße endend) gekennzeichnet:

- Kollergerngasse zwischen Schadekgasse und Mariahilfer Straße
- Andreasgasse zwischen Lindengasse und Mariahilfer Straße
- Zieglergasse zwischen Mariahilfer Straße und Lindengasse
- Nelkengasse zwischen Schadekgasse und Mariahilfer Straße
- Kirchengasse zwischen Mariahilfer Straße und Lindengasse, weiters die
- Capistrangasse (keine Einbahn) zwischen Windmühlgasse und Mariahilfer Straße.

Die Querungen der Mariahilfer Straße im Zuge

- Neubaugasse — Amerlingstraße
- Schottenfeldgasse — Webgasse
- Stumpergasse — Kaiserstraße sind vom eingangs angeführten Fahrverbot ausgenommen.

Geänderte Fahrtrichtungsgebote

Ebenso werden für die vier genannten Samstage geänderte Fahrtrichtungsgebote in Kraft gesetzt. Zu befahren sind:

- Otto-Bauer-Gasse vor Mariahilfer Straße: rechts
- Europaplatz vor innerem Mariahilfer Gürtel: links
- Mariahilfer Straße vor Stiftgasse: rechts, weiter zur Lindengasse
- Neubaugasse — Mariahilfer Straße: geradeaus
- Stumpergasse — Mariahilfer Straße: geradeaus
- Schottenfeldgasse — Mariahilfer Straße: geradeaus
- Amerlingstraße — Schadekgasse: rechts, mit Ausnahme der Linienautobusse.

Das Rechtsabbiegen von dem im 6. Bezirk gelegenen inneren Mariahilfer Gürtel in die Mariahilfer Straße ist nicht gestattet.

Halte- und Parkverbote

An mehreren Stellen im 6. und 7. Bezirk wird das Halten und Parken an den genannten Tagen in der Zeit von 7 bis 19 Uhr verboten sein. Die bestehenden Kurzparkzonen und Ladezonen werden für diesen Zeitraum aufgehoben.

Kurzparkdauer verlängert

In etlichen Kurzparkzonen wird an den Einkaufssamstagen die Gültigkeitszeit auf 8 bis 18 Uhr erweitert:

- Capistrangasse zwischen Windmühlgasse und Mariahilfer Straße auf Seite der ungeraden Nummern
- Stiftgasse zwischen Lindengasse und Mariahilfer Straße auf Seite der ungeraden Nummern
- Kirchengasse beidseitig
- Barnabitingasse zwischen Windmühlgasse und Mariahilfer Straße auf Seite der ungeraden Nummern
- Neubaugasse auf ganzer Länge beidseitig
- Esterhazygasse zwischen Damböckgasse und Mariahilfer Straße auf Seite der geraden Nummern
- Otto-Bauer-Gasse zwischen Schmalzhofgasse und Mariahilfer Straße auf Seite der ungeraden Nummern
- Zieglergasse zwischen Apollogasse und Mariahilfer Straße beidseitig
- Webgasse zwischen Schmalzhofgasse und Mariahilfer Straße auf Seite der geraden Nummern
- Schottenfeldgasse zwischen Apollogasse und Mariahilfer Straße beidseitig.

Verlängerte Kurzparkzeiten auch im 9. Bezirk

Auch im 9. Bezirk wird in mehreren Bereichen die Gültigkeitsdauer der Kurzparkzonen verlängert:

- Fluchtgasse auf 8 bis 16 Uhr
- Fuchsthallergasse auf 8 bis 16 Uhr
- Nußdorfer Straße zwischen Währinger Straße und Alserbachstraße auf Seite der ungeraden Nummern auf 9 bis 15 Uhr und auf Seite der geraden Nummern auf 8 bis 16 Uhr.

(Schluß) pz/bs/rr

Mayr: Umweltabgabengesetz kein Etikettenschwindel

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Umweltabgabengesetz ist kein Etikettenschwindel, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag zu entsprechenden Vorwürfen von ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK. Er habe, so Mayr, bereits mehrmals betont, daß die Möglichkeit eines 20prozentigen Zuschlages nicht ausgenützt werde, da das Gesetz vor allem vorbeugend für den Fall einer bundesgesetzlichen Regelung getroffen wurde. Wien könne nämlich nicht tatenlos zuschauen, falls der Bund versuche, mit Wiener Steuergeldern Umweltsünden der Vergangenheit in anderen Regionen zu beseitigen.

Im übrigen liege bereits ein Wiener Verordnungsentwurf vor, der klar festlege, daß es zu keiner Gebührenerhöhung aus dem Titel der Umweltabgabe kommen könne, betonte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Geraser Advent in Meidling

Wien, 30.11. (RK-BEZIRKE) Mit einem Krippenspiel wird der „3. Geraser Advent“ in Meidling am Freitag, 1. Dezember, 19 Uhr, eröffnet (Festsaal der Bezirksvorstehung, 12, Schönbrunner Straße 259). Am Samstag und Sonntag (2. und 3. Dezember) werden jeweils von 9 bis 18 Uhr im und rund um das Amtshaus Waldviertler Spezialitäten angeboten. Daneben gibt es auch eine bunte Palette kunsthandwerklicher Gegenstände, die in den Kunst- und Hobbykursen des Stiftes entstanden sind. (Schuß) end/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 30.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Meidling: Donnerstag, 7. Dezember, 15 Uhr, BV 12, Schönbrunner Straße 259;
- Liesing: Donnerstag, 14. Dezember, 16 Uhr, BV 23, Perchtoldsdorfer Straße 2.

(Schluß) red/bs

Smejkal: Neues Jugendwohlfahrtsgesetz sichert Rechte der Kinder

Wien, 30.11. (RK-KOMMUNAL) Aus Anlaß eines österreich-schwedischen Symposiums zum Thema „Rechte der Kinder“, stellte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL in einem Pressegespräch den Entwurf zum neuen Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz vor. In diesem Entwurf stehen die Rechte der Kinder im Mittelpunkt. Wichtigstes Ziel der Jugendwohlfahrt in Wien ist es, daß allen Kindern, auch jenen aus schwierigen sozialen Verhältnissen, möglichst gute Startchancen geboten werden. Aufgabe der Jugendwohlfahrtseinrichtungen ist es, die Familien dabei zu unterstützen, eventuelle Probleme selbst bewältigen zu können.

Angebot serviceorientierter Leistungen statt Diskriminierung

Die Methode des Wiener Weges in der Jugendwohlfahrt, wie sie auch im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz verankert werden soll, ist, daß an die Stelle behördlich-administrativer Aktivitäten immer mehr serviceorientierte Leistungen treten, also Angebote, die ohne Scheu und ohne diskriminierende Wirkungen in Anspruch genommen werden können. Die Hilfen für Familien wurden ausgebaut. Dieser vom Wiener Jugendamt im Zusammenwirken mit den Trägern der freien Jugendwohlfahrt beschrittene Weg hat einen Großteil der dem neuen Gesetz zugrunde liegenden Zielsetzungen bereits vorweggenommen. Der Gesetzesentwurf betont also den Dienstleistungscharakter der Jugendwohlfahrt. Das Angebot von sozialen Diensten steht dabei im Vordergrund. Dabei handelt es sich um Beratungsdienste, vorbeugende und therapeutische Hilfen und Unterstützung bei der Betreuung und Erziehung von Kindern. Die Hilfestellung für Familien umfaßt wirtschaftliche, soziale und psychische Probleme.

Stärkung der Pflegefamilien

Grundsätzlich ist im Entwurf zum neuen Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz verankert, daß jeweils die „gelindeste und noch zum Ziel führende“ Maßnahme seitens des Jugendamtes zu setzen ist. In erster Linie soll die Erziehungskraft der Familie, „besonders auch zur Durchsetzung der gewaltlosen Erziehung“ gefördert werden. Eingriffe in familiäre Beziehungen sind nur insoweit zulässig, als sie zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen nötig sind. Vor allem bei Säuglingen und Kleinkindern sollen im Bedarfsfall Pflegefamilien Vorrang haben. Bei behördlichen Verfahren über die Pflegebewilligung haben die Eltern und die Pflegeeltern Parteienstellung. Kinder ab 10 Jahren sind persönlich, jüngere Kinder „in geeigneter Weise“ zu hören.

Neu: Kinder- und Jugendanwalt

Das bereits beschlossene Grundsatzgesetz der Jugendwohlfahrt sieht erstmals auch einen „Kinder- und Jugendanwalt“ vor. Als erstes Bundesland hat Wien bereits im Sommer dieses Jahres einen solchen „Kinder- und Jugendanwalt“ eingerichtet. Zwei Mitarbeiter stehen zur Verfügung, die Juristin und Sozialarbeiterin Dr. Claudia Pronay sowie der Psychologe und Erzieher Dr. Michael Singer. Sie haben die Aufgabe, sich speziell der Interessen von Kindern und Jugendlichen anzunehmen und in diesem Sinne zu beraten, zu helfen und zu vermitteln.

Kinder- und Jugendanwalt

Telefon: 34 15 56

Adresse: 1090 Wien, Sobieskigasse 31

Zeiten: 10 bis 17 Uhr, Abendberatung nach Vereinbarung

Der Kinder- und Jugendanwalt ist als Ergänzung für das ausgebaute Netz von Angeboten und Einrichtungen der Stadt Wien für Kinder, Jugendliche

und Familien gedacht. Alle diese Einrichtungen stehen Kindern und Eltern für Gespräche, Information und Hilfe zur Verfügung, wenn es einmal Probleme gibt. Der Kinder- und Jugendanwalt soll zusätzlich, und zwar außerhalb der bestehenden Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche, ein Ansprechpartner für Kinder oder Eltern sein, wenn Rechte und Interessen von Kindern beeinträchtigt oder gefährdet erscheinen und innerhalb der bestehenden Möglichkeiten, aus welchen Gründen auch immer, keine Hilfe gefunden werden konnte. Der Kinder- und Jugendanwalt nimmt sich dann dieser Sorgen und Probleme an und versucht, durch Information, Rat und Vermittlungstätigkeit zu helfen bzw. auch über die Hilfe im Einzelfall hinaus Impulse für Veränderungen im Interesse von Kindern und Jugendlichen zu geben.

Optimale Qualifikation der Mitarbeiter, Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern

Strenge **Qualifikationserfordernisse** für Mitarbeiter der Jugendwohlfahrt sind im Gesetzesentwurf festgeschrieben. Außerdem ist die — bereits in vielen Bereichen seit Jahren bestehende — **Supervision**, besonders in Einschulungsphasen bzw. bei der Übernahme besonderer Aufgaben, verankert. **Forschung** auf einschlägigen Gebieten ist durchzuführen und deren Ergebnisse in der Arbeit zu berücksichtigen. Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** soll die Bevölkerung über Zielsetzungen, Maßnahmen und Probleme der Jugendwohlfahrt informiert werden.

Die **Berufsausübung** soll sowohl Frauen als auch Männern neben der Kindererziehung ermöglicht werden. Außerdem vorgesehen: die Möglichkeit, auch dann praktisch und wirtschaftlich zu helfen, wenn keine Anspruchsvoraussetzungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz vorliegen. In diesem Zusammenhang sind auch Hilfen für Jugendliche vorgesehen, die der Verselbständigung dienen, aber auch für Familien mit Säuglingen oder Kleinkindern, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen unter untragbaren sanitären Bedingungen leben.

Schweden: seit 10 Jahren Züchtigungsverbot

Über Gewalt gegen Kinder wird beim Symposium unter anderen Lena Sandström aus Schweden berichten, wo seit 10 Jahren ein Züchtigungsverbot gesetzlich verankert ist. Neben der Züchtigung ist auch die „kränkende Behandlung von Kindern“ in Schweden verboten. Sanktionen sind mit dem Verbot nicht verknüpft. Dennoch hatte die Verordnung in Schweden stark bewußtseinsbildenden Charakter. Die meisten Schweden sind heute der Auffassung, daß Züchtigung als Erziehungsform unakzeptabel ist.

Neben den strukturellen, individuellen und situations- und relationsbedingten Ursachen für Gewalt gegen Kinder wird auch Streß als Ursache geortet. In diesem Zusammenhang wird die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für Eltern und der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderfürsorgeeinrichtungen positiv bewertet. Ein großes Problem: Die sexuelle Gewalt gegen Kinder, die zunehmend zur Anzeige kommt. Hier kristallisiert sich neben kleinen Mädchen als Opfer auch zunehmend heraus, daß Buben zwischen 9 und 13 Jahren als Opfer homosexuellen Mißbrauches gefährdet sind.

Bezüglich der therapeutischen Hilfe für Opfer und der therapeutischen Maßnahmen beim Täter steht noch ein großer Lernprozeß bevor.

Tor Sverne, ehemaliger schwedischer Ombudsmann, berichtet über die schwedischen Maßnahmen zur Sicherung des Rechtes der Kinder auf biologische Elternschaft. Seit 1.1.1989 gibt es in Schweden ein Gesetz, das diese schwierige Materie regelt.

Forts. von Blatt 2746

Forts. auf Blatt 2748

Rieder: Diskriminierung unehelicher Kinder im Erbrecht wird beseitigt

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Sepp RIEDER referierte beim Symposium über legislative Maßnahmen, die in Österreich die Rechte der Kinder gewährleisten. Als nächster Schritt steht die Beseitigung der Diskriminierung unehelicher Kinder im Erbrecht unmittelbar bevor. Auch in der österreichischen Verfassung ist eine Verankerung der Rechte der Kinder vorgesehen. (Schluß) emw/gal/gg

Forts. von Blatt 2747



60984 81800

